17°C

Zeitschrift für den Rest

9 Seiten SEX in diesem Heft

Nummer 11
September/Oktober/November 1995
DM 7,50 ÖS 55,– SFr. 7,50 Lire 10000,– hfl 9,50

Home is where the Heart is

DHR
DIGITAL HARDCORE RECORDINGS

RIOT SOUNDS PRODUCE RIOTS!

OUT NOW:
ALEC EMPIRE — DIGITAL HARDCORE E.P. · DHR 1
DJ BLEED — UZI PARTY E.P. · DHR 2
SONIC SUBJUNKIES — SUBURBAN SOUNDTRACKS VOL.1 · DHR 3
ALEC EMPIRE — DEATH E.P. · DHR 4
SONIC SUBJUNKIES — TURNTABLE TERRORIST E.P. · DHR 5
DJ MOWGLI — TAKE A PULL UPON ME SPLIFF · DHR UK 1
EC8OR — AK 78 E.P. · DHR 8
ATARI TEENAGE RIOT — SPEED E.P. · DHR 10
ATARI TEENAGE RIOT — 1995 · DHR ALBUM 1

COMING SOON:
CHRISTOPH DE BABALON — AUTOBIOGRAPHY OF A TIGER
HANIN — E.P.
HARDER THAN THE REST — DHR COMPILATION

FOR BOOKING CALL +49 - 30 - 333 45 53 / FAX +49 - 30 - 401 81 08
FOR SHIRTS, BOOTLEGS, RECORDS ETC. ORDER CATALOGUE DIRECT:
SEND AN IRC TO MIDIWAR DISTRIBUTION,
SENNHEIMER STR. 1, 13465 BERLIN, GERMANY.

ATARI TEENAGE RIOT
SONIC SUBJUNKIES
EC8OR



TEL. 040/738 60 03
OSTERRADE 4 · 21031 HAMBURG

KFZ-REPARATUR

TÜV- und Dekra-Abnahme 2 x pro Woche

AU für KAT und Diesel

Unfall-instandsetzungen
Lackierungen • Inspektionen
Motortechnik • Elektrik

KFZ-Reparaturen + Autoselbsthilfe ganz in der Nähe mit Lackierhalle und allen Spezialwerkzeugen. Teile zu Großhandelspreisen

Rabatt für Schüler, Studenten, Auszubildende und Zivildienstleistende.
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 9–20 Uhr, Sa. 9–18 Uhr

Konzeption · Installation
Vermietung · Service
Vertrieb · Organisation
jetzt auch:
Reparatur von PA-, Studio- und HiFi-Geräten

Dezent
Dienstleistung und Technik für Veranstaltungen

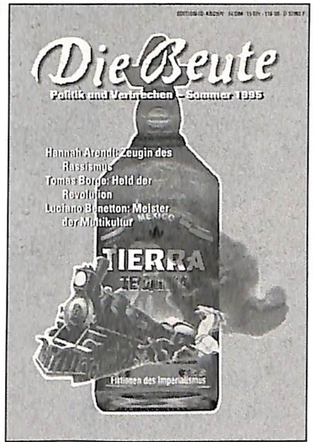
Ob Techno, Dub, Disco, Rock, Oldie oder Sprach-veranstaltungen
Wir haben die passende Anlage

Dezent Beschallungs-GmbH
Warnholtzstraße 4 · 22767 Hamburg-Altona
Tel.: (040) 38 61 02 22/23 · Fax: 38 61 02 24

Materialien zur Diskussion in der Edition ID-Archiv

Die Beute Nr. 6/Sommer 1995

Politik und Verbrechen – vierteljährlich



144 Seiten, 110 öS
Abonnement (4 Ausgaben) 48,– DM

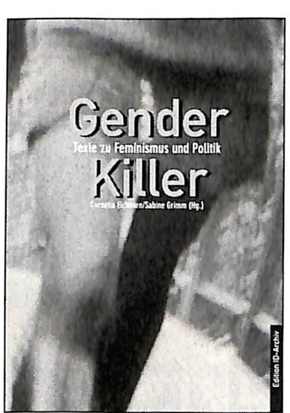
Fiktionen des Imperialismus

Etienne Largend: **Mexico.** Zum Kräfteverhältnis zwischen EZLN und PRI-Regime • **»Das wäre der Bürgerkrieg«.** Interview mit Amado Avendaño Figueroa • Adolfo Gilly/Rhina Roux: **Die permanente Staatskrise Mexicos** • Jürgen Roth: **Fiktive Kontinente.** Hannah Arendt, Joseph Conrad und die Romantheorie Edward W. Saids • Maurizio Lazzarato: **Kapitalismus des Produkts.** Benetton und Berlusconi • Karatani Kôjin im Gespräch mit Alex Demirovic': **Japan.** Tenno-Faschismus und marxistische Kritik

weitere Beiträge:
Rattelschneck: Humorbeilage • Kerstin Grether: Exile in Guyville. Männer in der Rockmusik • Michael Fanizadeh: Österreich. Strategie der Spannung • Antonio Rasella: Südtirol. Optanten für Deutschland • Hans-Christian Dany: Rechte Netzwerke. Kanther liest Baudrillard • Helmut Draxler/Hedwig Saxenhuber: Das Kino neu erfinden. Yvonne Rainers feministische Filme • Daniel Stern: Zürich. Nach der »Aktion Paukenschlag« • Agentur Bilwet: Unterm Ladentisch. Too modern for words?

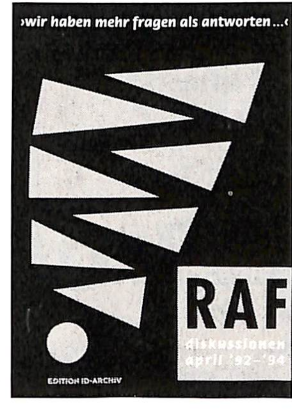
In Vorbereitung/Herbst

- Nanni Balestrini: **I Furiosi – Die Wütenden.** Roman
- Joachim Hirsch: **Der nationale Wettbewerbsstaat**
- **Die Bewegung 2. Juni.** Gespräche mit Ralf Reinders/Ronald Fritzsch
- Jutta Koether: **Kairos.** Texte über Kunst und Musik in den 80ern



Cornelia Eichhorn/ Sabine Grimm (Hg.)
Gender Killer
Texte zu Feminismus und Politik

190 Seiten
180 öS



ID-Archiv im IISG (Hg.)
›wir haben mehr fragen als antworten ...‹
RAF-Diskussionen 1992–1994

400 Seiten
270 öS

Edition ID-Archiv

Postfach 360205 • D-10972 Berlin

Alle Titel sind über den Buchhandel oder direkt beim Verlag zu bestellen

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift 2-95

Die Finanzwelt hält ihren Kurs
Die Fortschritte der Währungskrise

Geschäfte mit Optionen und Futures
Spekulation auf die Spekulation

Bemerkungen zur Tarifrunde 95
Ein Kampf um die Tarifpartnerschaft

8.Mai 1995
Das feierliche Ende der „Vergangenheitsbewältigung"

Die Reform des Rechtsstaats
Moralische Rechtskritik von oben

Die Weltarmutskonferenz der UNO
Weltöffentlicher Zynismus oder:
Das schlagendste Argument für Imperialismus:
seine verheerende Wirkungen

Oklahoma: Eine Bombe für die Nation

Lech Walensa
Aus nationaler Verantwortung durchgedreht

Die Bilanz des Feldzuges gegen die Kurden
Vom Stabilitätsprogramm, das die Türkei hat, zum Stabilitätsprogramm, das sie ist

ISSN 0941-5831 DM 20,- /Abo 80,--
Erhältlich im Buchhandel oder beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München, Tel: (089) 2721604
Fax: (089) 2721605

antinationales / antideutsches wochenende im mai '95

dokumentation

beiträge der demo, der auftaktveranstaltung, der konferenz.

bestellungen an:
antinationales büro hamburg
c/o postfach 306 237, 20328 hamburg
tel/fax: 040-43 88 46

preis: 6 dm + porto (bar o. briefmarken o. überweisungsbeleg beilegen)



spendenkonto: c. brückmann
ktnr. 5727730, blz 100 400 00
berliner commerzbank

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.54 (3/95) enthält u.a.:



Der Aufstand der US-Milizen
von Daniel Dunas



Ökofeminismus und Deep Ecology
von Janet Biehl



Migration im Weltmarkt – Das Beispiel Mexiko
von R. Oja y Negra

★

Der Widerstand der ITF gegen den Nationalsozialismus, Teil 2
von Dieter Nelles

✧

Weiter: **Mumia Abu Jamal-Kampagne; Interview mit Georges Cipriani (Action Directe)** *von SF-Redaktion*; **Zum Kolonialismus: Gedächtnis und Empörung** *von Peter Paul Zahl;* **Bab-El-Qued City** *von Marianne Kröger;* **Die Rechnung aus den Kolonien** *von Jens Bjørneboe;* **Pepito Bosch - phillippinische Kultfigur** *von Karl Rössel;* **Don't call me white** *von Rotz Nase;* Rezensionen *von Dieter, Bernd, Gerhard, Nicole* zu Bücher über die Rechte, den Ritterorden vom Heiligen Grab, die Goldene Horde und Peter J. Boock.

ABONNIERT!
(5 Nrn a. 68 S.): 30.-
Einzelpreis: 7.-

Neu:
Wolfgang Haug/Michael Wilk

Der Malstrom – Aspekte anarchistischer Staatskritik

96 S., 16,00 DM

SF★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033-45264
Tel. 07033-44273



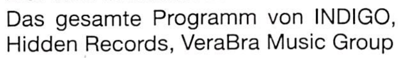




Bei uns erhältlich:
Das gesamte Programm von INDIGO, Hidden Records, VeraBra Music Group



The Perc
- Before He Met The Hidden Gentleman



LP - Ende Juli, Anfang August - im 4-farbigen Klappcover

SCHALLPLATTENVERSAND M. HENK

Kataloge anfordern bei:
Schallplattenversand M. Henk · Postfach 11 04 47 · 28207 Bremen
Wichtig wenn Ihr uns schreibt:
Bitte nicht „JUMP UP" auf den Briefumschlag, sondern nur Schallplattenversand M. Henk!

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen!



Dokumentation des Gegengipfels zur Ministerratstagung der Europäischen Union am 9.-11.12.94 in Essen

Aus dem Inhalt:
- Redebeiträge des Gegengipfels
- Kundgebungsbeiträge
- Fotodokumentation
- Ablaufchronologie
- Erfahrungsbericht zur Demo
- Vorbereitung und Mobilisierung
- Juristisches zum Demoverbot
- Auswertungs- und Kritikpapiere

Herausgeben vom „Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel" · Umfang: 64 Seiten · Preis: 8.- DM

Unrast Verlag
Postfach 8020 · 48043 Münster
Tel. 02 51/66 62 93 · Fax 66 61 20





Mittagstisch - Abendkarte
täglich wechselnd
Fleisch ausschließlich aus ökologischer Tierhaltung
Frisches Gemüse
zum Teil aus kontr. biol. Anbau

No Pentium, No Cry

Seit der Produktion der Nr. 10 traktieren wir die Texte unserer Autoren und Autorinnen mit einer Rechtschreibroutine des bekannten Software-Herstellers Microsoft. Anfängliche Skepsis wich blanker Bewunderung ob der politischen Weitsicht dieses elektronischen Germanisten.
Der Begriff „ethnisch" ist ihm unbekannt und wird – sofern wir dem nicht per Tastatur widersprechen – durch „ethisch" ersetzt. Das Wort „spirituell" verschwindet ebenso aus unseren Artikeln und muß den erbaulicheren „Spirituosen" platz machen. Aus „Bosnien" macht der coole Rechner „Baustein" und mischt sich so in die Diskussion über die deutsche Außenpolitik, ihre Ziele und Wirkungen in Ex-Jugoslawien (eins der Themen dieser Ausgabe) ein. Daß er „Gauleiter" durch „Bauleiter" ersetzt, müssen wir natürlich von Fall zu Fall unterbinden. Unklar ist uns zur Zeit noch, ob dies der aufrechten antifaschistischen Gesinnung der Übersetzer des Programms ins deutsche (ekliges Wort) zu verdanken oder bewußter Teil der revisionistischen Geschichtsfälschung ist. Und, daß in den Fußnoten der letzten Nummer der Infoladen Wiesbaden zum Invalidenladen wurde, ist ebenfalls kein Schenkelklopfhumor unsererseits sondern... genau: Digitalversagen im Detail. Aber was sind diese kleinen 0-1-0-Probleme gegen jene Verhältnisse, die uns tagtäglich – und andere noch viel mehr – malträtieren. Oft abstrakt und unsichtbar, manchmal konkret und erfaßbar. Wie unüberschaubar und verwirrend ist diese Gesellschaft geworden, wenn ein zum Präsidentenamt beim HSV gedrängter Fußballheld wie Uwe Seeler während eines Interviews in SAT 1 fortwährend an seinen Genitalien herumpuhlt und der Kameramann bzw. die Kamerafrau gnadenlos draufhält. Und wenn der Reporter am anderen Ende der Standleitung das ganze abschließend mit den Worten „eigenartige Handhaltung" kommentiert (wie der Staat Sex zum medizinischen Problem macht und wie das mit erotischer Rebellion und Rassismus zusammenhängt, ist übrigens auch ein Thema in dieser Ausgabe). Ist das schon der „Schweinejournalismus", den Oskar Lafontaine per Gesetz von seiner Person gelenkt sehen möchte? Oder beginnt er nicht dort, wo das Hamburger Abendblatt – nur ein paar Wochen ist es her – schreibt, daß jeder vierte Österreicher Juden gegenüber ablehnend eingestellt ist. „Von den Anhängern der rechtsgerichteten Freiheitlichen von Jörg Haider", so zitiert das Abendblatt weiter eine Gallup-Umfrage, „sei mehr als ein Drittel stark antisemitisch". Das zweite hört sich viel an und ist es auch, wenn es auch keine Überraschung darstellt.

Interessant ist aber doch wohl, daß die übrige Population Gesamtösterreichs, sofern sie denn den Österreichern zugeschlagen wird, fast ebenso stark antisemitisch ist wie das Nazi-Pack der „F", wie sich Haiders Trachtenverein mittlerweile selbst nennt.
Zu diesem Heft: Es ist wieder umfangreicher geworden als die nüchterne betriebswirtschaftliche Kalkulation es zugelassen hätte. Die im letzten Heft angekündigte Preisanhebung fällt somit hoffentlich etwas versöhnlicher aus. Zu unserem Bedauern reicht es aber noch nicht um z. B. die Uniform von Sir Arthur Harris zu erwerben, die am 18. August für mindestens 3700 DM in Bad Oldesloe über den Auktionatorsthresen gegangen sein wird. Bei dieser Gelegenheit also unser erneuter Vorschlag für die, die es sich leisten können: Förderabos gibt's ab 100,– DM und ein kleines Dankeschön dazu. Weiteres zu unserer finanziellen und organisatorischen Situation gibt's in den Fußnoten am Ende des Heftes. Die Serie über die Autonomen und somit ein kleines Stück eigener Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung wird ab Nr. 12 in loser Reihenfolge und in Abänderung des Ursprungsmanuskriptes fortgesetzt. Ziel ist am Schluß eine aktuelle, realistische Einschätzung der autonomen Szene/ Bewegung heute. Hoffen wir, daß es Anlaß gibt zu mehr als nur einer Glosse.

die Red.



„Zum erstenmal seit 1945 werden deutsche Soldaten *wieder* mit dem Auftrag in ein Krisengebiet entsandt, sich *notfalls* an Kämpfen zu beteiligen.“

(taz-Titel, 1. 7. 1995).

Daß das „alternative“ Bürgertum sich auch in der Frage deutscher Kriegseinsätze nicht ins gesellschaftliche Abseits drängen lassen will, konnte man erwarten. Daß man dort aber noch zu derart „verunglückten“ Sätzen fähig ist, zeigt immerhin, daß sie wissen, was sie tun. Ja, deutsche Soldaten werden *„wieder* in ein Krisengebiet entsandt“ und wieder werden sie dort nur *„notfalls“* zurückschießen.

Es wäre langweilig und im schlechten Sinn agitatorisch, zu sagen, wir hätten es immer schon gewußt. Als wir 1989/1990 auf die sogen. Wiedervereinigung mit „Nie wieder Deutschland!“ antworteten – eine Position, die uns in diesem Land zum ewigen Sektierertum verdammt und die doch „realistischer“ ist, als jede alternative Kriegspropaganda – haben wir zwar vieles befürchtet, konnten aber nicht ahnen, daß Superdeutschland seine neue Souveränität innerhalb von nur fünf Jahren derart zielstrebig zur Militarisierung seiner Außenpolitik nutzen wird.

In der Militarisierung der Außenpolitik vollzieht sich der Übergang von der formalen zur realen deutschen Souveränität. Denn erst der vorzeigbare Beweis, auch über eine kampfbereite Truppe zu verfügen, versetzt eine ambitionierte Macht in den Zustand umfassender politischer Handlungsfähigkeit. Ohne die Fähigkeit zum Krieg ist der Anspruch auf Weltgeltung nicht wirklich überzeugend. Die zwischenstaatlichen Geschäfte, das diplomatische Feilschen um Verträge und Abmachungen ist ja letztlich immer Ersatz für Gewalt. Die gegenseitige Erpressung wird immer im Wissen vollzogen, daß es nicht nur politische Lösungen gibt. Alle bisherigen Maßnahmen der deutschen Außenpolitik zielten daher darauf, die Anerkennung Deutschlands als neue Großmacht unter dem Titel „Normalisierung“ zu erzwingen: Von den Hubschrauberflügen der Bundeswehr für die UN-Inspektoren im Irak (seit 1991), über die Entsendung von 150 Bundeswehrsanitätern nach Kambodscha (Mai 1992 bis November 1993), die Teilnahme von Marine und AWACS-Flugzeugen an der Embargoüberwachung gegen Restjugoslawien (ab Juli 1992), den Einsatz der Luftwaffe für die „Hilfsflüge“ nach Bosnien (ebenfalls seit Juli 1992), den Somalia-Einsatz von 1700 Bundeswehrmachtssoldaten (August 1993 bis März 1994) bis zum Beschluß für den ersten Kampfeinsatz Ende Juni 1995 (14 Tornado-Kampfflugzeuge, 14 Transportma-

schinen und Aufklärungsflugzeuge, 500 Sanitäter in Kroatien).

Für das Ziel der Selbstetablierung Deutschlands als anerkannte Großmacht ist die konkrete Umsetzung durchaus eine Sache der guten Gelegenheit. An Möglichkeiten, irgendeine Weltgegend zum „internationalen Krisenherd" aufzuwerten fehlt es ja nicht. Der nächste Schritt wird daher darin bestehen, „deutsche Interessen" exakter zu definieren. Genau das fordern besonders rechte Medien („Focus": „Der Bosnien-Beschluß ist ein Start ins Ungewisse") und Politiker (Rose/CSU: „Ich vermisse eine Diskussion über unsere genauen Interessen als souveräner Staat"). Bevor man sich jedoch den Details zuwenden kann, gilt: Deutsche Interessen sind überall dort tangiert, wo sich eine Gelegenheit bietet, die Welt von der Schlagkraft deutscher Truppen zu überzeugen. Der deutsche Imperialismus ist wieder einmal unberechenbarer als seine Konkurrenten.

Zunächst geht es darum, den Durchbruch zu schaffen. Kinkel sprach im Zusammenhang mit der angestrebten Intervention in den Bosnienkrieg von „einer der großen Entscheidungen Deutschlands in der Nachkriegszeit". Gansel von der SPD wurde noch deutlicher: „Wir wissen, daß wir eine Grenze überschreiten." Die Entscheidung für den Tornado-Einsatz ist tatsächlich eine Grenzüberschreitung. Aber sie ist nicht etwa ein „Abschied von der Außenpolitik der alten BRD", sondern deren Konsequenz. Die Außenpolitik der BRD vor 1989 hatte die „Wiedervereinigung Deutschlands" und die Erlangung der vollen staatlichen Souveränität zum Ziel. Nachdem beide Ziele erreicht wurden, wird die Souveränität nun auch genutzt. Mit jedem Erfolg werden die Marken wieder etwas weiter gesteckt. Deutschland wollte damals mehr als die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens. Deutschland will heute mehr als Tornado-Einsätze und deutsche Soldaten auf kroatischem Boden. Die bekannte Politik der finanziellen und diplomatischen Erpressung und Köderung (Beispiel: „Kohl setzt auf die Wirkung seiner Drohung, Serbien nicht bei der Rückkehr nach Europa zu helfen. Serbien braucht Deutschland, um aus der Isolierung herauszukommen." dpa 5.7.95) wird um die Dimension der militärischen Drohung erweitert. Neben dem Einsatz der „Artillerie der wohlfeilen Waren" (Marx) kommt endlich auch die richtige Artillerie zur Geltung – in eigener Regie. Von einem der nächsten Schritte berichteten die Medien im Juli: „Deutschland braucht", so ein Regierungssprecher, „die Möglichkeiten satellitengestützter Aufklärung zur raschen Eindämmung und Bewältigung von Konflikten."

Eben deshalb wird in diesem Land inzwischen schon der Zögernde als Desserteur entlarvt. Verdächtig sind jetzt nicht nur die, die dagegen sind, sondern immer häufiger auch die, die ihr grundsätzliches „Ja" mit nebensächlichen „kritischen Anmerkungen" versehen, die also noch in dem Gestus verharren, der bislang als Ausweis mündigen Mitmachertums galt und als Wirkungs- und Reibungskoeffizienten fest einkalkuliert war. Von den Bürgern, die auf einen „sozialverträglichen" Imperialismus setzten, wird nun mehr erwartet: Die Bereitschaft, „durch Gefahr und Aufopferung ihres Lebens, ohnehin ihres Meinens, die Souveränität des Staates zu erhalten" (Hegel).

Wir nähern uns dieser Lageänderung in vier Beiträgen. Der erste beschäftigt sich mit dem Wandel staatlicher Zugriffsweisen auf das Leben seiner Untertanen. Im Anschluß daran werden noch einmal die Stationen des Zerfalls Jugoslawiens in Erinnerung gerufen. In dem Beitrag „Drückeberger" geht es um die Verweigerung der Opferbereitschaft und ihre Denunziation. Der vierte Text („Trans Slowenien Express") schließlich handelt von der Verwandlung eines „provokativen Subkulturkonzeptes" in Staatskunst, von Kunst, die mit ihrer Forderung nach dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" auf die erfolgreiche Seite geriet.

(die Red.)

START KLAR

Der „Stolz auf Deutschland" wird auf die Probe gestellt: Todesbereitschaft im Namen der „Verantwortung für das Leben"

Die imaginäre Gemeinschaft „Nation" bietet ihren Mitgliedern, sobald sie sich unterworfen haben, eine gewisse Verbindlichkeit und Stetigkeit, ein gewisses, als Mischung aus Konsens und Zwang verfertigtes Schutzversprechen. Doch der Staat, in den das Individuum hineingeboren wird und mit dem es sich daher wie „schicksalhaft" verbunden fühlen möchte, bietet sein Schutzversprechen nicht umsonst. Zunächst einmal ist die gesamte weltmarktvermittelte Reproduktion der Staatsbürger, sobald Lohnarbeit die vorherrschende Erwerbsquelle ist, vollkommen vom Funktionieren „ihres" Staates abhängig, d.h. sie müssen sich wünschen, daß „ihr"

Staat international durchsetzungsfähig ist und auf „Weltniveau“ bleibt. Damit sind sie aber auch in der PFLICHT, wenn das Streben nach Weltgeltung einmal mehr verlangt, als den Einsatz an der Produktionsfront.[1] Dann erweist sich die zunächst hergestellte und schließlich auch subjektiv gewollte Teilhabe an diesem Zusammenhang als gefährliche und letztlich tödliche FALLE. Die Untertanen, die, solange die Geschäfte florieren, gerne vergessen, daß sie welche sind, müssen nun für genau die weltpolitischen Ambitionen der „Nation“, die sie bisher aus sicherem Abstand als Zeitungsleser, TV-Konsumenten und Stammtischpolitiker zustimmend kommentierten, real den Kopf hinhalten. Ihre „persönliche Identität“, die sie nicht zuletzt aus ihrem Deutschseinwollen ziehen, wird jetzt prekär. Sie wird radikal auf die Probe gestellt: Sie müssen auch den TOD wollen, wenn sie „Deutsche“ sein wollen. Und so steht es auf einem 1936 errichteten Kriegsdenkmal, das noch heute am Hamburger Dammtorbahnhof zu sehen ist: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen“. (Benedict Anderson läßt seine Darstellung der kulturellen Grundlagen des Nationalismus in „Die Erfindung der Nation“ mit dem Tod und seiner Symbolisierung in den Ehrenmälern der Unbekannten Soldaten beginnen). Diese Konsequenz ist den „wiedervereinigten“ Deutschen, die sich bisher so sicher waren, daß Imperialismus auch ohne persönliches Risiko zu haben ist, mit der Teilnahme der Bundeswehr an der Somalia-Invasion wieder in Erinnerung gerufen worden. Der Anspruch des Staates auf das Leben seiner Untertanen ist seither wieder offen ausgesprochen und kann nun im Zusammenhang mit dem „Engagement“ in Ex-Jugoslawien konkret eingefordert werden: „Verteidigungsminister Rühe bat das Parlament um geschlossene Solidarität mit den deutschen Soldaten und ihren Familien, wenn es zum Einsatz komme: 'Das, was der Pilot im Tornado macht, ist genauso moralisch, wie das, was der Sanitäter macht.'“ (SZ, 30.6.95).

Das bürgerliche Individuum als Pilot

Rühes Hinweis auf die Moralität des Tötens ist als Konzession an eine Gesellschaft zu verstehen, die noch dabei ist, sich mit den Konsequenzen ihres Wollens vertraut zu machen.[2] Bei Hegel („Rechtsphilosophie“ §§ 321 ff „Die Souveränität gegen außen“) hätte Rühe nachlesen können, daß sich die Frage der Moral für den „Bürger in Uniform“ nicht mehr stellt. Das Räsonieren ist Sache des politisierenden Staatsbürgers, wie der Egoismus Sache des bürgerlichen Individuums als ökonomische Privatperson ist. Auf das Meinen, die Moral und auf den „Mut“ der Personen, über die der Staat die irreversible Entscheidung getroffen hat, daß sie sich für seine Souveränität zu opfern haben, kommt es überhaupt nicht an. „Der Militärstand ist (!) der Stand der Allgemeinheit, der die Pflicht hat, die Idealität an sich selbst zur Existenz zu bringen. (...) Das Leben daran setzen hat darum keine Bestimmung und Wert für sich“ (Hegel). Als Pilot oder Sanitäter verkörpert das bürgerliche Individuum die EINHEIT von politischem Citoyen und selbstsüchtigem Privatinteresse. Das uniformierte Individuum ist die Synthese von politischem Staat und unpolitischer Gesellschaft. In die Luftwaffenuniform gesteckt, ist der Mensch weder CDU-Mitglied oder Aktivist der Initiative für den Erhalt des XY-Viertels noch Werkzeugmacher, Versicherungsangestellter oder Boutiquebesitzer, sondern „Glied des Ganzen“ und damit personifizierte „Abstraktion der Freiheit von allen besonderen Zwecken, Besitzen, Genuß und Leben.“ (Hegel).

Die so verlangte und auf der subjektiven Ebene mythisch irrational-rational präsente Todesbereitschaft ist grundsätzlich konstitutiv für imperialistische Ambitionen. Sie spielt im Leben der Bürger eine nicht zu unterschätzende Rolle, wie auch umgekehrt hier der Grund liegt, warum sich die BRD-Politik nicht für Doppelstaatsbürgerschaften erwärmen kann bzw. deren Zahl möglichst gering halten möchte: Wer hier als Mensch mit einem zweiten Paß lebt, gilt aus staatlicher Sicht nicht ohne Grund als unsicherer (und von den Staatsbürgern insgeheim beneideter) Kandidat, denn er kann sich, wenn ihm der Boden hier zu heiß wird, einfach aus dem Staub machen. Weil er nicht gezwungen ist, für diesen Staat zu STERBEN, fehlt ihm, was einen Staatsbürger erst perfekt macht. Bezeichnend ist, daß dieser Zusammenhang gerade von jenen grünalternativen Strategen bestritten wird, die sich den Bundeswehreinsatz in Ex-Jugoslawien seit Jahren herbeisehnen. (Ob es sie persönlich nach „Stahlgewittern“ gelüstet, oder ob sie dabei an einen Reporterjob hinter der Front denken, wird sich noch zeigen). So schrieb z.B. die „taz“ vor zwei Jahren in einem Beitrag über die „doppelte Staatsbürgerschaft“: „Die Argumentation, wonach niemand zwei Vaterländer lieben kann, geht von einem Obrigkeitsstaat aus, dem seine Untertanen, notfalls unter Einsatz ihres Lebens, zu dienen haben. Diese Vorstellung aus dem 19. Jahrhundert hat mit einer modernen Republik, wie sie auch die BRD sein will, nichts zu tun.“ Hier sehen normalbürgerliche Politiker bedeutend klarer: „Jedes Volk ist eine Schicksalsgemeinschaft, in die man nicht nach Belieben eintreten und aus der man NICHT NACH BELIEBEN AUSTRETEN KANN.“ (Der CDU-Abgeordnete Marschewski 1993 im Bundestag).

Nun ist es keineswegs so, daß der Staat mit seiner Forderung nach Aufopferung frontal gegen den Willen seiner Bürger verstößt. Auch eine (von bösen Rüstungskapitalinteressen unbeeinflußte) Vollversammlung „freier und gleicher Staatsbürger“, wie Kant sie sich in „Zum ewigen Frieden“ vorstellte, würde nicht oder nicht mit grundsätzlichen Argumenten gegen den Kriegseinsatz votieren. „Die Interessen“ der Staatsbürger sind keineswegs vorab unschuldig, sondern bereits von der kapitalistischen Konkurrenz strukturiert und schon bei den Einzelnen vollkommen widersprüchlich. Es sind übrigens diese „Interes-

sen", die den Ruf nach einer Instanz hervorbringen, die über den täglichen Querelen steht.

Töten um das Leben im allgemeinen besser zu machen

Das Recht des modernen Souveräns über seine Untertanen ist eine abgeschwächte Art des alten römischen Rechts des Familienoberhauptes, über das Leben seiner Kinder und Sklaven zu verfügen; er, der ihnen das Leben gegeben hatte, durfte ihm auch ein Ende setzen. Auch der mittelalterliche König besaß dieses Recht „über Leben und Tod", jedoch nur noch im Verteidigungsfalle: wenn er als Inhaber bestimmter souveräner Rechte angegriffen wurde, konnte er seine Untertanen zwingen, den König zu verteidigen und sie damit einem möglichen Tod aussetzen. Der feudale Souverän übt sein Recht über das Leben nur aus, indem er sein Recht zum Töten ausspielt – oder zurückhält. Er offenbart seine Macht über das Leben nur durch den Tod, den zu verlangen er imstande ist.

Dieser Machttypus hat sich heute in eine moderne Technik der Macht transformiert, die vor allem an der Organisation der Staatsbürger arbeitet. Der bürgerliche Staat ist dazu bestimmt, die Produktivkraft der Leute zu fördern, anstatt sie zu hemmen. Damit verschiebt sich das Recht über den Tod auf die Erfordernisse, das Leben zu verwalten und zu bewirtschaften und ordnet sich diesen Erfordernissen unter.

Im „Normalfall" ist die Gestaltung und Beherrschung des Lebens, nicht des Todes, Zielpunkt der Macht. Kriege werden nicht mehr geführt, um den Souverän in sein „Recht" zu setzen, sondern im Namen des Lebens der „Nation": „Man stellt ganze Völker auf, damit sie sich im Namen der Notwendigkeit ihres Lebens gegenseitig umbringen. Gerade als Verwalter des Lebens und Überlebens, der Körper und der Rasse, haben so viele Regierungen in so vielen Kriegen so viele Menschen töten lassen." (Foucault)

Man kann diese moderne Ausrichtung der Macht als ein verändertes Verhältnis von Biologie und Politik lesen: Seit dem 18. Jahrhundert mit seiner beginnenden Steigerung der Produktivität, dem Bevölkerungswachstum und der Ausweitung der Kenntnisse über das Leben verschiebt sich dieses Verhältnis. Neue Macht- und Wissensverfahren beginnen die Prozesse des Lebens zu kontrollieren und zu modifizieren. Anstelle der Drohung mit dem Tod ist die „Verantwortung für das Leben" getreten. Anders gesagt: Der Anspruch auf das Leben der Bürger tritt als Sorge um ihr Leben auf! Damit wird das Biologische zum Feld des Politischen: Das Leben der Bürger bzw. des „Volkes" wird zu einem Bereich, der für die politische Durchdringung (für Herrschaft) „offen" geworden ist. Es geht nun um die gesteigerte Ausnutzung der menschlichen Kräfte, um die Steigerung ihrer Nützlichkeit und um ihre verbesserte Integration in politische und ökonomische Kontrollsysteme. Dazu gehören Schule, Armee, wissenschaftliche Arbeitsorganisation, Kontrolle über Schwangerschaft, Sterblichkeitsrate und Gesundheitsniveau, staatliche Steuerung des Verhältnisses von Ressourcen und Einwohnern, Steuerung der Einwanderung – mit entsprechend rassistischer Begleitmusik.

Rassismus spielt hier noch in einer anderen Hinsicht eine konstitutive Rolle: Kriegerische Handlungen funktionieren nach dem Motto „Um zu leben ist es erforderlich, daß Du die Feinde massakrierst". Da aber – auch dann, wenn dies „offiziell" so nicht ausgesprochen wird (wohl aber in vielen Medien und am Stammtisch) –, der Staat das Leben seiner Bürger nur in Anspruch nehmen kann, wenn er es mit dem Ziel der Verbesserung des Lebens (des gesamten „Volkes") in Anspruch nimmt, wird das Motto „Töte, um nicht selbst getötet zu werden" letztlich immer in die Aussage transformiert: „Der Tod von Angehörigen des feindlichen Volkes (oder auch: „der feindlichen Rasse", „der Anormalen" etc.), wird das Leben im allgemeinen gesünder und besser machen." Daher die „ethnische" Färbung der deutschen Propaganda gegen „die Serben", die Deutschland, nach einer Äußerung Kinkels, „in die Knie zwingen möchte".

(1) Zur Produktionsfront gehört allerdings auch die Rüstungsindustrie. Die BRD hat diese Branche in den letzten Jahren massiv ausgebaut. Allein die Exporte wurden seit 1993 nahezu verdoppelt. Damit steht die BRD in der Wachstumsrate exportierter Tötungstechnologie einsam an der Spitze. Beim Export von konventionellen Großwaffen stand Deutschland 1994 mit 4,5 Milliarden Mark nach den USA (16,7 Mrd.) an zweiter Stelle und damit erheblich vor England (2,1 Mrd.), Rußland (1,2 Mrd.) und Frankreich (1,0 Mrd.).

(2) Rühe geht es auch um die Motivation seiner Piloten. Da die Bereitschaft zur Selbstopferung für Leute mit Willen und Verstand, zumal wenn sie im zivilen Leben als Hedonisten angesprochen wurden, keineswegs selbstverständlich ist, müssen Todes- und Tötungsbereitschaft (in separierten Kasernen) trainiert werden. Neben der bekannten Rekrutenschleiferei spielt in besonderen Fällen auch der persönliche Zuspruch eine Rolle. Kinkel und Rühe führten mit den Tornado-Piloten medienwirksam persönliche Gespräche. Rühe: „Ich schulde es den Soldaten, daß sie alles ansprechen können. Als Inhaber der obersten Befehlsgewalt muß ich alles wissen, vor allem wenn es irgendwo Probleme gibt. Das ist aber nicht der Fall. Die Besatzungen sind sehr gut motiviert." Motivierend wirkte offensichtlich ganz besonders die High Tech-Phantasie vom relativ risikolosen Töten per Knopfdruck: „Einige Piloten wiesen darauf hin, daß die Tornados bei Einsätzen in mindestens 6000 Meter Höhe und damit außerhalb der Reichweite der serbischen Flugabwehr operierten." Diese Phantasie beschäftigte schon Eric Burdon. Der Refrain seines Antikriegssong „Sky Pilot" (1968) lautete: „Sky pilot, how high can you fly?/you never, never, never reach the sky!"

Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija

Bundesstaat in SO-Europa und größtes Land der Balkanhalbinsel; Fläche: 255804 km², Ew.: 21,9 Mio.; Hpst: Belgrad, 1,2 Mio Ew.; Sprachen: Serbokroatisch, Mazedonisch. Zum Bundesstaat gehören die sechs Sozialistischen Republiken Serbien (9,0 Mio. Ew, Hptst. Belgrad), Kroatien (4,6 Mio., Hptst. Zagreb), Slowenien (1,8 Mio., Hptst. Ljubljana), Bosnien-Herzegowina (4,1 Mio., Hptst. Sarajevo), Mazedonien (1,8 Mio., Hptst. Skopje) und Montenegro (0,5 Mio., Hptst. Titograd). In Serbien liegen die Autonomen Gebiete Vojvodina (2,0 Mio) und Kosovo (1,5 Mio.). Handelsbilanz 1987: - 4828 Mio. $, Private Überweisung von WanderarbeiterInnen: 2042 Mio. $, Devisenreserven: - 1012 Mio. $, Industrielle Produktion: - 3,2%, Importe: 13334 Mio. $, Exporte: 10241 Mio. $.

1. Am 4. Juli 1941, zwei Monate nach dem Überfall des faschistischen Deutschlands, beschloß die Kommunistische Partei Jugoslawiens den Beginn des bewaffneten Aufstandes. Zwei Jahre später, am 29. November 1943, verabschiedete der Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens eine Entschließung zur Gründung eines jugoslawischen Staates auf förderativer Grundlage. Am 20. Oktober 1944 wurde Belgrad von den Nazi-Besatzern befreit und am 29. November 1945 wurde die Volksrepublik ausgerufen.

2. Daß die SFR Jugoslawien als „Vielvölkerstaat" mit sechs Republiken und zwei autonomen Gebieten gegründet wurde, kann den jugoslawischen Kommunisten nicht vorgeworfen werden. Nach einer wechselvollen Herrschaftsgeschichte zwischen Osmanischem Reich, Ungarn und Österreich und nach dem Ende des kurzlebigen Königreiches Jugoslawien war es eine große Leistung, gleich acht „Völker" unter der sozialistischen Fahne zu sammeln. Daß die KPJ diese Republiken und Gebiete einrichtete, war aber nicht nur eine Konzession an die damaligen Machtverhältnisse. Die KPJ trat grundsätzlich für das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" ein, für ein Konzept also, das auf die machtpolitische Instrumentalisierung „ethnischer/nationaler Selbstbestimmung" zielt. Es mag sein, daß viele jugoslawische Kommunisten den Glauben an eine völkische Substanz für einen Unsinn hielten, den es auf Dauer zu überwinden galt. Zunächst aber dachten sie, sich mit diesem Glauben arrangieren zu müssen. Bis zu Titos Tod 1980 wurden die „ethnischen" Konflikte immerhin erfolgreich klein gehalten – durch Verfolgung von Separatisten (die damals z.B. in der BRD Anschläge auf Vertreter Jugoslawiens verübten) und durch soziale Maßnahmen (Industriepolitik, Quotierung).

3. Die KPJ strebte 1948 eine sozialistische Balkanförderation unter jugoslawischer Führung an. Die Sowjetunion sah hier eine Gefährdung der Einheit der realsozialistischen Länder in der Zeit des Kalten Krieges und forderte Konsultationen über die Außenpolitik (was Jugoslawien ablehnte) sowie die Einstellung der Unterstützung des griechischen Partisanenkampfes (was Jugoslawien

1949 tat). Nach weiteren „Eigenwilligkeiten" wurde Jugoslawien aus dem Kreis der realsozialistischen Länder wegen „Nationalismus" ausgeschlossen: „Eine derartige nationalistische Einstellung kann nur ... zur Verwandlung Jugoslawiens in eine Kolonie der imperialistischen Länder führen" (Kominform-Kommunique).

4. Die Trennung vom Ostblock hatte für Jugoslawien schwerwiegende ökonomische Folgen. Sie führte schließlich zur Neuorientierung des Außenhandels auf die kapitalistischen Staaten und - unter dem Titel „Arbeiterselbstverwaltung" - zur Aufgabe der Planwirtschaft. Die Autonomie der Unternehmen war bald so groß wie im Westen. Sie begünstigte einen rücksichtslosem Wettbewerb zwischen den Unternehmen, den Branchen und - da beide von ihren Republik-Banken abhingen - auch zwischen den Teilrepubliken. Die relativen Unterschiede zwischen den Regionen verfestigten sich, die armen Republiken blieben arm, in den reicheren wurden die höheren Löhne gezahlt.

5. Bedingt durch die östliche Wirtschaftsblockade und eigene Fehler in der Landwirtschaft kam es 1951 zu einem Mangel an Nahrungsmitteln. Nachdem die USA zunächst mit Wirtschaftskrediten einsprang, leistete sie ab 1952 auch Militärhilfe. Jugoslawische Offiziere wurden nun in den USA an neuen Waffen ausgebildet und amerikanische Kriegsschiffe durften in jugoslawischen Häfen anlegen. Ab 1953 war das Land indirekt in das westliche Militärsystem eingebunden. Tito hatte schon 1950 für das UN-Embargo gegen China und Korea gestimmt.

6. Der jugoslawische „Dritte Weg" zum Kapitalismus, der in der BRD damals als „Modell eines humanistischen Sozialismus" hoch gelobt und von der KP China massiv verurteilt wurde („Kann es einen sozialistischen Staat geben, der sich vom Imperialismus mit den USA an der Spitze mit Milliarden US-Dollars hochpäppeln läßt?"), endete tatsächlich (wie der realsozialistische Weg, jedoch schon viel früher) in der Totalverschuldung, die wiederum der BRD alle Türen öffnete: 1970 vergab „die sozialistische Regierung Willi Brandts" (Tito) einen 100 Mio. DM-Kredit. Zum Dank befürwortete man die „Vereinigung der beiden deutschen Staaten".

7. Der jugoslawische Sozialpakt, der den Bürgern eine gewisse Existenzgarantie in Aussicht stellte, war auf Auslandsverschuldung aufgebaut. Solange Jugoslawien im Ost-West-Konflikt eine Sonderrolle spielen konnte, führten diese Schulden nicht zum Kollaps, aber Ende der 80er Jahre verlor der Westen sein strategisches Interesse. Die nun unvermeidlich anstehende und von IWF und Weltbank mit der bekannten Härte geforderte Entwertung lief auf eine nachhaltige De-Industrialisierung hinaus, die jedoch angesichts der regionalistischen Interessensbündnisse die Form von Verteilungskämpfen zwischen den Teilrepubliken annahm: „Die Devisenplanung erfolgt im wesentlichen auf Basis der regionalen Interessengemeinschaften. Bedingt durch diese Regelung ziehen es die Unternehmen vor, mit Unternehmen aus der eigenen Region zu kooperieren, um den Abfluß erwirtschafteter Devisen in andere Teilrepubliken zu verhindern. Die Folge ist eine Schwächung der Einheitlichkeit des jugoslawischen Gesamtmarktes, ja sogar dessen Zerfall in Teilmärkte." (Neue Zürcher Zeitung vom 28.10.87)

8. Damit war der Krieg allerdings noch nicht unvermeidlich. Es gab viele Versuche, den Konflikt anders zu lösen, zum Beispiel durch Stärkung der Zentralbank, durch landesweit einheitliche Einsparungen, etc. Die Regierung in Belgrad scheiterte jedoch mit allen



FOTO: CORDULA KROPKE

Vorschlägen an den regionalen Eliten, die sich und ihre Klientel retten und anderen die Folgen der Verschuldung aufbürden wollten. Während die weniger industrialisierten Republiken mehr zentrale Planung forderten, lenkten die Funktionäre in den wohlhabenden Regionen die ganze Unzufriedenheit nach Belgrad um. Die radikale Anpassung des verschuldeten Landes an die Maßstäbe des internationalen Kapitalismus wurde auf jeden Fall auf dem Weg einer bundesweiten Abstimmung über die Verteilung der geforderten Opfer immer unmöglicher. Und genau an diesem Punkt begünstigte das DEUTSCHE Versprechen auf deutsche und

europäische Hilfe eine Logik des Zerfalls, die nicht zufällig von den (nördlichen) Republiken ausging, die auf ihre höhere Produktivität vertrauten, die sie unter Abkoppelung vom armen Süden in die EU einbringen wollten. Zu leugnen, daß die Wurzeln des Konfliktes in Jugoslawien selbst liegen, hieße, die JugoslawInnen nicht ernst zu nehmen und eine deutsche oder westliche Allmacht zu unterstellen. Wie die Spaltung der CSSR und einige Kriege in der ehemaligen SU zeigen, muß Nationalismus nicht von außen implantiert werden. Im Falle Jugoslawiens wurde die GEFAHR einer derartigen „Lösung" jedoch zweifellos erst durch die deutsche Ermutigung zur REALITÄT.



FOTO: MICHAEL KOTTMEIER

9. Die deutsche Befürwortung des „ethnischen" Prinzips und schließlich die Anerkennungspolitik setzten eine Dynamik in Gang, der sich bald auch die Gutwilligsten nicht mehr entziehen konnten, es sei denn durch Flucht und Auswanderung, was ja viele gemacht haben. Die Zwangsverpflichtung der Menschen auf eine „ethnische" („die bosnischen Serben") oder „ethnisch-religiöse" („die Muslime") Identität wurde nun – nach Ausschaltung jeglicher antinationaler Opposition – durchgesetzt. Unter „normalen" Bedingungen war ein ausdrückliches Bekenntnis zur „Gemeinschaft" nicht notwendig, weil sich unter solchen Bedingungen die Gesellschaftlichkeit über den Zwang zum Gelderwerb ganz automatisch herstellte. Menschen, die als ökonomische Weltmarkt-Subjekte ausgemustert wurden, suchten hingegen inmitten der allgemeinen Auflösung Halt im „ethnischen Kollektiv". Die regionalistische Aufladung der Verteilungskämpfe endete mit dem Anknüpfen an „völkischen Erzählungen" (das österreichische bzw. ungarische Kronland, die urkroatische Sprache, die Schlacht auf dem Amselfeld etc.). Immer mehr nationalistische Eiferer konnten sich als neue Herren etablieren. Wer sich nirgends zugehörig fühlte, wurde letztlich mit Gewalt „ethnisiert". Am Ende standen der Zwang zu eindeutigen Loyalitäten, die Vertreibung jener, die der „falschen Volksgruppe" angehörten und alle damit einhergehenden Brutalitäten gegen Frauen, Männer und Kinder. Reaktionäre Nationalisten haben sich auf allen Seiten durchgesetzt. Die Behauptung, „die Serben" seien die Hauptverantwortlichen, ist eine deutsche Propagandalüge, deren Tradition bekannt ist. Vor allem in Belgrad, wo mittlerweile 1 Mio. Flüchtlinge leben, gab es breite Protestbewegung gegen Krieg & Nationalismus. In allen ehemaligen Teilrepubliken entzogen sich Tausende diesem Krieg durch Flucht, und es wären noch mehr, wenn der Westen die Flucht nicht erschweren würde.

10. „Der NATO-Rat empfahl den Vereinigten Nationen eine schnellere Entscheidungsfindung. Die UN sollen aber die führende Organisation in dem Konflikt bleiben. Die Entscheidung über Angriffe soll jedoch auf einer relativ niedrigen Ebene fallen können. Bisher (!) hat der UN-Generalsekretär das letzte Wort bei NATO-Einsätzen in Bosnien." (dpa 27.7.95)
Warum ist dieser Krieg immer noch nicht beendet? Warum wird er seit vier Jahren von den Westmächten und Rußland auf kleiner Flamme gehalten? Im beschränkten UN-Mandat sind verschiedene gegensätzliche Interessen der imperialistischen Mächte schon relativiert und vorerst aufgeschoben. Die einzelnen Mächte betrachten das als Fessel, befürchten aber auch ein offenes Aufbrechen der Gegensätze. Deshalb regulieren sie diesen Krieg mit bewaffneten Beobachtern, Embargo, Flugverbot, Schutzzonen (die gibt's AUCH, damit dem Westen kein Flüchtlingsproblem entsteht) und wechselnden Aufteilungsvorschlägen. Während die BRD und die USA (aus unterschiedlichen Motiven) ihre festen Schützlinge haben, sind England und Frankreich ihrem Anspruch verpflichtet, als Großmächte Einfluß auf die Lizenzierung neuer Staaten zu haben. Aber auch die BRD hat in Ex-Jugoslawien keine konkreten Kriegsziele und auch keine besonderen ökonomischen Ziele, die sie nur über „Protektorate" durchsetzen könnte. Sie unterstützt Kroatien, weil ihr der Einfluß auf eine der Kriegsparteien auch ohne Tornados ein Mitspracherecht garantiert. Trotz aller Unzufriedenheit mit dem begrenzten UN-Auftrag befürchten doch viele Mächte, daß ein Rückzug der Unprofor-Truppe, der nach dem US-Senats-Votum für die Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien denkbar ist, die Gegensätze in der NATO aufbrechen lassen würde. Auch Deutschland, das im Unterschied zur UNO in diesem Krieg (antiserbische) Partei ist, wird sich wahrscheinlich hüten, mit den USA gemeinsame

Front gegen die eigenen EU-Partner zu machen. Deutschland hat weitergesteckte Ambitionen, die erklärtermaßen nur über den Ausbau der EU zur Ordnungsmacht (gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, WEU als Eurostreitmacht) zu verwirklichen sind.

11. Während Frankreich, England und andere EU-Staaten 1991 auf einen Kompromiß zwischen den regierenden Eliten setzten – Neufassung der Föderation oder Auflösung nach Verhandlungen – identifizierte sich Deutschland SOFORT mit der ethnischen Rhetorik der (nichtserbischen) nationalen Kriegsherren. Die zunehmende Desintegration Jugoslawiens wurde als nationaler Selbstfindungsprozeß begrüßt – vergleichbar der „Wiedervereinigung der deutschen Brüder & Schwestern". Diese Außenpolitik korrespondierte mit dem eigenen völkischen Blutrechts-Nationalismus, d.h. mit dem deutschen Ideal einer homogenen Einheit von Staat & „Nation", „Volk" & „Kultur". Als souveräne Militärmacht trat Deutschland damals – ein Jahr nach der „Vereinigung" – noch nicht in Erscheinung. An Bundeswehreinsätze mußten die Welt und die eigenen Untertanen noch gewöhnt werden.

12. Achtzehn Millionen Menschen sterben jährlich aus Mangel an Trinkwasser. 790 Millionen Personen in allen Erdteilen leiden an Krankheiten, die durch verseuchtes Trinkwasser verursacht werden. Für schon 18 Milliarden Mark wäre es laut WHO möglich, die betroffenen Regionen mit sauberem Wasser zu versorgen. Schockierend? „Betroffen" sind BRD-Bürger meistens von Ungerechtigkeiten, auf die sie von ihrer Regierung, ihren Kirchen und Medien aufmerksam gemacht werden. Wer hingegen Mitgefühl mit Feinden der Nation (Nicaragua bis Kurdistan) hat, machte sich immer schon strafbar. Aufrufe zur „humanitären Hilfe" erreichen die breite Öffentlichkeit nur, wenn sie politisch auf Linie liegen. Die Hungernden und Leidenden, die auf der falschen Seite stehen, kommen überhaupt nicht auf den Bildschirm. Der bürgerliche Humanismus ist eben brutal parteilich. Ohne deutsches Interesse wird das Leid in Burundi oder im Südsudan nicht größer bekannt. Aber auch dort, wo deutsches Engagement nicht zu übersehen ist, können diplomatische Überlegungen dazu führen, daß die Sache nicht zum Thema wird. Das Leid, das die mit Deutschland verbündeten und von Deutschland ausgerüsteten türkischen Truppen im kurdischen Teil des Nordiraks anrichten, ist auch keine Titelseite wert. Hunderte dem Erdboden gleich gemachte Dörfer? Verminung der Grenzregion? Menschen, die sich aus Verzweiflung auf deutschen Autobahnen anzünden? Auf die Titelseite kommt nur die Meldung über die Aburteilung der Angehörigen wegen Nötigung.

13. Die Bilder vom Flüchtlingselend in Srebrenica sind so erschreckend wie die Bilder aus dem Nord-Irak oder aus dem Südsudan. Aber nur die aus Ex-Jugoslawien sehen wir täglich. Allerdings auch nicht immer. Als im Mai das inzwischen hochgerüstete Kroatien die UN-Schutzzone Westslawonien angriff, wurden dabei 12.000 (als „Serben" ethnisierte) Menschen vertrieben. Dazu die antiserbische „Taz": „Kroatische Truppen haben Westslawonien in einem Blitzangriff von den serbischen Besatzern befreit". Das von den Medien mobilisierte „ohnmächtige Mitgefühl" ist so ohnmächtig nicht: Täglich fliegen Journalisten und Stammtischbrüder in ihrer Phantasie siegreiche Kampfeinsätze. Sie sprechen von „Völkermord", von „serbischen Faschisten", vergleichen die UN-Schutzzonen mit Auschwitz (ZEIT-Titel: „An der Rampe") und fühlen sich „gerade wegen der deutschen Schuld" zum Griff nach der Bombe berechtigt. Das Land, in dem sich seit 1993 20 abgelehnte Asylsuchende erhängt haben, das gerade dabei ist 40.000 Menschen aus Vietnam „ethnisch" hinauszusäubern, das jugoslawischen Deserteuren kein Asyl gewährt und im Osten „deutsche Minderheiten" heranzieht, DIESES Land fordert man zum Eingriff in Bosnien auf!
Und warum? Weil man sich von den Bildern aus Srebrenica „gedemütigt" fühlt! Die Deutschen fühlen sich als Opfer „serbischer" Demütigungen. Seit sie wissen, auf welcher Seite sie zu stehen haben, fordern sie die Wiederherstellung ihrer gekränkten Ehre. Ihre (erlaubte und erwünschte) „Empörung" über die angebliche Bonner Unentschlossenheit ist die denkbar devoteste Unterwerfungsgeste. Ihr „Gefühl der Ohnmacht" ist in Wirklichkeit eines der Allmacht, denn diese Ohnmacht weiß sich auf der Seite einer Großmacht. Frieden schaffen mit deutschen Waffen! Etwas Ordnung in die Dritte Welt bringen! Hoch die inter-nationale Solidarität! Das ist die neue Kriegsliteratur.

14. „Heute bleibt nur noch der Eintritt in den Krieg mit ungewissem Ausgang" (Günter Grass). „Vier bis fünf gut bezahlte Kugeln würden Wunder wirken" (Peter Rühmkorf).
Wer da nicht mitmacht, outet sich als Menschenfeind, also Serbenfreund. Wer nicht mithetzt, dem/der fehlt „schlichtes Mitgefühl", „verweigert sich der Menschlichkeit", „flüchtet sich in die heile Welt des pazifistischen Schrebergartens", wünscht, daß die „bosnischen Opfer für die fromme Gesinnung eines erbarmungslosen Pazifismus, für das heilige Dogma (!) der Nichteinmischung um jeden Preis, für ein politisch korrektes Deutschland" sterben („Taz", 27.7.95). Der linksbürgerliche Pazifismus war schon in den 80er Jahren nationalistisch. Seit Deutschland souverän ist, ist er auch noch imperialistisch.

(die Red.)

DRÜCKEBERGER

ZUR DISKURSGESCHICHTE EINES REIZWORTES

I Ain't Marchin'Anymore (Phil Ochs 1966)



Weder Draufgänger noch Drückeberger" – unter dieser Schlagzeile schrieb Robert Leicht vor drei Jahren in der „Zeit" einen Beitrag zur außenpolitischen „Verantwortung" des „wiedervereinigten" Deutschlands: „Alle politischen Kräfte müssen ihre Verantwortung als rein politische erkennen – und sie als solche gemeinsam tragen. Draufgänger oder Drückeberger – die falsche deutsche Alternative läßt sich ausräumen, wenn man nur will."

Hier präsentierte und synthetisierte sich im Rahmen eines postmodernen Mediendiskurses, der im neuen Deutschland keine Parteien mehr kennen will, sondern nur noch „verantwortungsvolle Deutsche", die Verwendung eines Reizwortes, das auf eine lange Gebrauchskultur zurückblicken darf – „Drückeberger". Je nach historischem oder symbolischem Ereignis wird es als vereinzelte positive Anrufung, mehr noch als negativ besetzter Code verwendet. Der Terminus „Drückeberger" stellt im Kontext „nationaler Identität" ein besonders deutliches Paradigma für die Konstituierung von Feindbildern innerhalb einer „globalen Verantwortungsgemeinschaft" dar, und zwar unabhängig davon, ob diese einfach nur „Deutschland" heißt oder noch das Präfix UNO, NATO, EG oder WEU erhält.

Im folgenden wird zu zeigen sein, in welchen dominanten Praxisbereichen der an bestimmte politische Ereignisse geknüpfte Signifikant „Drückeberger" mit welchen Funktionsbezügen samt seinen symbolischen Anwendungen interdiskursiv wuchert. Zwangsläufig wird es dabei zuweilen in der von mir gewählten sprachgeschichtlichen Nachzeichnung des Begriffs bei der unkommentierten Montage von Zitaten bleiben. Hier kann ich nur Karl Kraus zitieren: „Das Dokument ist Figur." („Die letzten Tage der Menschheit", Vorwort). Doch zunächst ein Blick auf die Geschichte und Systematik des Reizwortes „Drückeberger".

Im Duden von 1973 wird der Begriff zwar erwähnt, jedoch ohne Erklärung. Anders im Duden-Synonym-Wörterbuch. Überaus reichlich werden hier Substitute angeboten, die auf eine ebenso lange wie einseitige Verwendung des Reizwortes schließen lassen: 'Feigling', 'Duckmäuser', 'Angsthase', 'Hasenfuß' und 'Hasenherz', 'Memme', 'Bangebüx', 'Waschlappen', 'Schlappschwanz', 'Flasche', 'Hosenscheißer' u.v.a.m. Im „Deutschen Wortschatz" von Wehrle/Eggers (1961) erfährt der Terminus unter der Kategorie „Mangel an Zielstrebigkeit" bereits ein Mehr an semantischer Qualität: 'Seitensprung', 'Müßiggang', 'Arbeitsscheu', 'Fahnenflucht' lauten die nominalen Bezeichnungen. Damit sind – wie noch zu erläutern sein wird – zwei übergeordnete Praxisbereiche der sowohl medialen als auch politischen Umsetzung und Anwendung gemeint: Der militärische und der soziale Diskurs. Die Gedankenverbindung 'Seitensprung' impliziert durchaus die Re-Integration in die Gesellschaft, nachdem die 'Fehlleistung' erkannt wurde. Daneben werden diejenigen, die sich „drücken", mit den Bezeichnungen 'Simulant' und 'Tagedieb' belegt; die entsprechenden Verben hierzu lauten konsequenterweise: 'kneifen', 'einen großen Bogen machen', 'simulieren', 'schwänzen'. Auch das Jägerwort vom sich 'duckenden Hasen', der 'heimlich ausweicht', paßt in diesen Kontext: Wegen seiner Furchtsamkeit gilt der Hase verschiedentlich als Symbol für 'Angst' und 'Feigheit'; seine angebliche Fähigkeit, mit offenen Augen schlafen zu können, ließ ihn jedoch auch zu einem Symbol der 'Wachsamkeit' werden, was ebenso wie seine 'Schnelligkeit' – zumindest in älterer Zeit – unterschlagen wird.

Semantisch wird der Begriff des „Drückebergers" oft in Analogie zu 'Schlaumeier' und 'Schlauberger' gestellt. Das ist nicht ganz unrichtig; denn hier liegt eine Analogiebildung zu Einwohnernamen mit der Endung „-berger" auf der Hand. In diesem Zusammenhang finden dann auch Signifikanten wie „Angstmeier" und „Schlaumeier" Verwendung. Zudem ist die Tatsache zu berücksichtigen, daß solche häufig auftretenden, nach dem Muster von Familiennamen gebildeten Gattungsbezeichnungen oft – durch die Nachsilbe bedingt – abwertende Bedeutung erhalten. Und „sich drücken" geht auf „sich drucken" = sich ducken zurück.

„Drückebergerei" als interdiskursives Ereignis

Bezeichnenderweise taucht der Begriff „Drückeberger" nach meinen bisherigen Recherchen erstmals 1870 im literarischen Diskurs auf. Mit dem prägnanten Titel „Unser Drückeberger" skizziert Fred Vincent Szenen aus seinem „Kriegstagebuch von 1870". Hier ist der Zusammenhang zwischen Gattungsbegriff und der noch unpräzisen Bestimmung augenfällig. Es geht nicht um den oder einen „Drückeberger", sondern um unseren. Es wird noch zu zeigen sein, wie eng die Verwendung der entweder individuellen oder kollektiven Zuschreibung jeweils abhängig vom politischen Zeitgeist erfolgt.

Somit konnte die Verwendung des „Drückebergers" als eine „Person, die sich Verpflichtungen entzieht, häufig im militärischen Bereich festgemacht werden und sich hartnäckig bis heute halten. Dafür spricht auch der von Grimm herausgefundene literarische Frühbeleg von 1872, einem Zeitpunkt, zu dem nationale Kriegsbegeisterung und Siegestriumph mit der Beendigung des deutsch-französischen Krieges 1871 auf dem Höhepunkt angelangt waren: „er fürchtete, von seinen Kameraden als Drückeberger angesehen zu werden." Der 'neue Kurs' Deutschlands nach Bismarcks Entlassung, die Verschärfung der internationalen Lage durch imperiale Machtpolitik verweist auf brisante Analogien zu aktuellen national-hegemonialen Bestrebungen Deutschlands.

Im folgenden soll mittels einer chronologischen Datierung zum einen der dominante Praxisbereich des Militärs näher beleuchtet und gezeigt werden, mit welcher Kontinuität die „Drückebergerei" politisch und symbolisch aufgegriffen wird und stabilisierend wirkt; zum zweiten soll dem ein weiterer dominanter Praxisbereich gegenüberge-

stellt werden: Der soziale – nach innen abgesteckte – systemverpflichtende Bereich. Anhand des untersuchten Textkorpus' (aus Platzgründen werden hier z.B. Haseks „Schwejk", Brechts „Schweigk im Zweiten Weltkrieg" und Th. Manns „Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull" nicht berücksichtigt) liegt meine Beobachtung zum letzten auf der Verstrickung von literarisch-künstlerischem Diskurs und alltäglich-pragmatischem Einsatz von solchen Reizwörtern wie dem der „Drückebergerei", des „Drückebergers".

Diskursive Formation: „Antisemitismus" und „Drückebergerei"

Der Begriff des „Drückebergers" erfuhr in den letzten 120 Jahren einen erstaunlichen interdiskursiven Einsatz. Pünktlich zum Beginn der zweiten großen patriotischen Welle, nämlich im Ersten Weltkrieg, als deutsche Untertanen angestrengt versuchten, ihren Patriotismus und ihre „Identität" als Deutsche unter Beweis zu stellen, erfuhr die Verurteilung der mit diesem Begriff stigmatisierten Menschen eine gefährliche Renaissance. Im Umfeld der `Dreyfus-Affaire' – Alfred Dreyfus als jüdischer Offizier, der in Frankreich 1898 aufgrund von gefälschten Dokumenten der Spionage angeklagt war – kam es bis ca. 1906 zu antisemitischen Aktionen, u.a. um den Typus des 'jüdischen Offiziers' anzuprangern. Nach Dreyfus' Verurteilung erschien Emile Zolas Schrift „J'accuse", was einige deutsche Staatsbürger dazu veranlaßt hat, den Titel „Ich klage an" aufzugreifen und anonyme Bekenntnis- oder Gegenreden zu publizieren. Die von Hermann Fernau abgefaßte Schrift „Gerade weil ich Deutscher bin! Eine Klarstellung der in dem Buch 'J'accuse' aufgerollten Schuldfrage" von 1916 geht explizit auf das Selbstverständnis „der Deutschen" und damit zusammenhängende außenpolitische Sanktionen ein. Im Kontext der „vielgerühmten deutschen Gründlichkeit" und im „Interesse der deutschen Sache" führt Fernau aus: „Entweder sind wir als Deutsche gründlich und dann müssen wir alle vorhandenen Dokumente zitieren und fachlich erörtern; oder aber wir haben nicht die Zeit dazu, und dann machen wir natürlich den Eindruck der Drückebergerei." Ein paar Seiten weiter heißt es: „Der rechthaberische Ton, mit dem die deutschen Minister allzu häufig von der Schuld der anderen sprechen, die Schroffheit, mit der sie ein näheres Eingehen auf die Schuldfrage ablehnen, haben in neutralen Ländern vielfach den peinlichen Eindruck der Drückebergerei und indirekten Selbstbeschuldigung gemacht." Die 'Wahrheit' des Deutschen schien weiter in der Distinktion zum 'Jüdischen als eines kulturell absolut Anderen' zu liegen. Denn im gleichen Jahr kam es erneut zu antisemitisch akzentuierten Militäraktionen. Hartnäckig hielt sich das Gerücht, „die Juden" seien maßgeblich an der Kriegsgewinnlerei beteiligt, während sich speziell deutsche Juden gleichzeitig vor dem Militär „drücken" würden. Im Verlauf dieser Kampagne kam es dann zu solchen diskriminierenden Äußerungen und Vorwürfen der „Drückebergerei" und der Forderung, „die Juden" mögen ihre 'Schuld' in Form von finanzieller 'Entschädigung' an das preußische Kriegsministerium abtragen!



Nationale Identität und „Hysterie" im Ersten Weltkrieg

Im Vorwort seines zwischen 1915 und 1917 entstandenen Werkes „Die letzten Tage der Menschheit" schrieb Karl Kraus: „Die unwahrscheinlichsten Taten, die hier gemeldet werden, sind wirklich geschehen; ich habe gemalt, was sie nur taten. Die unwahrscheinlichsten Gespräche, die hier geführt werden, sind wörtlich gesprochen worden; die grellsten Erfindungen sind Zitate..."
Während Fernau von der „Drückebergerei vor der Wahrheit" spricht und damit eindeutig eine ideologisch und national verklärte „Wahrheit" postuliert, zielt Kraus auf die „Wahrheit" des authentischen Geschehens ab, indem er elementare Literatur künstlerisch montiert und sie mit der Intention des Kriegsgegners in Szene setzt. Fast kommentarlos läßt er im III. Akt „Fünfzig Drückeberger" auftreten, „die alle mit Fingern aufeinander zeigen": „DER sollte genommen wern!". Schon zu Beginn des Ersten Weltkrieges gab es viele Männer und Frauen, die ihre erwartete, durch Schule, Elternhaus und Militärdienst vorbereitete Kriegsteilnahme verweigerten. 1918 kam es dann zur kollektiven – allerdings noch wenig solidarischen – „Drückebergerei", der massenhaften Weigerung von deutschen Soldaten, den Krieg fortzusetzen.
Erneut wurde mit der „Endsieg"-Option das Wissen um die eigene militärische 'Unfähigkeit' somit nicht nur auf die inneren 'Schädlinge', sondern auch auf die Kriegsgegner projiziert. Auf dieser Folie personifizierte Kraus in der Ausführung des „Patrioten" das „Drückebergertum" des äußeren Feindbildes: Den „Drückeberger in Frankreich" („Wenn das nicht ein Deserteur ist oder gar ein Spion!") und die „Drückeberger in Italien". Mit dieser Verschiebung war eine doppelte Anrufung gewährleistet: Sollte der Krieg verloren gehen, so war der Grund in den mit inneren „Drückebergern" kooperierenden äußeren 'Schädlingen' zu suchen, die die Verteidigungsbereitschaft schwächten, die deutsche Nation 'aushöhlten' und 'aussaugten'. Die Stigmatisierung des Anderen in der Imagination der 'Unfähigkeit' konnte jedoch gleichzeitig die Stärkung der eigenen nationalen Identität zur Folge haben, was die Realisierung des „Endsieges" glaubwürdig zu machen schien. Dem Kaiser, der 1914 noch gesagt hatte, „er kenne nunmehr keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche", stellt Kraus „manch einen Drückeberger" entgegen: Kaiser Wilhelm II., der bei Kriegsende geflohen war, hat niemand „Drückeberger" genannt.
Am stärksten jedoch wirkt das 'Gift des Pazifismus', das mit „Volksgesundheit" und „Hysterie" in Verbindung gebracht wird: „Der nächste Krieg und die nächste Seeschlacht fordern gesunde Nerven von Ihnen. Durch Nerven wird er entschieden." So der Kaiser im Jahre 1910. Die Kriterien für gute oder schlechte Nerven wurden bald – intensiver als in den Jahrzehnten zuvor – an die 'Rasse', die „Nationalität", das „Geschlecht" und die medizinisch-gesellschaftliche Klasse der 'Nervösen' gekoppelt. Da mußten Ärzte, die im neuen Kranken- und Sozialversicherungssystem als Gutachter befragt wurden, entscheiden, ob äußerlich unverletzte, traumatisierte Beteiligte (ob nun im Krieg oder an der Arbeits-'Front') tatsächlich Opfer waren oder die neurasthenischen, nervösen Symptome nur 'simulierten'. Das Experten-Votum von Medizinern entschied also darüber, ob eine Rente oder andere Versicherungsleistungen gewährt werden sollte. „Daß sich der den 'Krieg innerlich ablehnende Soldat schutzsuchend in die Krankheit flüchtet' und dafür auch noch eine Rente beansprucht, mußte verhindert werden." Demzufolge waren auch Mittel, die „Nervenschwächlinge" brutal zu kurieren, erlaubt. Kraus spricht durch die Figur des „Nörglers" aus: „Muß ich es in den Aborten der Wiener Kriminalität aufspüren, in den Wanzen- und Bazillenräumen der Wiener Garnisonsarreste, an den verwahrlosten Spitalsbetten, wo graduierte Profosen und akademische Henkersknechte nervenkranken Soldaten mit Starkstrom zusetzten, um den Verdacht, sich vor der Front zu drücken, auf sie abzuwälzen?" Die sprachliche Bedeutung des Stigmas „Drückeberger" war variabel, schichten- und klassenunspezifisch – lediglich die inhumanen und ausgrenzenden Behandlungsmethoden waren einer bestimmten Gruppe von Menschen vorbehalten: „Denn die Krankheitsursachen wurden im 'minderwertigen Erbgut' oder im Lebenswandel der Opfer gesucht: eine 'nervöse Mutter', Alkoholismus oder auch 'reizbares Querulantentum' gehörten ebenso dazu wie verhaltensauffällige, religiöse 'Schwärmerei' oder pazifistische Einstellungen. Damit war zugleich allen nur denkbaren rassistischen, klassen- oder landesspezifischen Vorurteilen Tür und Tor geöffnet. Generell schienen 'Polen und Juden leichter zu erkranken als Deutsche; Rheinländer häufiger als Pommern; Soldaten häufiger und auffälliger als Offiziere.'" Auf einer Ärzteversammlung bekommen „Simulierer", „Weichlinge und Drückeberger" dann „Zuckungen" und „Zitterneurosen", werden therapiert mit der Maßnahme „zurück ins Trommelfeuer", werden Humanität und Patriotismus gegeneinander ausgespielt, heißt es schließlich: „Die Verantwortung übernehmen wir." Und immer fürs 'Vaterland'! Da ist in der Sprecherposition des Psychiaters von „Vaterlandshass", „Blaumachern", „Weichlingen" und „Drückebergern" die Rede, die kaum mehr „geistesgestört" sind, sondern „Vaterlandsverbrecher", von der Entente bezahlt, als „schlimmstes Übel", „an dem der deutsche Volkskörper krankt." Der kriminalistische Spezialdiskurs, der vom medizinischen nicht unabhängig betrachtet werden kann, konnte fast nahtlos daran anknüpfen. So will Prof. Dr. Johannes Lange in seiner wissenschaftlichen (!) Studie „Verbrechen als Schicksal" 1927 herausgefunden haben: „Als die nächsten Verwandten der Schwindler [...] kennen wir wieder eine große Krankenhausgruppe in den hysterischen Drückebergern, daneben die anschwellende Zahl der Rentenschwindler, manchen Zeitungs- und Romanschreiber und schwindleri-

sche Freibeuter in jedem Berufe, vor allem aber wieder Frauen (!), die in den verschiedensten Spielarten ihre Familie quälen." Weiter spricht er im Kontext „Lebensschwäche" von „minderwertigen" vs. „hochwertigen" Menschen sowie von antisozialen Psychopathen.

Fortschreibung kollektiver Desertion im Zweiten Weltkrieg

An Hitlers „Mein Kampf" kann nun nachgewiesen werden, daß „Drückeberger" (a) erneut und verstärkt im Antisemitismus des NS-Faschismus' auftauchten und (b) zu den Lieblingsbegriffen des Führers gehörten. Zunächst aber noch ein paar Worte zu Hitlers ureigenster, individuell 'legitimierter' Hysterie: „Ich bin jetzt sehr nervös. Tag für Tag liegen wir von 8 h früh bis 5 h nachm(i)tt(a)g im schwersten Artilleriefeuer, das macht mit der Zeit die stärksten Nerven kaput(t)", schrieb Hitler am 5.2.1915 in einem Feldpostbrief. Behandelt wurde Hitler allerdings weniger wegen einer Gas(!)vergiftung, sondern wegen „hysterischer Blindheit" oder „psychopathischer Hysterie" von seinem Militärarzt Edmund Forster, einer derjenigen Ärzte, die durch Stromschläge die Willenskraft, zurück an die Front zu gehen, zu stärken suchten. Hitler gehörte also zu den „Psychopathen" und „Nervenkranken", die „im Hinterland kommod in [den] Betten" (Kraus) 'herumlungerten'. So war er als Experte geradezu prädestiniert, der „Drückebergerei" und dem „Rühmen der eigenen Feigheit" in „Mein Kampf" ein umfassendes Kapitel zu widmen. Nachdem er ein Lazarett besucht hatte, diagnostizierte er: „Aufforderung zur Pflichtverletzung", „Verherrlichung des Angsthasen", „Charakterlosigkeit des Feiglings", machte er „gesinnungsloseste Hetzer" aus. Seine eigene Erfahrung zieht sich als Projektionsventil propagandistisch durch das gesamte Werk: „Gott sei gedankt, darin liegt ja eben der Sinn einer germanischen Demokratie, daß nicht der nächstbeste unwürdige Streber und moralische Drückeberger auf Umwegen zur Regierung seiner Volksgenossen kommt, sondern daß schon durch die Größe der zu übernehmenden Verantwortung Nichtskönner und Schwächlinge zurückgeschreckt werden. [...] „Hinweg, feiger Lump!, [...] denn der Vorderaufstieg in das Pantheon der Geschichte ist nicht für Schleicher da, sondern für Helden!" „Sicherlich traf auf jeden sich freiwillig meldenden Helden, der nach heiligem Opfertod dann die Stufen nach Walhall emporstieg, ein Drückeberger, der sehr vorsichtig dem Tode den Rücken zukehrte, um sich statt dessen mehr oder weniger nützlich in der Heimat zu betätigen." Kurz: „Der wohlkonservierte Abschaum unseres Volkskörpers" und das „lichtscheue Gesindel seiner Deserteure, Zuhälter usw." standen im Kriegszusammenhang von 1914, wo entweder das 'Menschenmaterial' „zu Krüppeln zerschossen" wurde oder sich „verkrümelte" und „als wehrloses Kanonenfutter dem Feinde preisgegeben war." Bei Kraus treten zwei Beinstümpfe in einer abgerissenen Uniform auf. Nach einer verlorenen Schlacht, wo anscheinend die Giftmasse nicht ausgereicht hat, die Menschen auszuräuchern, zu vergasen und zu vernichten, werden „Frontschweine" und „Fronthunde" vorne verantwortlich gemacht, die doch bekanntlich hin-



ten stehen. Kraus' Sarkasmus erinnert an Brechts „Legende vom toten Soldaten", wo die ärztliche Kommission eine Leiche ins Feld schickte: „Und er drückte sich vor der Gefahr."

Sollte Hitler nicht selbst „einer Gesellschaft von Zuhältern, Dieben, Einbrechern, Deserteuren, Drückebergern" zugeordnet werden, mußte er keinen Zweifel an der Art der Behandlung von Deserteuren lassen: „Will man schwache, schwankende und feige Burschen (...) zu ihrer Pflicht anhalten, dann gibt es von jeher nur eine Möglichkeit: Es muß der Deserteur wissen, daß seine Desertion gerade das mit sich bringt, was er fliehen will. An der Front kann man sterben, als Deserteur muß man sterben." Auch diese Sanktionen waren bei Kraus authentisch inszeniert: „Jetzt schießts auf den Feind, oder ich schieß auf die Eignen!" läßt Kraus einen Feldwebel sagen. Dementsprechend sahen die Todesurteile aus, von denen hier nur zwei exemplarisch genannt werden sollen: „Der erste Weltkrieg ist 1918 verloren worden, weil Tausende von Drückebergern sich hinten herumtrieben, statt sich zur kämpfenden Truppe zu begeben, wie ihre Pflicht es ihnen geboten hätte. [...] Wo Ansätze dazu erkennbar sind, ist mit rücksichtsloser Strenge von vornherein alles zu tun, was eine Wiederholung solcher Zustände zu verhindern geeignet ist. [...] Nach allem konnte hier nur die Todesstrafe in Betracht kommen." (zitiert nach Fietje Ausländer „Verräter oder Vorbilder? Deserteure und ungehorsame Soldaten im Nationalsozialismus", Bremen 1990) „Der Angeklagte ist trotz seiner Jugend infolge Veranlagung und mangelhafter Erziehung durch und durch asozial. Deshalb kann ihn auch eine längere Zuchthausstrafe nicht bessern. [...] Umso schärfer müssen diejenigen bestraft werden, die zu dieser Zeit in Drückebergerei verfallen. [...] während die Tapfersten und Ordentlichsten auf Tod und Leben mit dem Bolschewismus ringen." (ebd.)

Und man konnte nicht behaupten, daß die zu vernichtenden „Wehrmachts- und Volksschädlinge" nicht gewarnt gewesen wären. Einigen Opfern wurden Schilder mit der Aufschrift um den Hals gehängt: „Ich bin ein fahnenflüchtiger Feigling."

Ironischerweise wurde Goebbels, nachdem er die SPD als „Partei der Deserteure" bezeichnet hatte, mehrfach als „Drückeberger" angerufen. Selbst Goebbels, der sich als „Herrenmensch" 'fühlte', schützte seine Behinderung nicht vor diesem Stigma. Dies hinderte ihn allerdings nicht, am 3.3.1945 in seinem Fronttagebuch zu vermerken: „Auch das Deserteurunwesen ist bedenklich angestiegen. Man vermutet, daß sich in den Großstädten des Reiches Zehntausende von Soldaten befinden, die angeblich versprengt sind, in Wirklichkeit aber sich vor dem Frontdienst drücken wollen."

Die 60er Jahre: Organisierte „Drückebergerei"

Es wird im folgenden zu zeigen sein, wie sich der militärische Diskurs auch in der Nachkriegszeit fortschreibt, wie sich der Stempel „Drückeberger" = „Feigling, der sich einer – wie auch immer gearteten – Verantwortung entzieht", halten konnte und bis in die Moderne hinein als unantastbar gilt – mit einem wichtigen Zwischenspiel. Mitte bis Ende der 60er Jahre erfährt das Reizwort „Drückeberger" einen wohl einmaligen und in der Form nicht mehr auftauchenden positiven Status. Man kann festhalten, daß der Begriff und seine Anwendung hochgradig ambivalent funktioniert: Einerseits – wie bereits erläutert – wird er ausgrenzend, somit als Stigma eingesetzt, und findet andererseits in der positiven Anwendung einen identifikatorischen Wert. In den anti-hegemonialen Bewegungen der 60er Jahre wurde der Begriff gegenidentifikatorisch als 'Fahnenwort' verwendet und mit positiven Konnotaten wie 'Mut' und 'Verantwortung' im Sinne von De-Eskalation zu kombinieren versucht; Begriffe, mit denen die Hegemonie ebenfalls operiert: Allerdings im Zeichen eskalierender Politik. Das Ereignis Vietnamkrieg tat hier sein Übriges. In der Bürgerrechtsbewegung und in einigen „Subkulturen" (von AfroamerikanerInnen und Hippies) gab es eine regelrechte „Drückeberger"-Bewegung, die sich dem Armeedienst und der Aufforderung zum Töten und Getötet-Werden zu entziehen suchte. Alle Songs, die zu dieser Zeit geschrieben wurden und sich positiv identifikatorisch mit Desertationskampagnen auseinandersetzten, müssen in diesem Kontext gesehen werden.

So gab es 1965 den berühmten „Draft-Dodger-Rag" (Rag über das Sich-Drücken vom Truppendienst) von Phil Ochs, der als eine 'Galionsfigur' der Antikriegs-Bewegung galt. Er verstand es hervorragend, seinen literarisch-journalistischen Ansatz über rezitative Songs zu vermitteln, wurde dementsprechend von den Medien als 'Störenfried' behandelt. Der „Draft-Dodger-Rag" wurde auch in der Bundesrepublik positiv rezipiert. U.a. hat die StudentInnenbewegung – vom SDS initiiert – diese Desertationskampagnen in der US-Armee mit unterstützt.

Die amerikanische Parole, sich vor Vietnam zu drücken, hieß: „Hell no – we ain't go." Vor diesem Hintergrund schrieb Country Joe McDonald, der selber Soldat in Japan gewesen war, und seine 'Botschaft' über das Medium Rock 'verkündete', den „Drückeberger"-Song „Kiss my ass" (1972). (Weitere Drückeberger-Songs von Phil Ochs, Country Joe & The Fish, The Temptations, Edwin Starr etc. finden sich auf dem mit einem informativen Beiheft ausgestatteten Rhino-Sampler „Songs Of Protest". Einen Überblick gibt auch Robin Denselow in „The Beat Goes On. Popmusik und Politik", Reinbeck 1991. Anm. der Red.)

1969 wurde das politische 'Simulanten-Tum' als Reaktion auf den militärischen Einzug, mit einer scharfen Kritik an der amerikanischen Vietnam-Politik, in das Medium Film transportiert. Exemplarisch sei hier der mit stark autobiographischen Akzenten produzierte Film von Arlo Guthrie mit dem Titel „Alice's Restaurant" genannt: Die Simulation von Homosexualität und pathologischen Killertypen bei der Musterung führten (episodisch am Thanksgiving-Day!) letztlich zur

juristischen Verurteilung mit der Folge der erklärten „Wehrunwürdigkeit". Arlos afroamerikanischer Freund kommt verstümmelt aus Vietnam zurück. Das Aufgreifen solcher Motive ist sicherlich auch vor dem Hintergrund des McCarthy-Ausschusses seit den 40er Jahren im Kontext von „Wehrkraftzersetzung" und „unamerikanischen Umtrieben" zu sehen.
Mit dem Vietnamkrieg kam es auch in der Bundesrepublik zur politisch organisierten „Drückebergerei". Damals haben AbiturientInnenklassen in der Bundesrepublik der 70er Jahre fast geschlossen den Kriegsdienst verweigert. Inzwischen konnte das Stigma des vereinzelten, 'pathologisch-individuellen' Einzeltäters nicht mehr aufrechterhalten werden. Vielmehr traten massenhafte 'Wir-Identitäten' in Szene.
Wallraff, der 1963 verweigerte, dann doch eingezogen wurde, beschreibt noch den „individuellen, privaten Schritt" der Verweigerung, wurde von „seinem" Hauptmann und anderen als „Unruhestifter", „Spinner", „Sektierer", „Zersetzer" behandelt, als „Schlappschwanz" und „Drückeberger" beschimpft und schließlich in die Psychiatrische Abteilung des Bundeswehrlazaretts eingeliefert. Die Konstruktion von Charaktertypen in Kombination mit einer Semantik körperlicher Merkmale schuf damit eine schon fast traditionell zu nennende Fortschreibung der Stigmatisierung von (nicht nur) Kriegsdienstverweigerern. Aufrechterhaltung der „Mannszucht" – das war die Leitmaxime der Militärjustiz im „Dritten Reich": Diese Negativkennzeichnung hat bis heute nichts von ihrer politischen Bedeutung eingebüßt. Als 'männliche' Codierung galten und gelten Merkmale wie 'hart', 'stark', 'soldatisch', 'gepanzert' sowie eine sich nach außen präsentierende sichere Körperstruktur und -ordnung, der zweifelsohne Attribute wie 'Mut' und 'Durchsetzungsfähigkeit' zuerkannt werden. Dagegen erhält die 'weibliche' charakterliche und körperliche Formierung – qua soziokultureller Fortschreibung – die Kennzeichnungen 'weich', 'ängstlich', 'feige', 'hysterisch', 'schlapp' und 'schwach'. Ein solcher Körper galt und gilt also infolge der Opposition 'hart' vs. 'weich' als nicht verteidigungsfähig, wenn der zu verteidigende Staats-Körper als ein männlicher codiert ist, der im Anschluß an Theweleit als eine mehr oder weniger faschistische „Körperformierung" begriffen werden kann (in „Männerphantasien", vgl. hierzu Heft 10, S. 93. Zu einer weiteren Drückebergerfigur, den „Gammlern" der 60er Jahre, vgl. Heft 9, S.47. Anm. d. Red.). Wenn Wallraff als Wehrdienstverweigerer, 'Störenfried' und im weitesten Sinne als 'Staatsfeind' wegen seiner angeblichen „Hysterie" in die Psychiatrie eingeliefert wurde, so folgt dem eine weitere Stabilisierung der traditionellen Gegenpole: 'weiblich' vs. 'männlich', 'Herz' vs. 'Kalkül', 'krank' vs. 'gesund', 'Hysterie' vs. 'Normalität'. Dabei scheint vergessen worden zu sein, daß sich spätestens mit Beginn des Ersten Weltkrieges der vermeintliche Ort der 'Hysterie' von der Gebärmutter weg in den Kopf verlagert hatte.
Der politische Diskurs über „Drückebergerei" als positive Praxis hält sich



FOTO: SILKE GOES

noch bis weit in die Mitte der 70er Jahre als marginale Erscheinung, wobei sicherlich die zunehmende – jedoch kurzzeitige – 'Lobby' der Zivildienstleistenden eine Rolle spielt. In dieser Zeit erschien die Zeitschrift „Der Drückeberger", hg. von der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden. Hier wurde der Begriff innerhalb einer „Subkultur", die nicht das generelle Alltagswissen repräsentiert und den Begriff samt Konnotaten als Zivilcourage signifiziert sehen wollte, klar positiv als 'Fahnenwort' besetzt. So konnte der „Spiegel" noch 1977 schreiben, daß den „Wehrdienstgegnern längst nicht mehr das Odium (...) dreister Drückeberger" anhafte.

Ökonomie der „Drückebergerei"

Mit zunehmender De-Stabilität im Inneren der Republik, Notstandsgesetzgebung und außenpolitischer Umbrüche erfährt das Reizwort in den 70er und 80er Jahren eine breitere Verwendung. Wurde gerade erst das Feindbild der Wehrdienstverweigerer einigermaßen normalisiert, mußte nun ein neues (neu-altes) Feindbild in Erscheinung treten. Horst Zimmermann schreibt sich im Münchener Merkur am 28.3.1977 in solche „Drückeberger-Geschichten" ein: „Die Drückeberger sind nur schwer zu fassen." Damit wird der uralte Topos der 'Etappe' aufgegriffen, hinter den gefährlichen Kampfzonen in angeblich gemütlicher Behaglichkeit zu verharren; eben da, wo 'Etappenhasen' und „Frontschweine" hinter dem 'eigentlichen Schauplatz herumlungern'. „Die Drückeberger haben sich zu einem ernsten und teuren Problem entwickelt", führt er weiter aus. Weniger allegorisch heißt das im Klartext: 'Sie' 'bedrohen' das Bruttosozialprodukt. Noch präziser: 'Sie' eignen sich nicht dazu, den Staatskörper auf seinem Weg der 'Normalität' zu begleiten. Wer ist gemeint? Klar: Die Lohnarbeitslosen und Kranken, die „Pseudo-Arbeitslosen", die unser System so sehr „belasten", diese „faulen Kunden" mit „Dauerurlaub", die man „durchfüttern" müsse. Das erinnert doch an längst vergangene Zeiten: An die „Sozialversicherungs-Schwindler" zu Anfang des Jahrhunderts.

Um diesen 'sozialen' „Drückeberger" nicht isoliert stehen zu lassen, denn seine Stigmatisierung erfährt er ja erst (a) durch die Benutzung in solchen Verwendungszusammenhängen und (b) durch die produzierte Gewöhnung im Alltagswissen, wurde das Reizwort dann auch flugs wieder an den militärischen Bereich angekoppelt. Mitte der 80er Jahre im Rahmen von historischer Alltagsforschung, Initiativen der Friedensbewegung und Kommunalpolitik der GRÜNEN wurde Deserteuren und anderen „ungehorsamen" Soldaten die lange verweigerte öffentliche Anerkennung zuteil. Nun kann man zu Stein-Mälern stehen wie man will; Fakt war jedoch die Tendenz der Disqualifizierung solcher Denkmäler und damit verbunden die Furcht, die 'Wehrfähigkeit' der Bundeswehr könne Schaden nehmen, wie in folgenden Äußerungen expliziert: „Fahnenflucht ist eine verwerfliche Handlung. Sie ist das schmähliche, gemeine, 'Im-Stich-Lassen' der eigenen Kameraden, ... das Verraten unseres Volkes um persönlicher Vorurteile, um der Eigensucht und Feigheit willen. So ist ein 'Denkmal für Deserteure' für mich ein 'Denkmal des unbekannten Drückebergers' und das Monument unserer verhöhnten Rechtsordnung" – so ein Brigadegeneral der Bundeswehr. Und der Nationalpopulist Jörg Haider am 2.11.1986 anläßlich einer Kranzniederlegung für die Gefallenen der beiden Weltkriege: „Es ist beschämend, wenn man sieht, wie Menschen, die alles gegeben haben, was sie zu geben hatten – nämlich ihr Leben – von Drückebergern und politischen Opportunisten mit Dreck beworfen werden." But „the times they are a-changin'": Diskursive Ereignisse ziehen ihre Schatten nach sich.

„Verantwortung" & „Deutschtum": Das neue Staats-Subjekt

Pünktlich mit Beginn der Golfkrise und der Diskussion um deutsche 'Beteiligung' im Rahmen der NATO, der UNO oder der WEU entfachte sich die Hetze gegen „Drückebergerei" erneut. Man(n) ging nun nicht mehr kleinlich mit diesem soziomilitärischen Reizwort um. In der Tat: Wieder 'reizte' es die Gemüter, mochte man sich doch nicht den Vorwurf der „Feigheit", der „Sonderrolle", der Abkoppelung von „weltpolitischer Verantwortung", den Vorwurf des „Provinzialismus", der „Schlappheit" und der „Müdigkeit", der „Krämerseelen" und „Schnorrer" gefallen lassen. Diese Redeweise forderte zwangsläufig zur `Handlungsfähigkeit' im Rahmen außenpolitischer Verpflichtung auf, mit der natürlich eine innenpolitische korrespondierte. Denn: Wer „drückebergerte", war per se schon `handlungsunfähig' und schadete dem Ansehen im Ausland. Drei Positionen bildeten sich bis Ende 1992 heraus: Die Pro-, die Contra- und die 'Mittler'rolle. Friedensforscher (!) Graf Baudissin machte sich gleich zu Beginn der Golf-Krise besonders verdient. Er sprach von „Drückebergerei" der Bonner Koalition und der SPD, die „ein Engagement außerhalb des NATO-Gebiets erst nach einer Verfassungsänderung und nur unter der UNO-Flagge (...) ermöglichen" wollten.

Es ist also ein qualitativer Sprung festzustellen. Dem Reizwort wird ein neues Opfer präsentiert: Die politische Klasse der „Drückeberger"! Theoretisch ausgedrückt: Die Entwicklung des Begriffs stellt sich als eine lange Serie mit den Positionen Single-Subjekt – Kollektives Subjekt – Staats-Subjekt dar:

(1) Der „Drückeberger" in Gestalt des „ungehorsamen" Soldaten, des 'Simulanten' und 'Querulanten' konnte noch personal angerufen werden, erfuhr körperliche 'Zucht' und Gewalt. (2) Dem Gruppenkörper, der sich spontan oder organisiert kollektiv äußert(e), kommt Übergangsstatus zu. Damit wurde die Übertragung ehemals individuellen Codes auf soziale Gruppen möglich. Zumindest in der bundesrepublikanischen Verwendung hat der Begriff damit seine Bestimmtheit verloren: In der politischen und medialen deutschen Landschaft bezichtigt mittlerweile jede/r jede/n mit „Drückebergerei"! (3) Gleichzei-

tig werden jedoch alle Attribute, die jemals in der Negation von „Drückebergerei" benutzt wurden, nun im Staats-Subjekt gebündelt und auf einen Punkt reduziert: Den des nationalen Bekenntnisses. Der Praxisbereich der „nationalen (Wir-)Identität" wird in Folge dessen ständig vervielfältigt. Nach dem Ende des Golfkrieges schrieb Theo Sommer in der „Zeit": „Die Deutschen können jetzt nicht die Einrichtung von Schutzzonen verlangen, sich selber jedoch abermals abseits halten. Die Zeiten sind vorbei, da wir die Dreckarbeit und das Risiko den anderen zuschieben und uns auf moralische Empörung beschränken konnten." Exemplarisch wird hier deutlich, wie bestimmte Tendenzen und Redeweisen von den Eliten der politischen Klasse und den Subjekten mit Autor-Funktion aufgegriffen und somit bereits vorformuliert in den Mediendiskurs bzw. in das Alltagswissen lanciert werden.

Im Rahmen dieses Normal-Werdens von „gewachsener deutscher Verantwortung" knüpfte sich sodann ein ganzes Netz von nationalen Anrufungen in den militärischen und sozialen Praxisbereichen der Republik. Das Ereignis der „Wiedervereinigung" mit den Resultaten 'internationales Prestige' und 'gewachsenes Ansehen im Ausland' schuf sozusagen offene Anschlußstellen. Gemeint war und ist damit die internationale militärische Präsenz der Bundeswehr in Zeiten höchster Eskalationsdynamik. So konnten sich Bilder der „Drückebergerei" quer durch die gesamte Medienlandschaft ziehen. Lediglich der Adressat war ein Novum: der deutsche 'Volkskörper', dem mangelnde „Standfestigkeit" und „Feigheit" attestiert wurde. Unter dem Titel „Drückeberger" kündigte die „FAZ" Sanktionen an: „Feigheit in einem Fall, da es ernst werden könnte, wird nachgetragen." So „drücken sich ausgerechnet die Deutschen mit fadenscheinigen Argumenten" in ihrer Position gegenüber dem 'treuen' Bündnispartner Türkei. Am 25.1.91 setzt Hans-Ulrich Klose sich in der „FAZ" mit nationalen, europäischen und Bündnisinteressen auseinander und kommt zu dem lakonischen Schluß, daß im Rahmen des „Hitler-Reflexes", „Kollektiver Sicherheit", „Partner- und Handlungsfähigkeit" alles getan werden müsse – „zumindest politisch" - wenn man nicht „abtauchen" und sich „vorbeidrücken" wolle. „Bild" setzt noch einen drauf, forderte „Blutopfer" der jungen Soldaten und gab auch „ein Beispiel für viele Kriegsdienstverweigerer: ... schmächtiger Mann mit Nickelbrille". Peter Glotz diagnostizierte eine „erschreckende Leisetreterei" und ein „Duckmäusertum der politischen Klasse in Deutschland". Christoph Bertram greift in der „Zeit" die Alternative „deutsche Drückebergerei" vs. „Deutsche Hoffart" auf. Vier Kriterien stellt er zusammen für und aufgrund der künftigen „Großmachtposition Deutschlands": (1) „die deutsche Politik in der Europäischen Gemeinschaft" als „deutsche Wirtschaftsmacht"; (2) die „deutsche Politik im westlichen Bündnis" mit „deutsche[n] Streitkräfte[n]"; (3) den „deutschen Beitrag zu den Vereinten Nationen" und (4) „deutsche Bemühungen um gesamteuropäische Verstrebungen" u.a. der KSZE.



FOTO: SILKE GOES

„In keinem der vier genannten Kernbereiche deutscher Interessen können die Deutschen künftig erwarten, daß andere immer die Kastanien aus dem Feuer holen, daß auch ohne den vollen deutschen Einsatz wichtige deutsche Ziele erreicht werden."
Hegemonial perspektiviert wird die „Drückebergerei" dann endgültig in einem Leitantrag der CSU mit dem Postulat einer „neue[n] Außenpolitik: „Wer 'alte Verhaltensmuster der Drückebergerei weiter anwenden will, verspielt unsere Bündnisfähigkeit" (Mai 92).

Das „soziale Drückebergertum"

Mit solchen die äußeren Grenzen des 'Reiches' stabilisierenden Tendenzen korrespondierten Diskriminierungskampagnen gegen sogenannte „Faulenzer" und „Schmarotzer" im Innern, gegen „Mitnehmer und Abstauber". Interessanterweise gab es dabei ein kontinuierliches 'Floaten' zwischen der „Drückebergerei" im Innern des Landes und der „Drückebergerei" nach Außen, die dem deutschen Ansehen in aller Welt angeblich schadete. War die eine Dimension zeitweilig mal nicht aktuell, gab es kein „historisches Ereignis" wie die „Wiedervereinigung", den Golf-Krieg oder die anstehende Entsendung deutscher Truppen nach Somalia oder Ex-Jugoslawien, wurde das Vakuum rasch aufgefüllt, um von „Drückebergerei" an der 'Heimat- und Arbeitsfront' zu berichten. Pharmahersteller Merck inszenierte im Winter 1991 eine großangelegte Werbekampagne: „Sind wir ein Volk von Drückebergern? Nein! Wir können es uns nicht leisten, bei jeder Grippewelle gleich zu Hause zu bleiben." „Die Deutschen – nun auch noch Drückeberger an der Arbeitsfront?", fragt der Spiegel drei Monate später. Der unmittelbare Zusammenhang des „Auch noch" zur „Drückebergerei" an der Kriegsfront ist augenscheinlich. Ist es im militärischen Diskurs die Handlungs-, Bündnis-, Europafähigkeit (oder -unfähigkeit), so hier die uneingeschränkte Wiederherstellung der „Einsatzfähigkeit" im Lohnarbeits-Leben. Es verwundert auch nicht, den „Drückebergern" in weiteren Kontexten zu begegnen. „Drückeberger muß Unterhalt zahlen", kommentierte die „WAZ" eine Urteilsgrundsatzentscheidung, nachdem ein selbständiger Handelsvertreter nach der Trennung von seiner Frau seine Tätigkeit erheblich reduziert haben soll. In einem Land, das sozusagen von „Drückebergern" 'zersetzt' ist, darf es auch nicht an alt-neuen Feindbildern fehlen: Das alte 'Übel' – die LehrerInnen und das Beamtentum. Denn „daß Chaos, Schlendrian und Drückebergerei an den Schulen einreißen konnte, lag daran, daß die Vorgesetzten auch wieder Lehrer sind und Kultusministerium und Parlament mit Lehrern durchsetzt sind", hieß es beispielsweise in einem LeserInnenbrief der FR vom 22.10.1991.
„Drückebergerei" = 'krank' = 'siech' = 'arbeitsscheu'. So entstand ein umfassendes sich auf den biologisch-genetischen Code reduzierendes Set von sich medial reproduzierenden Reizwörtern samt Konnotationen, Symbolisierungen und Handlungs-Signalen.
Zusammenfassend läßt sich festhalten: Der sich in den letzten 120 Jahren seit Gründung des „Deutschen Reiches" quer durch alle elementaren Diskurse ziehende Signifikant des „Drückebergers" trägt zur mythischen Harmonisierung der politischen 'Mitte' bei und steht heute im 'Dienst' der inneren und äußeren Stabilisierung des neuen Staatskörpers 'Deutschland'. So werden symbolische Erzählungen geschrieben, die die als Antagonismen erfahrbaren gesellschaftlichen Widersprüche und Friktionen künstlich und korrektiv zur 'Vermittlung' bringen.

heike buse

Nachbemerkungen:

In seiner ersten außenpolitischen Rede sprach der BRD-Chefrepräsentant Herzog davon, daß mit der „Wiedervereinigung das Ende der Trittbrettfahrerei" gekommen sei. Da nun die „Globalisierung der Außenpolitik" anstehe, könne Deutschland nicht ganz auf „hard-power" verzichten, auch wenn „militärische Einsätze kein Allheilmittel" (!) seien. Wenn deutsche Interessen jedoch verletzt würden – „Sicherheit, Bewahrung des Wohlstandes und weltweite Freiheit des Handels" -, dann ständen auch deutsche Bürger in der Pflicht: „Diese Interessen anzuerkennen heißt auch die Folgen daraus ehrlich zuzugeben, also zum Beispiel, daß dafür materielle Lasten übernommen werden müssen; daß das Scheckbuch nicht reicht, sondern daß möglicherweise auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert ist." So auch Waltraud Schoppe von den Grünen: „Wir können uns nicht auf die Position zurückziehen, daß wir in der NATO nur Sicherheitsnehmer sind. Ich glaube nicht, daß wir mit dem dauernden Hinweis auf unsere (!) Geschichte uns dieser Verpflichtung entziehen können. Ich werde für den Einsatz der Tornados stimmen." (26.5.). So auch die „Taz" in einem Kommentar am selben Tag: „Humanitäre Lufteinsätze über Bihac hätten durchgesetzt, die serbische Luftabwehr hätte unschädlich gemacht werden können. Wer dies vergißt, hätte auch die Luftbrücke für Ostbosnien ablehnen müssen – aus Angst (!) vor den Drohungen der Serben, deutsche Flugzeuge abzuschießen." Soll heißen: Kein Platz für Drückeberger im neuen Deutschland! In diesem Sinn warf der CDU-Abgeordnete Glos anderen Politikern, die ihre grundsätzliche Zustimmung zur deutschen Intervention mit nebensächlichen Bedenken versahen, vor „das Zögern und Zaudern als eine Art neuer deutscher Tugend darzustellen" (SZ, 30.6.95). Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang auch daran, daß viele Deserteure aus dem ehemaligen Jugoslawien illegal in Deutschland leben müssen. Desertion wird in der BRD nicht als hinreichender Asylgrund anerkannt. Das kann nicht überraschen in einem Land, das die Deserteure der Wehrmacht (100.000 von 18 Mio. Soldaten. Von den fast 30.000 Todesurteilen der NS-Militärjustiz wurden 15.000 vollstreckt) weiterhin kriminalisiert und ihnen weniger Rente zahlt als Angehörigen der Waffen-SS. Vgl. Norbert Haase „Deutsche Deserteure", Berlin 1993.
Zur deutschen Scheckbuchpolitik vgl. „Mastercard & Lichterketten" in Heft 6/93. Zum deutsch-kroatischen Kriegsbündnis und ebenso zur Geschichte deutscher „Krisenreaktionskräfte" vgl. „Konkret" 7/95. Zur germanpopkulturellen Variante des Drückeberger-Vorwurfes gegenüber Adorno („Kulturpessimist") oder antinationalen Linken („Spaßverderber") vgl. div. Kritiken in diesem Heft. Die in dem Text von Heike Buse nicht nachgewiesenen umfangreichen Quellenhinweise – der von uns leicht gekürzte Text hat 80 Fußnoten – können übrigens bei der Redaktion (gegen Rückporto) angefordert werden. (die Red.)

■

TRANS SLOWE

> **„Die SPD steht zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wir begrüßen, daß aus dem deutschen Alleingang in der Anerkennungsfrage gegenüber Slowenien jetzt ein gemeinsamer Weg der Europäer geworden ist" (Gansel, SPD, Januar 1992)**

Inwieweit sind bestimmte „künstlerische Strategien" an reaktionäre Projekte ankoppelbar (PolitArt als Laibach von rechts)? Darf/Soll die Ästhetisierung des „Bösen" als Kunstmittel eingesetzt werden? Oder schlägt sie nicht unter veränderten Voraussetzungen um in Affirmation? Muß nicht dort, wo Symbol und Wirklichkeit ununterscheidbar geworden sind und der Nazi als tabubrechender Rebell gilt, die „avantgardistische Provokation" mißlingen? Umgekehrt: Werden Linke, die nur „gute Helden" kennen, nicht zu konservativen Komplizen der Macht, die das von ihr Ausgegrenzte als das „Böse" definiert und zensiert. Waren es nicht gerade die Nazis und sind es nicht gerade die neuen Rechtsradikalen, die im Namen des Sauberen & Schönen gegen das „Häßlichkeitsgebot der modernen Kunst" hetzten und hetzen? Diese und noch einige weitere Fragen haben wir in Heft 9 („Titos Geburtstag" und Katja Diefenbachs Beitrag „Provokation als Gleitmittel") anhand der Gruppe Laibach diskutiert. Dabei ist es für die uns interessierenden Fragen unerheblich, daß Laibach derzeit musikalisch nicht „auf dem neuesten Stand" ist und in der Musikpresse nur noch am Rande Erwähnung findet. Entscheidend ist, daß diese Gruppe, die für popkulturelle „Strategen" in den 80er Jahren ein wichtiger Stichwortgeber war, die gängigen liberalen und simplen „Umcodierungs"-Phantasien der Pop-Ideologen zugleich radikalisierte und kritisierte. Nachdem Jugoslawien entlang von behaupteten „ethnischen" Konfliktlinien in blutigen Auseinandersetzungen geteilt wurde und nachdem die BRD ihre militärische Intervention beschlossen hat, ist es um Laibach aber auffallend still geworden. Der „Diskurs" wurde abgeschaltet und das Nachdenken über das, was früher einmal vertreten wurde, eingestellt: „Eigentlich ist es müßig über Laibachs plattitüdenhafte ‚Provokationen' mit nationalistischen Symbolen und faschistoider Ästhetik noch viel Worte zu verlieren. Die großkotzige Geschmacklosigkeit, im Vorgarten Bosniens unter dem Titel NATO einen bunten Reigen Songs zu covern, die irgendwie mit Krieg zu tun haben, könnte das Nachdenken über diese Band noch einmal anwerfen." Doch dazu sollte es dann nicht mehr kommen: „Mehr Stimmung kam auf, als Laibach einen Querschnitt älterer, brachialerer Songs boten, bei dem ihre „Sympathy For The Devil"-Version nicht fehlen durfte. Insgesamt doch ein vergnüglicher Abend – wenn man nicht darüber nachdenkt." (taz, 7.12.94).

So vergnüglich war der Abend damals in Hamburg überhaupt nicht. Die Stimmung während des doch beeindruckenden Konzerts war eher nachdenklich. Laibachs „Provokationen" konnten von dem aufgeklärten Szene-Publikum überhaupt nicht mißverstanden werden. Auch die dümmsten Jungnazis hätten, wenn sie da gewesen wären, an Laibachs Inszenierungen – u.a. zwei HJ-Stil-Trommler – keinen positiven Anknüpfungspunkt gefunden. Sie hätten sich sogar kritisiert fühlen müssen. Wie wir schon im vorletzten Heft schrieben, ist Laibach keine Faschisten-Combo. Das Problem liegt auf einer anderen Ebene. Es wird zum Beispiel deutlich, wenn die Gruppe sagt: „Das Prinzip des Transnationalen ist das konstitutive Prinzip der einzelnen Volksexistenz. Das Übernationale ist also Fundament und Schutz der besonderen nationalen Eigenart." Und es wird auch daran deutlich, daß dieses Zitat in einem Laibach-Buch („Reden an die deutsche Nation", Wien 1993) zu finden ist, dessen deutschsprachige Ausgabe vom Ministerium für Kultur der Republik Slowenien gefördert wurde. *(die Red.)*

NIEN EXPRESS

Über „Subversion", „Identität" und „künstlerische Strategien"

Die Diskussion um »Identitätskunst« schließt an die bekannte Diskussion um die Legitimität sogen. Identitätspolitik an. Hier stehen sich derzeit zwei Positionen schroff gegenüber: Einerseits „Es hilft nur Identität, wo Identität herrscht". Andererseits: „Wer sich in Identität begibt, kommt darin um". Beide Argumente sind in dieser starken Version m.E. nicht zu halten. Doch dieser Streit ist alles andere als ein überflüssiger US-Import. Er läßt sich im Gegenteil auf die Kontroverse um Universalismus und Partikularismus zurückführen, der an allen Ecken und Enden der politischen Theorie tobt.

Zwei Beispiele: In einer typisch Foucaultschen Position etwa wäre ein Universalismus nichts anderes als ein zu einem bestimmten Zeitpunkt dominant gewordener Partikularismus. Am Beispiel der Menschenrechte, deren entschiedener Feind Foucault bekanntlich war, läßt sich das durchdeklinieren. Wenn „der Mensch" nur das Produkt einer bestimmten abendländischen Lehre ist, dann ist auch das Konzept einer raum- und zeitübergreifenden gleichen Essenz des Menschen nicht haltbar. „Der Mensch" als ideologisches Konstrukt bleibt ein neuzeitlicher und europäischer Partikularismus, der sich als Universalismus aufspielt. Im Zweifelsfall bestimmt doch immer das „Rassenamt", wer ein Mensch ist und wer nicht.

Der Standpunkt Claude Leforts liegt in dieser Debatte dem Foucaults diametral gegenüber: Ist die Formel »all men are created equal« einmal anerkannt, dann wird sich mit der Zeit herausstellen, daß mit »all men« nicht nur »weiße«, männliche Plantagenbesitzer gemeint sein können. Das Gleichheitsprinzip in dem Wort »all« bildet nach der invention démocratique, nach der demokratischen Erfindung, den archimedischen Punkt, an dem alle emanzipatorischen Projekte in der Artikulation ihrer Forderungen ansetzen können. Gleichheit ist dabei erstmal ein leerer Signifikant: Ob unter Gleichheit formale Rechtsgleichheit, Chancengleichheit, ökonomische Gleichheit oder – wie bei der Neuen Slowenischen Kunst (NSK) – sogar Kollektivismus verstanden wird, ist Gegenstand des hegemonialen Kampfes um die Definitionsmacht. Gleichheit ist aber der Horizont, unter dem im demokratischen Dispositiv prinzipiell verhandelt wird, ein Universalismus, der mehr ist als ein beliebiger neureicher Partikularismus.

Wir finden also in der Frage nach dem Umgang mit dem universalistischen Postulat der „Gleichheit aller Menschen" – „entlarven" oder „ausnutzen"? – strukturell die zwei Positionen des Streits um die Identitätspolitik wieder: (1) „Identität" ist zwar Machtmittel, kann aber genau deshalb (essentialistisch oder anti-essentialistisch) gegen Macht eingesetzt werden. (2) „Identität" muß immer als Machtmittel kritisiert werden. Der Versuch, sich „subversiv" und „anti-essentialistisch" auf „Identität" zu beziehen, verhindert die Kritik dieses Machtmittels.

Katja Diefenbachs Kritik am Identitätskunstkonzept von Laibach und der NSK ist eine Variation auf diesen Streit, wobei sie eindeutig Position gegen das Konzept „Identität als Waffe" bezieht. Ihrem Ausgangspunkt stimme ich voll zu. Die Vorstellung der glatten Instrumentalisierbarkeit von so einem verschwommenen Ding wie „Identität" ist wahnhaft. Diese Beherrschbarkeitsphantasie, dieses „Identität in den Griff kriegen wollen", geht davon aus, daß das marginalisierte Ich zwar Sklave der Gesellschaft, aber Herr im eigenen Haus sei! Interessanterweise taucht die Phantasie, noch die reaktionärste Ideologie instrumentalisieren zu können, auch auf anderen Ebenen auf – sogar als Regierungsposition: Man könne der Fremdenfeindlichkeit das Wasser abgraben, wenn man nur selbst ein bißchen »faschistische Identität« spielt. Aber ist dieser Wahn von Instrumentalisierbarkeit tatsächlich Laibach unterzuschie-

„Auf den ersten Blick wundert man sich, was diese neue Slowenische Republik, die 1991 nach einer sehr langen 1000jährigen Schwangerschaft (!) als Nation geboren wurde, mit der deutschen Gruppe Kraftwerk gemeinsam hat, deren antike Zukunftsvorstellungen von einer mit Computern musikalisch vernetzten Welt bestimmt sind. Slowenien ist ein winziges Land, dessen Hauptstadt Ljubljana zwei Weltkriege und eine glücklicherweise nur kurze Auseinandersetzung mit Ex-Jugoslawien überstanden hat. Doch wenn man die Stadt bei Sonnenuntergang auf einer der prächtigen Autobahnen verläßt, beginnt man zu verstehen, warum sich die Slowenen spirituell sehr stark mit Kraftwerk verbunden fühlen. Kraftwerks Musik entzieht sich nach außen hin den eigenartigen futuristischen Verzierungen, um sich auf die deutsche Romantik einzustellen. Dieser deutsche Drang stellt sich als gefährlich heraus, wenn er von nationalistischen Bewegungen in Beschlag genommen wird. Wie auch immer, dieses Drängen hat seinen Ausdruck in Slowenien gefunden, dessen Kultur sich unter deutschem, österreichischem und italienischem Einfluß entwickelt hat. Es ist dokumentiert, daß sowohl Punk als auch später Laibach Keim der demokratischen Bewegung in Slowenien waren. Sie sind der Kraftwerk-Verbindung von der Autobahn zur digitalen Schnellstraße gefolgt." (Biba Kopf, The Hidden Reverse, 1993)

ben? Ursprünglich habe ich geglaubt, Katja Diefenbach würde Laibach das »in den Griff kriegen wollen« unterjubeln. Inzwischen hat sie mich davon überzeugt, daß Laibach in den 90ern (aber erst in den 90ern!) selbst dem »in den Griff kriegen«-Wahn aufgesessen sind.

Die 80er-NSK versuchte, sich den beiden gerade dargestellten Alternativen zu entziehen. „Identität" wird nicht durch eine Besinnung auf das Nichtidentische in der Kunst unterlaufen, wird auch nicht instrumentalisiert, sondern die NSK wirft sich mit vollem Pathos „in die Identität", sie durchquert sie nicht nur, sie überidentifiziert sich. Kein Gestus der Verneinung, sondern einer der doppelten Bejahung! Das ist aber eben nicht zu verwechseln mit dem Versuch der Instrumentalisierung oder dem Versuch, Identität zu „entschärfen" oder „in den Griff zu kriegen". Der Laibacher Philosoph Rastko Mocnik sah im Gegenteil in der NSK-Strategie eine historische Innovation gegenüber der klassischen moralistischen Distanz „subkultureller Dissidenten". Kein Moralisieren, kein Verdammen, keine „Briefe an den Herausgeber", sondern, wie Mocnik sagt: »I do not, as the old dissidents did, recite ritually that „it should not be so" – to the contrary, I demonstrate that there exist good reasons why it should be so.« Einen Teil dieser „Strategie" hat die NSK hinübergerettet.

Die Neue Version der Sub-Version

Die NSK ist keineswegs so homogen und kollektivistisch, wie sie es gerne von sich behauptet. Dragan Zivadinov bildet sowas wie eine wohltuende Ausnahme in der NSK (was er natürlich abstreiten würde). Daher unterscheidet sich die Ästhetik seiner Theaterprojekte Roter Pilot (1987-90) und Noordung (1995-2045) heute tendenziell von der Ästhetik Laibachs. Eher Raketenphantasien der 20er als Hirschgeweihphantasien der 30er Jahre, eher Flash Gordon als Leni Riefenstahl, eher Kosmismus als Retrogarde. Und während Laibach nur schriftlich Interviews gibt, ist Dragan Zivadinov auch mündlich artikulationsfähig.

Frage: »Welche Formen von „Subversion" funktionieren überhaupt noch?«

Dragan Zivadinov: »Das ist die zentrale Frage heute. Wir stehen vor einer komplett neuen Situation. Bis vor einiger Zeit war es noch folgendermaßen: Im Westen kam in den 80ern mit dem Mythos des Virus die Idee der Falschinformation auf. Aber wir im Osten, die wir keine Technologie zur Hand hatten, mußten selbst den Virus spielen. Das sind zwei verschiedene Konzeptionen zur Zerstörung von Systemen. Mit den globalen Medien stellt sich die Frage, wer die Viren einspeist. Wer gibt dem Fernsehen Information und welche Information. Zu diesem Zeitpunkt selektieren diese Informationen vielleicht 20 Leute in der Welt. Das ist die Cyborg-Intelligenzia. Die Frage ist, welche Information sie einspeist. Denn diese 20 Leute sitzen an einem globalen Schalter für Realität: In den 60ern war der Schalter auf „Love und Peace", in den 70ern auf „No Future" gestellt. Mit dem globalen Fernsehen kam in den 80ern MTV. Und was produziert MTV? Lauter gutes, positives Zeug, gute Politik, Frieden, Verständigung etc. Aber wenn du tatsächlich 24 Stunden am Tag dieses gute Zeug produzierst, dann hat das nichts mit der Realität zu tun, und darum gibt es mitternachts ein kleines „No Future"-Programm. Zwanzig Stunden läuft Peace & Happiness und vier Stunden No Future.«

Durch den Rückgriff auf „alternative Kultur" – im Fall von MTV der »Fanzine-Kultur« – eignen sich die globalen Networks mit den „Alternativ-, Minderheiten- und Gegenkulturen" auch gewisse politische Kritiken an, schon allein um nicht zu langweilen. In Gegensatz zum Fanzine-Bewußtsein, das immer ohne viel Geld auskam, hat sich nun im Westen ein „Cyborg-Bewußtsein" gebildet (Cyborg, hier als kulturindustrielle Metapher zu verstehen, ist ein Kunstwort aus CYBernetic ORGanism und steht ursprünglich für die Integrierung technischer Geräte in den menschlichen Körper, Anm. d. Red) gebildet, das einer Techno-Ontologie an-

hängt, die massig Geld frißt. Unterstützt von Leuten, die vor zehn Jahren Realität in Verneinung der traditionellen Werte entworfen haben, inzwischen aber an der Technologie reich geworden sind (wie Bill Gates), ist eine intellektuelle Masse entstanden: die Hyper-Intelligenzia. Diese entwirft heute die „neue Realität". Zivadinov sagt in „On the New Subversiveness" über sie: »A hyper-intelligentsia which has built irrationality into its work – a mistake by which a far-reaching drama is beginning.« Die klassische „(sub-)kulturelle Subversion" ist, das wird immer deutlicher, gegenüber dieser neuen Subversivität der Medien hilflos.

Saubermachen

Was genau ist der Unterschied zwischen den alten „subkulturellen" Subversionskonzeptionen und »Neuer Version« im Sinne der NSK? Wenn wir die Interpretation etwas vorantreiben wollen, dann gibt die Antwort der folgende dämliche Kinderreim:

»Ich bin klein /
Mein Herz ist rein /
Mein Popo ist schmutzig /
Ist das nicht putzig?«

Aus diesem Kinderreim spricht das klassische Subjekt der Subversion. Er kann daher (1) als Formel der alten Subversionskonzeptionen gelten und (2) als Formel des Partikularismus und damit Antwort auf die Frage geben: Was ist das Partikulare am Partikularismus?

Beginnen wir mit dem Partikularismus: Um sich zu einer partikularen „Identität" zu schließen, muß jeder Partikularismus eine doppelte Bewegung ausführen. Eine Bewegung der inneren Reinigung, der »Säuberungen«, der Evakuierung von jeder partikularen Substanz, die die „Identität" gefährden könnte. Wer die »Nation«, die »Rasse«, die »Ethnie« endoparasitär besetzt („die Juden", „die Asylanten", „die Freimaurer"...), muß ausgeschieden werden. Insofern sagt dieser Partikularismus von sich: »Ich bin klein / Mein Herz ist rein.« Zweitens muß aber dieses Ausscheiden tatsächlich als Ausscheidung gelesen werden, und das ist die zweite Bewegung. Eine Bewegung der Beschmutzung. Das ausgeschiedene Objekt verfällt nicht einfach der Vergessenheit, sondern es wird zu jenem Partikularen, auf das sich der Partikularismus positiv bezieht. Die Wende zur zweiten Bewegung liegt darin, daß sich die „Identität" nun nicht mehr voll Abscheu und Ekel von seiner Absonderung abwendet, sondern diese Absonderung zum Objekt der Faszination wird! Mehr noch: Das rein negative Objekt geht über in das rein positive: Genau weil der „nationale/rassische Feind" der ist, der der „eigenen Identität" Konsistenz verleiht, ist er funktional identisch mit dem positiven Objekt „nationaler/rassischer" Identifikation: Der Jude ist der Arier!

Die Verunreinigung durch das veräußerlichte Partialobjekt, durch das Exkrement und seine Substitutionen, ist also positive Bedingung jeder „Identität", die darüber nur freudig feststellt: »Mein Popo ist schmutzig / Ist das nicht putzig?« Jetzt wird auch klar, warum Subversionskonzepte, die ihren Inhalt im Beschmutzen sehen, scheitern müssen. Weil sie nämlich nicht anders können, als die Logik des Kinderreims zu wiederholen: Auch der (pop/sub-kulturell) Subversive hält sich für klein (bedroht!), rein (dogmatisch gefestigt!) und vor allem schmutzig (und beschmutzend!). Er bezieht sich sogar noch viel heroischer auf seinen dreckigen Hintern als jeder Partikularismus. Wie man sieht, ist der Subversive immer ein typischer DELEUZIANER: let the libido flow, Schizo-Idealisierung, Stichwort Hakim Bey. (H. Bey wird als „Pflichtlektüre für alle Anarcho-Dandys"/Diederichsen/ und „Surrealismus der harten Sorte" gehandelt, vgl. die Verlagswerbung für Bey's „Temporäre Autonome Zone" in „Beute" 3/94, Anm. d. Red). Diesem „altkulturlinken" Konzept will die NSK den typischen Lacanianer entgegensetzen.

Jetzt wird auch klar, wie sich die Neue Version von der alten Fassung unterscheiden will. Wenn Subversion & Partikularismus ihr gemeinsames Ziel im wollüstigen Dreckigmachen sehen, dann kann die Neue Version nur folgenden Imperativ kennen: Saubermachen!

Dragan Zinadinov: »Wie machen wir Unsauberes sauber? Das ist immer der Job des Künstlers, denke ich. Duchamps Frage lautet: Wie macht man ein Pissoir, das ja etwas komplett Unsauberes repräsentiert, sauber? Heute ist dieses Pissoir heilig und hat einen Gegenwert von drei Kilogramm Gold!«

Was aus der Innenansicht der „Identität" dramatisch nach »Säuberungen« klingt, das wäre in Zivadinovs Porträt des Künstlers als Klomann ein anderer Name für Sublimation. Die von der NSK favorisierte Neue Version zielte dann auf eine Art Hyper-Sublimation des veräußerlichten Objekts, die alte „Subkulturstrategie" dagegen wäre nichts anderes als repressive Entsublimierung unter dem Vorwand der Subversion.



FOTO: SILKE GOES

Überidentifikation

Diese Meister-Propper-Rhetorik ist, obwohl sich in ihr verschiedenste Zeichen aus Pop, Disco, Kunst & Politik treffen, radikal anti-beliebig. Die postmodernistische Interpretation der NSK, etwa durch Aleksandr Yakimovich, trifft daher nicht. Die »pluralistische intertotalitäre Strategie«, die er der NSK zuschreibt, wird von ihm vollkommen falsch beschrieben als die »Umarmung vieler möglicher Verführungen, vieler Codes der Herrschaft, einfach um nicht von einem einzelnen Code versklavt zu werden.« Der NSK-Intertotalitarismus ist aber genau nicht als Relativierung einzelner „Totalitarismen" zu lesen, sondern als die beabsichtigte Konstruktion eines Megatotalitarismus. In diesem Sinn versteht sich Laibachs Satz: »Das Gegenteil des Totalitären ist der potenzierte Totalitarismus.«

Dasselbe gilt auf der Ebene des Partikularismus. Durch das Nebeneinanderschalten von partikularistischen Symbolen wollen Laibach nach eigener Auskunft eben nicht deren Relativität zeigen, sondern deren Universalität! Erstes wäre wiederum die Vorgangsweise eines platten Postmodernismus à la Lyotard oder eines Pragmatismus à la Rorty, die mit dieser Relativitätserklärung ihr Geschäft erledigt hätten. Das

„Als Slowenien noch die 'jugoslawische Schweiz' genannt wurde, geschah das in vollem Bewußtsein, daß die Schweiz kein Paradies ist: Das Alpin-Muffige, die greuliche Volksmusik und der Geiz waren gemeint. In Slowenien, das nur acht Prozent der jugoslawischen Bevölkerung ausmachte, wurden 18 Prozent des Sozialprodukts erwirtschaftet, und man war stolz darauf. Aber Slowenien war unzufrieden, daß man die armen Kosovo-Albaner durchfüttern mußte. Über Nacht verlor das Land dann 1991 seine Rohstofflieferanten und Absatzmärkte. Mit einem mehrjährigen Krieg an der Südgrenze, einem Handelsembargo gegen Serbien und der Verarmung Kroatiens hatte niemand gerechnet. Seit der Abtrennung von Jugoslawien kam es nur zu geringfügigen westlichen Investitionen. Der Anteil Deutschlands am slowenischen EU-Handel liegt bei immerhin 47 Prozent, aber dabei handelt es sich meistens um Bankfilialen und Consultingfirmen." („Freitag", Oktober 1994)

„Subversive" am Vorgehen von Laibach liegt für sie aber im Überheizen der partikularistischen Symbole, in der Hoffnung, sie würden sich nicht addieren sondern potenzieren. Nach der Logik: Das Gegenteil von Partikularismus ist nicht Universalismus, sondern Partikularismus zur Potenz.

Somit läuft die Kritik, Laibach würde die Kopplung von Partikularismus an Nationalismus bestehen lassen und glauben, diese Kopplung »in den Griff zu kriegen«, zumindest am Laibach-Konzept der 80er Jahre vorbei. Sie läuft vorbei, weil durch das Nebeneinanderschalten von nationalen/regionalen Symbolen aus dem totalitären Kostümfundus aller Nationen/Regionen, diese Symbole ja gerade ihre Bindung zu einer BESTIMMTEN Nation/Region verlieren. Wie wäre also die Traversale in rechtes Denken hier möglich, ist doch rechtes Denken auf eine BESTIMMTE Nation/Region bezogen, nämlich die „eigene", die genau aus dem Antagonismus gegenüber ihren äußeren oder inneren Feinden, die das »nationale Ding« stehlen wollen, konstruiert ist. Das Paradox liegt jedoch darin, daß obwohl – wie Laibach sagen – alle dieselben nationalen Argumente & Symbole verwenden (z.B. der Adler »bei den Deutschen, Amerikanern, Albanern, Österreichern, Polen etc.«), diese universalen Symbole im ECHTEN Nationalismus dennoch als einander ausschließend konstruiert werden! Indem Laibach über ihren Intertotalitarismus dieses antagonistische Verhältnis wieder auf ein Äquivalenzverhältnis rückführen, lösen sie auch die Bindung des Nationalismus an das »nationale Ding«. Was bleibt ist ein Partikularismus der Form, ein Partikularismus ohne partiales Objekt. Oder wie das für den Kosmismus heißt: ein Messianismus ohne Messias.

Dragan Zivadinov: »Das kosmistische Prinzip ist das No-Sex-Prinzip: Stop to make new subjects. Wir müssen aufhören, Subjekte zu machen. Fernsehen ist Messianismus ohne Messias, denn wir kennen die Leute, die im Fernsehen sprechen. Aber die Cyber-Intelligenzia selektiert die Information und produziert immer neue Subjekte. In diesem Sinn ist auch der Papst ein besonderer Fake-Messias. Wir wissen, wie man den Petersdom macht: Du brauchst einen Haufen Steine und einen Haufen Arbeiter und basta. Aber der Papst ist da innendrin und schafft sich so eine besondere Stellung. Dasselbe gilt für jede ideologische Position. Die Anti-Position „Subversion" ist ja ein Produkt der MODERNEN Welt. Am Ende des Jahrhunderts schauen wir zurück und sehen: „Subkultur" ist ein Teil der modernen Kunst.«

Neue Slowenische Staatskunst

Ein Petersdom ohne Papst, eine „Identität" ohne Essenz, ein Partikularismus ohne partikulares Objekt: Das ist das alte slowenische Reinheitsgebot. Und das neue?

Ein solcher „Partikularismus der Form" ist natürlich auch die NSK-Idee eines Staates in der Zeit und nicht im Raum. Ein Staat ohne Raum ist ein Staat ohne Territorium. Staatsbürger des NSK-Staates können alle werden, die 15 NSK (die Währungseinheit des NSK-Staates, umgerechnet ca. 40 DM) für die Bearbeitungsgebühr investieren. Sie erhalten dann einen NSK-Paß, der auch als Reisedokument verwendet werden kann – natürlich auf eigene Gefahr. Der Paß ist das letzte einer Reihe von Gimmicks des NSK Information Center, das zwischen der üblichen Devotionalien-Belieferung der Fangemeinde und einer Parodie darauf schwankt. So sind einerseits NSK-Posters und T-Shirts im Sortiment, andererseits Laibach-Krawatten, Laibach-Kerzen und verschiedene Laibach-Kaffeetassen. Die Theaterprojekte der NSK haben sogar eigene Schokoladenriegel (mit beigelegten Thesenpapieren) produziert.

Inwieweit taucht hier nicht doch wieder die vielgefürchtete Ironie auf, die den heroischen Anspruch einer Neuen (Sub-)Version in den Sand setzen muß? Denn die „Strategie der Überidentifikation" funktioniert nur im Register des „Ernsthaften", weshalb Laibach immer den Vorwurf der Ironie weit von sich weisen. Es ist wie bei dem Komiker, der nur komisch wirkt, wenn er ernst bleibt, nicht wenn er über seine eigenen Witze lacht. Ist die »etatistische Wende« der NSK mehr als ein Witz?

In den heroischen Jahren der NSK hatte Laibach Auftrittsverbot in Jugoslawien. Heute bringt ein kurzer Anruf bei der Slowenischen Botschaft folgendes Ergebnis: Nein, bezüglich der NSK könne man kaum von Sloweniens alternativer Kunst sprechen. Schließlich würden alle Ausstellungen in den Laibacher Galerien – die natürlich dem neuen, nach „ethnischen" Kriterien von Jugoslawien abgetrennten Staat gehören – vom Slowenischen Kulturministerium mitfinanziert. Und natürlich auch alle Theaterprojekte in den Theatern – die ja auch dem

Staat gehören. Ja, die slowenische Botschaft würde gerne auch vermittelnd helfen, wie erst unlängst für das Museum für angewandte Kunst in Wien, das eine Ausstellung vorbereitet. Obwohl Slowenien ja lieber die Slowenische Philharmonie vermitteln würde, um sich im Ausland zu präsentieren. Aber mit der NSK könne sich Slowenien wesentlich leichter präsentieren als mit der Slowenischen Philharmonie.

Was sagt die NSK zu ihrer neuen staatstragenden Funktion?

Frage: »Ich habe einen Verdacht, warum Diplomatie und der „gute Staat" zum Projekt der NSK wurde. Ist die NSK soetwas wie die offizielle Kunst Sloweniens geworden – die slowenische Staatskunst – und mußte deshalb ihren eigenen Staat gründen?«

Dragan Zivadinov: »Wir waren immer für den Staatskünstler – aber im guten Staat. Darum brauchten wir den guten Staat, um Staatskünstler zu sein. In den 80ern hielten uns die Kommunisten für Faschisten und Nazis. Im Arte-Kanal war eine Sendung über Nazirock, und viele, die das gesehen haben, hielten Slowenien danach für einen Nazistaat. Am Anfang der NSK machten viele den Fehler, uns mit Nazikunst zu identifizieren. Wenn du mich fragst, weiß ich nicht, ob wir faschistische Elemente haben. Wir sind kollektivistische Künstler. Aber die Identifikation von Slowenien mit der NSK führt zur Suche nach nazistischen Elementen in Slowenien. Mein Vorschlag für die Slowenen wäre, den Staatsnamen zu ändern.«

Beweiswürdigung

Die Frage, ob diese ganze „Strategie der Neuen Version", der Überidentifikation, des Saubermachens etc. funktioniert, kann, denke ich, mit einem klaren NEIN beantwortet werden. Aber: Der ANSPRUCH des »Funktionierens« stammt ja von uns! Dieser Anspruch unterstellt ja hoffnungsfroh, daß sowas wie eine „gelungene Subversion" (wenn nicht so, dann vielleicht anders?) überhaupt möglich ist! Wie aber deutlich wurde, ist das Projekt der NSK – wenn sie es denn durchhalten würde – zu lesen als ästhetisch-politische Praxis der Lacanschen Psychoanalyse, an deren Ende ja auch nicht einfach die »Heilung« steht und das gesunde, Ich-gestärkte Subjekt. Es muß aber gesagt werden, daß die lacanianischen Rezepte der NSK natürlich auch metaphysischen Voraussetzungen aufsitzen, die von Lacan ererbt sind und nicht einfach ohne die geringste dekonstruktive Anstrengung übernommen werden sollten. Eine dieser metaphysischen Grundannahmen ist z.B. die Vorstellung, daß Quantität in Qualität umschlägt. Bei Laibach entspricht dem die Erwartung, daß die Addition partikularistischer oder totalitaristischer Symbole tatsächlich diese einmal in ihr Gegenteil „umschlagen" läßt. Wenn die Welt doch nicht gänzlich den Gesetzen der Hegelschen Logik gehorchen sollte, stehen die Chancen gut, daß diese „Strategie" leerläuft.

Und die »Beliebigkeit des Zeichens« bedeutet zudem, daß auch „subversive Konzepte" von partikularen Inhalten abkoppelbar sind und Laibach etwa von der rechtsradikalen Künstlergruppe PolitArt »mißbraucht« werden kann. Es gibt keine „Strategie", die nicht an rechte Projekte anzuschließen wäre. Die Vorstellung, daß etwas in allen Kontexten links wäre und etwas anderes



FOTO: WOLFGANG HUPPERTZ

in allen Kontexten rechts, ist kindisch und setzt den Glauben an politische Substanzen voraus. Wir wissen, daß Gramsci zum Gewährsmann der neuen Rechten werden konnte, wir kennen rechte Kapitalismuskritik, Nationalbolschewismus, christliche Marxexegesen etc.

Katja Diefenbachs Kritik lautete aber präziser: Ist die Strategie (!) der Überidentifizierung, des Saubermachens, des potenzierten Totalitarismus, der Durchquerung des Phantasmas, ist diese Strategie der Neuen Version im HEUTIGEN Kontext noch tauglich oder vielmehr kontraproduktiv?

Ein Problem liegt dabei wohl in dem zugleich falschen und unverzichtbaren Begriff der „Strategie". Eine Strategie zu entwerfen, setzt voraus, daß morgen die Welt noch dieselbe ist wie heute, bzw. mir ihre Entwicklungsgesetze offenbart wurden. Ich kann also Strategien nur unter universalistischen Annahmen entwerfen, während es gleichzeitig zu avancierten Strategien gehört, universalistische Annahmen zu dekonstruieren. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff der „Identität". Eine politische Position einzunehmen, bedeutet immer, eine „Identität" zu konstruieren (eine Klammer an Günther Jacob: auch Kapitalismuskritik ist eine politische Position). Es gibt keine politische Position der reinen Differenz oder des Nichtidentischen, es sei denn als identitäres Konstrukt – und Differenz als „Identität" ist Separatismus. Auch eine linke Politik sieht sich in der Zwickmühle, was sie destruiert – „Identität" – um der Kritik willen selbst zu konstruieren! Andererseits löst die Strategie der Identitätspolitik diese Probleme durch ihre Umformulierung bzw. Kontraktion zur (anti-essentialistischen) »strategischen Identität« keineswegs, sondern verdoppelt sie höchstens. Die festgefahrenen Fronten in diesem Streit lassen vermuten, daß der Begriff „Identität" bei strategischen Befürwortern und prinzipiellen Gegnern letztlich doch essentialistisch gedacht wird. Die Frage ist, ob statt dessen das Problem von Identität & Differenz nicht radikal relationistisch gedacht werden müßte? Inwieweit bezeichnet also „Identität" als Horizont nicht gerade die Unmöglichkeit reiner Nichtidentität? Wir bewegen uns dann nicht im Register der Entscheidung (identity politics, yes or no), sondern im Register der erzwungenen Wahl oder des erzwungenen Aushandelns. (Oder der Notwendigkeit, das „Wir", das sich tatsächlich auch durch antinationale, feministische, schwule und sonstwie marginalisierte Kritik & Praxis immer wieder bildet, immer wieder zu zerstören. Davon handelt z.B. Judith Butler, aber auch Julie Doucet. Vgl. dazu „Immer Ärger mit der Identität" und auch „Gesetzlich garantiert: Ethnische Identität" in Heft 10 sowie die Beiträge zur Position des „antinationalen Subjekts" in diesem Heft. Anm. der Red.)

Seit den 90ern läßt sich bei Laibach und der NSK eine zunehmende Angst vor Mißverständnissen feststellen und daraus resultierende sozialarbeiterische Klarstellungs- und Selbsterklärungsversuche. Das widerspricht ihren Prämissen. Der Kritik, daß die NSK ihre „Strategie" nicht den veränderten Kontexten anpaßt, steht also plötzlich eine zweite Kritik zur Seite: daß sie ihrer eigenen Strategie „nicht treu bleibt"! Ich denke, beide Kritiken treffen die NSK zurecht, ohne daß sie sich widersprechen. Denn die erste Kritik, sie hätte ihren Ansatz nicht gründlich genug überdacht, ist eine Kritik von außen, die zweite, sie hätte der lacanianischen Durchhalteparole „in seinem Begehren nicht nachzugeben" abgesagt, ist eine „immanente" Kritik. Die NSK verliert in jedem Fall. Wäre sie „konsequent" geblieben und hätte sie gleichzeitig ihr Konzept grundlegend verändert, vielleicht wäre dann heute sowas wie eine Überaffirmation des Unterhaltungskapitalismus herausgekommen. Doch das ist letztlich eine Geschichte aus den 80er Jahren, die inzwischen auch schon „repolitisiert" wurde. Denn was sagte erst kürzlich Jeff Koons auf die Frage, ob er als Künstler ein Führer oder Lehrer der Massen werden wolle? – „Nein. Ein politischer Propagandist".

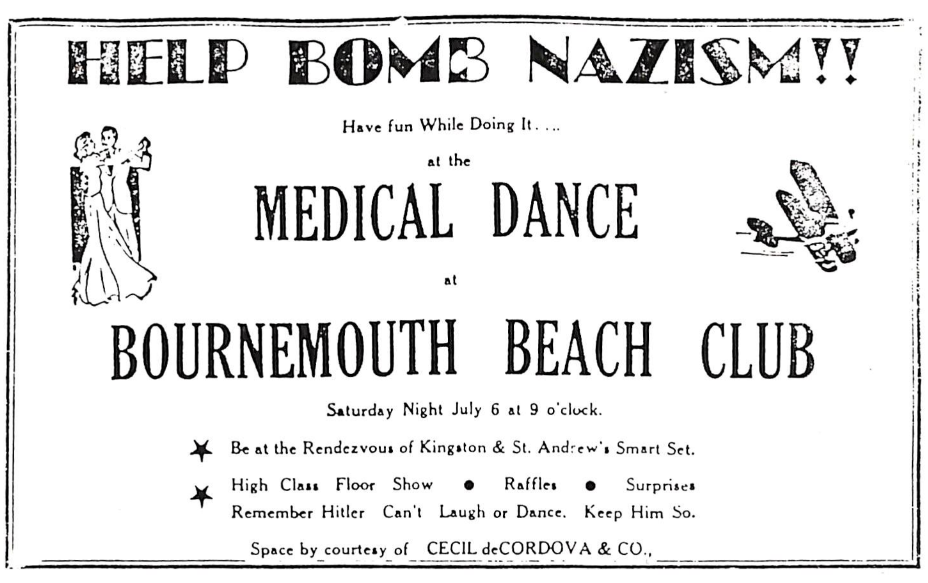
Oliver Marchart

Einige Definitionen:

Diese Definitionen sind kein Abriß der jeweiligen Begriffsgeschichte, sondern »geben die Meinung des Autors wieder«. UNIVERSALIMUS: Der Horizont der Möglichkeit von Partikularismen und der Unmöglichkeit einer andauernden Dominanz eines bestimmten Partikularismus. PARTIKULARISMUS: Ein Bezeichnungssystem, das aus der Differenzposition (inkarniert in einem partikularen Objekt) zu anderen Partikularismen seine Identität zieht. IDENTITÄT: Der unmögliche Modus völliger Geschlossenheit/Schließung eines Bezeichnungssystems. DIFFERENZ: Der unmögliche Modus völliger Offenheit eines Bezeichnungssystems. SEPARATISMUS: Zu „Identität" geronnene Differenz (also eine Differenzposition = Differenz als Setzung). ESSENTIALISMUS: Ein Bezeichnungssystem, das sich auf ein fundierendes Prinzip (Substanz, Idee, Natur, Rasse, Gesetze der Geschichte) beruft. STRATEGIE: »Rationalisierte« Absichten eines politischen Akteurs unter überwiegend universalistischen Annahmen.

Red. Anmerkung: 1. Im Antifaschistischen Info-Blatt 28/94 fand sich folgende Information: „Die Nouvelle Resistance (NR), Mitglied der faschistischen Europäischen Front der Befreiung, versucht auf kulturellem Gebiet Einfluß zu gewinnen. Dazu hat sie die Gruppen Futurisme Européen Revolutionaire und die Amis De Nouvel A Slowène gegründet. Den Vorsitz der zweitgenannten „Freunde des Neuen Slowenien" führt das Mitglied der Rock-Gruppe Laibach Jean Novac." Wir haben nach dem letzten Hamburger Laibach-Konzert ein NSK-Mitglied auf diesen Text angesprochen und bekamen folgende Antwort: Es gab tatsächlich Verbindungen zu dieser Gruppe, man habe aber bald bemerkt, daß sie aus „wirren Leuten" besteht und den Kontakt abgebrochen. Jean Novac sei nie Vorsitzender der genannten „Freundschaftsgesellschaft" gewesen. 2. Zur Kritik von „Identität" brachten wir in den Heften 6, 8, 9 und 10 verschiedene Beiträge. Zur Auseinandersetzung über Universalismus & Partikularismus, vgl. z.B. Konkret-Texte 4 „Was tun? Der Konkret Kongreß", S. 209 ff sowie das neue Heft von Off Limits.

Vom kalten Vergessen zur Lust am Erinnern


HELP BOMB NAZISM!!

Have fun While Doing It. ...

at the

MEDICAL DANCE

at

BOURNEMOUTH BEACH CLUB

Saturday Night July 6 at 9 o'clock.

Be at the Rendezvous of Kingston & St. Andrew's Smart Set.

High Class Floor Show ● Raffles ● Surprises

Remember Hitler Can't Laugh or Dance. Keep Him So.

Space by courtesy of CECIL deCORDOVA & CO.,

Anzeige in „The Daily Gleaner" (Kingston, Jamaica), 1. July 1940

1. Unter dem Titel „Gegen den deutschen Opferkult" brachten wir im letzten Heft mehrere Beiträge, die sich mit der offiziellen Abschaffung der Nachkriegszeit auseinandersetzten. Dabei kam es uns darauf an, die neue Qualität zu benennen, die die staatlichen und medialen Gedenkprojekte rund um den 8. Mai 1995 ausmachte: Die westdeutsche Gesellschaft der 50er und 60er Jahre war, wie Adorno bemerkte, durch eine Atmosphäre des „kalten und leeren Vergessens" gekennzeichnet. Im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Befreiung (die nicht die Befreiung Deutschlands vom Faschismus war, sondern die der Welt von Deutschland), kann von einem kalten Vergessen nicht gesprochen werden. Diesmal herrschte eine Atmosphäre der Geschwätzigkeit. Während die Verlierer von 1945 sicherheitshalber schwiegen, kommen die Gewinner von 1989 ins Erzählen: Eine Welle von „Zeitzeugenberichten", Fernsehfilmen, Sonderbeilagen, Buchveröffentlichungen, Fotoausstellungen und Veranstaltungen prägte das Szenario. Eine Hamburger Zeitung veröffentlichte einen „Aufruf an die älteren unter unseren Lesern: Egal ob sie Flakhelfer waren oder im Volkssturm dienten, ob sie Anhänger oder Gegner der Nazis waren, wir wollen uns mit ihrer Hilfe auf die Spuren der Vergangenheit machen." SS-Schergen, Mitläufer und Verfolgte sollen sich gemeinsam erinnern! Es läßt sich nicht übersehen, daß gerade in diesem redseligen Gedenken die Identifikation mit der „deutschen Geschichte" und einem „Volkskollektiv" erneut eingeübt wurde. Indem man in der „Wir"-Form fast schon gelassen auf Grauen und Schuld zurückblickte und – so viel Schrecken, so viele Ruinen! – sich irgendwie als Opfer dumpfer Schicksalmächte zu fühlen begann, wurde abermals der „blutsgemeinschaftliche" Zusammenhang beschworen. In diesem „Wir"-Gerede wurden erneut deutsche Juden, Sinti, Roma, „türkische Gastarbeiter", Vertragsarbeiter aus Vietnam, hier aufgewachsene Kinder von Immigranten, Asylsuchende, aber auch deutsche Antifaschisten und Widerstandskämpfer (die heißen nun: „die roten Kapos von Buchenwald"), ausgegrenzt. Wo darüber diskutiert wird, daß „wir Deutsche den Juden Unrecht angetan haben" und daß deshalb heute die „Aussöhnung dieser beiden Völker" notwendig sei, wird die Existenz deutscher Juden ein weiteres mal geleugnet. Welchen Charakter dieses geschwätzige Gedenken hat, können besonders gut die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus beurteilen: zwei Nazi-Lager für Sinti und Roma sind bis heute nicht als KZs

anerkannt, Zwangssterilisierte, „Euthanasie"-Opfer, Schwule, Deserteure, Opfer der Militärjustiz, Zwangsarbeiter, tschechische Antifaschisten und viele andere erhalten auch weiterhin keine Anerkennung und Entschädigung. Indem man für einen Moment so tat, als wolle man die sonst bekämpfte „Kollektivschuldthese" (die Hannah Arendt deshalb ablehnte, weil niemand schuldig ist, wo alle Schuld haben) akzeptieren, konnte man im nächsten Moment dazu übergehen, sich den neuen „kollektiven Aufgaben" des vergrößerten Deutschlands zuzuwenden. Das Gedenken geht übrigens weiter – von der zeitgemäßen Umwidmung von Gedenkstätten (die Täter werden neben die Opfer gestellt) bis zur kollektiven Trauer über Flucht und Vertreibung der „Volksdeutschen" aus Ostpreußen, Schlesien und dem Sudetenland, die damals mehrheitlich begeisterte Träger des Herrenrassen- und Germanisierungswahns waren und von Franz Neumann deshalb als Fünfte Kolonne der rassistischen „Lebensraumpolitik" bezeichnet wurden.

Um unsere Kritik an diesem Übergang vom kalten Vergessen zur Lust am kollektiven Erinnern zum Ausdruck zu bringen, beteiligten wir uns am 6./7. Mai in Berlin an einer Demonstration („Kein Frieden mit Deutschland – Gegen die Kollaboration mit der `Nation'") und einer Konferenz, auf der es um eine genauere Beurteilung der Dynamik des „wiedervereinten" Deutschlands ging. Zwei der dort gehaltenen Redebeiträge, die sich mit der Diskrepanz zwischen antinationaler „Aufklärung" und partikularen Lebenswelten befassen, sind nun hier nachzulesen.

2. Antideutsche Kritiken zu lesen, ist selten ein Genuß. Manchmal geht es nicht ohne einen Cognac und eine innere Bereitschaft zur Großzügigkeit. Abgesehen von der Unerfreulichkeit des Gegenstandes, die eine linke Neigung zur stilistischen Trockenheit nur verstärken kann, liegt das auch an einem Gestus des Überziehens, an einem Hang zum trotzigen „Durchargumentieren" gerade dort, wo man die Diskrepanz zwischen dem Abgeleiteten und der subjektiven Wahrnehmung nicht als strukturelles Problem erkennt, das selbst zum Thema gemacht werden muß. Kritik verwandelt sich dort, wo sie fortgeschrieben wird, ohne ihren Gegenstand ganz durchdrungen zu haben, in Agitprop und wird so zur Zumutung.

Um heute wichtige Wahrheiten über Deutschland auszusprechen, muß man nicht notwendig linksradikal sein. Der jüdische Filmproduzent Artur Brauner sowie Maria-Theresa Brauner, Alice Brauner und Sammy Brauner haben am 6. Mai in mehreren Tageszeitungen unter der Überschrift „Wider das Vergessen, denn wie sollte man vergessen..." eine große Anzeige geschaltet, in der klar und deutlich all das über den gesetzlichen Rechtsvorgänger der BRD gesagt wird, was selbst viele BRD-Linke so nicht sagen wollen. Am Ende der Auflistung der von Deutschen organisierten Vernichtung heißt es: „Wir nehmen uns das Recht, festzuhalten, daß die Flucht Millionen Deutscher und die teilweise erfolgte Vertreibung ebenso wie die Bombardements von Dresden und anderen Städten ausschließlich als Folge des von Hitler und seinen Nazischergen angezettelten Krieges einzustufen ist. Um so mehr, als der überwiegende Teil der Deutschen Hitler zujubelte."

In einem Staat, dessen Bürger – auch die wenigen linken unter ihnen – noch nach 50 Jahren nicht bereit sind, diese Tatsachen in dieser Deutlichkeit und ohne Einschränkung auszusprechen, müssen linke Gruppierungen, die inhaltlich in etwa das sagen, was die Brauners sagen, denen man aber nicht die verlogene Restrücksicht einräumen braucht, die man überlebenden Angehörigen von Opfern gelegentlich einräumen muß (deren „überzogene Anschuldigungen" man als Folge „menschlich verständlicher Verletzung" abtut), als überspannte Sektierer und – soweit sie als „richtige Deutsche" gelten – als Nestbeschmutzer ausgegrenzt werden. Wenn sie sich, um ihr Anliegen unmißverständlich zu kennzeichnen, als antinational und antideutsch bezeichnen, machen sie sich die verbliebene linke, alternative und „radikaldemokratische" Szene zum Gegner, weil die sich nicht die Feindschaft ihres (imaginierten) Publikums zuziehen will. Die wenigen Linken, die der Historisierung von Auschwitz aktiv entgegentreten und dabei erfahren müssen, daß ihre Kritik hier von allen Seiten ganz selbstverständlich als linksradikal eingestuft wird, neigen vor diesem Hintergrund manchmal selbst dazu, sich antideutsche Statements nur in Verbindung mit marxistisch orientierter Kritik vorstellen zu können. Und das, obwohl der Marxismus, so wie wir ihn kennenlernten, wenig antinationale Kategorien bietet (weniger als z.B. die dekonstruktivistischen und identitätskritischen Ansätze, die hier allerdings oft in reformistischen Kontexten auftauchen) und obwohl ja auch Leute, die nicht jede „Nation" ablehnen (z.B. nicht den Staat Israel) durchaus „antideutsch" (gegen die Kontinuität deutscher Staatlichkeit) sein können. Denn marginalisiert wird diese Kritik ja nicht wegen ihrer marxistischen Anteile, sondern weil sie etwas einfordert, das eigentlich noch für den unpolitischsten Menschen selbstverständlich sein müßte: Die Einsicht, daß es nach dem sogen. Dritten Reich keinen Nachfolgestaat hätte geben dürfen. Weil dies aber nicht selbstverständlich ist, erscheinen „antideutsche" Positionen, wie auch immer sie „ideologisch" begründet sein mögen, als linkes Sektierertum. Angesichts dieser „eisernen Wirklichkeit" gilt auch hier, was für die Verdinglichung allgemein gilt: „Der Schein hat sich so konzentriert, daß ihn zu durchschauen objektiv den Charakter der Halluzination gewinnt." (Adorno)

Für uns folgt daraus, daß antideutsche und – weitergehend – antinationale Kritik & Praxis auch Kritik der Verdinglichung der Machtverhältnisse zum „steinernen Schein" sein muß, daß sie – und hier kommt nicht nur Marx wieder ins Spiel – daher umfassender als bisher begründet werden muß. Es versteht sich, daß darüber nicht mit jenen gestritten werden kann, die sich fest vorgenommen haben – bei aller Kritik! –, nie wieder abseits stehen zu wollen. *(die Red.)*

Days like this

„Propaganda für die Änderung der Welt, welch ein Unsinn! Propaganda macht aus der Sprache ein Instrument, einen Hebel, eine Maschine. Im Tiefsten weiß jeder, daß er durch das Mittel selber zum Mittel wird. Noch die Wahrheit wird der Propaganda bloßes Mittel, zum Zweck Anhänger zu gewinnen. Deshalb kennt wahre Resistenz keine Propaganda. In dieser Gesellschaft verdient, was jedem von an-deren empfohlen wird, Mißtrauen. Die Warnung gegenüber der Geschäftsreklame, daß kein Unternehmen etwas verschenkt, gilt überall, nach der modernen Fusion von Geschäft & Politik vorab gegen diese. Sogar die antinationale Propaganda kann sich als verwirrend herausstellen, sofern sie die Differenz zwischen der Theorie und der partikularen Interessenslage der Angeredeten nivellieren muß, weil sie sie nicht erklären kann."

(Max H. & Theodor A.)

FOTO: CORDULA KROPKE

Manche vertreten die Ansicht, die Realität sei wieder „vulgärmarxistischer“ geworden, als viele erwartet hätten. Das ist schön gesagt, aber in solchen Äußerungen schwingt mitunter auch so etwas wie Genugtuung darüber mit, daß die aktuellen großmachtpolitischen Ambitionen Deutschlands tatsächlich derart einschneidend sind, daß sie viele andere gesellschaftliche Auseinandersetzungen in den Hintergrund drängen. In Teilen „der“ strikt antinational argumentierenden Linken gibt es möglicherweise eine uneingestandene Sehnsucht nach Beendigung jener Konstellation, die wir mit den Erfahrungen und den Diskursen der 80er Jahre verbinden und die schon damals mit soziologisierendem Unterton als „Unübersichtlichkeit“ beschrieben wurde. Es existiert offenbar ein untergründiges Ressentiment gegenüber den vielen Subjektpositionen, wie sie in den 80er Jahren aufgetaucht sind. Wir wissen, in den 70er Jahren war es noch so, daß es in den linken Vorstellungen die Arbeiterklasse als homogenen Block gab – eine Meinung, eine Identität, eine Fahne. Aber dieses Subjekt, das ja auch ein diskursives Produkt war, hat sich vor unseren Augen aufgelöst und innerlich segmentiert und daraus ist dann plötzlich „die“ Frauenbewegung hervorgegangen, „die“ Schwulenbewegung, also vollkommen neue Subjektpositionen. Mit ihnen entstand das, was wir heute Identitätspolitik nennen – eine Identität pro Bewegung –, und ich glaube, die Linke aus der wir kommen oder deren Tradition uns prägt, hat diese Entwicklung immer erlitten. Die innere Vervielfältigung der sozialen Charaktere erschien ihr als Gefahr. Man vermutete, daß auf diese Weise das kampffähige und kampagnenfähige WIR unterwandert und zerstört wird. Im Grunde wurde das Auftauchen von Frauenbewegung, Schwulenbewegung und anderer „minorities“, die schon bald als „neue soziale Bewegungen“ bezeichnet wurden, eher als eine Bedrohung empfunden. Man hatte sich dann aber relativ schnell auf eine additative Sprachregelung geeinigt: „Arbeiter, Frauen, Schwule etc. kämpfen gemeinsam...“. In den Demonstrationen gab es entsprechende Blöcke und die Welt schien wieder halbwegs in Ordnung zu sein. Inzwischen haben die sogen. neuen sozialen Bewegungen sich aber selbst wiederum vervielfältigt, d.h. „die Frauenbewegung“ gibt es nicht mehr, „die Schwulenbewegung“ gibt es nicht mehr. Die Frauenbewegung hat sich segmentiert in Frauen und Lesben, in Mütter und Nicht-Mütter, die Lesben haben sich wieder segmentiert in „Mainstream-Lesben“, in solche, die mit männlichen Schwulen nichts zu haben wollen, in SM-Lesben etc. Es gibt demnach eine Entwicklung der inneren Vervielfältigung der eben noch „neuen“ Subjekte. Und diese Entwicklung geht weiter: Immer neue Subjekte stehen auf, hissen ihr Identitäts-Fähnchen und sagen: „Ich bin auch noch da“. Die Frage nach „dem“ revolutionären Subjekt erscheint plötzlich als eine Frage aus einer vergangenen Epoche, obwohl zugleich immer mehr Menschen unter das Strukturmerkmal Lohnabhängigkeit fallen und obwohl das Kapitalverhältnis immer noch das zentrale Strukturmerkmal dieser Gesellschaft ist.



Mich wundert nun, daß diese neuen sozialen Konstruktionen, die in den 70er und 80er Jahren wirksam wurden und die in den 80ern mit dem Begriff der „Postmoderne“ verbunden waren, in den Versuchen, den Prozeß der nationalen Erzählung zu beschreiben, kaum Berücksichtigung finden. Manche der Analyseversuche haben etwas zeitloses, sie erinnern nicht daran, daß wir heute im Jahr 1995 leben, sondern sie wären vielleicht auch 1985 ganz richtig gewesen. Das ist ja auch zum Teil berechtigt, weil 1985 lebten wir ja auch im Kapitalismus, aber trotzdem möchte man doch auch erfahren, wie es heute so ist

mit den Dingen. Es erstaunt, wenn zur Beschreibung der unübersehbaren nationalistischen und rassistischen Konsensbildungsprozesse der Begriff „Volksgemeinschaft" benutzt wird, OHNE daß die Diskussionen über die sogen. Individualisierung, wie sie seit 1986 geführt werden, in diesem Zusammenhang auch nur erwähnt, berücksichtigt und kritisiert werden. Ich denke, daß z.B. der Individualisierungssoziologe Beck ein bürgerlicher Apologet der kapitalistisch produzierten – und daher notwendig bornierte Formen annehmenden – Individualisierung ist, aber ich denke auch, daß er auf neue soziale Konstruktionen reagierte. Wer daher heute von einer Tendenz der Formierung der bürgerlichen Individuen zur „Volksgemeinschaft" spricht, um so den Prozeß einer rassistisch-nationalistischen Konsensbildung auf den Begriff zu bringen, muß sich auch die Frage stellen, wie das Zustandekommen einer solchen Gemeinschaft mit den neuen Subjektpositionen zusammengehen kann. Und mit der Zersetzung des Glaubens an „authentische Identitäten", mit dem Prozeß des „Virtuell-Werdens" einer einmal als authentisch vorgestellten Realität. Wenn man das alles berücksichtigt, stellt sich schließlich die Frage, wozu diese freigesetzten sogenannten hedonistischen Subjekte fähig sind? Sind sie für faschistische Massenaufmärsche mobilisierbar? Könnte es sein, daß auch die Neonazibewegung ihre Schwierigkeiten mit der kapitalistischen Form der Individualisierung hat und daher nach neuen Wegen der Organisation und Propaganda sucht? Ich denke, daß man nach den Pogromen sehen konnte, daß die Nazis das Problem haben, diese Rebellionen in organisierte Strukturen zu überführen. Die beteiligten Leute sind selber hedonistisch und selbstbezogen orientiert und das bedeutet, daß sie vielleicht nicht in der Lage sind, eine stabile Bewegung aufzubauen. Möglicherweise sind Pogrome, also die Zusammenrottung von rassistischen Individuen, unter denen kleine faschistische Kadergruppen aktiv sind, daher gerade die „adäquate Form" für sie.

Strukturell ähnliche Phänomene – und das deutet darauf hin, daß wir es hier mit Auswirkungen veränderter gesellschaftlicher Strukturen zu tun haben – sind auf der Seite des linken und „minoritären" Widerstandes zu beobachten: Wer sich an die Riots in Los Angeles oder Bristol erinnert, kann bemerken, daß die Formen der Rebellion oft Implosionen und Verpuffungen gleichen, daß auch widerständige Handlungen ganz plötzlich entstehen und ebenso plötzlich wieder verschwinden. Es gibt also offensichtlich das Phänomen, daß sich „Bewegungen" nicht wirklich stabilisieren, und das gilt für „uns" selbst, wie auch für unsere Gegner.

Die Frage, wie brutal und „barbarisch" – die Rede von den „Barbaren" entstammt übrigens einem rassistischen Kontext – kann dieses modernisierte Individuum, dieses hedonistische Subjekt sein, diese Frage kann eine antinationale Linke nicht umgehen. Es gibt Antworten auf diese Frage, die man nicht unbedingt in der deutschen Literatur findet, die man aber z.B. in der US-amerikanischen wissenschaftlichen Literatur findet, aber auch in Romanen und Filmen, die den Zusammenhang von hedonistischem Haben-Wollen und „motivloser" Brutalität thematisieren, einer oft geradezu faschistoiden Brutalität, die aber von einem „unpolitischen" Haß hervorgebracht werden kann, wie er etwa durch den Vergleich zwischen den vollkommenen Werbekörpern und den unvollkommenen realen Körpern entsteht. Der Hedonismus der Vereinzelten bringt eine von jeder sozialen Verbindlichkeit abgelöste Haltung des radikalen Haben-Wollens hervor, die unter bestimmten Voraussetzungen rassistisch codiert wird, so daß ein rassistisches Pogrom aus dem radikalen Habenwollen enttäuschter Hedonisten hervorgehen kann.

Es ist bekannt, daß es solche Phänomene schon früher gab, aber da waren sie vielleicht noch nicht strukturbestimmend. In der Wehrmachts-Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung konnte man sehen – und viele werden das auch aus Berichten von Eltern oder Großeltern wissen –, welche große Rolle der Wunsch nach gutem Essen & Trinken bei den Raubzügen der faschistischen Landser spielte. Ein Drittel der Bilder in dieser Ausstellung handelt von Plünderungen, bei denen die Mörder sich einen guten Wein oder eine leckere Gans besorgen wollten. Und wenn du mit Leuten aus dieser Generation redest – die können sich an keine Massenerschießung erinnern, aber sie können dir genau erzählen, daß sie am 7. Juni 1942 auf der Krim einen erstklassigen Wein getrunken haben.

Die von der Kapitalbewegung beförderte Herausbildung der „König Kunde"-Figur setzte bereits in der Zeit des Nationalsozialismus ein – begünstigt durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Nicht zufällig fällt der Beginn des Volkswagenbaus wie auch des Tourismus, also das Versprechen auf individuellen Massenkonsum, in die Zeit des Faschismus. Damals schon zeigte sich – im Rahmen des volksgemeinschaftlichen WIRs – die Herausbildung eines radikalen Haben-Wollens, das von seiner Gesellschaftlichkeit nichts weiß und wissen will, dies unter dem Titel „Volksgemeinschaft" dementiert und gerade deshalb über Leichen geht.

Die Trennung von Macht in Politik und Ökonomie

Wenn solche Phänomene nicht berücksichtigt werden, wird auch unklar bleiben, von welchem Ort aus wir sprechen. Ich möchte einmal daran erinnern, daß es in diesem Land unglaublich viel psychische Kraft kostet, sich mit dem Thema Bruch und Kontinuität zu beschäftigen. Auch wir nutzen ja nicht zufällig diesen rituellen Aberglauben an die Zahl 50 zur Durchführung dieser Veranstaltung.

Ich möchte ein Zitat vorlesen, von einem Zeitzeugen – so nennen sich die Mittäter heute –, der berichtet, wie er den 8. Mai 1945 in einem Lazarett an der Ostsee erlebte: „Die Engländer kamen ins Lazarett und wir mußten alle unser Lametta abge-

ben. Wir haben dann eine große Fete gefeiert. Es gab Alkohol und Kuchen. Das hat die Engländer offensichtlich gestört, denn sie kamen zurück und haben einige von uns mitgenommen. Ich hatte schon Angst, denn ich wußte ja, was wir alles angerichtet hatten da im Osten, bei uns ging der Satz um 'genieße den Krieg, der Frieden wird schrecklich'. Uns war klar, daß nach Kriegsende noch etwas auf uns zukommen wird."

Das sind Berichte, in denen die Verwunderung darüber zum Ausdruck kommt, daß man so gut davon gekommen ist, aus denen kein Mitgefühl gegenüber den Opfern herauszuhören ist, sondern lediglich Selbstmitleid darüber, daß man zeitweise auf der Verliererseite stand. Aber das haben wir alles schon tausendmal festgestellt: Ja, Deutschland ist das einzige europäische Land, in dem es keinen größeren Widerstand gegen den Faschismus gab. Es ist das Land, in dem die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bis zum 8. Mai 1945 ihre mörderische Pflicht tat, in dem die KZs – mit der Ausnahme Buchenwald – von den Truppen der Anti-Hitler-Koalition befreit werden mußten. Es ist das Land, in dem die Nazi-Kader bis heute gut versorgt werden, in dem 50 Jahre lang nicht über die Verbrechen der Wehrmacht diskutiert wurde und in dem die sog. „guten Nazis" um Stauffenberg bis heute Schulkindern als Vorbilder präsentiert werden. All das haben wir schon unendlich oft gesagt, und die Frage ist, wie lange werden wir es noch sagen können, ohne uns und andere damit zu langweilen? Es ist ja so folgenlos. Die Beschäftigung mit deutschen Verbrechen, deutscher Kapitulation und deutschem Wiederaufstieg ergibt sich eben nicht zwingend aus unserem Alltag, sondern sie ergibt sich aus bestimmten theoretischen Überlegungen, aus politischer Empörung.

Ich sage das, um an ein ganz bestimmtes Problem zu erinnern, nämlich daran, daß kapitalistische Gesellschaften sich dadurch auszeichnen, daß in ihnen – im Gegensatz zum Feudalismus und zum Ancien Régime – Ausbeutungsmacht und Herrschaftsmacht getrennt sind. Das hat ganz erhebliche Folgen: Dort, wo der materielle Reichtum produziert wird, herrscht der Kapitalist als Eigentümer und Kontrolleur dieser Sphäre. Davon getrennt gibt es eine Sphäre der Politik, des Staates, der staatlichen Macht. Diese Trennung ist also ein modernes Phänomen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das Wort „Politik" in Europa noch weitgehend unbekannt. Aber obwohl wir mit diesem Phänomen heute sehr vertraut sind, sind uns seine Implikationen nicht immer gegenwärtig. In der feudalen Gesellschaft war der Herr Ausbeuter, Richter und Machthaber zugleich. Der Umstand, daß sich diese Funktionen heute als Getrennte darstellen, hat für die bürgerlichen Individuen eine ganze Menge Folgen, weil mit der Herausbildung einer eigenständigen politischen Sphäre, die nun als das wahre Zentrum der Gesellschaft erscheint, sich auch die Individuen gespalten haben – in ökonomische Privatleute, die in der vom politischen Sektor getrennten „unpolitischen Gesellschaft der Privaten" ihren Interessen nachgehen, die morgens mit der U-Bahn in die Innenstadt fahren, um Geld zu verdienen und in Leute, die nach Feierabend als politische Staatsbürger auftreten, für die das Sich-mit-Politik-beschäftigen eine Freizeitangelegenheit ist.



Das hat für jene, die nicht eine das Formprinzip Politik aufhebende Anti-Politik machen, sondern eine „andere Politik" durchsetzen wollen, erhebliche Folgen: Während z.B. der rechte Staatstheoretiker Carl Schmitt behauptet, Interessensgruppen hätten sich des Staates bemächtigt und damit sei eine gegenseitige Durchdringung des Gesellschaftlichen und des Politischen zustandegekommen, die nicht in die Negation des Politischen münden könnte, sondern nur in den „totalen Staat" – der „Parteienstaat wird aus Schwäche total" –, unterschied z.B. Marx, wie zuvor schon Hegel, zwischen „politischem Staat" und „unpolitischer Gesellschaft". Nach Marx erscheint der unpolitische Mensch im Kapitalismus notwendig als der natürliche Mensch. Die selbstbewußte Tätigkeit konzentriert sich auf den politischen Akt. Aber der politische Mensch ist der abstrahierte, künstliche Mensch, der Mensch als moralische Person. Das ist ganz wichtig, denn das bedeutet nicht nur, daß es eine sehr abstrakte Sache ist, sich mit „antinationaler Politik" zu beschäftigen, sondern, daß auch

„radikale Politik" das vorgegebene Formprinzip affirmiert. Man abstrahiert dabei von seiner Rolle als ökonomische Privatperson und schlüpft in die Rolle des Staatsbürgers (die Synthese beider Gestalten ist übrigens der Soldat). Als abstrakter Staatsbürger tritt das bürgerliche Individuum aber nur gelegentlich und nur freiwillig in Erscheinung. Er kann sich nämlich frei entscheiden – und das ist neu – ob es sich eine politische Meinung bildet, politische Zeitungen liest etc. oder nicht. Man muß das nicht tun. Und wenn man es macht, dann wird man feststellen, daß es auf den normalen Gang der Geschäfte, der in einer anderen Sphäre stattfindet, keinen Einfluß hat. Die individuelle Reproduktion hängt nur mittelbar mit Politik zusammen. Der Bereich des Politischen ist separiert und daher erfordert es immer wieder einen besonderen Entschluß, sich ihm anzunähern. Die Welt, in der der kapitalistische Reichtum produziert wird, dreht sich ganz unabhängig von meinem politischen Engagement weiter. Das würde sich nur ändern, wenn ich und viele andere die Unterwerfung unter das Kapitalverhältnis praktisch in Frage stellen würden. Kohl kann ja nur deshalb so herausfordernd und auftrumpfend im Ausland auftreten, weil die Leute hier so widerspruchslos den Reichtum produzieren, der Deutschland erst das Gewicht in der Welt verleiht, das es heute hat.

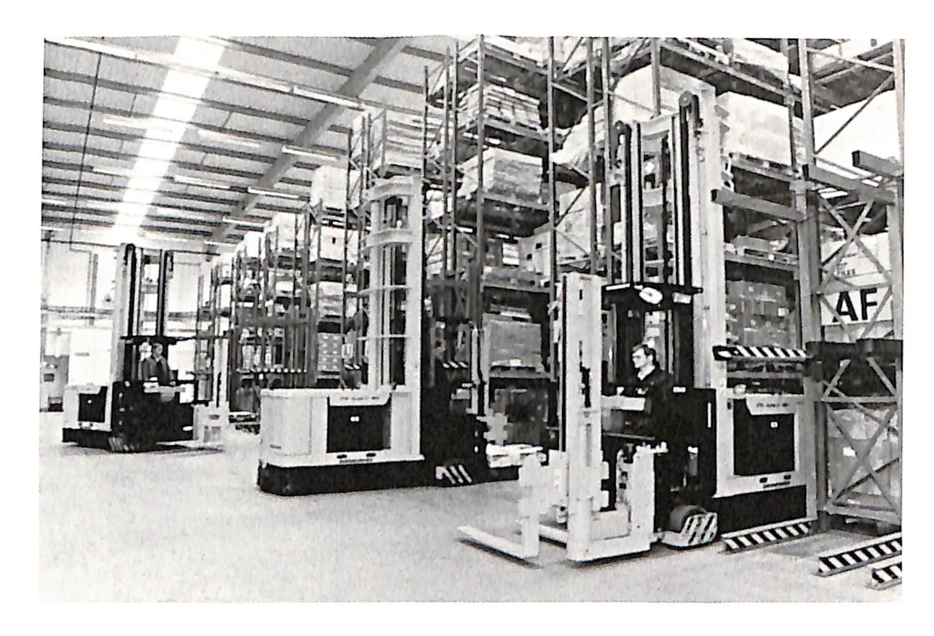
Meine Empörung über die Bonner Töne zum 8. Mai kann ich also nur als „moralische Person", als politisierender Staatsbürger äußern. Dieses Politisieren tangiert nicht meine Rolle als ökonomische Privatperson. Ich kann jederzeit diese Versammlung verlassen und draußen spazierengehen, und es bedeutet nichts. Wenn man von denen absieht, die „Politik-Machen" als alternative Lebensform betreiben, die darin sozusagen ihren Lebenssinn suchen und darüber die Gefahr übersehen, die eine ausschließlich „vom Feind her" bestimmte Zielsetzung darstellt, dann muß man sich fragen, was überhaupt dazu motivieren kann, sich mit der Bedeutung des 8. Mai kontinuierlich auseinanderzusetzen. Bei der Auseinandersetzung mit Deutschland geht es einem schließlich so, wie es einem geht, wenn man in der Nacht bis zum frühen Morgen einen spannenden Roman liest: Du bist für einige Stunden vollkommen in einer fremden Welt und wenn du morgens einen schlechten Kreislauf hast und dann draußen die Geräusche der Müllabfuhr hörst, dann weißt du, daß es eine Fiktion war. Aber du warst in dieser Fiktion drin und es war sehr authentisch. Doch die Realität greift nun wieder nach dir, und so geht es einem ja, wenn man z.B. ein Buch von Primo Levi liest, Literatur über Auschwitz oder Berichte über die Greueltaten der deutschen Wehrmacht oder über die Lage der Zwangsarbeiter in Deutschland oder über Nazi-Richter. Diese Bücher sind eine Last; ihre Lektüre macht die Tage bitter. Du möchtest rausgehen und deine feindlichen Gefühle gegenüber dieser Gesellschaft zum Ausdruck bringen, aber du wirst feststellen, daß du draußen auf eine freundliche oder ablehnende Fremdheit triffst, auf Leute, die überhaupt nicht nachvollziehen können, mit was du dich beschäftigt hast. Sie gehen einfach ihren privaten Dingen nach. Diese schizophrene Situation müssen wir in unsere theoretischen Überlegungen einbeziehen. Und es muß dabei auch darüber nachgedacht werden, unter welchen Voraussetzungen sie ausgehalten werden kann. Wer die Kritik an Deutschland organisieren will, muß auch klären, wie und unter welchen Bedingungen die Leute, die diese Kritik leisten, das überhaupt aushalten können.

Die alltägliche Schizophrenie besteht ja darin, daß der Nationalsozialismus lange vorbei ist und seine Nachwirkungen gleichwohl allgegenwärtig sind. Wer hier in Berlin durch die Straßen geht, kann noch viele Gebäude sehen, die mit Naziverbrechen in Verbindung stehen. Die Chance, daß man in einer Firma arbeitet, die früher Zwangsarbeiter beschäftigt hat, ist riesengroß. Wenn ich in Berlin, in Köln oder in Hamburg durch die Innenstadt gehe, sehe ich irgendwo noch die Gestapozentrale; da sitzt vielleicht jetzt Karstadt, das Gesundheitsamt oder die Baubehörde drin. Oder ich sehe das Kempinski-Hotel, das mich an die Enteignung und Verfolgung von Juden erinnert. Man hat dauernd damit zu tun, daß an allen Ecken diese faschistische Vergangenheit präsent ist, daß die Täter sogar noch leben und sich in den Zeitungen äußern können. Aber gleichzeitig ist es jetzt draußen wunderschön, und es würde Spaß machen, über den Kurfürstendamm zu spazieren. Mit dieser Gleichzeitigkeit muß eine antinationale Linke bewußt umgehen, auch theoretisch, weil sie die zu kritisierende Realität des Lebens in der BRD ausmacht und weil es konkrete Individuen sind, die unter diesen Bedingungen die Arbeit der Kritik und des Widerstandes leisten wollen.

Eine Ausklammerung dieser widersprüchlichen Realität, würde ein unreflektiertes „Politik-Machen" begünstigen, weil das politische Terrain als „objektiveres", vom eigenen Ort weit genug entferntes, also die eigene Person weniger bedrängendes Terrain gilt. In der Argumentation würden dann nur noch Staat & Kapital als handelnde Subjekte vorkommen. Nun ist klar, daß man über Wert & Macht alles wissen muß, weil beide die Verhältnisse strukturieren, aber damit weiß man z.B. noch nicht, nach welchen Kriterien der Faschist seine Opfer aussucht. Es ist auch klar, daß man über die Türkei- und Bosnienpolitik der BRD alles wissen muß und daß wir dazu weiterhin gut recherchierte Artikel brauchen, die auch den letzten Titelkommentar der FAZ berücksichtigen, aber es sollte auch bewußt bleiben, daß damit die Dynamik dieser Gesellschaft nicht hinreichend charakterisiert ist und daß auch die eigene Positionierung in dieser Gesellschaft zu reflektieren ist, weil sich sonst ein kritikloser Bezug auf das abgetrennte Politische durchsetzt, was übrigens immer mit einem plakativen strategischen Sprechen einher geht.

Viele von uns kommen aus politischen Zusammenhängen, die die Singularität von Auschwitz nicht oder nur gelegentlich thematisiert haben. Jedenfalls stand diese Singularität jahrelang nicht im Mittelpunkt linker Aktivitäten, weil viele von uns sich auf die Heldengeschichte der Arbeiterbewegung bezogen haben oder die BRD-Bevölkerung zum Schutz deutscher Wälder bewegen wollten. Viele von uns haben sich lange nicht wirklich mit Deutschland angelegt. Wir hatten immer ein linkes Kundendienstproblem, nämlich das Problem, wie erreichen wir ein paar Leute für linke und alternative Positionen, ohne ihnen die ganze Wahrheit sagen zu müssen. Obwohl sich das inzwischen geändert hat, ziehen viele Veranstaltungen, die die Kritik des nationalen Konsens zum Gegenstand haben, immer wieder auch übriggebliebene Volkstümler an, die weiterhin die – inzwischen „gesamtdeutsche" – Arbeiterklasse rechts abholen wollen. Obwohl sie dem „nationalen Gedanken" immer noch „progressive Seiten" abgewinnen können und eine grundsätzlichen Kritik an der deutschen Staatlichkeit bei ihnen Verlassenheitsängste weckt, fühlen sie sich von den Diskussionen darüber angezogen. Das liegt daran, daß in solchen Auseinandersetzungen – trotz der anderen Orientierung – oft noch ihre Sprache gesprochen wird. Wenn man Versammlungen durchführt, auf denen viel zu häufig noch mit Feldherrengestus über die „Weltlage" und über neue politische „Achsen" spekuliert wird („Will Deutschland aus der NATO ausscheren oder nicht und wie stehen wir dazu?"), dann tradiert man die Vorstellung von einer „anderen Politik" und zieht damit Leute an, die im Geiste immer noch am Rad der Weltgeschichte drehen, „Kräfteverhältnisse" hin- und herschieben und „Widersprüche politisieren" wollen.

Nach den bis hierhin ausgeführten Überlegungen, halte ich einige Abgrenzungen für unverzichtbar:



Das Verschwindenlassen von Auschwitz in der Wertkategorie

Die erste Abgrenzung richtet sich gegen den antikapitalistisch-antiimperialistischen Ableitungssophismus. Es gibt eine antikapitalistisch-antiimperialistische Linke, die ungefähr so argumentiert: Dänemark ist kapitalistisch, Deutschland ist kapitalistisch, also sind Dänemark und Deutschland vergleichbare Staaten. Da ist zwar etwas dran in gewisser Hinsicht, in anderer Hinsicht aber nicht. Gegen die abstrakte Gleichsetzung aller kapitalistischen Staaten und die Abtrennung von ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer jüngsten Geschichte haben antinationale Linke richtig herausgearbeitet, daß Dänemark und Deutschland zwar gleichermaßen kapitalistisch sind, daß sie aber dadurch noch nicht vergleichbar sind – eben weil der Kapitalismus auch Geschichte hat, sich in Geschichte und auf dem Boden bestimmter Verhältnisse entwickelt hat und weiterhin entwickelt, die er sich nicht vollkommen subsumieren konnte bzw. die er sich nur spezifisch subsumieren konnte, weshalb er auch ein jeweils spezifisches Gesicht hat. Dänemark und Deutschland gleichzusetzen, das ist eine schlechte Abstraktion, das ist die abstrakte Gleichsetzung von kapitalistischen Staaten unter Abtrennung ihrer Entstehungsgeschichte. Diese Abtrennung erlaubt es, eine Identität von Kritik „des" Antisemitismus und Kritik der Wertform zu behaupten. Es ist das – scheinbar antikapitalistisch motivierte – Verschwindenlassen von Auschwitz im Kapitalismusbegriff.

Nicht wenige reden so, als wäre Auschwitz prinzipiell auch in Dänemark möglich gewesen. Die Frage, ob Auschwitz nur eine deutsche Tat sein konnte, wirft auch Zygmunt Bauman auf. Er sagt, Auschwitz ist insofern mehr als nur ein deutsches Phänomen, als es grundsätzlich mit der Moderne zu tun hat. Auschwitz gehört sozusagen zur Nachtseite der bürgerlich-kapitalistischen Modernisierungsbewegung. Die mörderische Vernichtungstat hat mit dem Wiederauftauchen des dabei Verdrängten zu tun. Wir kennen diese Figur schon von Adorno. Diese Denkfigur ist im Prinzip auch richtig; gleichzeitig wäre es aber eine unzulässige Abstraktion, zu sagen – obwohl es richtig ist, daß Auschwitz prinzipiell mit der Moderne zusammenhängt und von daher prinzipiell in jedem Land hätte vorkommen können –, Auschwitz hätte auch eine dänische Tat sein können. Es war konkret eine deutsche Tat und dafür können wir die Gründe herausfinden.

Obwohl Deutschland und Dänemark also gleichermaßen kapitalistisch sind, wurde das größte Verbrechen, das jemals auf dieser Erde begangen wurde, nicht von dänischen Staatsbürgern begangen, sondern von Leuten, die sich als deutsches Volk imaginierten und sich als

solches als Herrenvolk fühlten. Es ist z.B. bekannt, daß deutsche Liebespaare, die in der Nazi-Zeit zum Standesamt gingen, ohne jeden Protest der Aufforderung nachkamen, den Familiendokumenten einen „Arierausweis" beizufügen. Es hätte für sie kein besonderes Risiko bedeutet, zu sagen, wir leben angesichts dieser Zumutung lieber unverheiratet zusammen. Und der „Arierausweis" war ja eines der vielen Puzzlestücke, das später die Vernichtung erst möglich machen sollte. Warum gab es keine Form von zivilem Widerstand? Um diese Frage beantworten zu können, ist es m.E. nicht notwendig, einen für alle Zeiten fixen, biologisch begründeten „deutschen Volkscharakter" zu konstruieren und diesen als Triebkraft der Geschichte darzustellen. Es reicht völlig aus, die Haltungen und Umstände konkret zu untersuchen, die diese Verbrechen möglich machten. Ich komme auf diesen Punkt gleich zurück.

Tears on my pillow

Die zweite Abgrenzung, die antinationale Linke richtig herausgearbeitet haben, heißt: „Keine Träne für Dresden".

Meines Erachtens ist das eine absolut notwendige Polarisierung. Die Abgrenzung von einer Linken, die die Bombardierung deutscher Städte als Verbrechen verurteilt, ist unverzichtbar. Die zum Teil hysterischen Reaktionen einer Wir-sind-wie-das-Volk-Linken zeigt, daß man den richtigen Nerv getroffen hat.

Too much of a good thing

Eine dritte Abgrenzung betrifft den Terminus „antideutsch". Ich halte ihn für eine notwendige Polarisierung, denke aber, daß man ihn immer im Kontext konkreter Argumente benutzen sollte. Man kann auf diese Abgrenzung nicht verzichten, weil es zuviele Leute gibt, die sehr schnell bereit sind, zu sagen, sie seien auch antinationalistisch eingestellt, die aber nicht auf den Punkt kommen wollen und die die Besonderheit, von der ich eben sprach, daß das Verbrechen eben nicht von Dänemark, sondern in Deutschland begangen wurde, nicht thematisieren wollen. Deswegen reicht es nicht aus, zu sagen, man wäre „gegen Nationalismus". Man kann in diesem Land überhaupt nicht antinational sein, wenn man nicht zuerst antideutsch ist, wenn man nicht zuerst die Existenzberechtigung eines Rechtsnachfolgers des Nazireiches verneint (auch wenn diese Position derzeit „weltfremd" erscheinen muß). Man kann aber, wie z.B. viele Menschen, die die deutsche Verfolgung überlebten, gegen deutsche Staatlichkeit sein, ohne grundsätzlich antinational zu sein. Wir dürfen „antideutsch" also nicht auf Rhetorik herunterbringen und sollten ihn möglichst oft in konkrete Argumente auflösen. Es könnte uns sonst auch passieren, daß „antideutsch" eine neue linke Identität begründet und daß der Begriff in den Mund von Leuten gerät, die auf der Suche nach einfachen Weltbildern sind, die also kein Interesse an dem dahinter stehenden Zusammenhang haben, die „antideutsch" vielleicht mit der das „Volk" in Schutz nehmenden Losung „Feuer & Flamme für diesen Staat" verwechseln. Und: Wir können uns nicht mit denen gleichstellen, die vor über 50 Jahren diesem Land den Rücken kehrten.

Keine Rücksicht braucht man auf die zu nehmen, die „antideutsch" für eine ethnische Kategorie halten. Dieser Vorwurf ist relativ leicht zu widerlegen. Man kann ihn nur erheben, wenn man von der realen Existenz eines deutschen Gen-Pools ausgeht. Es gibt aber keine Deutschen, sondern es gibt nur Untertanen einer deutschen Staatsmacht. Einer Staatsmacht mit dem Namen Deutschland. Eines Staates, der sich eben nicht einfach „Staat Nr. 11" nennt, wie es Brecht vorgeschlagen hatte, sondern ausdrücklich „Deutschland", weil er an eine bestimmte „Nationalgeschichte" anknüpfen will. Dieser Staat hat Bürger und diese werden qua Untertanendasein zum „deutschen Volk" imaginiert und homogenisiert. Insofern ist der Vorwurf, antideutsch sei eine ethnische Kategorie vollkommen lächerlich – er kommt ja auch nicht zufällig von Linken, die für den Frieden zwischen den „Rassen", den „Ethnien" und den „Kulturen" eintreten, die also selbst ethnisch denken.

„Volkscharakter", kollektives Gedächtnis und Staat

Die nächste Abgrenzung wäre – und damit komme ich wieder auf die Frage nach dem Volkscharakter zurück – die Abgrenzung vom Staat. Wer in den letzten Wochen die Gespräche und Medien verfolgt hat, konnte bemerken, daß wir in einer Gesellschaft leben, in der die Mehrheit der Bürger immer noch nach Rechtfertigung, Entschuldigung und Ausflüchten sucht, wenn es um den Nationalsozialismus geht. Es gibt da eine unglaubliche Undistanziertheit, es ist unglaublich widerlich, keiner will es gewesen sein, alle wollen von nichts gewußt haben, alle fühlen sich als Opfer der Umstände, und das noch 50 Jahre danach. In der „Zeit" lautete eine Artikelüberschrift: „Ich fühlte mich am 8. Mai 1945 betrogen". Die Leute merken überhaupt nicht, daß sie damit sagen: „Hitler hat seine Versprechen nicht gehalten". Die Opfer des NS spielen bis heute in diesen Erinnerungen an Bombennächte und Hunger überhaupt keine Rolle. Die Leute sagen, wir haben gelitten und Hitler war ein Verlierer, der uns enttäuscht hat. Doch ihre Vaterlandsliebe kann das nicht beschädigen. Der Umfang dieser Leugnung, Verdrängung, Bagatellisierung, Ignorierung der Opfer ist wirklich skandalös und da denkt man, es gibt diesen Volkscharakter möglicherweise doch.

Die Frage ist jedoch, wie wird das, was wie ein Volkscharakter ausschaut, immer wieder und sogar noch nach 50 Jahren reproduziert? Was, außer der persönlichen Verstrickung von Leuten, die nie ihre Taten zugeben werden, was, außer dem kollektiven Gedächtnis der Täter, reproduziert diese Verdrängung? Ich denke, die Antwort ist nicht in einem Volkscharakter zu suchen, sondern in der Existenz eines Staates, der bewußt an der Geschichte der vorangegangenen Staaten, die sich ebenfalls Deutsch-

land nannten, andockte, der sich als Nachfolger dieser Staaten definiert. Hier wirkt das, was die Diskurstheoretiker den „Diskurs der Nationalkultur" nennen. Ein Staat, der seine Legitimation durch die Berufung auf „deutsche Tradition" absichert, muß auch die Verbrechen der Vorgängerstaaten in die Erzählung der Nationalgeschichte integrieren. Weil dieser Staat auch eine „Nation" sein will, muß er eine Nationalgeschichte konstruieren, die von den alten Germanen bis zu Kanzler Kohl reicht und deshalb auch Auschwitz umfaßt. Irgendwo in der Geschichte zwischen den Germanen und Kanzler Kohl liegen diese 12 Jahre. Wer eine nationale Heldengeschichte schreiben will, auf die das neue Deutschland heute stolz sein kann, muß irgendwie eine Lösung finden, wie man diese 12 Jahre – von der die ganze Welt weiß, daß es sich um Jahre des Verbrechens gehandelt hat – in die nationale Erzählung so einbauen kann, daß die Vaterlandsliebe keinen Schaden nimmt, also so, daß man trotzdem stolz sein kann auf diese „Nation".

Das bedeutet: Erst dadurch, daß es innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums von 120 Jahren nun noch einen fünften Staat gibt (1871, 1918, 1933, 1948 und – die Bedeutung der „Wiederaneignung" der DDR sollte gerade in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden – 1990), der sich über „deutsche Tradition" definiert, entsteht die NOTWENDIGKEIT, den Nationalsozialismus auch noch nach 50 Jahren zu „historisieren". Der Geschichtsrevisionismus wird vor allem durch die Existenz von „Deutschland" erforderlich. Wir sollten also zeigen, daß das, was einem wie ein konstanter Volkscharakter vorkommt, die Leistung dieses Staates ist. Das „Volk" ist damit aber nicht entschuldigt. Gerade dadurch, daß die Untertanen in ihrer individuellen Reproduktion abhängig sind von diesem Staat, identifizieren sie sich mit der Erzählung der nationalen Geschichte. Und die Untertanen in diesem Land haben sich – das hat mit Geschichte und kollektivem Gedächtnis zu tun – noch weitaus mehr als die Untertanen anderswo, dazu entschlossen, diese Abhängigkeit nicht in Frage zu stellen. Die persönliche Reproduktion der Einzelnen hängt, solange sich alle entschließen, dies nicht in Frage zu stellen, wirklich davon ab, ob Deutschland auf dem Weltmarkt eine erfolgreiche Nation ist. So wie sich der Lohnarbeiter wünschen muß, daß sein Kapitalist am Markt erfolgreich ist, damit er ihm morgen auch noch seinen Lohn zahlen kann, so muß sich der Staatsbürger aus seiner nicht hinterfragten Abhängigkeit heraus wünschen, daß „sein" Staat auf dem Weltmarkt erfolgreich ist. Solange er sich mit seiner Abhängigkeit abfinden will, muß er sich mit der Erzählung der Nationalgeschichte identifizieren. Und diese Identifikation ist ja, seit dieses Deutschland wieder souverän ist, noch dringlicher geworden. Die Ambitionen des Staates, der sich Deutschland nennt, sind die Hauptquelle der Reproduktion des geschichtsrevisionistischen kollektiven Gedächtnisses. Die (gewollte) Abhängigkeit von diesem Staat, reproduziert auch in den Individuen – auch in den nach 1945 geborenen – das Interesse an Revisionismus, Relativierung und Historisierung. Damit sieht es wirklich so aus, als gäbe es einen konstanten Volkscharakter, weil es diese staatliche Kontinuität gibt.

Dezentrierte Volksgemeinschaft?

Ich überspringe einiges und komme zur letzten Abgrenzung. Es ist eine Abgrenzung von dem, was ich als „Hauptkettengliedsdenken" bezeichnen möchte. Es ist eine Abgrenzung vom Diskurs der Strategen, Politikmacher und kleinen Feldherren außerhalb und innerhalb „der" antinationalen Linken.

In der ML-Bewegung der 70er Jahre hing beispielsweise die „Einschätzung" von Rumänien nicht von den dort herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern von der Außenpolitik des rumänischen Staates gegenüber den „Supermächten" ab. Eine zeitlang wurde Rumänien eher negativ beurteilt, aber als sich die rumänische Regierung für „Unabhängigkeit von Moskau" entschied, rückte dieser Staat plötzlich auf die Seite der Guten, weil man von einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den „Supermächten" und dem Rest der Welt ausging, der als zentraler „Widerspruch" galt – als „Hauptkettenglied", von dem alles andere abhängt. Hier interessierte keine konkrete Analyse, sondern man suchte sich einen Fixpunkt, von dem aus man alles andere ableiten konnte, ohne es sich genauer anschauen zu müssen.

Einige Beiträge zur Kritik der nationalen Konsensbildung lassen vermuten, daß auch sie von der Existenz eines „Hauptkettengliedes" ausgehen, von dem alles andere abhängt. Die richtige Erkenntnis, daß jede Position, die die Frage nach der Legitimität des Staates „Deutschland" ausklammert, keine linke Position sein kann, mündet hier in eine Fixierung auf die deutschlandpolitischen Äußerungen und Maßnahmen der politischen Eliten zu diesem „Thema". Die diskursiven Formationen, etwa „Familie" oder „europäische Kultur", über die die spezifische nationale Erzählung in der Alltagspraxis verankert ist, werden auf diese Weise als nicht unmittelbar zur Sache gehörende „Widersprüche" eingestuft. In einigen Fällen läuft diese Begriffslosigkeit sogar darauf hinaus, die besondere Bedeutung der Kritik deutscher Staatlichkeit wieder zu dementieren und sie zum Unterkapitel des Programms „Überwindung des Kapitalismus" zu machen. Da hier die Einsicht in die kapitalistische Strukturiertheit der Gesellschaft letztlich auf den Vorschlag reduziert wird, den „Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital" bzw. den „Raub des MehrWERTS" – beides ist nur Kritik des Kapitals vom Standpunkt einer Ideologie der Arbeit – einfach abzuschaffen, gerät die Kritik an Patriarchat und Rassismus oder die Auseinandersetzung mit Oliver Stone und Cindy Sherman in den Verdacht, von der Kapitalismuskritik abzulenken. Nach dieser Vorstellung findet Kapitalismus ausschließlich in der Fabrik statt.

Tatsächlich aber begegnet uns der Kapitalismus noch in solchen Vorstellungen. In der Abtrennung, Hierarchisierung und mit naturwissenschaftlicher Exaktheit systematisierten „Teilwidersprüchen" begegnet uns noch einmal die Fetischisierung der sozialen Verhältnisse. Indem die Bewegungen von Politik, Kapital, Weltmarkt, Patriarchat, Ethnisierung, Kulturalisierung etc. nebeneinander und nicht miteinander betrachtet werden, beteiligt man sich an der isolierenden Verdinglichung der sozialen Verhältnisse und der Personifizierung der Dinge. Eine solche „entfremdete" Logik würde die Diskussionen über sex & gender ebenso verdrängen, wie die notwendigen Auseinandersetzungen über die Familie als Grundlage der Nation, über den Zusammenhang von kapitalistischer Konkurrenz, Geschlechterzuschreibungen, Biologismus, Rassismus und Sexismus, über den Anteil der Kultur an der kapitalistischen Erfolgsstory etc. Es würde dann nicht mehr darüber diskutiert werden, daß der Diskurs über Kultur heute zum wichtigsten Ausgrenzungsdiskurs überhaupt geworden ist. Bei den Multi-Kulti-Geschichten, den rassistischen Pogromen etc. handelt es sich ja um Positionen & Ereignisse, die über den Begriff der Kultur, über die Kulturalisierung sozialer Widersprüche laufen. Eine Kritik, die sich zum Beispiel nicht mit den US-amerikanischen Studien zur Kulturalisierung auseinandersetzt, die sich nicht mit den in anderen Ländern gemachten Erfahrungen mit Rassifizierungsstrategien beschäftigt, die nicht diskutiert, wie z.B. im feministischen Diskurs Identität und kollektives WIR in Frage gestellt wird, die sich nicht kritisch mit dem Beitrag des Poststrukturalismus zur Kritik dieses WIRs und der Identitätspolitiken beschäftigt, eine solche Kritik wird die innere Dynamik von Deutschland nicht erfassen können.

In einem Text heißt es, antinationale Kritik sei nicht an besondere soziale Voraussetzungen gebunden. Im Prinzip ist es richtig, daß die Bewertung deutscher Politik nicht von „Klassenherkunft" oder „Geschlecht" abhängt. In der Realität ist es nicht wahr, daß es so ist. Es bleibt immer noch wahr, daß auch die soziale Ortlosigkeit von antinationalen Linken eine frei gewählte Ortlosigkeit ist, Resultat radikaler Kritik, aber nicht Resultat einer unabwendbaren Ausgrenzung. Man ist nicht in dem Sinn sozial ortlos, wie es z.B. Juden und andere waren, die ins Exil flüchten mußten. Und so richtig es ist, daß Schwule und Feministinnen auch NationalistInnen sein können, so wahr ist es auch, daß Linke, die die neuen Subjektpositionen für postmoderne Erfindungen halten, die sozusagen vom Wesentlichen ablenken, daß solche Linke im Grunde das nationale WIR stützen.

An dem, was in den 80er Jahren über Individualität und neue Subjekte gesagt wurde, gibt es in der Tat viel zu kritisieren. Diese Kritik muß sich aber vom Ressentiment jener unterscheiden, denen lediglich mißfällt, daß sich in den letzten Jahrzehnten ihre „homogene" Arbeiterklasse in disparate „Milieus" verflüchtigt hat und die darin nur eine Lähmung von „Kampfkraft" sehen können. Es scheint, als trauerten manche einer Zeit nach, in der Lebenswege noch fester vorgegeben waren. Real münden auch heute noch die „Biographien" von Arbeiterkindern meistens in Arbeiterkarrieren, aber es ist auch Realität, daß dies für die Einzelnen nicht mehr zwingend ist. Die Situation, da man in dem „Milieu" starb, in das man hineingeboren wurde, da man lebenslang nur einen Beruf ausübte etc., ist einer Situation gewichen, in der wir uns mit beweglichen „Biographien" herumschlagen müssen, in der mehr Eigensteuerung erwartet wird und mehr Entscheidungsmöglichkeiten gegeben sind. Heute durchlaufen die Leute im Leben mehrere „Berufe", haben sogen. Lebensabschnittspartner und orientieren sich in vieler Hinsicht mehrfach um. Wir haben es mit Leuten zu tun, die z.B. mit 30 anfangen zu studieren, die plötzlich etwas ganz anderes machen, als was sie die ersten 30 Jahre gemacht haben, die ihre Jugendzeit verlängern bis ins Alter von 40, was ja auch für viele Linke typisch ist. Das alte Subjekt der Aufklärung hat wirklich ausgedient, mit seinen fixen Identitäten ist es vorbei. Und das ist kein Verlust für uns, muß aber als strukturelles Problem erkannt werden, nicht zuletzt weil das mit dem „steinernen Schein" kämpfende „antinationale Subjekt" selbst davon betroffen ist. Die Konstruktion des nationalen und volksgemeinschaftlichen WIRs setzt die Vereinnahmung der „dezentrierten Subjekte" (die ohnehin nicht einfach „atomisiert" sind) voraus. Die Postmodernen waren davon überzeugt, daß das nicht gelingen wird. Dieser Optimismus ist inzwischen widerlegt. Für die Beurteilung der Handlungen des deutschen Staates ist es aber wichtig, zu wissen, WIE sich die Integration „hedonistisch" orientierter Bürger konkret vollzieht. Die Mobilisierung von „umweltbewußten Hedonisten" für einen Kriegseinsatz im ehemaligen Jugoslawien verläuft über andere Auseinandersetzungen und Legitimationsstrategien als z.B. die Mobilisierung des „soldatischen Mannes" im 1. Weltkrieg. Man sollte diese Zeichen lesen können, nicht zuletzt, damit man noch rechtzeitig die Koffer packen kann. *G.J.*



NIE WIEDER RHEINISCHE TIEFEBENE!

Plädoyer für einen ebenso politikunfähigen wie -unwilligen Antinationalismus

Das Dilemma jener Linken, die die Kontinuität deutscher Staatlichkeit nach 1945 zum Ausgangspunkt ihrer Kritik am heutigen deutschen Wirken machen, besteht zwischen der (derzeit notwendig illusionär wirkenden) Aussage, die endgültige Teilung Deutschlands müsse das nächste Ziel sein, und dem ebenfalls formulierten Anspruch, eine antideutsche „Strömung" innerhalb der radikalen Linken zu bilden. Zwischen beiden Postulaten klafft ein unüberbrückbares Loch. Denn wenn wahr ist, daß gilt: „entweder links oder deutsch", mit anderen Worten, daß ohne die Bereitschaft, Auschwitz und damit eben auch Deutschland und seine Bürger (die, die sich als „gebürtige Deutsche" verstehen) in den Mittelpunkt der Kritik zu rücken, jeder Gedanke an eine revolutionäre Aufhebung der bestehenden Verhältnisse vorab der Unwahrheit überführt ist – und nichts spricht dagegen, daß dies wahr sei –, dann kann es eben nicht zugleich Ziel sein, innerhalb der Linken eine „Strömung" zu bilden, die eben zum „Teilbereich Deutschland" so arbeitet wie andere Linke zu AKWs. Daß uns aber der Zustand der hiesigen Linken, ob wir wollen oder nicht, genau darauf festschreibt, ist nur denen kein Dilemma, die das eine – die „Strömung" in der Linken – als notwendige „Vorstufe" zum anderen – der endgültigen Teilung – begreifen, indem sie „antideutsche Politik" machen wollen.

Marx, auf den die meisten von uns sich ja irgendwie beziehen, untertitelte sein Hauptwerk als „Kritik der politischen Ökonomie". Mit Kritik sind hier nicht „konstruktive", Verbesserungsvorschläge gemeint. Zudem gilt die Kritik nicht nur der Ökonomie, sondern eben der politischen Ökonomie (der „Wirtschaft", wie sie erst durch die Trennung von Herrschaft in Ausbeutungsmacht und Staatsmacht entstanden ist), und so liegt der Schluß nicht fern, daß es gleichfalls nicht um eine „andere Politik" geht, sondern um deren Abschaffung. Voraussetzung eines solchen Schlusses ist es allerdings, die Politik weder als Ableitungsphänomen der Ökonomie zu begreifen, noch als „eigentlich" neutrale Sphäre, derer die Ökonomie im Kapitalismus sich „bemächtigt". Genau dieser Vorstellung aber saßen und sitzen diejenigen Linken auf, die sich auf dem Terrain der Politik heimisch fühlen. Während die allermeisten von ihnen jedoch die mörderischen Auswirkungen der ökonomischen Konkurrenz durch staatliche Intervention beseitigen wollten, gehen viele antideutsche Linke genau spiegelverkehrt vor. Da das staatliche Handeln weder heute, noch bezüglich der Zeit des Nationalsozialismus aus der „Ökonomie", d.h. den „Interessen" der Einzelkapitale (nach dem Motto: hier das „aggressive Chemiekapital" – dort das „friedliche Pralinenkapital", Anm. der Red.) unmittelbar herzuleiten ist, sieht es so aus, als würde „die Politik" manchmal eigene, „irrationale" Wege gehen. Wer das so sieht, kommt unvermeidlich auf den Gedanken, linke Intervention müsse eine Rückverpflichtung der Verhältnisse auf ökonomische Rationalität zum Ziel haben. Tatsächlich jedoch bilden in einem selbstreferentiellen System wie der Wertvergesellschaftung Rationalität und Irrationalität keinen einander ausschließenden Gegensatz: Während z.B. den Verwertungsgesetzen zu folgen im Sinne der individuellen Selbsterhaltung „vernünftig" ist, so bedeuten sie doch zugleich gesamtgesellschaftlich den bewußtlosen Gang in die Katastrophe, wie sie sich nicht zuletzt in den kapitalistischen Krisen stets offenbart.

Gerade aus der Eigenständigkeit des Politischen im Nationalsozialismus ließe sich erkennen, daß das Politische „der Wirtschaft" weder untergeordnet ist, noch in einem einfachem Gegensatz zu ihr steht. Die Trennung von gesellschaftlicher Macht in Politik (staatliche Herrschaft) und Ökonomie (Ausbeutungsmacht) ist vielmehr jene Differenz, die die Identität der Wertvergellschaftung konstituiert. Ohne die wundersame moderne Tei-

lung des Individuums in Bourgeois und Citoyen, ohne die Abstraktion des Individuums von seinen je besonderen Interessen und Bedingungen zum Staatsbürger, der nur das Allgemeine vertritt und dessen Verwirklichungsinstanz demzufolge eben der Staat, jenes über allen einzelnen Interessen stehende Gebilde, nur sein kann, hätte der Kapitalismus kaum das 19. Jahrhundert überstehen können. „Linke Politik" trug ihren Namen daher stets zu Recht, indem sie die kommunistische Kritik zur technischen Frage der Vermittlung machte: Die hypostasierten proletarischen „Interessen" (später die auch anderer Kollektivsubjekte) mußten sowohl dem Proletariat als auch dem Staat gegenüber als allgemeine durchgesetzt werden. Diese Andienung als besserer Gesellschaftsplaner endete nicht zufällig in Kommunikation und Gattungsfrage.

„Antideutsche Politik" stößt sich, trotz ihrer Absage an „Nation" und „Massen", von dieser Bestimmung der Politik nicht wirklich ab. Sie formuliert als Anspruch den „Kampf", klärt auf, mobilisiert und demonstriert, will Strömung werden und verbindliche Kriterien für Theorie & Praxis erarbeiten, kann aber weder den Adressaten der Forderung nach Abschaffung Deutschlands benennen noch die, die sie zwecks Umsetzung dieser Forderung organisieren könnte. Wird letzteres angestrebt, offenbart sich das Manko der objektiv politikunfähigen antideutschen Politik überdeutlich: Die Agitation, die sich in den vergangenen Monaten trotz der harschen Kritik fast ausschließlich an die Linke richtete, gibt sich als Wahrscheinlichkeitsrechnung zu erkennen – wer könnte uns noch am ehesten verstehen? Die „Interessen", die wir vertreten oder vertreten wollen, sind die der „Opfer des Deutschtums", denen wir aber damit bestenfalls falsche Hoffnungen – z.B. den Flüchtlingen, ihr Überleben hierzulande sichern zu können – machen, die wir mangels Macht nicht erfüllen können und die somit noch bei den Kirchen besser aufgehoben wären als bei uns. Wahrscheinlicher aber werden unsere begehrten Subjekte gar nichts von uns wissen wollen, weil z.B. die tschechischen Opfer des deutschen Kapitals ihre Ausbeutung gegenüber dem Schicksal ihrer vom Weltmarkt abgeschriebenen slowakischen KollegInnen als Geschenk des Himmels empfinden dürften.

Die Erfahrung, daß es keine apriorisch bestimmbaren TrägerInnen „antideutscher Politik" gibt, fällt ebenso auf uns selbst zurück. Eine objektive Notwendigkeit, warum ausgerechnet wir hier sitzen, läßt sich wahrscheinlich bei niemandem von uns in seinem oder ihrem Lebensweg feststellen, höchstens im Rückblick die eher zufälligen sozialen und psychologischen Faktoren, die eineN in die radikale bzw. antideutsche Linke trieben. So zufällig wie die Tatsache, daß wir in unserer Freizeit nicht S-Bahnsurfen oder Autos knacken, sondern Deutschland kritisieren, so kontingent ist die Stellung des Individuums im heutigen schwerverdinglichten Kapitalverhältnis. So relativ egal es für das Weiterverwerten des Wertes geworden ist, was seine menschlichen Anhängsel fühlen, denken oder tun, so gleichgültig ist es ihnen auch geworden. Wenn Robert Kurz also behauptet, man könne statt „Nie wieder Deutschland!" auch gleich „Nie wieder rheinische Tiefebene!" fordern (Krisis 14, S. 170), dann behält er auf eine Art recht, die garantiert nicht seine Absicht war, nämlich darin, daß die Kritik der zweiten Natur ähnlich hoffnungslos gerät wie die der ersten. In vernünftiger Abschätzung der Zweck-Mittel-Relation ist die praktische Forderung nach Aufhebung Deutschlands in einem historischen Moment, wo sie so dringend wie lange nicht auf der Tagesordnung steht, genau darum zugleich vollständig unvernünftig, fast pathologisch. So läßt sich kein vernünftiger Grund angeben gegenüber anderen, ihren eigenen (natürlich nicht weniger pathologischen) Zeitvertreib aufzugeben und sich mit uns für diese Spinnerei zu organisieren. Die Kritik am Gegenstand Deutschland, die doch immer davon ausgehen muß, wüßten die Leute, was sie tun, hörten sie schon damit auf, transformiert sich damit in eine Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, die jene, die sich als „Deutsche" fühlen, konfrontiert mit ihrer Armseligkeit und dem, was sie anrichten, nur die Schultern zucken und weitermachen läßt. Kritisieren läßt sich unter diesen Bedingungen nur noch, daß jede Kritik, die ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäß eine Waffe sein will, die den kritisierten Gegenstand verändert oder vernichtet, zur bloßen, meist enervierenden und letztlich unmaßgeblichen MEINUNG verkommt. Zu kritisieren sind die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse also nicht nur deshalb, weil sie u.a. Widerwärtigkeiten wie Deutschland hervorbringen, sondern auch, weil sie jede Kritik verunmöglichen, indem sie das Handeln stets ins Leere laufen lassen und jeden Gedanken an ihre Aufhebbarkeit von vornherein ad absurdum führen.

„Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe. Dieser Imperativ ist so widerspenstig gegen seine Begründung wie einst die Gegebenheit des Kantischen." (Negative Dialektik, S. 356). So schrieb Adorno 1966, und Praxis ist es weder davor noch danach geworden. Das ist der Skandal dieser Gesellschaft; und wer die Evidenz dieses Imperativs mißachtend ihn erklären, vermitteln, „in die Diskussion einbringen" und ihn als Anstoß weitergeben will, mildert diesen Skandal, ob gewollt oder nicht.

Lars Quadfasel

New York,

FRAGMENTE EINER SPRACHE DER PLATTENBAUWEISE

Hoyerswerda 1962:

Die Architektin Franziska L. wird ihrem scheidenden älteren Kollegen vorgestellt. Die Baustelle Hoyerswerda ist ihr zukünftiger Arbeitsplatz:

„Was Sie hier sehen, meine junge Freundin, ist die Bankrotterklärung der Architektur. Häuser werden nicht mehr gebaut, sondern produziert wie eine beliebige Ware, und an die Stelle des Architekten ist der Ingenieur getreten."

„Und wer ist der Bauherr?"

„Das Volk – jetzt!" antwortet Schafheutlin, der verantwortliche Architekt.

„Das Volk. Verzeihen Sie, lieber Kollege, das ist Lyrik."

Hoyerswerda 1963:

Ein Straßenrinnsal tief, tief unten am Grunde einer Stahlbetonschlucht. „Manhattan?" „Nein. Moskau," sagte Franziska. „Kennen Sie Moskau?"

„Küchen werden abgeschafft, „sagte sie. „Das Haus der Zukunft. Großküchen. Ein Restaurant im 20. Stock."

„Familien werden auch abgeschafft", sagte Franziska.

„Kleinbürgerlicher Radikalismus", sagte Trojanowicz.

(„Franziska Linkerhand", Roman von Brigitte Reimann)

Im Dezember 1991 steht Hoyerswerda, die Stadt, die zu DDR-Zeiten vor allem durch das riesige Braunkohlekombinat geprägt war, in allen Schlagzeilen: Fast 3 Tage lang terrorisieren 600 Deutsche ein Wohnheim für mosambikanische und vietnamesische Arbeiterinnen in Hoyerswerda – mit Ketten, Baseballschlägern und Flaschen, mit Pflastersteinen und Molotowcocktails wird bedroht und zugeschlagen. Erst am 3. Tag bietet die Polizei eine Hundertschaft zum Schutz des Heimes auf.

Während in den Medien das Ereignis hämisch („Im Osten gibt es mehr Gewalt") und von den Linken entsetzt kommentiert wurde, tauchte plötzlich in fast jeder – bürgerlichen wie linken – Beschreibung das Wort „Plattenbau" auf: Faschistische Aktivitäten, rassistische Überfälle – in der Ex-DDR scheinen sie mit der Plattenbauweise ursächlich zusammenzuhängen. Dieser Gleichsetzung von Plattenbauweise und faschistischen Pogromen setzten auch antifaschistische Linke, die später in Rostock-Lichtenhagen gegen die rassistischen Angriffe demonstrierten, nichts Wesentliches entgegen. Das „Igitt" der Westlinken zu den Neubaugebieten zeugte nicht nur von einer Unreflektiertheit gegenüber der eigenen „westlich-metropolitanen" Lebens- und Sichtweise, es entsprach auch der von den Westmedien propagandistisch gezeichneten Atmosphäre von grauen Häuserzeilen, Stasispitzeln und Thüringer Rotwurst, mit der schließlich die konsensfähige politische Aussage „Die ganze DDR war ein KZ" unterlegt wurde.

Die Wahrnehmung von Kunst und Architektur vollzieht sich im Kontext bestimmter Diskurse und sozialer Pra-

New York

xen. Die Komplexität moderner Architektur, die Form & Funktion, Symbol & sozialen Zweck, Technik & „Ideologie" umfaßt, entzieht sich einer Betrachtung, die glauben möchte, Bauwerke entstünden in einem sozialen Vakuum. Bauherrenschaft, politischen Zweck und diskursiven Zusammenhang zu hinterfragen, ist deshalb wesentlich, damit erklärbar wird, warum bestimmte Formen für eine bestimmte Zielsetzung gewählt wurden und welche Bedeutungen dahinterstehen. Westdeutsche Linke, die in mehr oder wenig gut ausgestatteten Altbauwohnungen und Szenevierteln leben und von dort aus die Plattenbausiedlungen des Westens, wenn überhaupt, mit sozialarbeiterischem Auge betrachten, zeigen nur, daß sie ästhetisch und emotional ebenso an „ihre" Gesellschaftlichkeit gebunden sind, wie die Menschen der DDR, die die neuen Wohnungen damals als Errungenschaft und Sieg der Arbeiterklasse feierten.

Die industrielle Bauweise, die den Stil der neuen, geplanten Städte prägt, mobilisierte im gesellschaftlichen Kontext der DDR der 60er Jahre Ideen der sozialen Veränderbarkeit, der Schaffung neuer Räume in einer neuen Gesellschaft: Hochhäuser entreißen den Menschen dem mühseligen, erdverhafteten Dasein: nie wieder auf allen Vieren rumkrauchen, wegen ein paar armseliger Kartoffeln (vielleicht auch: nie wieder im Schützengraben?). Das Hochhaus, die industriell gefertigten Häuser mitsamt den neuen Fernheizungen gelten ein für allemal als Zeichen für Stadtleben und für Industriearbeit als vorherrschender Lebensform.

Der Blick aus der BRD auf den Wohnungsbau der DDR hingegen ist nicht vom Kontext des Kampfes gegen einen Staat zu trennen, der proklamierte, daß er Staat der Arbeiterklasse sein wollte. Vergleichbare Siedlungen in den USA, in England oder in Westdeutschland selbst (etwa die Hamburger Großsiedlung Osdorfer Born) werden zwar seit den 80er Jahren gelegentlich „problematisiert", aber über sie wurde niemals das vernichtende Urteil gefällt, daß sie faschistische Verhaltensweisen produzierten.

In dem Roman „Franziska Linkerhand" von Brigitte Reimann (1974 in der DDR und drei Jahre später in Westdeutschland erschienen) wird anhand der Erlebnisse einer jungen, streitbaren Architektin die Entstehungsgeschichte von Hoyerswerda beschrieben, der ersten Stadt der DDR, die vollständig aus industriell gefertigten Bauteilen aufgebaut wurde.

Brigitte Reimann, die als Schriftstellerin gleichzeitig in dem Braunkohlekombinat „Schwarze Pumpe" in Hoyerswerda tageweise in der Produktion arbeitete, beschreibt in ihrem Roman und ihren Tagebüchern und Briefen (veröffentlicht 10 Jahre nach ihrem Tod 1983), die Zerrissenheiten zwischen dem idealistischen Anspruch („Schöne Häuser für Menschen mit schönen und noblen Gedanken"), der Suche nach neuen, sozialistischen Lebensformen, die vor allem die kleinbürgerliche Beschränktheit auf die Familie aufheben sollte und ihrem Verständnis für die ökonomischen Bedingungen des Wohnungsbaus: Immerhin wurden, nachdem die Grundzüge der Industrialisierungspolitik einmal festgelegt waren, allein in Hoyerswerda für 50.000 Menschen, vorwiegend Beschäftigte des Kombinats, Wohnungen binnen kürzester Frist benötigt. Auf Beschluß der SED sollte die Wohnungsfrage als soziale Frage (Engels) vordringlich gelöst werden.

Aus dem Tagebuch von Brigitte Reimann.

12.9.59: „Vorige Woche waren wir in Hoyerswerda, wir fuhren auf gut Glück, um dem albernen und fruchtlosen Briefwechsel ein Ende zu machen. Hoyerswerda ist überwältigend, das Kombinat von einer Großartigkeit, daß ich den ganzen Tag wie besoffen herumlief. Beschreibungen will ich mir hier versagen; Hoyerswerda und das Kombinat werden noch oft genug – falls dies literarisch überhaupt zu bewältigen ist – in Erzählungen oder sogar in einem Roman auftauchen. (...) Man fuhr uns den ganzen Tag in der Neustadt herum; ich war bezaubert von den bunten Wohnblocks, von dem gewaltigen Bauvorhaben begeistert. Eine schöne, moderne Stadt wächst hier, und ich werde ihr beim Wachsen zusehen..."

12.1.60: „Jetzt fühlen wir uns schon ein bißchen besser hier; man gewöhnt sich ja so rasch an eine neue Umgebung; und unsere Wohnung ist wirklich sehr hübsch und am angenehmsten ist die Fernheizung. (...) Von unserem Küchenfenster aus können wir eine Straße entlangblicken und zusehen, wie das Haus am Ende der Straße buchstäblich von einem zum anderen Tag um ein Stockwerk wächst. Natürlich wird nur mit Großplatten und Kränen gearbeitet. Es ist schon eine tolle Stadt – wenn sie bloß nicht so weit weg wäre von Burg."

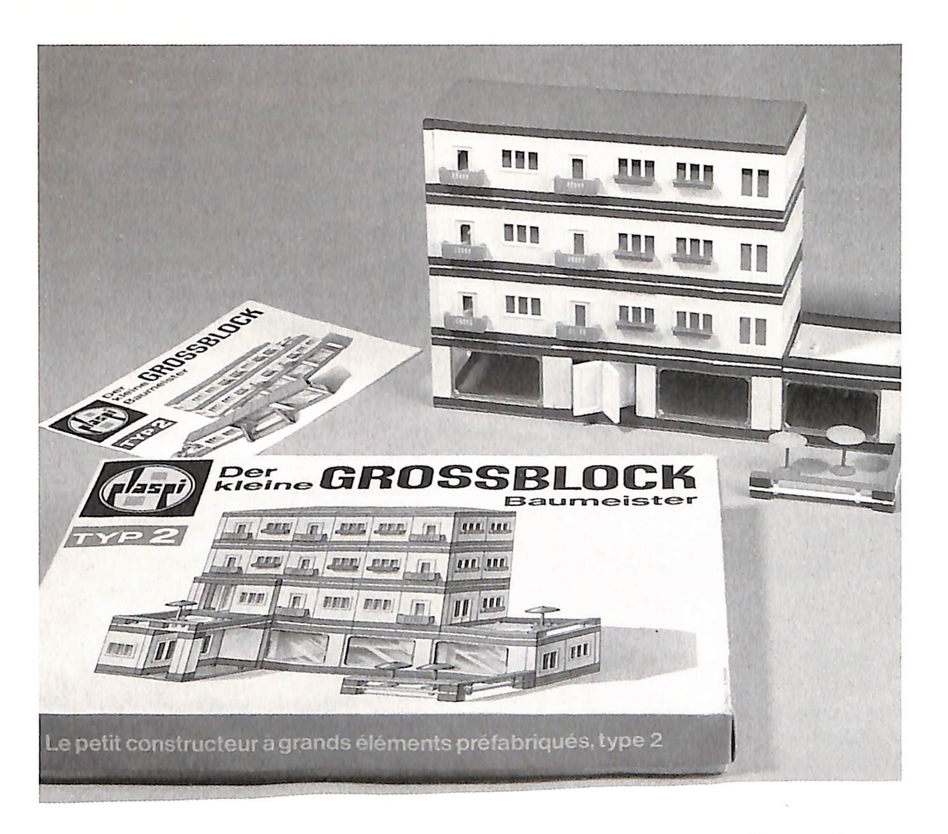
„Ich kann mich wirklich für Hoyerswerda begeistern – aber zu Hause werde ich mich hier nie fühlen, glaube ich. Eigentlich betrachte ich H. nur als Durchgangsstation, selbst wenn wir mehrere Jahre hierbleiben sollten. (...) Wenn es dunkel wird, ist H. am romantischsten mit den vielen erleuchteten Fenstern und den Lampen in den breiten Straßen. (Gepflasterte Straßen gibt es kaum; unsere liegt noch voller Baugerümpel

und Sandhaufen, aber in gewisser Weise ist auch diese Unaufgeräumtheit romantisch.)"
13.1.60: „... nächtens fotografieren wir unsere Wohnung. Dan ist so stolz auf sie und möchte die Bilder an seine Eltern und Geschwister schicken, damit sie sich überzeugen können, daß man nicht nur im Westen modern baut, sondern auch das „arme Reich des Ostens" – wie sein Bruder es nennt – was zu bieten hat.
Heute kommt hoffentlich der Mann mit dem Nagel-Colt, um uns die Haken für Bilder und Spiegel in die Wände zu schießen. Bis jetzt haben wir noch nichts aufhängen können, kleinere Nägel will Dan selbst eindübeln, und er wird es bestimmt schaffen. Dan hat sich durch die Arbeit wieder die Handgelenke ruiniert. Wir beschimpfen uns jeden Tag wegen der blödsinnigen Idee, als armselige kleine Wracks in einen industriellen Schwerpunkt zu marschieren. Ihr müßtet mal die Tiefbau-Athletinnen sehen, die in unserer Straße schippen. Die pusten uns glatt um."

In Reimanns Hoyerswerda-Roman fühlt sich die Protagonistin Franziska Linkerhand als Architektin von ihrem Lehrmeister und Mentor Reger verraten und alleingelassen mit dem Problem, neue ästhetische und soziale Maßstäbe mit den ökonomischen Vorgaben des Massenwohnungsbaus in Übereinstimmung zu bringen. Dieser Roman-Mentor ist in der Realität der im Januar 1995 verstorbene „Ex-Chefarchitekt" der DDR, Henselmann, mit dem Brigitte Reimann eine heftige, freundschaftliche Auseinandersetzung führte.

Henselmann war einer der wenigen Architekten der sogenannten radikalen Moderne, die nach 1945 in der DDR arbeiteten – die vielen vor den Nazis geflohenen Bauhaus-Architekten blieben vorwiegend in den USA. Henselmann hatte sich in den 20er Jahren ästhetisch an dem puristischen Stil von Le Corbusier orientiert – in den 30er Jahren baute er im Geiste der „Avantgarde" kleinere Familienhäuser in der Schweiz. Nach 1945 wollte Henselmann in der DDR als Direktor der Weimarer Hochschule für Baukunst und bildende Kunst und Leiter des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst eher an den Ideen der klassischen Moderne als an denen des Neuen Bauens anknüpfen. Mit den Bauten des Hochhauses an der Weberwiese und vor allem der Stalinallee wurde ein klassizistischer Stil (der sowjetischen Vorbildern entsprechen sollte) mit Schmuckelementen, Pilastern und Balustraden durchgesetzt. Erst ab 1965 gibt es in repräsentativen Bauten wie dem Fernsehturm und dem Haus des Lehrers in Berlin eine Hinwendung zum Funktionalen.
In den Anfangsjahren der DDR gab es vor allem im Bereich des Designs eine lebhafte und kontroverse Diskussion. Es gab – anders als im Westen – ein großes Bedürfnis nach Programmatik, Auseinandersetzung und Zukunftsplanung. Am Anfang der Design-Geschichte der DDR stand das Bauhaus – die Richtung des herben Funktionalismus: „Wir brauchen ein Produkt, das für heute fast die Endform, die letzte Form, das letzte Resultat und die letzte Wahl

Die Vertreter der Architekturströmung des „Neuen Bauens" aus den 20er Jahren verzichteten bewußt auf historisch ableitbare Formen und nahmen eine Neubestimmung des architektonischen und des sozialen Raums vor. Zu den formalen Kennzeichen des neuen Bauens zählen u. a. die weißgetünchte, entmaterialisiert wirkende Wand, die ästhetisch zum Ausdruck bringt, daß die Außenmauern nicht länger tragende Funktion haben, durchlaufende Fenster- und Wandbänder, „Glasvorhänge" oder die plastische Durchformung der Baukörper und die Sichtbarmachung der Konstruktion als Trägerin der Form. Die Architekturformen des Neuen Bauens lassen sich nur von den sozialen Ideen her verstehen, denen sie ihre Entstehung verdanken. Trotzdem wäre es eine grobe Vereinfachung, „Ideologie" und Formengebrauch gleichzusetzen. Innerhalb des Neuen Bauens war ein breites politisches Spektrum vertreten, von Gropius' „Apolitischem Sozialismus" bis zu der weitaus radikaleren Linksorientierung Hannes Meyers. Unter seiner Leitung wurde im Bauhaus die Architekturabteilung in „Bauabteilung" umbenannt: „Jede ästhetische Spekulation, jede Doktrin und jeden Formalismus lehnen wir ab. (...) Wir kennen keine Form, sondern nur Bauprobleme. Die Form ist nicht das Ziel, sondern das Resultat unserer Arbeit. Form als Ziel ist Formalismus" (Mies van der Rohe).
Die sowjetische Architektur der 20er Jahre, die in einer nachrevolutionären Atmosphäre das Verhältnis von Architektur zur neuen sozialen Ordnung in den Mittelpunkt stellte, wollte die Ziele des „revolutionären Fortschritts" ausdrücken. Dabei war klar, daß „Tradition" nur eine geringe Rolle spielen sollte, weil sie mit dem Makel des alten Regimes oder dem Nationalismus behaftet war. Die sowjetische Avantgarde übernahm auch westeuropäische futuristische Ideen und verband sie mit marxistischen Zielsetzungen, um einen passenden Ausdruck für die Dynamik des Revolutionsprozesses zu finden. Die Maschinerie wurde vergöttert und mit sozialem und historischem Fortschritt gleichgesetzt. In der Sowjetunion wie auch in Deutschland stieß die Nüchternheit und Sachlichkeit des Neuen Bauens sowohl bei den Arbeitern als auch bei der Linken überwiegend auf Unverständnis und Ablehnung. In der Sowjetunion wurde den Funktionalisten angelastet, daß sie mit der „Anspruchslosigkeit" die Verarmung des Lebensstils in den westlichen Industrieländern nachvollziehen würden, in Deutschland wurde das Fehlen sämtlicher bäuerlicher und kleinbürgerlicher Attribute ebenfalls als Verarmung wahrgenommen und als „Fabrikästhetik" abqualifiziert. Am Gesamtvolumen der Weimarer Republik hatte das Neue Bauen aber nur einen relativ geringen Anteil; größere Bedeutung und weiteste Verbreitung fand es vor allem im neu geschaffenen sozialen Wohnungsbau. Der Stil wurde von Anfang an von den konservativen und reaktionären Kräften bekämpft – schon 1921 wurde er als „undeutsch" und „kulturbolschewistisch" abgelehnt. (Vgl. hierzu auch den Beitrag über „Musikbolschewismus" in diesem Heft.)



aus einer ganzen Reihe von Versuchen ist – wir wollen eine letzte Form – eine industrielle Form" (zit. nach „SED – Schönes Einheits Design").
Dieses radikale Programm einer „geläuterten Form", die „erzieherisch" auf die Menschen einwirken sollte, scheiterte aber schon Anfang 1950, als staatlicherseits eine „Rückerinnerung an die Werte unserer Heimatkunst" gefordert wurde. Es wurde sogar von einem „neuen deutschen Stil" gesprochen, der Elemente des „heimischen Kunsthandwerks" unters Staatsvolk bringen sollte, der aber in seiner Umsetzung schnell mit der technisch aufwendigen Produktion in „großer Serie" kollidierte. Anfang der 50er Jahre wiederholte sich so in der DDR, weniger heftig, aber mit denselben Konsequenzen, der Ende der 20er Jahre in der Sowjetunion entschiedene Streit zwischen Avantgarde-Kunst/Moderne und der geforderten Kunst des „Sozialistischen Realismus", die vor allem einen Zusammenhalt als „Vaterland" gewährleisten sollte. Die von dem Bauhaus-Architekten Scharoun begonnene Anlage „Wohnzelle Friedrichshain" wurde nicht beendet. Die Argumentation gründete sich auf der Behauptung, der Stil der sogenannten Moderne sei dem Sozialismus abträglich, er sei „formalistisch, konstruktivistisch und kosmopolitisch." Dementsprechend wurde das Bauhaus schon bald als Ziehschule des „westlich-dekadenten Formalismus" scharf abgelehnt.

Damit war das Dilemma perfekt: einerseits konnte man aus politisch-ideologischen Gründen nicht unmittelbar an die klassizistischen Stile preußischer Architektonik anschließen; diese waren zu sehr Herrschaftssymbolik eines überwundenen Systems. Die sogenannte sozialistische Kunst aber, der Klassizismus nach sowjetischem Vorbild, schloß eine überwiegend industrielle Bauweise aus und war damit aus SED-Sicht schlicht zu teuer, d.h. er verstieß gegen den Grundsatz der SED „Sozialistisch bauen heißt ökonomisch bauen".
Dieser „pragmatische" Grundsatz, nach dem damals die akute Wohnungsnot bewältigt werden sollte, geriet nun auch ins Zentrum der Architekturdebatte, und mit der Einführung von Standardisierungs- und Normierungsverfahren wurde auch das Bild vom Künstlerarchitekten in Frage gestellt. Die unmittelbare Nützlichkeit, die massenhafte Wohnungsbeschaffung vorwiegend für die industriellen Standorte, die das Fundament eines neuen Lebens bilden sollten, wurde auch zum Kriterium der Form. So kam es, daß sich in den Bauten zwar nicht die Ideen, aber die Gestaltungselemente der Moderne und des Bauhauses durchsetzten: Die industrielle Bauweise ließ sich hervorragend mit den zuvor abgelehnten „kosmopolitischen" Stilmitteln des Bauhauses realisieren.
Henselmann, der am Bau der Stalinallee beteiligt war, die ja einige Jahre als Beispiel für sozialistisches Bauen galt, mußte schließlich 1963 auf der 7. Plenartagung („Ideologische Fragen des Städtebaus und der Architektur") Selbstkritik wegen individualistischer Abweichungen leisten: „Ich habe, das war mir bisher ungenügend bewußt, immer noch zu sehr den Typ eines Architekten vor Augen, der als individueller Projektant Bauwerke schafft. Wenn man sich jedoch den Aufbau der großen Bauindustrie vor Augen hält, wie er sich gegenwärtig vollzieht, wird diese Veränderung auch unser Berufsbild beeinflussen. (...) Den Hauptgrund für meine fehlerhafte Haltung sehe ich in der Unterschätzung des Massenbaus für die Entwicklung der sozialistischen Baukunst, die ich viel zu formal aufgefaßt habe. Aus dieser formalen Einschätzung heraus entstand eine Unzufriedenheit und falsche Einstellung zu dem, was bisher in unserer Republik auf dem Gebiete der Architektur geleistet wurde, und eine Überschätzung dessen, was in den Volksdemokratien gebaut wurde. Ich habe nicht genügend beachtet, daß die Bauten in den Volksdemokratien, die ich als architektonische Leistung schätze, zum großen Teil in herkömmlichen Methoden gebaut wurden und ich habe nicht genügend die Folgerichtigkeit und Beharrlichkeit, mit der wir in unserer Republik das industrielle Bauen entwickeln und um seine Durchsetzung kämpfen, beachtet."
Übrigens ist bis heute nicht vollständig geklärt, ob nicht schon die Gliederung und Ausstattung der sieben- bis neungeschossigen Bauten der

Sind Wolkenkratzer repressiv?

EINE DISKUSSION MIT JAN TABOR (*)

? Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen realsozialistischer und faschistischer Architektur?

* *Sie sind so gering, so unwesentlich, daß es sich nicht lohnt, sich mit ihnen zu befassen. Die Unterschiede sind offensichtlich. Wenn man sie begreifen will, muß man eine ordentliche Portion historisches Wissen über die Systeme haben. Es ist z.B. nicht einfach, hinter den Bildern italienischer Futuristen den Faschismus ausfindig zu machen. Nur wenn man gute Kenntnisse hat, riecht man den Braten. In den futuristischen Manifesten ist vieles klarer formuliert. In den Werken selbst sieht man selten die Thematik. Als Person handelte der Künstler politisch, die Kunstproduktion konnte durchaus unpolitisch sein, sich auf der formalen Ebene abspielen.*

? Goebbels begeisterte sich für Eisensteins 'Panzerkreuzer Potemkin' und erklärte 1933 vor Vertretern des Deutschen Films: „Er ist fabelhaft gemacht, er bedeutet eine filmische Kunst ohnegleichen".

* *Man kann vermuten, daß der 'Panzerkreuzer' zu jenen Paradigmawechsel-Werken gehörte, die einen allgemeinen Einfluß gehabt haben. Auf die Nazis wie auf die Amerikaner. Eisenstein hatte eine vorher schon existente Filmsprache entwickelt, vervollständigt und verdichtet. Ich würde den Einfluß Eisensteins auf Goebbels als gering betrachten. Man weiß vielmehr, daß sich Goebbels für die leichte Muse als Ablenkungsstrategie, als Erleichterung einsetzte (was nach '45 als Heimat- oder Musikfilm weiterexistierte), daß Goebbels den Wert des Propagandafilms zu Recht nicht besonders hoch eingeschätzt hat.*

? Nationalsozialismus und die Sowjetunion in der Zeit Stalins, so wird oft behauptet, ähneln sich u.a. darin, daß individuelle Menschendarstellungen vernachlässigt und gleichzeitig heroisierte Idealbilder propagiert werden.

* *In der sowjetischen Malerei gibt es Unmengen von individuellen Menschen. Selten sind anonyme Helden dargestellt. Wenn überhaupt, wurden konkrete Personen idealisiert und zum Vorbild erhoben. Das hängt mit dem Kult der Persönlichkeit zusammen, den Stalin nicht nur für sich selbst beansprucht hat. Vielleicht könnte man das so umschreiben: Der Sowjetmensch wird zum Individuum durch die Partei. In der NS-Kunst ist der Einzelne ein Teil des Ganzen, gibt es wenige Helden, die Namen haben. Vielmehr die idealtypischen Posen, stets behängt mit normativen Metaphern wie Kameradschaft und Treue. Diese wieder sind der Sowjetmalerei ziemlich fremd. Die Nazi-Kunst ist rassistisch und idealisiert z.B. einen archaischen, zeitlosen Bauern, den es längst nicht mehr gibt. Die Wirklichkeit ist zurückverlagert. Der sowjetische Bauer hingegen ist einer der Zukunft, ein Arbeiter der Felder, der noch nicht ist, aber unterwegs ist. Die 'Herrscherin der Felder' ist die Frau, die wie die Priesterin in einer Kanzel hoch oben über dem Feld mit der großen Maschine fährt.*

? Kommen die Menschen in den Entwürfen der Architektur der Stalinzeit nicht häufig nur als paradierende Masse vor?

* *Das ist eine völlig falsche Beobachtung. Man kann das praktisch ausprobieren. Geht man durch die Säulenhallen des Hauses der Deutschen Kunst, erlebt man, daß man nichts ist. Wenn man aber neben einem der acht Hochhäuser in Moskau steht, ist man noch immer. Die sind zwar riesig, aber man hat nicht das Gefühl, daß man verloren ist. Die metropole Architektur der Sowjetunion war stark vom heimlichen Vorbild NEW YORK oder CHICAGO beeinflußt, und ich habe nie jemanden gehört, der behauptet hat, daß diese Wolkenkratzer repressiv sind. Die ungeheure Größe allein ist nicht etwas, was den Menschen degradiert. Selbst vor einem gigantischen Gebäude wie dem Sowjetpalast, hätte man es gebaut, würden sich die Menschen nicht gering vorkommen. Ich bestreite, daß es das Ziel und das Resultat der Bemühungen der sowjetischen Architekten war, die Menschen als nichtsbedeutend erscheinen zu lassen. Sie wollten im Gegenteil die Bedeutung des Menschen durch die Monumentalität erheben. Und die Idee des Sozialismus. Und die war für die Leute keine Religion. Und wenn, dann eine pantheistische, in der jeder ein Teil dieser Religion ist, in der der Mensch im Mittelpunkt steht. Zu untersuchen wäre die Versklavung, durch die man zu den besonders gigantomanischen Projekten kam, die Beziehung zwischen der Baumasse und dem enormen Arbeitsaufwand. Ich aber rede nur über Architektur, über die Form und die Behandlung der Baumasse, über die Absichten der Architekten und über die Wirkung dieser Architektur.*

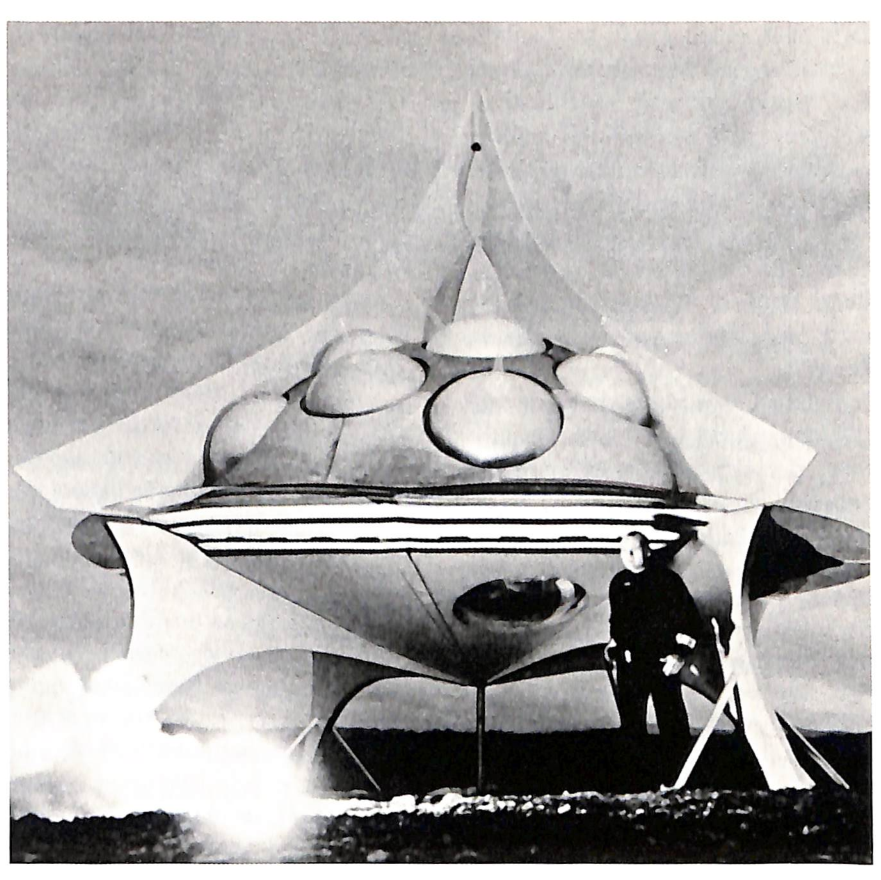
Die nationalsozialistischen Architekturkonzeptionen dienten vor allem der Unterordnung der organisierten Massen und als Ausdruck der Herrlichkeit der Führer, der Größe der Staatsgötter. In Deutschland errichtete man Bauwerke als Apparate, die der psychischen Unterwerfung und der Disziplinierung dienten. Das war auch für Mussolini typisch. In der Sowjetunion ist das nicht der Fall. Die sowjetische Konzeption ist eine barocke, paradiesische. Nach vulgärmarxistischen Vorstellungen kommt nach der Diktatur des Proletariats, der Auflösung des Staates, der Herstellung der kommunistischen Gesellschaft, das Ende der Geschichte, wo alles geregelt ist. Am Ende dieses Prozesses ist das Leben, das Paradies. Man war in der sowjetischen Architektur, wie auch in der Malerei, stets um Heiterkeit und Fröhlichkeit bemüht.

Die berühmte Kaiserhymne wurde in der ersten Republik von der tschechoslowakischen KP als Arbeiterkampflied verwendet. Dadurch, daß z.B. die Melodie ein gleichförmiger Behälter ist, wird der falsche Schluß der Gleichheit gemacht: Die Arbeiterbewegung oder die Sozialdemokratie ist genauso schlimm wie die Nazis gewesen. Nehmen wir den amerikanischen Stern. In diesem Fall ist die Farbe der Ersatz für den Inhalt. Die Form gleicht dem sowjetischen Stern, doch die Farbe ist anders. Der eine ist weiß, der andere ist rot. Es gibt dieses Phänomen der Trennung von Form und Inhalt, die man beliebig kombinieren kann.

Es geht immer um die Kontexte: Ein Kunstwerk ist dann faschistisch oder nationalsozialistisch, wenn gewisse Merkmale in der Addition kumuliert sind. Ein Sockel, ein Pfeiler, eine Säule, ein Kapitel, ein Rhythmus, eine gewisse Tektonik macht noch nicht die spezifische Kunst oder Architektur aus. Die Neue Reichskanzlei ist eindeutig ein Werk der nationalsozialistischen Architektur, wenn neben den beiden Breker-Figuren auch zwei 180 cm große SS-Männer stehen. Wenn man diese wegnimmt, ist es noch immer NS-Architektur. Dann kann man noch die Breker-Plastiken wegnehmen. Da verliert das schon den Charakter. Man kann noch den 500 Meter langen Gang unterteilen, einen neuen Eingang machen, und es kommt dazu, daß es nicht mehr an NS-Architektur erinnert.

Die Fragen stellte Otto Eder. Jan Tabor ist Ausstellungsmacher in Wien. In dem im Herbst erscheinenden ersten Band der Reihe „Architektur im 20. Jahrhundert" (Prestel) ist er mit dem Beitrag „Architektur während des Austrofaschismus" vertreten.

Stalinallee unmittelbar auf den Standard US-amerikanischer Siedlungen der 20er Jahre zurückgeht oder ob sie eher sowjetischen Vorbildern folgt, die während der dreißiger Jahre ihrerseits nach amerikanischem Muster weiterentwickelt worden waren. Unübersehbar ist, daß in die Architektur der Plattenbauten auch US-amerikanische Einflüsse, die sich mit eigenen „sozialistischen Technik-Utopien" vereinbaren ließen, eingingen. Anders als im Westen ging es in der DDR nicht von vornherein darum, die „arbeitende Klasse" in normierte Wohnzellen wegzupacken. Immerhin kam es zu Auseinandersetzungen, die zum Beispiel bei Brigitte Reimann zur Sprache kommen. Ihre Romanfigur Franziska Linkerhand ist zwischen Schafheutlin (in der Handlung der verantwortliche Architekt für den Bau von Hoyerswerda), Reger (der sich aus der Massenproduktion heraushält und sich der Arbeit an repräsentativen öffentlichen Bauten zuwendet) und ihrer eigenen Suche nach Einklang zwischen gesellschaftlicher Vision und architektonischem Ausdruck zerrissen:



„Zwischen zwei Blöcken erblickte man eine kurze gerade Straße und die gleichen Wohnsilos, die gleichen Fassaden, Türen und Dachfirste unter den im diesigen Himmel segelnden Antennen. Kein erleuchtetes Fenster schmückte die stummen Häuserfronten, und als Franziska sich umdrehte, erschien ihr das Restaurant in seinem Dunst von Wärme und Helligkeit so freundlich wie ein dicker Kachelofen, und der Radau, der durch ein offenes Fenster drang, der heisere Gesang wehte über den Anger wie ein bunter Räuberfetzen, gehißt von den Lebenden und von den Nichtschläfern, und sie versöhnte sich mit der bleichen Ludentype, magnetisch angezogen von einer Zuflucht für fröhliche und gesellige Leute inmitten dieser Schlafkammern aus Beton. ( )

„Sie haben vorhin eine abfällige Bemerkung über die Stadt gemacht", sagte Schafheutlin; er gab ihr Gelegenheit zu leugnen: „Ich kann mich verhört haben." Ich sagte: „Einfach das letzte." Er ging forsch und gewichtig wie über Deckplanken, er wiegte seinen gedrungenen Körper. „In Zukunft behalten Sie Ihre vorschnellen Urteile bitte für sich. Diesmal will ich noch davon absehen, die Kollegen zu unterrichten, sie würden gekränkt sein, ja, sehr gekränkt... Wir tun unser Bestes. Erst wenn Sie unsere Probleme in Ihrer Gesamtheit erfaßt haben, können Sie begreifen, warum wir auf unsere Leistungen stolz sind, auf die erste Stadt, die ausschließlich mit vorgefertigten Elementen und mit Hilfe der modernsten Technik gebaut wird. Für sachliche Kritik sind wir aufgeschlossen, aber wir haben keine Zeit, uns um das elegante und unfruchtbare Geschwätz von Miseretheorien zu kümmern." Sie schwieg, und er fügte milder hinzu: „Das ist Neuland für Sie, ich verstehe. Bei Professor Reger werden Sie kaum die richtige Einstellung zum industrialisierten und typisierten Wohnungsbau gefunden haben."

Das mußte ja kommen, Reger und seine Unklarheiten, der Plattfisch hatte nichts vergessen, er war Geist vom Geiste, vielmehr Ungeist der Leute, die Reger angegriffen hatten. „Ich weiß schon, worauf Sie anspielen", sagte Franziska und blieb stehen, „und falls es Sie interessiert: ich finde die ganze Plenartagung eine Schweinerei, und ich finde, daß Reger in seinem kleinen Finger mehr Verstand und Phantasie hat als alle diese Buchhalter der Baukunst, diese akademischen Formelkrämer, die sich bekreuzigen, wenn sie seinen Namen hören, weil er an ihren Totempfählen rüttelt." Sie vergaß seine Launen eines eitlen Despoten, die lärmenden Auftritte und ihre eigenen Zweifel an seiner Unfehlbarkeit; sie warf sich mit ausgebreiteten Armen vor ihren Lehrer: „Reger, was denken Sie, der ist doch nicht blind, der protestiert nicht gegen die Idee der Serienproduktion. Aber er hat das Gefühl für Qualität, wie Corbusier sagt, er protestiert gegen die grauenhafte Gleichgültigkeit der Häuserfabrikanten und ihre Selbstzufriedenheit, er spricht über Mängel, prellt zu weit vor und kriegt eins aufs Maul..." – „... und baut ein Gewandhaus auf", sagte Schafheutlin. „Er redet, und wir arbeiten, das ist der Unterschied."

In dem Roman wird auch der Zusammenhang zwischen diesem planerischen „Pragmatismus" und dem Einverstandensein mit den tradierten Zuständen thematisiert: „Sie musterte die Möbel, die Schlingpflanzen in pyramidenförmigen Bambusgestellen, die Lampen, dreiarmige Kronleuchter, die unbarmherzig weißes

Licht über einen genau in die Zimmermitte gerückten Tisch gossen, und Stehlampen mit roten Seidenschirmen: wo die Gardinen zurückgezogen waren, konnte sie Bilder erkennen, Heide und Hirsche, kolorierte Fotos und bemalte Bastmatten, bleiche Reiher im Schilf... `Die Hausierer neulich bei uns im Block', sagte sie, `was nehmen die für so Zeugs?'"

Franziska L. wendet sich gegen die „Geschmacklosigkeit", den Spießermief, der sich wieder Bahn bricht beziehungsweise neuen Ausdruck findet im Rahmen eines sozialistischen Realismus, verbunden mit regionalistischen und kleinbürgerlichen Attributen. Nicht zuletzt das nun beschworene „nationale Erbe" von Goethe bis Friedrich dem Großen hinterläßt hier seine Spuren. Mit dem Rückgriff auf die nachgebesserten Erzählungen über „progressive nationale Traditionen" und „fortschrittliche Heimatkunst", die den neuen Staat immer häufiger legitimieren sollten, war auch das Interesse an der Infragestellung und Aufhebung bürgerlicher Lebensformen weitestgehend erledigt. Hirschgeweihe und Försterbilder waren der SED letztlich lieber als eine gegenüber der deutschen Beschaulichkeit kritische Ästhetik. Das Angebot der SED an die DDR-Bevölkerung, sich einfach als Nation der besseren Deutschen zu fühlen, durfte nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Möglich blieb die Kritik an dieser „pragmatischen" Wende im DDR-Wohnungsbau, wenn sie als „konstruktiv" eingestuft wurde. So konnte zum Beispiel Brigitte Reimann 1963 einen Artikel in der „Lausitzer Rundschau" veröffentlichen, der damals viel Aufsehen erregte:

„...und gewiß wäre es überflüssig, einen Meinungsstreit zu entfesseln darüber, ob Küssen eine angenehme Beschäftigung ist und verliebte Leute auch in der nüchternsten Straße eine Zuflucht für ihre Zärtlichkeiten finden. In Wahrheit zielte meine Frage, die ich bei der Diskussionsrede im Nationalrat stellte, auf etwas anderes: auf den Mangel an Atmosphäre, an Intimität in unserer Stadt, Hoyerswerda. (...) Der Blick von der Weidedammer Brücke in Berlin vermittelt ein anderes Gefühl als der Anblick des Dresdner Zwingers oder des Wentzelplatzes in Prag, der Karl-Marx-Allee oder des neuen Opernhauses in Leipzig. Wir leben in einer Stadt aus dem Baukasten: eine schnurgerade Magistrale, schnurgerade Nebenstraßen, standardisierte Häuser, standardisierte Lokale (man ist nie ganz sicher, in welchem man denn nun sitzt), standardisierte Kaufhallen... Die Straßen, obgleich nur für Durchgangsverkehr gedacht, sind zudem unpraktisch: sie ignorieren die Erfindung des Autos. Eine Stadt der Typenbauten kann zum Problem werden, denn die Umgebung, die Architektur, prägt das Lebensgefühl des Menschen im gleichen Maße wie Literatur, Malerei, Musik, Produktionsprozeß, Physik und Automation. Das Leben besteht nicht nur aus den 8 Stunden Arbeitszeit. Es gibt kein Theater, kein Kino, es gibt kein Tanzlokal. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß eine Stadt modern wird durch die Freude am privaten Wohnkomfort. (...) Eine Zeitlang habe ich mich einer übertriebenen Empfindlichkeit verdächtigt, weil mich die langweiligen Fassaden der Magistrale bedrücken (nein, es macht keinen Spaß, dort entlang zu bummeln, es gibt nicht einmal Schaufenster zu besehen), und weil ich den Ausblick auf eine Kolonne von Müllkübeln und Leinen voll trocknender Wäsche nicht schön finde, der trotz Grünflächen einen Eindruck von kleinstädtischer Enge hervorruft."

Mit der Standardisierung des Wohnungsbaus war die Verwirklichung des Baus von hunderttausenden neuen Wohnungen möglich geworden. Weil die SED jedoch maximales Wirtschaftswachstum und „Aufbau des Sozialismus" für das Gleiche hielt, folgten aus dieser Produktivkraftsteigerung im Wohnungsbau keine relevanten emanzipativen Impulse. Ein technizistischer Begriff von Produktivkraftentwicklung prägte schon die Vorstellungen der alten Arbeiterbewegung, und in diesem Sinne organisierte auch die SED, die das Privateigentum an Produktionsmitteln weitgehend abgeschafft und ihren Staatsbürgern verfassungsrechtlich soziale Sicherheit garantiert hatte, die Bereitstellung von Massengütern und die allgemeine soziale Versorgung: Der technisch-industrielle Fortschritt sollte mit der Verbesserung der Konsumstandards (von einer anderen Verwendung der eingesparten Arbeitszeit war nicht die Rede) den sozialen Fortschritt bringen, und der soziale Fortschritt würde schließlich den kulturellen und ästhetischen befördern. Die mit dieser Konzeption verbundene gesellschaftliche Arbeitsteilung und betriebliche Taylorisierung, schloß die Auseinandersetzung über Richtung und Umfang der zu befriedigenden Bedürfnisse bzw. über Umfang und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeitszeit nicht mit ein. Die Maßstäbe ließ man sich von der ökonomischen und militärischen Konkurrenz der kapitalistischen Ländern diktieren, nicht nur, weil deren Druck nicht zu ignorieren war, sondern auch, weil man das vom Kapitalismus vorgegebene „Weltniveau" selbst für ein attraktives Kriterium hielt.

Diese wenig radikale Perspektive wirkte sich auch in der Architektur aus: Während die Aufmerksamkeit auf die Normierung und Standardisierung des industriellen Fertigungsprozesses konzentriert wurde, blieb es ganz selbstverständlich bei der wohlbekannten Einteilung in Wohn-, Schlaf-, Kinderzimmer und Küche, d.h. bei der Aufrechterhaltung der familiären Lebensform. Die Linearität der Straßen und Gleichförmigkeit der Häuser, einstmals von den „Avantgardisten" in Westeuropa und der Sowjetunion (z.B. Karl-Marx-Hof/Wien 1927, Miljutin/Moskau) als Zeichen von Flexibilität und Ablehnung hierarchischer Symbolik konzipiert, gerät im realsozialistischen Kontext zur Machtsymbolik industrieller Arbeit, die von einer „Arbeiterklasse" ausgeführt wird, deren emanzipatives Potential bei der Aufrechterhaltung des Arbeitsprozesses verkümmert:

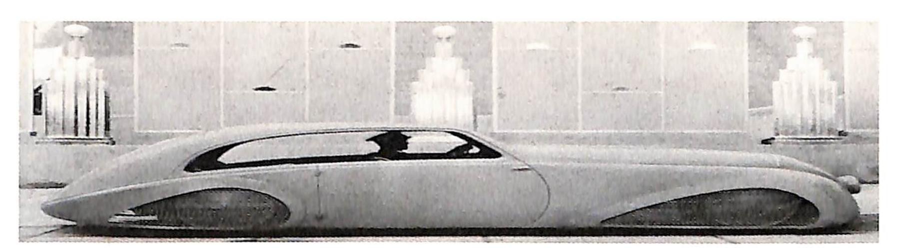
„Wir zeigten Kinderglück und Hygiene... Was unsere (westlichen) Gäste nicht sahen: die Schlägereien am Lohntag, die Betrunkenen, wenn es den tra-

ditionellen Deputatschnaps gab, so viele Betrunkene, daß sich niemand nach ihnen umdrehte, Kinder nicht gafften. Erschrocken oder leidend lehnte einer am Laternenpfahl oder rutschte gemächlich aufs Pflaster: die Rettungswagen mit Fahne und Martinshorn, die Kinderbanden, die in den Kaufhallen klauten, Bonbons, Pfefferminz, Zigaretten, gelegentlich geschnappt wurden, und zornigen, beschämten, ungläubigen Eltern vorgeführt, die gegen Tränen und Trotz bloß ihr WARUM zu setzen hatten..." („Franziska Linkerhand").

1962 schreibt Brigitte Reimann einen Brief an das „Neue Deutschland": „Ich war als lernbegierige Schülerin zu den Arbeitern gegangen, zu einer Klasse von Heroen. Allmählich merkte ich aber, daß viele nicht über ihre Lohntüte hinausblickten, daß es Streit wegen der Prämien gab, daß Solidaritätsmarken gedankenlos geklebt wurden, daß Tüftler, von denen ich glaubte, sie opferten ihre Abende um der Sache willen, in Wahrheit auf den materiellen Gewinn spekulierten, daß auf Versammlungen anders geredet wurde als unter vier Augen, und – was mich am meisten befremdete – daß die Wünsche und Ziele sich bei vielen in der Ansammlung von unerläßlichen Requisiten eines gehobenen Lebensstandards erschöpften. Der Fernsehapparat muß sein, der Kühlschrank und, als Krone des Ganzen, der Trabant.

Wie ist es möglich, daß Menschen, die im Betrieb Aktivisten und Neuerer sind, zu Haus die Filzlatschen anziehen und sich begnügen? Die Ursache für diese Zwiespältigkeit muß ich noch ergründen."

Die standardisierte Serienproduktion löste das Problem der akuten Wohnungsnot und des als Folge der geplanten Industriestandorte entstandenen punktuellen Bedarfs, aber die Architektur der DDR war nicht in der Lage, sich im Massenwohnungsbau der Logik der Moderne entgegenzustellen, die ja auch – wie z.B. schon bei Gropius – eine Logik von Zweckmäßigkeit, Hygiene und ökonomischer Rationalität ist. Auch die Plattenbausiedlungen der DDR sprechen zweifellos eine Sprache der Macht. Aber das bedeutet nicht, daß Plattenbauten in Ost und West



ununterscheidbar waren. Waren sie in der DDR von Menschen bewohnt, die offiziell im MITTELPUNKT der Gesellschaft standen – die sozial heterogen belegten neuen Wohnungen waren übrigens begehrt und „verdiente" Werktätige hatten da oft die größeren Chancen -, so befinden sie sich seit der „Wiedervereinigung" an der PERIPHERIE der Gesellschaft, also genau dort, wo die westlichen Plattenbausiedlungen von Anfang an angesiedelt wurden. Im Westen bedeutete Plattenbau selten etwas anderes als Endstation – für Sozialhilfeempfänger, Immigranten, sogenannte „kinderreiche" Familien und andere „soziale Problemfälle", die auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten wenig und keine Chancen mehr haben. Zumeist wird diesem Ausleseprozeß der kapitalistischen Gesellschaft mit sozialarbeiterischem Vokabular und Einsatz begegnet – in Frage gestellt wird er nicht: „Not und Gewalt sind Alltag auf dem `Affenfelsen'. 6500 Bewohner leben auf engem Raum, Beton versperrt den Blick. Auf breiter Front stehen Hochhäuser wie ineinander verkeilt. Bis zu 60 Meter hohe Plattenbauten" („Hamburger Morgenpost" am 10.6.95 über eine lokale Großsiedlung). Die Medienberichte über die westdeutschen Ex-Neubausiedlungen gleichen sich alle: schlechte Wohnungen = schlechte soziale Lage = Gewalt! Reißerisch wird eine „Ghettoisierung" beschworen, die weder Kenntnisnahme, noch Kritik der Individuen und ihrer Haltungen & Positionen zuläßt, die vor allem aber niemals soziale Ausgrenzung als Konsequenz des kapitalistischen Prinzips kenntlich macht. Hinsichtlich der Plattenbausiedlungen in der ehemaligen DDR sind sich hingegen alle sicher, daß sie die Vergegenständlichung der ganzen Niedertracht des Sozialismus darstellen.

Regina Behrendt

Literaturhinweise:

** Reimann „Franziska Linkerhand", 1977 (dtv/DM 19,80) sowie: * „Die geliebte, die verfluchte Hoffnung", Berlin/DDR 1983. * Verlag Neues Leben (Hg.) „Briefwechsel Brigitte Reimann – Hermann Henselmann", Berlin 1994. * William Curtis „Architektur im 20.Jhdt.", FFM 1989. * Beton Verlag (Hg.) „Fassaden – Konstruktion & Gestaltung mit Betonfertigteilen", Düsseldorf 1988. * Meves/Seyfarth (Hg.) „Architektur der Ideen", Hamburg 1994 (In einem Beitrag geht es u.a. um Stalinstadt/Eisenhüttenstadt, „die erste sozialistische Stadt auf deutschem Boden, die Stadt ohne Vergangenheit"). * Neumann „Die Wolkenkratzer kommen. Deutsche Hochhäuser der 20er Jahre", Wiesbaden 1995. * Schmidt „William van Alen. Das Chrysler Building – die Inszenierung eines Wolkenkratzers" Fischer, Juli 1995, 18 Mark. Eine Studie über den bekanntesten Wolkenkratzer New Yorks.*

Redaktioneller Hinweis:

Deutsche Wut über die bauliche Materialisierung von 40 Jahren Realsozialismus äußert sich seit nunmehr fünf Jahren in so fanatischen wie lächerlichen Angriffen auf einzelne repräsentative DDR-Gebäude, auf Denkmäler, Straßennamen etc. Besonders im Rahmen der Reichshauptstadtbebauung überbieten sich etablierte und um Etablierung bemühte „alternative" und „kulturlinke" KritikerInnen und ArchitektInnen gegenseitig mit Abrißvorschlägen und Umbaukonzepten. Vgl. hierzu auch Heft 10, S.25+92 (u.a. Kritik am nationalistisch argumentierenden Architekturheft von „Texte zur Kunst"). Zur Kritik der DDR-Ökonomie vgl. Heft 9, S.45. Moderne ostdeutsche Plattenbauten sind auf dem Cover dieses mit „New York, New York" betitelten Heftes abgebildet.

„Cageman“ in Hongkong

Mehr als 1000 Menschen

leben in der Bankenmetropole

mit bis zu 80 Personen

in einer Wohnetage, sogenannte

Cagehomes, mit

nicht mehr als einem Bett

als „Wohnung“.

Meistens wird es vergittert,

um Diebstahl vorzu beugen.

Es gibt Männer- und

Frauen-Cagehomes.

Die Bewohner sind in der Mehrzahl

Mainlandchinesen,

die in den 30er und 40er Jahren

nach Hongkong flüchteten

und bis heute ihr Dasein als

Bauarbeiter oder

Restaurantkräfte verdingen.



(堅朗集團)
景龍冷凍有限公司
ING LUNG COOL SYSTEM CO LTD
23830636
23830952
潤發
火鍋
谷和荳品廠


多喜金行
正價收買玉器
海鮮酒家
SING SEA FOOD RESTAURANT
Fuk Tsun Street
福全街
Fir Street
End
的士
TAXI


Wafers

Fotos: agenda/Michael Kottmeier



LET'S TALK

Verdrängungs- und Projektionsthesen bei Reich und Foucault

„Vatis Argumente" ist ein Song, der 1968 auf einem Album von Franz Josef Degenhardt erschien. Geschildert werden dort die antilinken Ressentiments eines aufgebrachten Vertreters des mittleren Managements. In seinen Angriffen auf „euren Rudi Dutschke" beschwört er alle denkbaren soldatischen und volksgemeinschaftlichen Tugenden. Ganz entschieden pocht er auf die Einhaltung von Recht & Ordnung, sowie auf die Bereitschaft zum „Ärmelaufkrempeln". Doch zum unverzichtbarsten aller Werte erklärt er schließlich die körperliche Sauberkeit. Am Ende der Schilderung seiner eigenen „entbehrungsreichen" Studentenzeit in den „Nachkriegsjahren", herrscht er sein Gegenüber wütend an: „Aber! Wir haben uns gewaschen! Und wenn's keine Seife gab, mit Sand – JAWOHL MIT SAND!"

1968 war solcher Eifer gegen „die jungen Leute" noch repräsentativ. Der Angriff auf diesen Sauberkeitswahn, dessen Ursprung, nachdem das Wissen um das „Unbewußte" heute Allgemeingut geworden ist, für niemand mehr ein Rätsel ist, war damals noch eine der wichtigsten Aufgaben der linken Revolte. Heute, wo es auch Männern, die ECHTE Männer sein wollen, erlaubt ist, Pflegemittel für „empfindliche" Haut zu benutzen (weil das dominante heterosexuelle Männlichkeitsbild heute durch Zulassung „femininer" oder „schwuler" Elemente performativ ausbalanciert und eingeübt wird), wo es sogar als Ausweis von Distinktion und entwickelter Individualität gilt, beim Kauf solcher Mittel wählerisch zu sein, wirken „Vatis Argumente" nur noch lächerlich. Damals bekamen Kinder Ohrfeigen, wenn sie beim Haarewaschen wegen der in den Augen brennenden Lauge und dem Ziehen an den Strähnen zeterten. Heute gibt es ein Kinder-Haarbalsam, das nicht brennt und ein weiteres „Shampoo gegen Ziepen".

Nun könnte man diese Veränderungen einfach mit der Konkurrenz der Kapitale erklären, die sie zwingt, immer neue und differenziertere Bedürfnisse für immer neue Produkte zu wecken. Und diese Erklärung wäre wohl auch nicht ganz falsch: „Die Produktion liefert dem Bedürfnis nicht nur ein Material, sondern sie liefert dem Material auch ein Bedürfnis. Die Produktion produziert nicht nur einen Gegenstand für das Subjekt, sondern auch ein Subjekt für den Gegenstand" (Marx). Damit ist allerdings noch nicht geklärt, warum es z.B. „Shampoo gegen Ziepen" nicht schon vor 50 Jahren gab, obwohl sicher auch damals schon ein Shampoo-Kapitalist gerne auf diese Weise seinen schnöden Profit gesteigert hätte. Offensichtlich lassen sich die Konsumbedürfnisse nicht beliebig ausdifferenzieren, sondern nur in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über den Stellenwert der „Trockenlegungserziehung" (Theweleit) und ähnliche Dinge. Und offensichtlich spielt bei der Relativierung autoritärer Ordnungs- und Sauberkeitsgebote die „Suche nach sich selbst" eine herausragende Rolle. Doch wie erklären wir den fortbestehenden Rassismus, wenn die „körperfeindliche" Praxis eine abnehmende Rolle spielt? In Diskussionen über Rassismus und Nationalismus wird ja Verdrängungs- bzw. Projektionsthesen, die von einem fortbestehenden gestörten Umgang mit den Wünschen überhaupt und den „Körperwünschen" im besonderen ausgehen, nach wie vor Bedeutung zugeschrieben. Solche Thesen gehen davon aus, daß die patriarchalische bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft einen feindlichen Umgang mit der Geschlechtlichkeit oder Körperlichkeit pflegt. Angesichts der Allgegenwart von Sex & Körperkult in der populären Kultur wirkt dieser beliebte Ansatz allerdings etwas antiquiert.

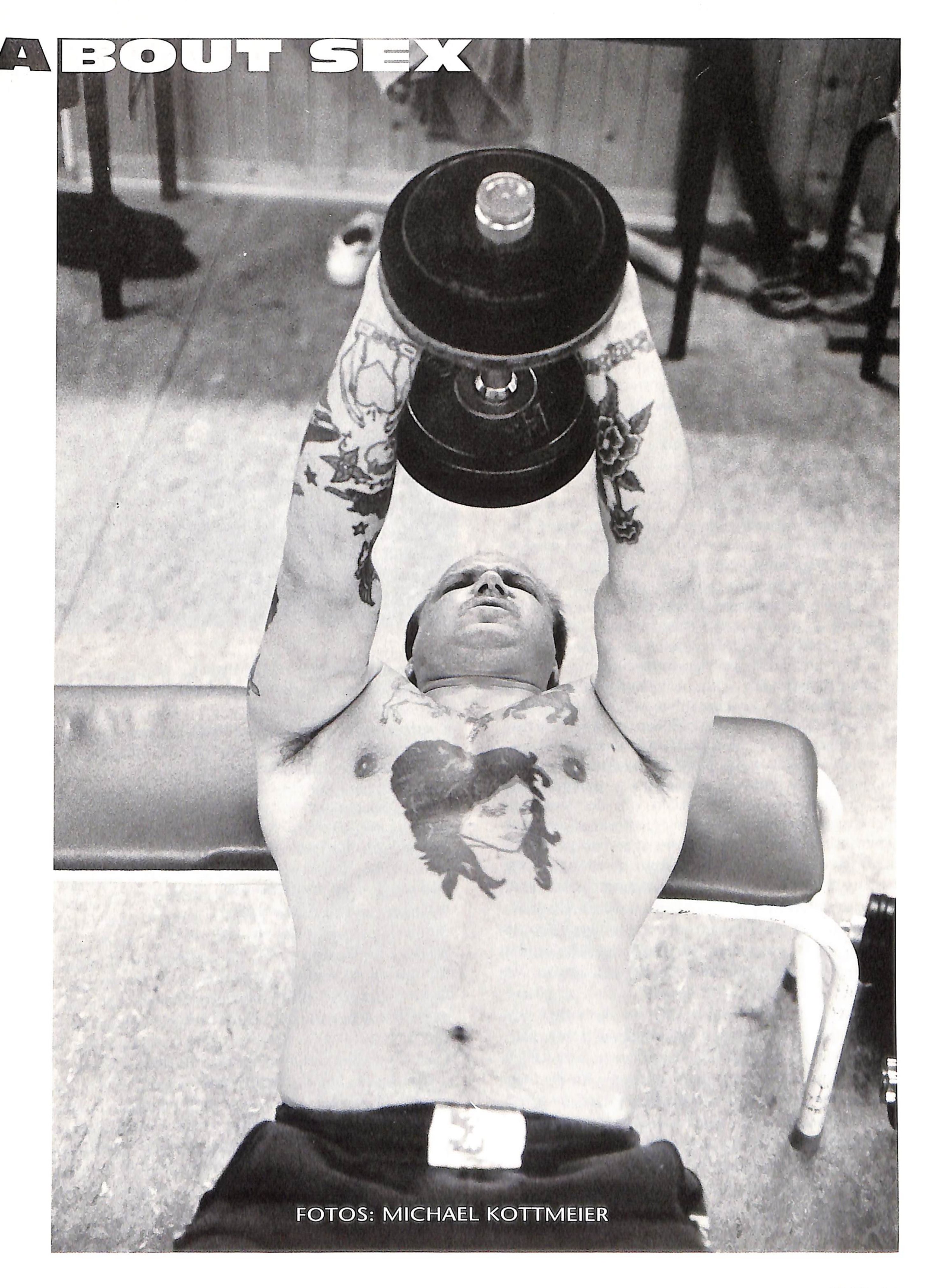
Viele Linke berufen sich, wo es um diese Fragen geht, vor allem auf Wilhelm Reich. So auch in unserem Beitrag „Geisterkunde" im letzten Heft: „Wilhelm Reich hat deutlich gemacht, daß der Faschismus, der sich in den großen politischen Wahngebilden und Massenerregungen äußert, nicht zu trennen ist von einem Faschismus, der sich in den alltäglichen Verhaltensweisen wiederfinden läßt: in der Praxis der Sexualunterdrückung, der religiösen Mystifikation, des Denkens in den Kategorien von Arbeit-Ordnung-Sicherheit." Mit einem Zitat von Reich (und ebenfalls mit der Figur: „Sexualunterdrückung ist Unterdrückung von Natur") argumentiert auch der Aufsatz „Die Angst der Deutschen" in Heft 9: „Die moralische Hemmung der natürlichen Geschlechtlichkeit des Kindes, deren letzte Etappe die schwere Beeinträchtigung der Sexualiät des Kleinkindes ist, macht ängstlich, scheu, autoritätsfürchtig, gehorsam."

Zusammen mit Reich werden häufig auch Deleuze, Guattari und Theweleit zitiert: „Ein Buch der 70er Jahre greift die These von Wilhelm Reich wieder auf" heißt es in „Geisterkunde". Gemeint ist die Deleuze/Guattari-Schrift „Anti-Ödipus – Kapitalismus und Schizophrenie", auf die sich wiederum Theweleit beruft und in der eine Theorie des Begehrens formuliert wird, die zwischen befreiendem und unterdrückendem Begehren unterscheidet. Mit Reich, Deleuze, Guattari und Theweleit hat man also Theoretiker vor sich, die, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, ausdrücklich Projektions- und Verdrängungs-Thesen auf das Thema der Sexualität beziehen. Dabei ist Wilhelm Reich der entschiedenste Vertreter einer Theorie, die als starkes erklärendes Moment für Rassismus die „Sexualverdrängung" anführt.

Angelika Magiros setzt sich im folgenden Text mit Reich auseinander und vergleicht seine Theorie mit Foucaults Aussagen zum gleichen Gegenstand. Im Gegensatz zu Reich, geht Foucault davon aus, daß die modernen kapitalistischen Gesellschaften nicht von Sexualverdrängung gekennzeichnet sind, daß sie ganz im Gegenteil „Sexualität" als eins der wichtigsten „Wissensgebiete" behandeln.

(die Red.)

ABOUT SEX



FOTOS: MICHAEL KOTTMEIER

Wilhelm Reich

Warum unterstützen die kleinbürgerlichen Massen und Teile der Industriearbeiterschaft den deutschen Faschismus, obwohl dessen politische Programme und Praktiken ihren „objektiven" ökonomischen „Interessen" völlig entgegengesetzt sind? Dies ist die Frage, die Reich in seiner Schrift „Die Massenpsychologie des Faschismus" bearbeitet.

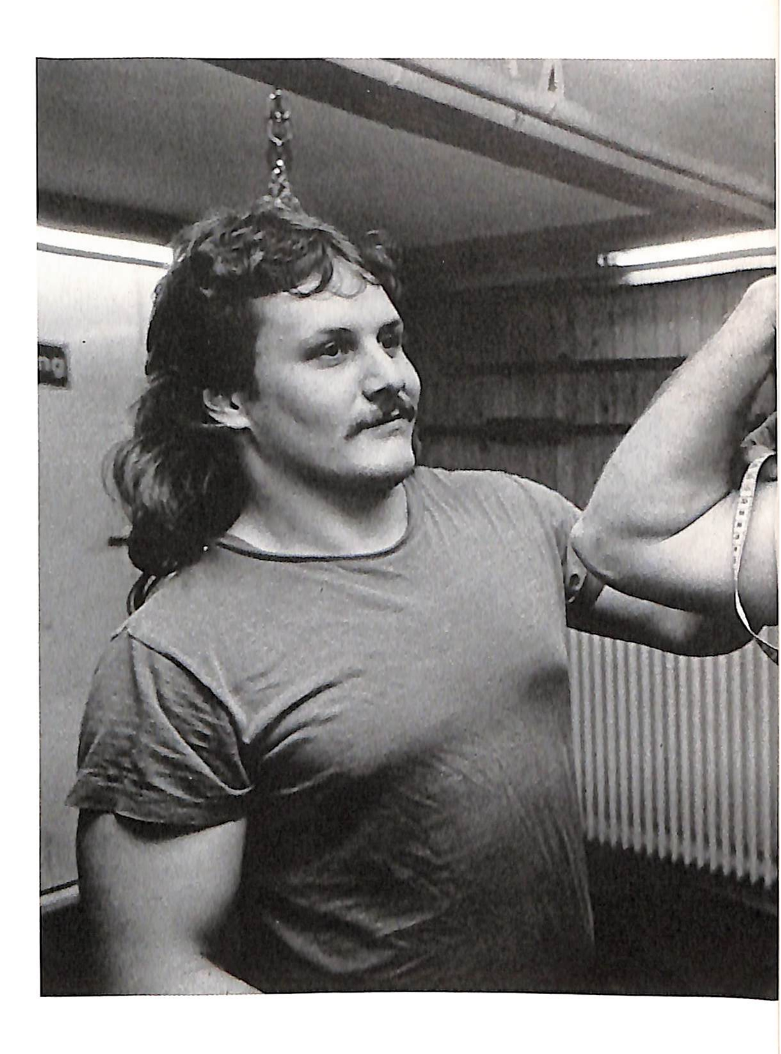
Mit Hilfe der „sexualökonomischen Analyse", die sich auf die marxistische Soziologie, die Freudsche Psychoanalyse und Ergebnisse der „Biophysik" gründe, könne er, Reich, eine wichtige Teilantwort auf diese Grundfrage liefern; wenn die Stützung des Faschismus dem ökonomischen Bewußtsein der Ausgebeuteten widerspricht, so müsse es im Unbewußten, in der „psychischen Struktur" der Menschen etwas geben, das auf den Faschismus anspricht bzw. sich von ihm ansprechen läßt. Und der Grundpfeiler dieser - historisch gewordenen - Charakterstruktur sei die Sexualhemmung, die Sexualangst: „Die autoritäre Strukturierung des Menschen erfolgt - das muß genau festgehalten werden - zentral durch Verankerung sexueller Hemmung und Angst am lebendigen Material der sexuellen Antriebe."

Reich geht von der Existenz eines „biologischen Kerns", eines „ursprünglichen biologischen Anspruchs" des Menschen aus - dies sei die „natürliche Sexualität und ihre Orgasmusfunktion" bzw. „deren Energie, die Libido, aus körperlichen Quellen stammend..." Die Wirkung dieser natürlichen sexuellen Energie gehe weit über ihre Reproduktionsfunktion hinaus - auch Kinder besäßen sie schon -, mit Freud müsse man davon ausgehen, daß „Sexualität und Fortpflanzung, sexuell und genital nicht dasselbe seien;...", vielmehr sei die Libido der zentrale Motor des menschlichen Lebens überhaupt. Als „lebendig-freiheitliche Kraft" steuere sie das Seelenleben, aber auch die „Sozialität" des Menschen.

Jedoch seit etwa 4000–6000 Jahren könne die natürliche Libido ihre positive und sich selbst steuernde Kraft auf das individuelle und soziale Sein des Menschen nicht mehr ausüben: „Der biologische Kern des Menschen ist nun seit dem Untergange der primitiven arbeitsdemokratischen Organisation ohne soziale Vertretung geblieben." Seit diesem Zeitpunkt - dem Zerfall der urkommunistischen Organisation der Gesellschaft - könne man ein sich immer weiter verfestigendes soziales Phänomen beobachten: die gesellschaftliche (und in ihrem Gefolge auch die individuelle) Verdrängung des natürlichen sexuellen Antriebs.

Sobald sich die Gesellschaften in besitzende und besitzlose Klassen spalteten, habe sich auch ihre matriarchale Organisation in eine patriarchale verwandelt, und damit trat die monogame Dauerehe an die Stelle der jederzeit trennbaren Paarungsehe: „Die dauermonogame Ehe wurde zur patriarchalen Kerninstitution, was sie heute noch ist. Zur Sicherung dieser Ehen bedurfte es aber einer immer wieder fortschreitenden Einengung und Entwertung der natürlichen genitalen Strebungen."

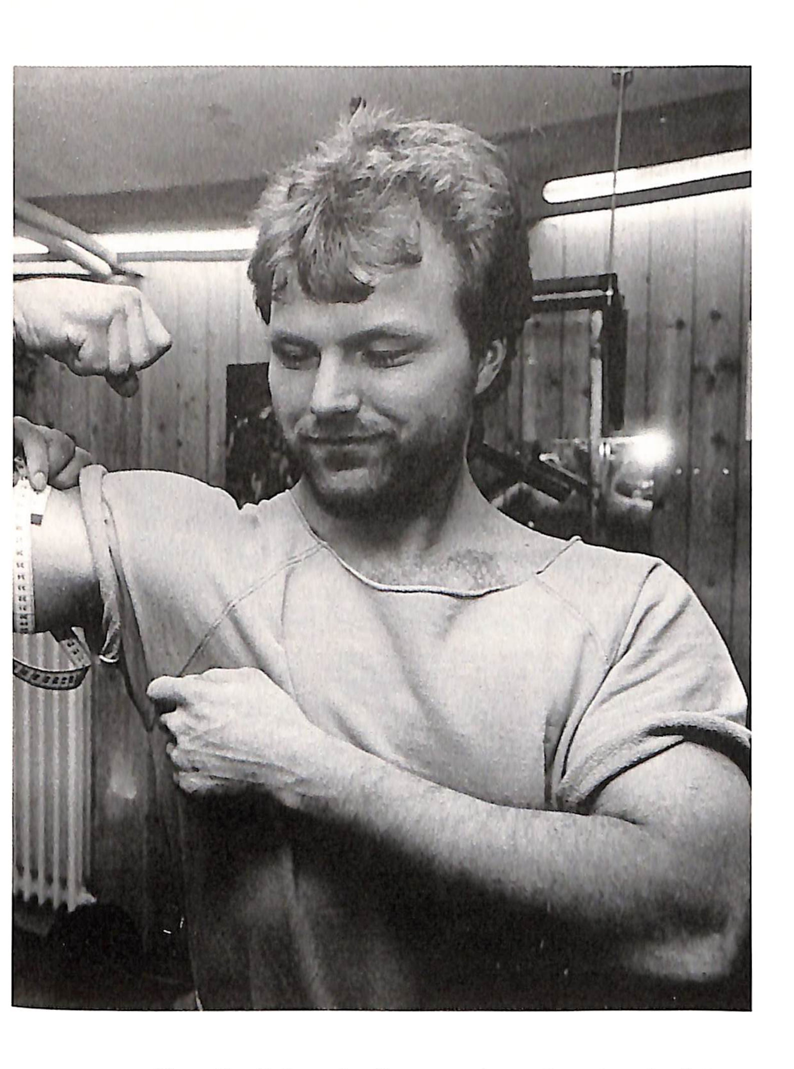
Längst sei diese Einschränkung der Sexualität - die zunächst insbesondere die Ehefrauen der besitzenden



Klassen betraf - eine allgemeine, sowohl klassen- als auch geschlechtsübergreifende Ideologie und Praxis geworden; dennoch weise sie verschiedene Formen und Ausprägungen auf. So zeichnet Reich von der Sexualunterdrückung und -verdrängung in den bürgerlichen Klassengesellschaften folgendes Bild:

Grundlegend für die Weitergabe der „Sexualunterdrückungstradition" und insbesondere für ihre Verfestigung in der psychischen Struktur der Individuen sei immer noch die Familie: Sie bilde nicht nur den Rahmen für die „Zwangsehe" mit ihrer sexualverdrängenden Moral, sondern sie sei auch die Institution, in der die Kinder im Sinne dieser Moral erzogen würden. In der Familie lerne das Kind Sexualität mit Angst und Schuldgefühlen zu besetzen. Dort lerne es aber auch andere Gefühls- und Verhaltensweisen, die es später als funktionierendes Mitglied der autoritären Gesellschaft brauche: die Unterwerfung unter den und gleichzeitige Identifikation mit dem Vater, die extrem starke Bindung an die Mutter, die Konkurrenz zu den Geschwistern usw.

Die Familie hat also in der Reichschen Theorie eine zentrale Funktion: In ihr wird die unterdrückende Sexualmoral und die autoritäre psychische Strukturierung in den Individuen verankert. Deutlich wird diese große Bedeutung der Familie noch einmal, wenn man Reich in seiner Beschreibung der klassenspezifisch unterschiedlichen Ausprägung der Sexualunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft folgt.



Ursprünglich sei die sexualeinschränkende Moral allein Sache der besitzenden Klasse gewesen; nur diese verfügte über Eigentum, dessen Verbleib in dieser Klasse mithilfe der festen Ehe und der vaterrechtlichen Erbfolge gewährleistet werden sollte: „Da die Sexualunterdrückung ursprünglich von den wirtschaftlichen Interessen des Erbrechts und der Heirat ausgeht, beginnt sie innerhalb der herrschenden Schichten selbst." Von hier aus breite sich die Moral jedoch auch in andere Klassen aus; einerseits habe das Bürgertum ein zunehmendes Interesse an der Moralisierung der unteren Klassen gehabt. Andererseits habe aber auch die Arbeiterschaft selbst, sobald sich ihr Lebensstandard hob, die Werte und Ideologien des Bürgertums übernommen. „Die Industriearbeiterschaft des XX. Jahrhunderts ist nicht mehr das Proletariat des XIX. Jahrhunderts von Karl Marx. Es hat überwiegend die Lebensformen und -anschauungen der bürgerlichen Schichten der Gesellschaft angenommen."

Und das Kleinbürgertum? „In seinem Bestreben, sich vom Handarbeiter abzugrenzen, kann das städtische Kleinbürgertum nur auf seine familiären und sexuellen Lebensformen sich stützen. Was wirtschaftlich unzulänglich ist, muß sexualmoralisch kompensiert werden. Dieses Motiv ist beim Beamtentum das wirksamste Element seiner Identifizierung mit der Staatsmacht. Da man nicht so gestellt ist wie das Großbürgertum, gleichzeitig aber mit ihm identifiziert ist, müssen die sexualmoralischen Ideologien wettmachen, was die wirtschaftliche Lage nimmt."

Folgt man Reichs „Durchgang durch die Klassen", so erscheint einem die sexualunterdrückende Moral und die individuelle Sexualangst als ein allgemeines gesellschaftliches Phänomen, als eine massenpsychologische Struktur. Doch was folgt für Reich aus dieser seiner These? Wird der sexuelle Antrieb, so Reich, nicht natürlich ausgelebt, so bricht er doch auf andere Weise wieder hervor; aus dem unterdrückten, ursprünglichen, positiven Trieb werden sekundäre, abgeleitete, pervertierte Triebe: Sadismus, Lüsternheit, Raubgier, Neid. Der sexuell gehemmte Mensch suche sich Ersatzbefriedigungen irrationaler und mystischer Art (z.B. den religiösen Eifer), oder/und er verlege alles Sexuelle (für ihn Verbotene und Schuldhafte) in Andere, die so zu seinen Feinden werden.

Anwendung auf Rassismus

Der Faschismus erfordert eine Massenbasis, die kritiklos die Verantwortung für die eigenen sozialen und ökonomischen Belange aus der Hand gibt, ja diese am besten gar nicht erst erkennt. Die Grundlage für eine solcherart strukturierte Massenbasis erkennt Reich in der frühkindlichen Sexualerziehung. Der Faschismus erfordert gehorsame Untertanen, die aber ihr Untertanentum nicht als solches erleben, sondern als Machtzuwachs. Sie sollen sich mit den Herrschenden identifizieren. Dies aber, so Reich, sei die Haltung des Kindes zum Vater, zumindest die männlichen Untertanen haben diese Struktur von Unterwerfung und gleichzeitiger Liebe schon als Kinder in der autoritären Familie gelernt:

„Entwickeln die Frauen unter kleinbürgerlichen Einflüssen eine resignierende Haltung, die unterbaut ist von verdrängter sexueller Rebellion, so die Söhne neben einer untertänigen Stellung zur Autorität gleichzeitig eine starke Identifizierung mit dem Vater, die später zur gefühlsbetonten Identifizierung mit jeder Obrigkeit wird."

Der Faschismus biete den Militarismus an, erotisch-rhythmische Parademärsche, aufreizende Uniformen – dies ziehe den sexuell gehemmten Menschen an: „Ist nämlich die Sexualität durch den Prozeß der Sexualverdrängung aus den naturgemäß gegebenen Bahnen der Befriedigung ausgeschlossen, so beschreitet sie Wege der Ersatzbefriedigung verschiedener Art." Auch bringt der Faschismus Krieg und Terror: Ein „hervorragendes" Betätigungsfeld für Menschen, die wenigstens ihre (wie Reich sie nennt) sekundären, perversen Triebe ausleben wollen: Sadismus, Gier und maschinelle Grausamkeit.

Dies sind nur einige Beispiele für die Verbindung, die Reich zwischen Sexualunterdrückung, autoritär strukturiertem Individuum und faschistischer Ideologie knüpft. Besonderes Augenmerk aber muß dem von Reich behaupteten Zusammenhang von sexueller Angst und der „Rassentheorie" gelten. „Die faschistische Ideologie trennt die orgastische Sehnsucht des Menschen von den im autoritären Patriarchat erzeugten menschlichen Strukturen ab und ordnet sie jeweils verschiedenen Ras-

sen zu: Nordisch wird gleichbedeutend mit licht, hehr, himmelhaft, asexuell, rein, dagegen „vorderasiatisch" gleich triebhaft, dämonisch, geschlechtlich, ekstatisch, orgastisch."

Reich findet in der „Rassentheorie" des deutschen Faschismus (insbesondere bei Rosenberg: „Mythos des 20. Jahrhunderts") also eine Gegenüberstellung des „nicht-sexuellen Ariers" und des „geschlechtlichen Nicht-Ariers". Im Licht der Reichschen Sexualökonomie nimmt es nun nicht wunder, daß diese Theorie Anhänger findet, ist sie doch eine verabsolutierte Bestätigung dessen, was die autoritär strukturierte Person von Kindesbeinen an gelernt und verinnerlicht hat. Gleichzeitig bestätige die „Rassentheorie" dem sexuell ängstlichen deutschen Untertanen, daß er „es geschafft hat", seine Sexualität zu zügeln, er gehöre ja zur asexuellen Herrenrasse, wird ihm gesagt. Der entscheidende Vorteil, den der Sexualunterdrückte also von seinem Glauben an die „Rassentheorie" habe, sei die Erlösung vom Sexuellen schon im Diesseits, denn alles Sexuelle wird von der fremden „Rasse" verkörpert. Wenn hier an Reich die Frage gestellt werden sollte, wie er das Verhältnis von Sexualität und Rassismus sieht, so antwortet er also zusammenfassend: „Die Rasseideologie ist ein echt biopathischer Charakterausdruck des orgastisch impotenten Menschen."

Man kann also festhalten: Für Reich sind „Sexualität" und „Rassismus" Gegenpole. Fehlendes Bewußtsein von der eigenen Sexualität, ihre Abwertung, Verleugnung und Verdrängung sind Stützen des Rassismus, wie umgekehrt die gesellschaftliche Aufwertung der Sexualität den Rassismus untergraben könnte. Sexualität und Rassismus gehören sozusagen nicht zur gleichen Ordnung.

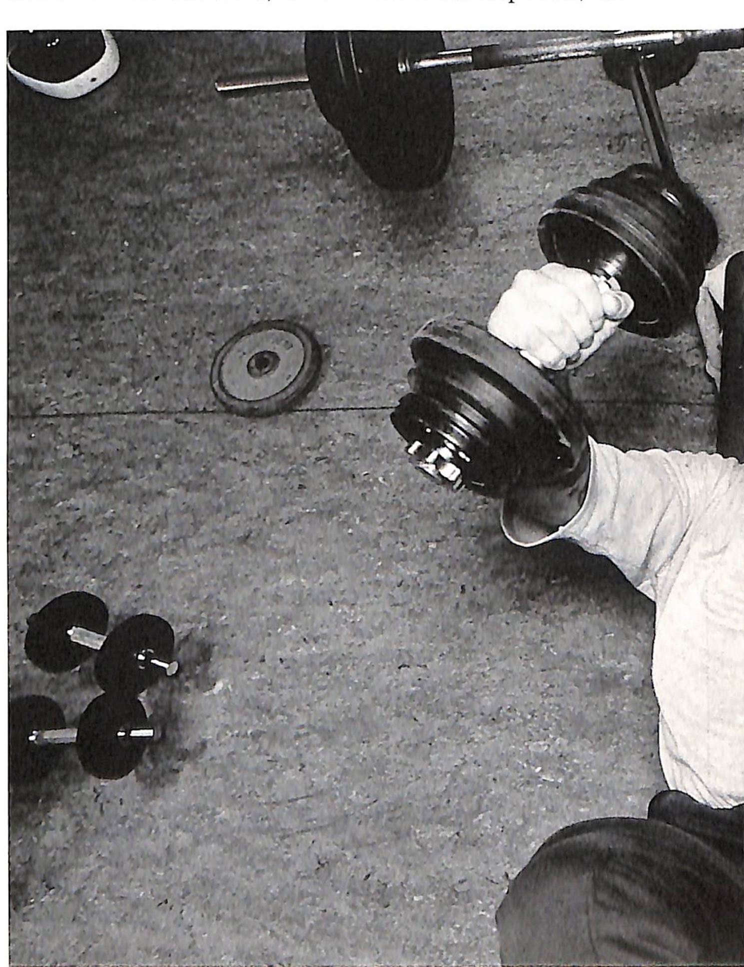
Foucault

Wie sieht nun Foucault das Verhältnis von „Sexualität" und „Rassismus" in unserer Gesellschaft? „Die Gesellschaft, die sich im 18. Jahrhundert entwickelt – man mag sie bürgerlich, kapitalistisch oder industriell nennen – hat dem Sex nicht eine fundamentale Erkenntnisverweigerung entgegengesetzt. Sie hat im Gegenteil einen ganzen Apparat in Gang gebracht, um wahre Diskurse über ihn zu produzieren."

Unsere Gesellschaft sei nicht von Sexualverdrängung, der Verleugnung der Sexualität und ihrer Verkennung geprägt, sondern mache sie beständig zum Objekt des Wissens. Es habe sich ein regelrechtes „Dispositiv" um die sexuellen Verhaltensweisen herum gebildet, d.h. ein „Apparat" oder ein Netz von Diskursen und Praktiken, das die „Sexualität" als wichtiges – vielleicht als das wichtigste – „Thema" etabliert und aufgewertet hat. Die Sexualität sei, so Foucault, in unserer Gesellschaft der Bereich oder der Gegenstand, über den man „wissen kann" und „wissen muß": „In Sachen Sex dürfte die unermüdlichste und unersättlichste Gesellschaft wohl die unsere sein."

Sexualität bezeichnet, so Foucault, einen relativ „jungen" Gegenstand; sie ist keine a-historische Realität, sondern ein gesellschaftliches Produkt, eine diskursive Realität. Entstanden sei dies Konstrukt, indem man (etwa ab dem 19. Jahrhundert) die sexuellen Verhaltensweisen aus dem Konnex mit anderen menschlichen Verhaltensweisen oder anderen körperlichen Funktionen, in dem sie sich einst befanden, herauslöst und sie als „eigenständiges" Objekt betrachtet. So werden die „sexuell Devianten" – vormals Objekte der Gerichte, Straftäter, da sie den Übertretern der Ehegesetze gleichgestellt waren – zu Objekten der Wissenschaft, zu „Perversen", Kranken, die man medizinisch und psychiatrisch untersucht. Man bündelt die so isolierten sexuellen Formen zu einem „Bereich", einem „Gegenstand", den man unterteilen, ausdifferenzieren und klassifizieren kann. So wird das Feld des „Sexes" gegliedert in „normale" und „pathologische" Ausformungen, und die „Pathologien" selbst werden aufgeteilt, benannt und angeordnet:

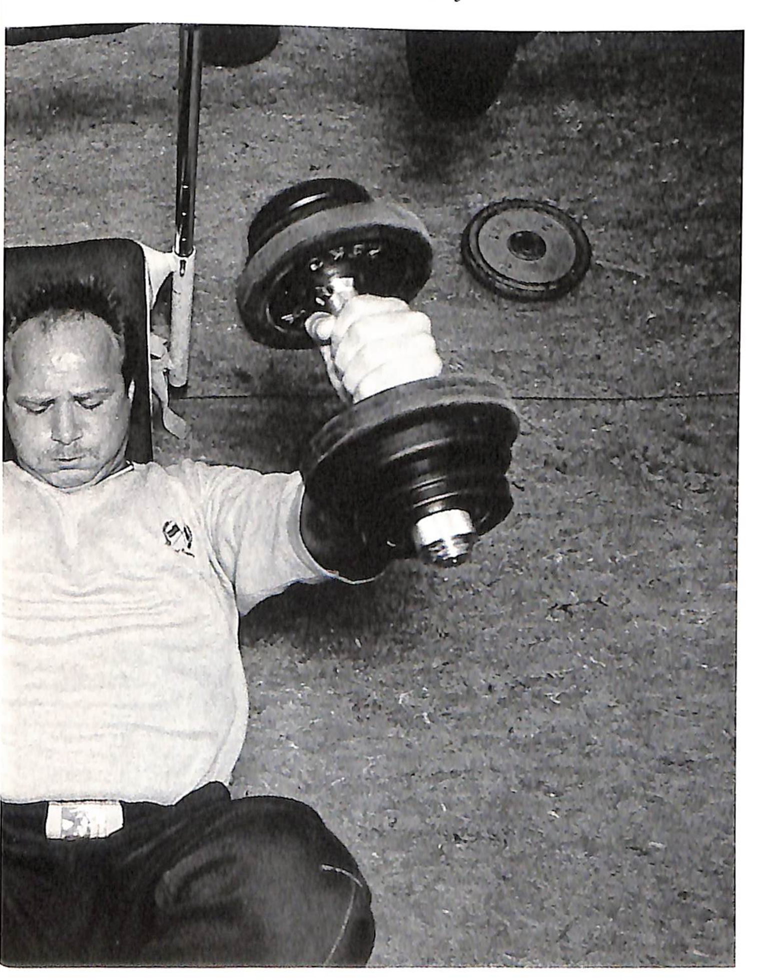
„Als eine der Gestalten der Sexualität ist die Homosexualität aufgetaucht, als sie von der Praktik der Sodomie zu einer Art innerer Androgynie, einem Hermaphroditismus der Seele herabgedrückt worden ist. Der Sodomit war ein Gestrauchelter, der Homosexuelle ist eine Spezies. So wie es alle jene kleinen Perversen sind, die die Psychiater des 19. Jahrhunderts wie Insekten aufreihen und auf seltsame Namen taufen: es gibt die Exhibitionisten von Lasègue, die Fetischisten von Binet, die Zoophilen und Zooerasten von Krafft-Ebing, die Auto-Monosexualisten von Rohleder; es wird die Mixoskophilen, die



Gynekomasten, die Presbyophilen, die sexoästhetisch Invertierten und die dyspareunistischen Frauen geben."

Auch will man wissen, wie „Sexualität" und ihre verschiedenen Ausformungen entstehen und isoliert dabei einen „Trieb", der „gesund" oder „krank" sein kann. Kurz: in Foucaults Augen ist „Sexualität" ein gesellschaftliches Phänomen, eine nur für die modernen westlichen Gesellschaften typische Weise, die sexuellen Handlungen und Phantasien in ein Rationalitätsfeld einzuordnen. Ihnen gegenüber herrscht ein „Wille zum Wissen", der sich nicht so sehr darauf bezieht, wie man etwa die Lust, die sie versprechen, intensivieren kann oder handhaben muß, vielmehr will man wissen, was ihr Ursprung ist, was an ihnen „normal" und was „pathologisch" ist, wie man sie klassifizieren kann und welche Auswirkungen sie haben.

Die abendländischen modernen Gesellschaften messen, so Foucault, der Sexualität eine immense Bedeutung zu; der Sex wurde hier zum „einzige[n] Signifikant[en]" und zum „universale[n] Signifikat" – zu der Kraft im Menschen, die seine Handlungen, Gedanken und Gefühle bestimmt und an der man gleichzeitig seine Identität und seine Individualität ablesen kann. Wie ist meine Sexualität? Zu stark, zu schwach, krank oder normal? Dann bin ich selbst, meine gesamte Existenz, stark, schwach, krank oder normal. So bilde sich bei den Individuen ein „Wille zum Wissen" aus, was mit ihrem Sex los ist. Aber auch von „öffentlicher", staatlicher Seite steige seit dem 18. Jahrhundert das Interesse



am Sex. Das „Volk", die „Untertanen" werden zur „Bevölkerung", deren Reproduktion man erfassen, regulieren, kontrollieren muß: „Im Zentrum des ökonomischen und politischen Problems der Bevölkerung steht der Sex: man muß die Geburtenrate und das Heiratsalter analysieren, die Geschlechtsreife und die Häufigkeit der Geschlechtsbeziehungen, die Mittel, fruchtbar oder unfruchtbar zu machen, die Wirkungen von Ehelosigkeit und Verboten, die Auswirkungen empfängnisverhütender Praktiken ..."

So werde der Sex zu einem Band zwischen dem Individuum und dem Staat, zum Vergesellschaftungsprinzip per se; die Individuen beginnen, ihren Sex als „wichtig" zu begreifen und treffen auf einen Staat, dem „es" auch zunehmend wichtiger wird: „Der Staat muß wissen, wie es um den Sex der Bürger steht und welchen Gebrauch sie davon machen. Aber auch jeder einzelne muß fähig sein, den Gebrauch, den er vom Sex macht, zu kontrollieren. Der Sex ist zum Einsatz, zum öffentlichen Einsatz zwischen Staat und Individuum geworden; ein ganzer Strang von Diskursen, von Wissen, Analysen und Geboten hat ihn besetzt." Foucault nennt Beispiele für diesen Strang, der den Sex der Individuen an ein öffentliches Interesse anschloß. Beim Prozeß der „Hysterisierung des weiblichen Körpers" etwa sei dieser völlig auf „seine Sexualität" reduziert worden, die für bestimmte „Pathologien" anfällig erschien. Die Kontrolle und Therapie wurde umso wichtiger, als der Körper=Sexualität der Frau „in organische Verbindung mit dem Gesellschaftskörper" gebracht wurde: sie wurde verantwortlich gemacht für die Regelung und Gewährleistung der Fruchtbarkeit der Gattung.

Nach Foucault reicht die Chronologie der Diskursivierung der sexuellen Verhaltensweisen weit zurück: „Ihr Entstehungsort muß in den Bußpraktiken des mittelalterlichen Christentums aufgesucht werden..." Hier entwickelte sich die Vorstellung, alles über den Sex (Handlungen, Phantasien, Träume) sagen zu müssen. Doch die „diskursive Explosion" um den Sex zünde, so Foucault, erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts, als sich auch ein öffentliches Interesse an ihm zeigt. Gleichzeitig (und auch deswegen) werden die Diskurse über die Sexualität „rationaler", „wissenschaftlicher"; Disziplinen wie die Ökonomie, Demographie, Pädagogik, insbesondere aber die biologischen und die medizinischen Wissenschaften (und in ihrem Gefolge auch die Psychiatrie, die Psychologie und die Psychoanalyse) nehmen sich des Sexes an: „...die Technologie des Sexes ordnet sich von nun an dem Gesundheitswesen und dem Normalitätsgebot unter. Nicht mehr der Tod und die ewige Strafe bilden ihr Problem, sondern das Leben und die Krankheit. Das 'Fleisch' wird auf den Organismus reduziert."

Die Klasse, in der das Sexualitätsdispositiv zuerst seine Wirkung entfaltet habe, sei das Bürgertum: Der erste „Sex der Kinder", der zum Thema gemacht und „pädagogisiert" wurde, war der Sex der Kollegiaten in den bürgerlichen Internaten; die ersten Frauen, deren immer pathologieverdächtiger „Sex" diskursiviert wurde, waren bürgerliche Frauen; und die ersten Sorgen,

die ein perverser, aber trotzdem fortpflanzungswilliger Onkel bereiten kann, machte man sich in bürgerlichen Familien. Hatte der Adel sein „blaues Blut", das seinen gesellschaftlichen Status symbolisierte, so betonte das Bürgertum die Qualität seiner Sexualität und ihre Gesundheit. Erst allmählich, so Foucault, habe das Sexualitätsdispositiv auch die unteren Klassen erreicht.

Eine Frage taucht auf: Warum ist es gerade die „Sexualität", die zu dem Thema der modernen Gesellschaften wird? Weil sie, antwortet Foucault, zu dem bestimmenden Machttyp der Moderne paßt und ihm als wichtiger Stützpunkt dienen kann: der „Bio-Macht": Diese Macht kann man als ein verändertes Verhältnis von Biologie und Politik lesen: Jahrtausende lang war der Tod „dem Leben ständig auf den Fersen"; in Form von Seuchen und Hunger „drückte" das Biologische quasi auf das Historische. Seit dem 18. Jahrhundert mit seiner beginnenden Steigerung der Produktivität und der Ressourcen, dem Bevölkerungswachstum, der Ausweitung der Kenntnisse über das Leben, der Verbesserungen der landwirtschaftlichen Techniken, die Beobachtungen und Messungen am Leben und Überleben der Menschen, verschiebt sich dieses Verhältnis. „Anstelle der Drohung mit dem Mord ist es nun die Verantwortung für das Leben, die der Macht Zugang zum Körper verschafft."

Somit wird das Biologische zum bevorzugten Feld des Politischen – das Leben der Individuen und der Gattung wird zu einem Bereich, der für die politische Durchdringung offen geworden ist.

Zwei große Stränge der „Lebenspolitik" macht Foucault in der modernen Geschichte aus: Zum einen die „Disziplinen, die politische Anatomie des menschlichen Körpers" (seine Dressur, die Steigerung seiner Fähigkeiten, die Ausnutzung seiner Kräfte, das parallele Anwachsen seiner Nützlichkeit und seiner Gelehrigkeit, seine Integration in wirksame und ökonomische Kontrollsysteme); zum zweiten die Bio-Politik der Bevölkerung. Diese Kontrollen richten sich auf die Gattung – die Demographie wird zu einem wichtigen Wissens- und Machtgebiet. Geburten- und Sterblichkeitsrate, Gesundheitsniveau und Lebensdauer werden zu den Variablen der Bevölkerung, die die Politik zu beeinflussen und zu kontrollieren versucht.

Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung des Sexualitätsdispositivs verständlich: „Der Sex bildet das Scharnier zwischen den beiden Entwicklungsachsen der politischen Technologie des Lebens." Er gibt auch Anlaß zu statistischen Schätzungen, zu Eingriffen in ganze Gruppen oder in den gesamten Gesellschaftskörper.

Anwendung auf Rassismus

In einer Gesellschaft, in der sich die Position, der Status ihrer Mitglieder nicht mehr so sehr danach bestimmt, ob sie gehorsam/ungehorsam, gut/böse sind, sondern danach, ob sie „nützlich", „wertvoll", „gesund" und „lebenstüchtig" sind, bildet der Rassismus quasi die Spitze des Eisbergs: Aufwertung und Förderung des „Gesunden", Abwertung (bis hin zur Vernichtung) des „Kranken" und „Lebensunwerten" ist das Programm der „Bio-Macht" in seiner zugespitzten Form. Sowohl die „Sexualität" (als Stützpunkt) wie auch der Rassismus (als „Effekt") sind Elemente der „Bio-Macht".

In der Foucaultschen Theorie sind – in Opposition zu den Reichschen Thesen – „Sexualität" und „Rassismus" KEINE sich gegenseitig ausschließenden Pole; sie verschränken sich, bilden gemeinsame Diskurse. Eine gesellschaftlicher Aufwertung der Sexualität, von der sich Reich Befreiung verspricht – auch eine Befreiung von der Massenwirksamkeit rassistischer Ideologien –, kann in Foucaults Augen nicht das Element sein, das die Herrschaftsbeziehungen in unserer Gesellschaft grundlegend und wirksam untergräbt. Dies würde eher genau jenen Stützpunkt der „Bio-Macht" (die als ihren „konkreten Effekt" auch den Rassismus hervorbringt) verfestigen, von dem aus diese vorzugsweise operiert.

Ist Rassismus in Foucaults Augen nun Bestandteil des modernen Machtregimes oder nicht, oder nur manchmal? In einer 1976 gehaltenen Vorlesung – „Leben machen und sterben lassen. Die Geburt des Rassismus" – entwickelt er eine These, die dem Rassismus eine zentrale Funktion innerhalb des modernen Machtregimes zuweist. „Der Rassismus, das ist die Akzeptabilitätsbedingung des Tötens in einer Normalisierungsgesellschaft. Dort, wo Sie eine Macht vorfinden, die in erster Linie eine Bio-Macht ist, dort ist der Rassismus notwendige Bedingung dafür, die anderen töten zu können. Die Tötungsfunktion des Staates kann, sobald der Staat nach dem Modus der Bio-Macht funktioniert, nicht anders gesichert werden als durch den Rassismus."

Aus einem Streitgespräch

Hinsichtlich der Beziehung zwischen Sexualität & Rassismus kamen Reich und Foucault also zu unterschiedli-

Seit dem 26. Juni 95 gilt das neue Abtreibungsrecht: Mit Zwangsberatung unter Hinzuziehung von „Erzeuger" und Angehörigen, Trennung von Beratung und behandelndem Arzt, „Strafbarkeit des familiären Umfelds", z.B. wenn eine Vorenthaltung von Unterhalt bei der Schwangeren den Entschluß zum Abbruch verstärkt und wenn die Schwangere zum Abbruch „genötigt" wird, z.B. vom „Erzeuger". Die Zwangsberatung „gilt dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie hat sich von dem Bemühen leiten zu lassen, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen. Dabei muß der Frau bewußt sein, daß das Ungeborene in jedem Stadium der Schwangerschaft auch ihr gegenüber ein eigenen Recht (!) auf Leben hat." (die Red.)

chen Resultaten. Doch wie sieht es aus, wenn man „modernisierte" Positionen, die die grundlegenden Elemente der Reichschen Rassismusanalyse (Sexualität, Angst, Verdrängung) zwar in Beziehung zum Rassismus setzen – jedoch in einer Weise, die sich von der Wilhelm Reichs unterscheidet –, auf die Foucaultschen Aussagen treffen läßt? Wie würde sich Foucault in möglichen Debatten mit Etienne Balibar, Klaus Theweleit und Uli Bielefeld verhalten, in deren Thesen die Verbindung des Rassismus zu Angst, Verdrängung und Sexualität in „moderner" Version dargestellt wird? Diese Debatten gibt es nicht, doch will ich den Erkenntnis- und Reflexionsgewinn, den sie versprechen, nicht ungenutzt vorüberziehen lassen. Deshalb sollen sie erfunden werden.

Balibar: *Herr Foucault, Ihr „Wille zum Wissen" war ein gutes Werk, aber mittlerweise ist es überholt. Wir haben in der Rassismusdebatte längst Abstand genommen von den „Sex-Thesen", die Sie kritisiert haben. Ich habe z.B. ausdrücklich gesagt, daß Sex in unserer Gesellschaft nicht unterdrückt wird, sondern ein starkes Element im politischen Diskurs bildet. Insbesondere habe ich – ähnlich wie Sie – die Verkoppelung, und nicht die gegenseitige Ausschließung von Sex und Rassismus behauptet. So habe ich gesagt, daß der Biologismus im Rassismus eine Metapher für sexualisierte soziale Werte wie Energie, Initiative sei.*

Bielefeld: *Das ist richtig. Auch wir Sozialpsychologen reden nicht mehr davon, daß das Verdrängte ausschließlich von sexueller Art ist. Das Unbewußte ist so vielfältig wie die Gesellschaft selbst. Ich habe z.B., als ich mich mit dem Nationalismus und dem Rassismus der Deutschen beschäftigte, nicht die These vertreten, die Deutschen seien in erster Linie Sexualverdränger, sondern sie seien Verdränger ihrer uneinheitlichen Herkunft und ihrer historischen Schwierigkeiten, eine Nation zu werden. Statt vom sexuellen Unbewußten rede ich lieber vom gesellschaftlich Unbewußten.*

Theweleit: *Ich muß Herrn Bielefeld zustimmen. Auch ich nenne die Menschen nicht mehr „Sex-Maschinen", sondern „Wunsch-Maschinen" oder allenfalls noch „Lust-Maschinen" – von Lust aber haben übrigens auch Sie, Herr Foucault, in positiver Weise geredet. Was unterdrückt wird, ist in meinen Augen auch nicht mehr ausschließlich der Sex, sondern der Wunsch, Verbindungen jedweder Art mit anderen Menschen und Objekten einzugehen. Aus der Tatsache, daß es im wilhelminischen Zeitalter einen gestörten Umgang mit den Wünschen überhaupt und mit den Körperwünschen und Körperströmen im besonderen gab, habe ich abgeleitet, daß es für die so Erzogenen notwendig war, sich später, aus Angst vor diesen Körperwünschen, mit denen sie nicht gelernt haben, in positiver Weise umzugehen, einen „Körperpanzer" zuzulegen; Nation, Armee, „Rasse". Genau wie Sie habe ich also die Körperformierung und ihre Kopplung mit Macht und Gewalt im Blick gehabt.*

Angelika Magiros

Die (fiktiven) Antworten Foucaults (seine Kritik an der Reinwaschung der wissenschaftlichen Biologie, der These vom „unterdrückten Rassisten" und der Vereinnahmung des Fremden durch Antirassisten) ist nachzulesen in: Angelika Magiros „Die Konstruktion des Fremden. Foucaults Beitrag zur Rassismus-Diskussion." (Hamburg, Juli 1995). Mit einem Essay von James W. Bernauer „Jenseits von Leben und Tod – zu Foucaults Ethik nach Auschwitz" (AS-Neue Folge, Bd.233. 25 Mark).
Unser Beitrag besteht aus Samples aus diesem Band. Im Originaltext (160 Seiten) finden sich ausführliche Literatur- und Quellenverweise. Wir danken dem Argument-Verlag für die Abdruckgenehmigung.

Redaktionelle Anmerkungen

** Unser Textauszug vermittelt noch kein vollständiges Bild von Foucaults Beitrag zur Rassismus-Analyse. In Angelika Magiros' Buch werden etliche kritische Fragen an Foucault gestellt, die kurz erwähnt werden sollen: In einigen Texten relativiert Foucault die Position der radikalen Determiniertheit der Subjekte und läßt einen überraschenden Glauben an etwas von der Macht Unberührtes erkennen. Mit Foucault ist es möglich, die Fremden/Anderen auf eine für sie bedrückende und sie einschränkende Weise zu lieben, vor allem – wir kennen das als „subkulturelle" Ideologie – den edlen Wahnsinnigen, den edlen Gesetzesbrecher, den edlen Schwulen oder den edlen Ghettoisierten. Auf der Grundlage verschiedener Foucault-Texte kann aber ebenso gezeigt werden, warum auch Gutmenschen wütend werden, wenn sich der Fremde nicht als Fremder benimmt. Sie wollen sich den Anderen als total anderen vorstellen. Auch sie kämpfen gegen die VERWISCHUNG der Unterschiede. (Beispiele kennen wir aus der Arbeit von Gruppen, die Flüchtlinge unterstützen und aus der Rap-Rezeption). Magiros kritisiert auch, daß Foucault nur den „Rassismus von oben" thematisiert und den Rassismus der „kleinen Leute" eher vernachlässigt. Bei Foucault sind die Subjekte zwar nicht nur Opfer (sondern auch Opfer ihrer selbst); weil er Rassismus jedoch vor allem als Struktur analysiert, stellt er selten die Frage, wie die konkreten Subjekte diese Struktur mittragen.*
** Auch mit Foucault muß man umgehen können. Einige linke Intellektuelle, etwa Heide Gerstenberger oder Stefan Breuer, haben sich schon vor 15 Jahren kritisch mit ihm auseinandergesetzt. „Politische" Linke haben ihn weitgehend ignoriert. Gerne rezipiert wurde er hingegen von einigen Rechtsintellektuellen sowie von linken Überläufern (z.B. von den Frankfurter „Spontis" Ende der 70er Jahre). Foucault, der einmal KPF-Mitglied war, mußte seine Theorien (Vernunftkritik, Humanismuskritik etc.) gegen einen krassen Vulgärmarxismus entwickeln. Das sieht man ihnen an. Rechte (und Leute, die ihre linke Vergangenheit entsorgen wollten) haben hier einen Antikommunismus herausgehört, der so nicht existiert. In einigen popkulturellen Szenen wurden Foucault-Zitate wiederum zum Stilgestus (vgl. „Stil, der siegen hilft" in diesem Heft). Foucault war dezidierter Nicht-Marxist, der von Marx zwar manches übernahm, aber Machtstrukturen nicht von Produktionsstrukturen unterscheiden konnte. Sein erstes Buch „Wahnsinn und Gesellschaft" ist jedoch eine geradezu klassische historische*

Analyse. Erst danach konzentrierte er sich auf die „Klassenstrategie von oben" sowie auf die Wissenschaften, deren soziale Bedeutung er stark überschätzte. Eine Vergänglichkeit des Kapitalismus wurde in seinen Texten immer undenkbarer. Und Faschismus läßt sich mit seinem Instrumentarium nur als „das ganz andere" analysieren. Aus diesem „Zwangsmodell gesellschaftlicher Ordnung" (Foucault war mit der „verwalteten Welt"-These der Kritischen Theorie übrigens nicht vertraut) befreite er sich gelegentlich recht pragmatisch: Widerstand (von Randgruppen) ist möglich, weil jedem Willen zur Macht ein anderer gegenüber steht. Theoretisch geht das nicht auf, weil er nicht erklären kann, wieso die Ausgeschlossenen, obwohl im System eingeschlossen, eine Gegen-Vernunft entwickeln können. So muß er schließlich „schizophrene" Menschen zu Subversiven stilisieren. Daß er seine Hoffnungen ausgerechnet auf jene setzte, die diese Gesellschaft kaputt gemacht hat, kann selbst als Wirkung der Übermächtigkeit von Macht interpretiert werden. Foucaults diskursanalytische Untersuchung der Machtstrukturen bringt jedoch allen, die auf „ökonomistische" Ansätze verzichten können, erheblichen Erkenntnisgewinn. Deshalb geht es auch in dieser Zeitschrift (vgl. die Hefte 8–10 sowie mehrere Texte im vorliegenden Heft) gelegentlich um Foucault. Daß er in der feministischen Theorie eine (seit Butler zunehmende) Rolle spielt, versteht sich. Demnächst erscheint dazu ein neues Buch: Andrea Bührmann „Das authentische Geschlecht. Die Sexualitätsdebatte der Neuen Frauenbewegung und die Foucaultsche Machtanalyse" (Westfälisches Dampfboot).

** Opfer & Täter: Magiros kritisiert folgende Sätze von Robert Miles: „Um politisch zu mobilisieren, wurde an `Rasse' appelliert. (...) Im Zuge eines solchen Widerstandes wird der `Rasse'-Diskurs noch zusätzlich legitimiert." Magiros gesteht zu, daß dieses Urteil (das Fanon teilte) „zum Teil richtig ist", sie interpretiert aber, gestützt auf Foucaults „Vom Licht des Krieges...", den positiven Bezug auf „Rasse" seitens der Rassifizierten als kritischen Akt, der die Erfahrung des Verfolgt-Werdens in Erinnerung rufe. Hinter Miles' Infragestellung dieser These sieht sie eine „Idealisierung des Anderen". Diese Erklärung funktioniert nur, wenn man sich die Anderen als homogene Gruppe vorstellt und sie zu einer Idealität stilisiert: Nicht ALLE Rassifizierten wollen ihre Gegenwehr auf dem „Rasse"-Diskurs aufbauen. Darüber wird ja heftig gestritten. So lehnen z.B. viele afroamerikanische AutorInnen den Bezug auf „Rasse" grundsätzlich ab. Man sollte sich die Anderen nicht als unterschiedslose Opfergruppe denken, als Leute, die IMMER und in ALLEN Lagen Opfer sind, die nicht in Klassen und nicht in Männer & Frauen geteilt sind, die keine linken und rechten Fraktionen kennen, keine Schwulenfeindschaft und keine Ressentiments gegenüber anderen „Opfergruppen". Das wäre weltfremd: Die pauschale Einteilung der Welt in Opfer & Täter bzw. in Gut & Böse kennt keinen Asylsuchenden, der seine Frau schlägt und Schwule haßt, keine rassistischen Schwulen und keine Neonazi-Frauen, keine „schwarzen" Millionäre und keine „weißen" Herrinnen, keine in der BRD rassistisch diskriminierten japanischen Manager und keine antisemitisch oder antikoreanisch eingestellten Afroamerikaner, keine gegen Neueinwanderer aus Somalia hetzenden „schwarzen" Briten, keine kurdenfeindlichen türkischen Immigranten, die von deutschen Nazis angegriffen werden und keine Rassismus-Opfer, die die deutsche „Wiedervereinigung" als Schritt zur „ethnischen Identität" begrüßen. Wenige Menschen befinden sich in einer Lage totaler Handlungsunfähigkeit, in der sie ausschließlich Opfer sind. Viele sind in der einen Konstellation Opfer und in der anderen Täter. Täter, die ihrerseits in bestimmten Situationen Opfer sein können, praktizieren nicht nur den absoluten Ausschluß, sondern auch den unterordneten Einschluß, der ihre Opfer unter Umständen in eine Komplizenschaft verwickelt. Die Opfer-Täter-Einteilung hat solche Differenzierungen zu berücksichtigen. Nicht einmal das Patriarchat ist ein homogener kultureller Block, weil z.B. männliche Hegemonie über die Differenzierung von hetero- und homosexueller Männlichkeit funktioniert. Und die ökonomische, symbolische, mediale, juristische etc. Vormachtstellung von Männern über Frauen übergreift die Grenzen zwischen „race & class". An der Ausübung der männlichen heterosexuellen Dominanz sind auch Männer beteiligt, die in anderer Hinsicht Opfer sein können. Damit ist nicht bestritten, daß z.B. „Schwarze" häufiger in einer Opferposition sind als „Weiße". Es gibt hier eine eindeutige (und zugleich vielstufige) Hautfarben-Hierarchie, die Produkt der Geschichte der europäischen Expansion und der nordamerikanische Sklaverei ist. Trotzdem, und das zeigt ja auch Foucault, kommt man mit einem Hauptwiderspruchsdenken nicht weit. Die Wirkung der Macht hat ihren vorbürgerlichen dichotomen Charakter verloren. Die Beherrschten sind an der Reproduktion der Machtstrukturen beteiligt. Foucault hat sogar häufig behauptet, es gäbe keinerlei Lücken mehr. Das kann bestritten werden. Ansonsten gilt aber, was Brecht über den Nationalismus sagte: „Der Nationalismus wird nicht besser dadurch, daß er in den armen Leuten steckt; dadurch wird er nur ganz und gar unsinnig" (Me-ti Buch der Wendungen).*

** Zu Wilhelm Reich: Reich wird derzeit massiv vom Zweitausendeins als Esoterik-Autor vermarktet. Bei den dort angebotenen sechs Bänden von und über Reich, handelt es sich um Bauanleitungen für Reichs Orgon-Akkumulator (zwecks „Konzentration der in der Erdatmosphäre vorhandenen Lebensenergie". 3 Auflagen in 7 Monaten!) und um seine Bion-Experimente (die „naturwissenschaftliche Neuorientierung des späten Reich"). Reich wird so auf seine Metaphysik der Substanz reduziert; seine antifaschistischen Intentionen werden unterschlagen. Das paßt in eine Medienwelt, in der der Biologismus derzeit Triumphe feiert, die die Ursachen für „Attraktivität", Paarfindung, Eifersucht & Seitensprung im genetischen Code sucht. Weitere Reich-Texte: „Die sexuelle Revolution", die beeindruckende „Rede an den kleinen Mann" (beide: Fischer), „Die Funktion des Orgasmus", „Charakteranalyse", „Massenpsychologie des Faschismus", „Leidenschaft der Jugend", „Die Entdeckung des Orgons" (alle: KiWi), „Die bio-elektrische Untersuchung von Sexualität und Angst" (Stromfeld), sowie ab November 95: „Der Einbruch der sexuellen Zwangsmoral" (KiWi).*

No Satisfaction

Die öffentliche Bestimmung der moralischen Standards einer Gesellschaft findet auf mehreren, miteinander verknüpften Ebenen statt. Die augenscheinlichste und meist auch verhaßteste davon ist zweifellos der staatliche Eingriff, die Verordnung von Regeln durch den Staat, bis hin zur Zensur. Und Zensur von populärer Kultur gibt es auch heute, in einigen Ländern sogar zunehmend. Wir erinnern uns an die Anklagen gegen die Lesben- und Schwulenbuchhandlung „Pink Pyramid" in der US-amerikanischen Stadt Cincinnati, an die Justizkampagne gegen die afroamerikanischen Slackness-Rapper 2 Life Crew und an den Prozeß gegen einen Museumsdirektor, der Fotoarbeiten von Mapplethorpe ausgestellt hatte. Der Oberste Gerichtshof der USA definierte kürzlich sogar, was als „obszön" zu gelten hat: „Ein lüsternes, geiles Interesse an Sex ist ein krankes und morbides Interesse an Sexualität, im Gegensatz zu einem gesunden und normalen Interesse an Sexualität." Wohlbemerkt: Dieser Gerichtshof fordert nicht die Unterdrückung von Sexualität! Er definiert vielmehr eine unerwünschte „kranke Sexualität" und befürwortet „gesunden und normalen Sex."

Auf diesen Unterschied kommt es an: Die freudo-marxistischen (insbesondere Reichschen) Ansätze behaupteten und behaupten immer noch, autoritäre Gesellschaften und auch rassistische Ideologien und Handlungen würden am besten auf „sexualfeindlichem" Boden gedeihen. Die repressive Verkennung der „biologischen Tatsache" des Sexualwunsches habe irrationale, darunter auch rassistische Mythenbildung zur Folge. In dem Beitrag von Angelika Magiros in diesem Heft wird diese Position mit einer anderen Interpretation des Verhältnisses von Sexualität und Rassismus konfrontiert: Dieser Gegenposition zufolge findet in der heutigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft eine „Diskursivierung" der sexualen Verhaltensweisen statt, in der „Sexualität" zu einem Stützpunkt der („Bio-") Macht geworden ist, einer Macht, die disziplinierend und regulierend auf die individuellen Körper und auf die biologischen Prozesse der „Bevölkerung" wirkt, weshalb auch in dieser Ordnung eine enge Verbindung zwischen „Sexualitäts-" und „Rasse"-Diskursen bestehe. Diese modernen Diskurse unterscheiden sich von rassistischen Mythen von der „Reinheit des Blutes" durch ihren starken Anspruch auf Rationalität, indem sie zum Beispiel mit „biologisch-medizinischen Erfordernissen" argumentieren. Und genau in diesem Sinn ist offensichtlich auch die Definition des Obersten Gerichtshofes zu verstehen. Man muß also die erwähnten Zensurmaßnahmen nicht leugnen, um zu dem Schluß zu kommen, daß pure Unterdrückung von Sexualität heute nicht der Haupttrend ist. Auch nicht gegenüber der populären Musik.

Was die erotische Unterhaltung in der Popmusik betrifft, so reicht die Skala seit Jahrzehnten von der einladenden Pose über die naturalistische Schilderung und die Dramatisierung von Emotionen und Begierden bis hin zum mehr oder weniger provokativen Bruch gültiger oder für gültig gehaltener Normen. Der Gestus der sexuellen Rebellion ist gerade das Markenzeichen von Pop. Obwohl sich immer wieder Leute fanden und finden – nicht zuletzt PolitikerInnen –, die sich davon wirklich provoziert fühlten oder fühlen, so läßt sich doch nicht übersehen, daß der rebellische erotische Gestus spätestens seit Jaggers „I Can't Get No Satisfaction" oder Browns „Sex Machine" (und nachdem sich von Morrison bis Madonna alle KünstlerInnen von Rang wenigstens einmal öffentlich zwischen die Beine gefaßt haben), zunehmend matter ausfällt (400.000 AnhängerInnen der neuen Erkenne-Dich-Selbst-Bewegung kauften „Fred Come To Bed" von E-Rotic), zumal er hoffnungslos mit einer Werbung konkurriert, die mit „Sex" die Konsumbereitschaft ankurbeln möchte.

Auch in der populären Musik wird Sexualität längst „biopolitisch" verstanden – als Zugang zur „Wahrheit" der menschlichen Identität. Die popkulturelle Vitalität entsteht nicht zuletzt durch eine Vorstellung, die besagt, daß unsere Sexualität den wahren Kern unseres Wesens ausmacht. Auch Popmusik operiert auf dem Terrain des modernen Regimes der Sexualität und intensiviert es noch. Sie unterstützt zum Beispiel nicht selten Vorstellungen, die in „der Sexualität" nur einen beständig mit repressiven Mächten im Kampf liegenden Trieb sehen, und verdunkelt somit die positive Funktion der Macht, die das, was wir für den Bereich des Sexuellen und seine Themen halten, als Diskurs über regulierte Gesundheits- und Bevölkerungspolitik etabliert hat, der auf der Grundlage konstruierter Typologien (männlich, weiblich, schwul, pervers, androgyn, transvestitisch, narzißtisch etc.) funktioniert. Zudem war und ist Popmusik (von Led Zeppelin über Snoop Doggy Dogg bis Liz Phair) häufig an der Verbreitung der Techniken der „Beichte" beteiligt, also an der Verbreitung einer Kultur der „persönlichen Bekenntnisse", die das Individuum zu „wahrheitsgemäßen" Äußerungen über „seinen Sex" nötigt. Auf jeden Fall wird in der modernen Popmusik Sexualität (nicht zuletzt die vom heterosexuel-



len Leitbild abweichende Orientierung, die aber, wie etwa beim parodistischen Crossdressing, die binäre Struktur durchaus voraussetzt) als Index der Subjektivität behandelt und zum Kern des wahren Selbst erklärt. (Weswegen es z.B. nicht ausreicht, Pop-Bücher oder Musiktitel nach sexistischen Aussagen und Auslassungen abzusuchen).

Daß die sexuellen Wünsche und Handlungen zu den deutlichsten ZEICHEN des wahrsten und tiefsten Selbst werden konnten, ist Produkt einer langen Entwicklung. Der eng mit dem sexuellen Diskurs verbundene Drang nach Selbsterkenntnis und Selbstentdeckung, die Suche nach einer verborgenen persönlichen Wahrheit, führte zu einer permanenten politischen Beziehung eines Selbst zu sich, d.h. zu einer „Selbstpolitik" („Politisierung des Privaten") bzw. individuellen Identitätspolitik. Durch diese Suche nach der „Wahrheit" der eigenen „Identität", die immer eine Suche nach Normalität und Anormalität ist (wonach ja auch der Rassismus fahndet), verstricken sich die Individuen in die Zwänge der herrschenden Normierungsmacht und tragen sie mit. Identitätssuche ist die Praxis der Selbstunterwerfung. Als Suche nach der „befreiten Sexualität" oder dem „eigentlichen Selbst" setzt sie die gleiche ewige Essenz voraus, die auch der Rassismus voraussetzt. Eine Aufwertung des (biologisch gedachten) „Sexuellen" kann Rassismus nicht verdrängen, weil diese Aufwertung Strukturen begünstigt, die auch den Rassismus tragen.

In der Zeit, von der der nachfolgende Text handelt, waren solche Zusammenhänge noch nicht ersichtlich. Der Diskurs über das Unbewußte war noch nicht etabliert und die Suche nach dem „inneren Ureignen" noch nicht zur Massenbewegung geworden. Es dominierte die Tabuisierung vieler Formen des Begehrens durch rigide Sanktionierung, wie z.B. Theweleit sie beschrieben hat. Daß der soldatische Mann und der frauenverachtende Faschist von dieser Tabuisierung geprägt waren, braucht nicht bezweifelt zu werden, auch wenn wir heute wissen, daß Krieg auch mit Rock'n'Roll (und demnächst mit Techno) funktioniert und Rassisten auch aus dem hedonistischen Umfeld hervorgehen können. Die gegen eine reduktionistische Faschismustheorie entwickelte These, daß Rassisten Menschen sind, in deren Aggression sich verdrängte sexuelle Lust bemerkbar macht, eröffnete immerhin wichtige Perspektiven, die über den antifaschistischen Kampf weit hinaus reichten.

Weil jedoch die Opposition gegen die repressive Sexualmoral alten Typs den Fehler beging, im Namen der „biologischen Tatsache des Sexualwunsches" aufzutreten und sich als Kampf gegen „Triebunterdrückung" (Reich, Marcuse) zu verstehen, konnte es (obwohl im Rahmen dieser Opposition auch andere Standpunkte formuliert werden konnten und obwohl die Auskunft „Sex ist nicht verwerflich, sondern gesund", von vielen als befreiend empfunden wurde) zur „Diskursivierung" der sexualen Verhaltensweisen kommen und „Sexualität" zum Stützpunkt der (Bio-)Macht werden. Es geht darum, den Unterschied zu erfassen. Die „sexuelle Revolution" wurde nicht zufällig von Ärzten, Psychologen, Biologen, Völkerkundlern und Statistikern angeführt. Am Beginn der „Befreiung" stehen in der BRD die Bücher & Filme von Dr. Oswalt Kolle („Deine Frau, das unbekannte Wesen"). You want to know what love is? Waiting for the bell to ring? Rat & Hilfe – unter Berücksichtigung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse! – findest du in der Kolumne des Dr. Sommer-Teams in deiner Illustrierten. Die (falsche) Parole von der „befreiten Sexualität" ist in die Parole von der „gesunden Sexualität" überführt worden. *(die Red.)*

„Musikbols

Die Sexualisierung politischer Bedrohunç

Die Komponisten um Schönberg und dieser selbst, der gesamte Bereich der Neuen Musik, vor allem atonale Musik, standen in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg im Kreuzfeuer der Kritik – und diese hat in jenen Jahren eine neue Strategie der Diskreditierung entdeckt: die politisierende Denunzierung ästhetisch unliebsamer Werke. Hatte man in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg die sogen. Avantgarde-Komponisten als verrückte Spinner und geisteskranke Fanatiker abgetan, so hieß nun das neue Zauberwort „Musikbolschewismus". Schon 1919 kam es als Kampfbegriff gegen die neue Musik auf und wollte suggerieren: was die Bolschewiken dem russischen Imperium angetan haben, das betreiben Schönberg und Genossen im Reich der Musik: Umsturz, Revolution, Terror, Gewalt. Bemerkenswert ist dabei, daß diese Gewalt als sexualisierte Gewalt gekennzeichnet wurde: als Vergewaltigung – und zwar sowohl auf musikalischem wie auch auf politischem Terrain. Der politische Feind ist ebenso wie der ästhetische Gegner als reale sexuelle Gefahr wahrgenommen worden. Ein ganz augenscheinliches Beispiel für diese Ängste ist auf dem Feld der

politischen Agitation jenes Plakat der „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus", das – gerichtet an: „Deutsche Frauen!" – den Kommunismus als Paradigma der freien Liebe und diese als Schreckgespenst bürokratisch institutionalisierter Vergewaltigungen an die Wand malt. Aber nicht nur in den Aktionszirkeln des hetzerischen Antibolschewismus jener Jahre, selbst in den Kreisen der Mehrheits-SPD wurde der Bolschewismus als „Herrschaft des hohlsten Sozialistendilettantismus und der gewissenlosesten Vergewaltigung und Freude an der Vergewaltigung" beschrieben. Geradezu folgerichtig erscheint auf diesem Hintergrund, daß ein „an der

chewismus"

sphantasien in den 20er und 30er Jahren.

Tonmuse verübtes Notzuchtverbrechen" gleichbedeutend war mit „musikalischem Bolschewismus" (und umgekehrt). Die Infragestellung der traditionellen musikalischen Ordnung durch die neue Musik wurde von ihren Gegnern gleichsam als Politikum wahrgenommen und heftig bekämpft. Zugleich signalisiert das Bild der Vergewaltigung, daß die imaginierte bedrohliche Gefahr immer auch als eine sexuelle Bedrohung gedacht wurde. Zwischen POLITISCHER und SEXUELLER Bedrohungsphantasie besteht offensichtlich ein enger Zusammenhang; dieser verweist auf eine weitergefaßte Sexualisierung des Musikdiskurses und seine geschlechtsspezifischen Dispositionen.

Es fällt auf, daß in den Quellen, die die Anfänge der Denkfigur „Musikbolschewismus" belegen, immer wieder der Ausdruck „Impotenz" vorkommt. Beispielsweise hatte man bereits im Mai 1919, wenige Monate nach dem ersten Auftauchen des neuen Ausdrucks, in den „Signalen für die musikalische Welt" ein eigens dem neuen Begriff „Musikbolschewismus" gewidmetes Statement lesen können, in dem es hieß: „Man stösst jetzt nicht selten auf den Ausdruck 'bolschewistische Musik', und es ist klar, dass man gemeinhin darunter Musik versteht, die mordsmässig schlecht klingt." Zugleich wurde dort jene „Musik, die man im Ärger wohl als bolschewistisch bezeichnet" charakterisiert als „eine blöde Spottgeburt der Frechheit, begattet von Impotenz". Das in den Polemiken häufig anzutreffende Diktum der „Impotenz" wurde damals geradezu zu einer musikästhetischen Kategorie aufgewertet, als der Komponist Hans Pfitzner massiv in die Debatte um die neue Musik eingriff mit einem Buch, das besagten Begriff bereits im Titel trug: „Die neue Ästhetik der musikalischen Impotenz. Ein Verwesungssymptom?" (München 1920). Diese aggressive und mit antisemitischen Klischees arbeitende Kampfschrift löste eine umfassende Debatte in der musikalischen Öffentlichkeit aus und wurde für die entstehende Denkfigur „Musikbolschewismus" besonders signifikant. Auch bei Pfitzner tauchte selbstredend das Bild von der Vergewaltigung auf: nur durch melodische Einfälle inspirierte Musik sei wahre Musik, neue Musik sei Kakophonie (Mißklang), und wer Musik nicht mittels melodischer Inspiration mache, der wolle „ihre Natur vergewaltigen".

Wichtiger ist bei Pfitzner und in der durch ihn losgetretenen Polemik jedoch der Begriff der „Impotenz". Denn diese Hinzufügung meint mehr als kompositorisches Unvermögen: es verweist auf sexualisierte Strukturen musikalischer Ästhetik, die den künstlerischen Schaffensprozeß in enger Verbindung mit spezifisch männlicher Sexualität begreifen. Das musikalische Kunstwerk entfaltet sich demnach als Zeugungs- und Gebärphantasie des genialen Mannes – eine Ästhetik, die zugleich auf der Negierung schöpferischer Potenzen der Frau basiert: ihr wird die Statistenrolle einer Muse zugewiesen. In diesem Kontext der Sexualisierung des kompositorischen Schaffensaktes unter dem Vorzeichen männlicher Herrschaft signalisiert der Begriff „Impotenz" die Angst vor dem Verlust dieser Vorherrschaft. Es ist – psychoanalytisch gesprochen – die Kastrationsangst des männlich-genialen Musik-Heroen, die hierin zum Ausdruck kommt – wie die Formulierung „kastrierte Komponisten", eine derbere Variante zu „musikalischer Impotenz", in der „Zeitschrift für Musik" 1921 anschaulich vor Augen führt.

Für die Genese der Denkfigur „Musikbolschewismus" ist das ein zentrales Moment, denn der Kampf gegen den Bolschewismus war aufs engste verknüpft mit den Kastrationsängsten soldatischer Männer. Wie Klaus Theweleit in seiner Untersuchung der Freikorpsliteratur gezeigt hat – in dem bekannten Buch „Männerphantasien" (1977: Bd.1 „Frauen, Fluten, Körper, Geschichte", Bd.2 „Männerkörper. Zur Psychoanalyse des weißen Terrors", dtv 1995. Anm. d. Red.) –, fungierte Bolschewismus für den damaligen soldatischen Mann als Chiffre für befreite, lustvolle, weibliche Sexualität. Die Angst vor dem Bolschewismus entspringt – nach Theweleits (psychoanalytischer) Interpretation – dem Kastrationstrauma des damaligen soldatischen Mannes, denn dieser erlebte beides – die sexuell aktive und selbstbewußte Frau und (damit auch) den Bolschewismus – als tödliche Bedrohung seiner psychophysischen Existenz. Dieser militarisierte Antibolschewismus, der zu vernichten versuchte, wovon er seine Vernichtung befürchtete, findet sich auch auf musikalischem Terrain: eben auf der Grundlage jener Denkfigur, für die der Begriff „Musikbolschewismus" ausdrucksstarkes Kennzeichen ist. Einer der damals profiliertesten Kämpfer reaktionärer Musikpolitik, der Direktor der Münchner Staatlichen Akademie der Tonkunst, Prof. Hermann Walter von Waltershausen, ließ die angesprochenen Zusammenhänge schon früh durchblicken, als er 1928 schrieb: „Schon bei Beginn jener Bewegung, die sich in stolzer Selbstüberschätzung die 'neue Musik' nennt, stellte sich bei einigen wenigen Eingeweihten der Verdacht ein, als handle es sich hier überhaupt

viel weniger um eine musikalische als um eine sexuelle Frage." Die Komponente der Sexualisierung und der Kampf gegen die Infragestellung des musikalisch-soldatischen Mannes waren für die Denkfigur „Musikbolschewismus" integrale Bestandteile. Dies wird nochmals deutlich, wenn man sich anhört, wie der Komponist Heinz Tiessen damals umrissen hat, was in den Jahren um 1920 im Musikleben als „revolutionär" galt: „Für den Hüter des bürgerlichen Traditionskomplexes das Licht eines Unsterns, dessen Spektrum sich aus Bolschewismus, Futurismus, Kakophonie, Freier Liebe, Atonalität, Betriebsrat und Linearem Kontrapunkt zusammensetzte."

Der Ausdruck „Musikbolschewismus" war seit seiner Prägung 1919 ausschließlich abwertend besetzt, er zielte gegen die neue, atonale Musik und wurde zu einem der gebräuchlichsten Schlagworte der ersten Nachkriegsjahre. Entgegen der allgemeinen Einschätzung ist es wichtig festzuhalten: „Musikbolschewismus" war keine Erfindung der Nazis, kein bloßes Schlagwort dummer Funktionärsgehirne zwischen 1933 und 1945, sondern eine Denkfigur, die gebildeten und kultivierten Menschen, promovierten Akademikern und habilitierten Professoren, lange vor 1933 zu verdanken ist. Die Geschichte dieser Denkfigur ist Vorgeschichte nazistischer Musikpolitik; ihre kritische Analyse zeigt, daß die Wurzeln der politischen Repression gegenüber Musik eng verwoben waren (und es – wo Repression heute so noch auftritt – immer noch sind) mit spezifischen Beziehungen zwischen Musik und Körperlichkeit, Ästhetik und geschlechtsspezifischen Rollenvorstellungen, daß Ängste, die Verbots- und Vernichtungswünsche hervorrufen, in engem Verhältnis zu sexualisierten Bildern und Phantasien stehen, die oft auf Musik bezogen sind.

Dies veranschaulicht auch der Fortgang der Begriffs- wie der Sachgeschichte: Denn die „sexuelle Befreiung" war der Kern dessen, was man in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre als „Kulturbolschewismus" zu bezeichnen begann. Hatte man zuvor, also um 1920, ausschließlich von „Kunstbolschewismus" gesprochen (und diesen Ausdruck als Oberbegriff benutzt), verloren die Künste nach 1925 ihre zentrale Stellung in diesem Begriffsfeld und um 1930 war „Kulturbolschewismus" das führende Schlagwort konservativer und völkischer Kreise. Diese heute umstandslos mit den Nazis identifizierte Vokabel war damals viel mehr Leit- und Kampfbegriff christlich-reaktionärer Kreise und war zentral gegen Antimilitarismus, Emanzipation der Frau und sexuelle Enttabuisierung gerichtet. Gerade um 1930 erlebte die Denkfigur „Kulturbolschewismus" ihre größte Blüte und hatte einen ungeheuer nachhaltigen Einfluß in Deutschland, dessen Wirksamkeit bis heute weit unterschätzt wird. Sogar im Reichstag gab es damals eine Debatte über „Kulturbolschewismus" (1931) und seine Bekämpfung zählte schon zur Programmatik der Regierung von Papen (1932).

Mit der Verschiebung von „Kunstbolschewismus" hin zu „Kulturbolschewismus" veränderte sich auch die Wahrnehmung des musikalischen Terrains: „der" Jazz wurde nun in erster Linie als Inbegriff für „Kulturbolschewismus" im Bereich der Musik angeprangert. Auch hierbei war die Sexualisierung von Musik der Dreh- und Angelpunkt: Jazzmusik galt den „Kulturbolschewismus"-Aposteln als „aufreizende, schrille oder süß einschläfernde Klänge der sexuellen Besessenheit" – wie der evangelische Theologe Kurt Hutten 1932 in seinem Buch „Kulturbolschewismus. Eine deutsche Schicksalsfrage" formulierte. Es waren die Ängste vor der Körperlichkeit und den sexuellen Energien des Jazz, die sich im Ausdruck „Kulturbolschewismus" artikulierten und zugleich dahinter verstecken konnten.

Die Anti-Kulturbolschewismus-Kampagne als Exerzierfeld gegen „befreite Sexualität" und emanzipierte Frauen war Waffe des von Bedrohungsängsten gepeinigten soldatischen Mannes. Im Strategieszenarium seines Überlebenskampfes zielte diese Kampagne sehr stark auf die Einbindung von Frauen in den Vernichtungsfeldzug gegen die imaginierten Gefahren. War das originäre Feld der Bekämpfung des „Bolschewismus" für den soldatischen Mann das militärische, so sollten gerade Frauen für die Vernichtung des „Kultur-Bolschewismus" mobilisiert werden – bemerkenswerterweise mit einigem Erfolg. Etliche Frauenbünde und Protagonistinnen konservativer Frauenbewegung engagierten sich gegen die vermeintlichen Gefahren des „Kulturbolschewismus". Auch hier waren massive Bedrohungsängste gegenüber „befreiter Sexualität" wirksam: was beim soldatischen Mann die Chiffre „Impotenz" signalisiert, war auf Seiten der Frauen die Vorstellung der Vergewaltigung. Ihr Kampf gegen die Vergewaltigung von Musik (beispielsweise) war auch eine Verschiebung der eigenen Ängste, die lustvolle Sexualität nicht anders als Vergewaltigung wahrnehmen konnten. Und wenn beispielsweise in der Anti-Jazz-Kampagne von männlicher Seite das alte Impotenz-Verdikt aufflackerte – 1928 konnte man etwa in der „Neuen Musikzeitung" lesen: „Das Saxophon wurde eingeführt. Dieses Instrument (...) klingt wie der Gesang eines kastrierten Negers, wie der eines vom Mann emanzipierten weiblichen Neutrums (...) Irgendwie klingt eine melancholisch-impotente Sehnsucht durch. Das Saxophon singt, oder besser gesagt, heult und winselt von einem verlorenen Paradies." – dann war es nur folgerichtig, daß der von Guida Diehl, einer Vorreiterin nationalsozialistischer Frauenbewegung, initiierte „Deutsche Frauenkampfbund gegen Entartung" 1929 nicht nur einen „Weckruf gegen den Kulturbolschewismus" erschallen ließ, sondern sogleich auch noch ein „Verbot von Saxophonen und Negertänzen" forderte.

Es waren Chiffren sexualisierter Ästhetik, die den Prozeß der Politisierung der Musik prägten. Es ist wichtig festzuhalten, daß die Beziehungen zwischen Musik und Politik KEINE durchweg konstanten sind, daß vielmehr exakt in den Jahren zwischen beiden Weltkriegen

grundsätzlich neue Verhältnisse im Beziehungsgeflecht von Musik und Politik entstanden und sich ausprägten, die prägend für die Musikgeschichte des 20. Jahrhunderts geworden sind. Bemerkenswert dabei ist, daß nicht „politische Musik" am Anfang dieses Prozesses stand, sondern die politisierende Bekämpfung neuer ästhetischer Phänomene. Das Konzept „politischer Musik" als emphatisch verstandene, aktivistisch eingreifen wollende Kunst, wie es von kommunistisch orientierten Musikern, etwa Hanns Eisler, Stefan Wolpe oder Wladimir Vogel, um 1930 erprobt und propagiert worden ist, war eine relativ späte Etappe in diesem Prozeß. Man sollte meinen, daß gerade diese links orientierte „politische Musik" einen zentralen Kristallisationspunkt für Attacken mit dem Stempel „Musikbolschewismus" dargestellt hat. Tatsächlich aber spielte sie in der ganzen Anti-Kulturbolschewismus-Kampagne eine vergleichsweise marginale Rolle. Der Inbegriff für musikalischen Kulturbolschewismus war vor 1933 vielmehr Ernst Kreneks Oper „Jonny spielt auf" – ein Erfolgsstück, das hinter der Fassade einer 'Jazz-Oper' die Infragestellung herkömmlicher Produktionsästhetik (die des männlichen Genies) verhandelt: die Frau nimmt nicht mehr ihren angestammten Platz als inspirierende Muse des Komponisten ein, sondern ist – in Gestalt einer Geige – schon in die Hände des 'schwarzen Mannes' geraten. Eine unerhörte Vorstellung. Die Muse als Hure – der „Neger" als sexuelle wie als musikalische Gefahr!

Eckhard John

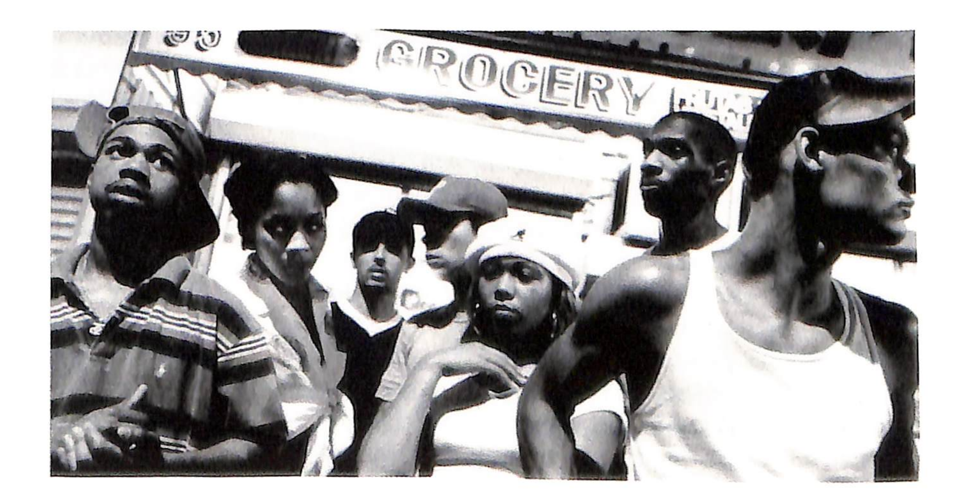
* *Die Gleichsetzung von „emanzipierten Frauen" und „sexuell aktiven Frauen" und die Schlußfolgerung, daß nur Gegnerinnen der Emanzipation „lustvolle Sexualität nicht anders als Vergewaltigung wahrnehmen konnten" übersieht u.E. einige relevante Aspekte: (1) Die Idee der „Befreiung" durch Beseitigung der „Triebunterdrückung" („befreiter Sex") stellte und stellt sich als Herrschaftsverhältnis heraus. (2) Die Forderung nach „befreiter Sexualität" wurde und wird meistens nicht als Kritik am Patriarchat formuliert, sonder als (männliche) Forderung an Frauen: Die Frau MUSS sich befreien, wenn sich der Mann befreien will. In dieser Fassung von „Emanzipation" spielt die Vorstellung der Frau keine Rolle. (3) Die Ablehnung von „befreiter Sexualität" ist vor dem Hintergrund der konkreten Gewaltverhältnisse zu interpretieren. Bis vor kurzem existierte noch eine juristische Pflicht zum ehelichen Beischlaf. Trotzdem kann die „Vorstellung von Vergewaltigung" mit dem „verdrängten Wunsch nach befreiter Sexualität" nicht schlüssig erklärt werden. Das Ressentiment rechter Frauen gegen die Neue Musik hatte starke politische Motive, da es ihre grundsätzliche Bejahung des Bestehenden zum Ausdruck brachte. Dazu gehört, daß sie nicht gegen das eheliche Gewaltverhältnis rebellierten. (Nach einer neuen Untersuchung wurden zwischen 1987 und 1991 in der BRD 510.000 Frauen von ihren Ehemännern oder geschiedenen Ehemännern vergewaltigt). Verdrängt wird dann aber etwas anderes als der „Wunsch nach befreitem Sex/Trieb". Das weiß auch Reich: „Du bettelst um Glück im Leben, aber Sicherheit ist dir wichtiger." Darauf wollen wir im nächsten Heft genauer eingehen. Zur Beurteilung der freudo-marxistischen (insbesondere der Reichschen) Gesellschaftkritik, vgl. Foucault „Sexualität und Wahrheit 1. Der Wille zum Wissen", FFM 1983. Eine Gegenposition vertritt Jacques Derrida. Die deutschsprachige Ausgabe seiner Foucault-Kritik „Gerecht sein gegenüber Freud" erscheint demnächst bei Suhrkamp.*

* *„Impotenz": Repräsentationstheoretisch gesehen fixieren „Heterosexualität" und „Potenz" zugleich die Positionen von „Homosexualität" und „Impotenz" als unterlegenes Anderes. Der Vorwurf der Impotenz ist dann eine Drohung gegen Nicht-Heterosexuelle Männlichkeit. „Potenz/Impotenz" spielen zudem im Diskurs des Nationalen eine zentrale Rolle. Dort bezeichnen sie, je nach Standort, die Fähigkeit oder Unfähigkeit zum „demographischen Übergewicht" der feindlichen „Ethnie". „Potenz" kann dann auch als „kulturlose Triebhaftigkeit" des Gegners definiert werden. (Ein französischer Staatssekretär bezeichnete Ende Juli afrikanische Einwanderer als „polygame Samenspender, die Kinder am Fließband zeugen, um vom Kindergeld zu leben". Viele Kosovo-Albaner bezeichnen Kosovo-Serben, die nur zwei Kinder haben, als „impotent"). In den meisten Kriegen wird „Potenz" zur Waffe: Die Vergewaltigung „der Frau des Feindes" soll nicht nur die Frau, sondern mehr noch die feindlichen Männer (die als „Besitzer" dieser Frauen gesehen werden) demütigen.*

* *„Der Neger als sexuelle und musikalische Gefahr": In der modernen Popkultur hat das Genießen „rassischer" bzw. „kultureller" Differenz Vergnügungswert. „Ethnizität" und die damit einhergehenden sexuellen Phantasien werden heute als Würze für die „weiße Kultur" betrachtet. Vgl. dazu u.a. in Heft 8/94 das Editorial sowie den Beitrag über die Geto Boys.*

* *Alle in diesem Beitrag nicht einzeln nachgewiesenen Zitate sind zu finden in: Eckhard John „Musikbolschewismus. Die Politisierung der Musik in Deutschland 1918-1938". Eine Kurzvorstellung erschien in Heft 10, S.94.*

(die Red.)



Die Autonomen

Ursprünge und Entwicklung der autonomen Bewegung, Teil IV

FOTOS: CORDULA KROPKE

Radikale Strukturalisten sind davon überzeugt, daß die historische Arbeiterbewegung, die 68er-Linke, der Feminismus oder auch die Bewegung der Autonomen Modernisierungsavantgarden waren bzw. sind, die bestimmten, im Kapitalismus angelegten „Tendenzen" lediglich zum schnelleren Durchbruch verhalfen bzw. immer noch verhelfen. Die Autonomen würden von den Strukturalisten als Kampfgruppe zur beschleunigten Durchsetzung der kapitalistischen Subjektform „autonomes Individuum" definiert. Immerhin: Noch bevor die Ideale von persönlicher Autonomie und individueller Selbstverwirklichung die Töpferkurs-Welle auslösten, übersetzten junge Linksradikale diese Konzeption in „persönlich-politische" Forderungen.

Daß Teile der Linken sich auch selbst als Modernisierungsavantgarde definieren, wird immer dann deutlich, wenn sie bestimmte Ereignisse & Taten als „historisch fortschrittlich" bezeichnen – ganz so, als wüßten sie, wohin der geschichtliche Trend geht, dem sie zum Durchbruch verhelfen wollen. Unbestreitbar ist zudem, daß ein erheblicher Teil der linken Rhetorik der „Systemlogik" verhaftet bleibt: Auch wo die Kampfformen „militant" sind, bleibt der Inhalt oft rechtsstaatlich-bürgerlichen Idealen (gegen die „Unrechtsjustiz", „gegen den Abbau demokratischer Rechte") oder einer Idealisierung der Konkurrenz („Chancengleichheit") verpflichtet. Auch die autonomen Forderungen gingen selten über die Essentials des amerikanischen Fahneneids hinaus: Mehr Gerechtigkeit, mehr Menschlichkeit, mehr gute Werte & Moral, mehr Solidarität & Gefühl und eine rosige Zukunft für unsere Kinder!

Allerdings läßt sich die strukturalistische Argumentation auch auf den Strukturalismus selbst anwenden: Er hat auffälligerweise immer Konjunktur, wenn Bewegungen an ihr Ende kommen, d.h. wenn die Modernisierung ihren ungestörten Gang geht. Der Strukturalismus sagt Dir: Dein Versuch, die Welt ein bißchen auf den Kopf zu stellen ist voluntaristisch, beruht auf einer Willensillusion und wirkt letztlich doch nur als produktive Innovation, die dem „System" nützt, auch wenn Dir seine Büttel den Knüppel auf den Kopf schlagen. Dazu gäbe es viele kritische Anmerkungen zu machen. An dieser Stelle belassen wir es dabei, die Darstellung der „Vorgeschichte" der Autonomen fortzusetzen. Der bisher gegebene Überblick über die Positionen und Ereignisse, an denen die Automen später anknüpften, ist noch nicht die Analyse dieser Einflußfaktoren, sondern lediglich der Versuch, die Fülle der Ereignisse so zu strukturieren, daß die Bezüge und die problematischen Aspekte deutlicher werden. Auf die eigentliche „Bewegungsgeschichte", vor allem aber auf die von dieser Bewegung geführten Debatten, werden wir in den kommenden Heften in loser Folge eingehen. Die Diskussionen, die wir dazu in der letzten Zeit führten, haben gezeigt, daß die in autonomen Zeitschriften und sonstigen Zusammenhängen geführten politischen und theoretischen Auseinandersetzungen heute neu bewertet werden müssen. Der Text, auf dem unsere Anfang 1994 gestartete Serie beruht, wurde Mitte 1991 fertiggestellt, d.h. er ist noch unter dem Eindruck der Situation der späten 80er Jahre entstanden und versucht – aus einer relativ kurzen zeitlichen Distanz heraus – diese Erfahrungen aufzuarbeiten. Viele der damaligen Ereignisse & Debatten sind inzwischen in Vergessenheit geraten (etwa die Auseinandersetzung um Mindesteinkommen und Existenzgeld) oder von den Verhältnissen überrollt worden (z.B. Startbahn-West, Anti-AKW-Kampf, Autonome und Guerilla) oder müssen 5 Jahre nach der sogen. Wiedervereinigung neu bewertet werden (etwa Autonome und Friedensbewegung, Antifa-Arbeit, Staatskritik und Nationalismus). Weil wir für diese Neubewertung Diskussionszeit benötigen, werden wir unsere Serie von nun an also in loser Folge fortführen. Dabei wird es unter anderem um folgende Themen gehen: Auf welchen Grundlagen beruhte die Debatte um die politisch-technische Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse? Wie ist die Formel „Neues Akkumulationsmodell + neue Technologie = neue Klassen und neue Widerstandsformen" heute zu bewerten? Auf welchem Interessensbegriff beruhte der Jobberinnen-Ansatz? Was verstand man unter „Sozialrevolte"? Wie wurde der Trikont gesehen und wie dessen Status als Peripherie der Metropolen erklärt? Welchen Inter-Nationalismus und Antiimperialismus praktizierte die autonome Bewegung? Wie ging die Sozialstaatskritik und wie wurde der bürgerliche Staat analysiert? Was waren die autonomen Positionen zum Patriarchat und

zum Differenzfeminismus der 80er Jahre? Welchen Begriff hatte man von Faschismus und Nationalismus?

Wer einmal die Ebene der individuellen Erinnerung an diese oder jene gelungene, halbwegs staatsgefährdende Aktion verläßt (daß es immer besser war/ist, am Bauzaun zu rütteln, statt Petitionen an den Bundestag zu schicken, versteht sich von selbst) und sich an einer Kritik der ideologischen Positionen „der" Autonomen versucht, wird rasch zu dem Ergebnis kommen, daß es die in der Szene populären selbstverwirklichenden und sozialrevolutionären Ansätze waren/sind, die den notwendigen Widerstand gegen die germanische „Wiedervereinigung" unmöglich machten. Der militante Reformismus versagte, als es darauf ankam, dem „Volk" die Feindschaft zu erklären. Real zu tun mit „den Massen" hatte die autonome Bewegung eigentlich nie. Sie zog (und ihre Reste ziehen mehrheitlich immer noch) ihr Durchhaltevermögen jedoch wesentlich aus der VORSTELLUNG, im Grunde das gleiche zu wollen wie Millionen Ausgebeutete und Beleidigte – nur eben konsequenter und militanter. Auch nach der „Wiedervereinigung", den faschistischen Pogromen und der Herausbildung eines rassistischen Konsens möchten viele „im Viertel" und anderswo die „sozialen Widersprüche politisieren" oder sich – wie gehabt – „selbst befreien". Am 16. Januar luden verschiedene Berliner autonome Gruppen unter dem Motto „50. Jahrestag der Befreiung – Befreit sind WIR noch lange nicht!" zu einer Diskussion über den 8. Mai. In dem Einladungsflugblatt heißt es unter anderem: „Vielfältig, bunt und kreativ ist angesagt... Nehmen wir UNSERE Befreiung in die eigene Hand." Dazu schrieb die Gruppe Hochverrat in einem Beitrag für die Zeitschrift „radikal" (der auszugsweise auch in der „jungen Welt" vom 18.4.95 abgedruckt wurde): „Der Text spiegelt sie exakt wider: die pure Verhöhnung der Opfer wie der Überlebenden, die Verniedlichung des Nationalsozialismus. Es ist eine Art linker Geschichtsrevisionismus und damit Ausdruck jenes geschichtslosen Selbstverständnisses, das heute nur so weitermachen kann, wie es all die Jahre gelebt hat, nicht weil Auschwitz aufgearbeitet wäre, sondern weil die Voraussetzung zum Weitermachen wie bisher die Umschreibung der Geschichte ist."

Nachdem wir in Heft 9 im Zusammenhang mit dem Rückblick „Fünf Jahre Superdeutschland und die Linke mittendrin" eine Chronologie der Geschichte der Autonomen bis 1991 abdruckten, schließen wir nun – in Heft 10 fehlte uns der Platz – an die Beschreibung von SDS und APO aus Heft 8 an. Kritiken, Anregungen, Ergänzungen und Beiträge zu Teilaspekten des Themas sind erwünscht. *(die Red.)*

Das Ende von SDS und APO

Im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) konstituierte sich schon ab Mitte der 50er Jahre eine antikapitalistisch und sozialistisch orientierte „Neue Linke", die sich mit marxistischer Theorie beschäftigte und auch den antikolonialen Befreiungskampf in Algerien unterstützte. Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD hatte sich der SDS ab 1955 aus dem Parteirahmen der SPD herausbewegt und eine oppositionelle Haltung gegen den Godesberger Kurs eingenommen. Nach einem vom SDS organisierten „Studentenkongreß gegen die Atomrüstung" im Januar 1959 (bei dem der damalige SPD-"Wehrexperte" Helmut Schmidt unter Protest den Saal verließ) wurde der Verband von der SPD als feindliche, kommunistisch unterwanderte Tarn- und Frontorganisation betrachtet. Nachdem im Mai 1960 eine parteiloyale Fraktion den Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) gegründete hatte, brach die SPD im Juli alle Beziehungen zum SDS ab und verkündete im November 1961 den Unvereinbarkeitsbeschluß einer Doppelmitgliedschaft in SDS und SPD (vgl. zur Frühzeit des SDS: Albrecht „Der SDS – vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken", Dietz-Verlag Bonn, 1994).

Endlich unabhängig von der nationalistischen Partei, entwickelte sich der SDS zur wichtigsten linken Kraft in der BRD. Er organisierte Demonstrationen gegen die Apartheid in Südafrika (1965), Ausstellungen und Protestaktionen zum Vietnamkrieg (ab 1966) und gegen den Schah-Besuch (1967). Nach der Ermordung Benno Ohnesorgs wurde der Protest gegen Notstandsgesetze und Springer-Presse zur Massenbewegung. Obwohl aber im Mai 1968 in mehr als 50 BRD-Städten rund 80.000 Demonstranten gegen die Notstandsgesetze demonstrierten, wurden diese schließlich mit der Mehrzahl der Stimmen der SPD-Fraktion verabschiedet.

Von den linken Demonstranten zeichnete Polizeiminister Benda während einer Bundestagsdebatte am 30.4.1968 folgendes Bild: „Von den 827 Beschuldigten, gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, sind 87 bis zu 18 Jahren alt, 210 zwischen 19 und 21 Jahren, 246 zwischen 22 und 25 Jahren; 286 Personen sind älter als 25 Jahre. Nach Berufen aufgegliedert: 92 sind Schüler, 286 Studenten, 185 Angestellte, 150 Arbeiter, 31 sonstige Berufe, 97 ohne Beruf, unbekannt ist der Beruf bei 26 Personen. Meine Damen und Herren, diese Aufgliederung scheint mir zu zeigen, wie falsch es wäre, die Gewaltaktionen als Studentenunruhen zu bezeichnen. Neben militanten Studentenorganisationen, insbesondere dem SDS, waren andere Personen höheren Lebensalters beteiligt. Das erklärte Ziel aller Gruppen ist die „revolutionäre Transformierung" unserer Gesellschaftsordnung, an deren Stelle ein sozialistisches System eigener Prägung treten soll. Der Parlamentarismus wird scharf abgelehnt. Der zur Zeit führende anarchistisch-maoistische Flügel des SDS will eine Räterepublik unter Ablehnung jeglicher Autorität."

Nach dem Scheitern im Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung, dem Einmarsch des Warschauer Paktes in die CSSR 1968 und der Orientierung des SDS hin zu einer Politik der direkten Aktion kam es an diversen Stellen des heterogenen Bündnisses innerhalb der APO und des SDS zu Spaltungen. Im September 1968 schied die KP-Fraktion im SDS aus der Organisation aus. Die in dem Monat neugegründete DKP war durch ihre Befürwortung des Einmarsches in die CSSR diskreditiert und mit ihr diejenigen, die im SDS mit der DKP sympathisierten. Auf der anderen Seite fielen Gruppen aus dem Kuratorium „Notstand der Demokratie" aus dem Konsens heraus; erstens aufgrund der Verabschiedung der Notstandsgesetze und zweitens, weil etliche Gruppen, die einen Kampf um „demokratische Rechte" führen wollten (sie wollten das vom Kapitalismus via Äquivalententausch hervorgebrachte „Ideal" der Demokratie gegen seine schlechte Realität ausspielen, statt die Notwendigkeit des Gegensatzes zwischen Ideal und Wirklichkeit herauszuarbeiten), nichts mit der zunehmenden Militanz des SDS anzufangen wußten. Im Zuge der Dezentralisierung von Aktionen über die SDS-Hochburgen hinaus, kam es weiterhin zur Herausbildung von Basiskomitees und Projektgruppen, die selbständig agierten. Quer zu den Fraktionierungen zwischen den „Traditionalisten" und „Undogmatischen" in APO und SDS verlief zudem die Abspaltung der SDS-Frauen, deren Patriarchatskritik im männerdominierten SDS wenig Gehör fand.

Im März 1970 löste sich der SDS-Bundesvorstand offiziell auf. Zur Begründung hieß es: „Die Organisationsentwicklung des politischen Kampfes kann nur von den Gruppen vorangetrieben werden, die die politischen Kämpfe wirklich führen und sich zugleich an der Entwicklung historisch-materialistischer Theorie beteiligen. Im Einzelnen stehen folgende Aufgaben an: * Verbindung von Kämpfen und praktischer Forschung in arbeitsteiligen Projekten (z.B. Betriebspraxis, Stadtteilarbeit); * Theoretische Entwürfe zur geschichtlichen Lage der kapitalistischen Industriemetropolen, insbesondere Westdeutschlands; * Aktionen und Propaganda, die sich auf lebendige Bedürfnisse der Unterdrückten und entmündigten Klassen konkret beziehen und zugleich den politischen Kampf gegen die Staatsgewalt führen; * Auseinandersetzung zwischen den Gruppen verschiedener Städte; Politisierung der lokalen Informationsorgane; Kritik der Organisationsdogmatiker." (aus: „Studentenbewegung 1967-69, Verlag Roter Stern)

Im Zuge des Zerfalls des SDS und der APO entstanden im Laufe des Jahres 1969 unter dem Eindruck der wilden und legalen Streiks von westdeutschen sowie von in Westdeutschland als „Ausländer" ausgegrenzten ArbeiterInnen die marxistisch-leninistischen Gruppen und Parteien, die bereits 1968 auf der SDS-Deligiertenkonferenz ihre Forderungen nach marxistischer Analyse und leninistischer Organisierung gestellt hatten und die auf die Agitation der IndustriearbeiterInnen setzten. Die Aufnahme dieser Betriebsagitation, zu deren Realisierung tausende Linke als ungelernte ArbeiterInnen in die bedeutendsten westdeutschen Großbetriebe gingen, war von der Überzeugung getragen, daß erst die „Politisierung" des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital die Grundlagen deutscher Reichtumsproduktion und der darauf beruhenden Machtverhältnisse erschüttern kann.

Zur Jahreswende 1969/70 war der SDS bereits in unterschiedliche Strömungen der Neuen Linken zerfallen. Aus den Antiautoritären im SDS, die sich nicht bei der DKP oder den ML-Gruppen wiederfanden, oder die nicht über Jusos und andere Gruppen den Weg durch die Institutionen suchten, entstanden seit 1970 sogen. undogmatische Gruppen, anarchistische und spontaneistische Stadtteilgruppen, sowie diejenigen Gruppen, die sich bei der politischen Arbeit in den Betrieben am Ansatz der italienischen Arbeitskämpfe orientierten.

Auch wenn die APO nach 1968 mangels eines gemeinsamen Handlungskonzepts und einer gemeinsamen Kapitalismuskritik auseinanderbrach, blieb sie politisch und kulturell nicht folgenlos. Die reaktionäre Hegemonie der Adenauer-Zeit wurde durchbrochen, der strikte Antikommunismus, der jede Systemkritik radikal tabuisierte, wurde partiell aufgehoben, die Verdrängung und Relativierung des Faschismus durch die Täter und die personelle und strukturelle faschistische Kontinuität wurde erstmals thematisiert.

Folgenreich waren auch die in der APO-Zeit entstandenen neuen Lebensformen. Dazu gehörten Wohnkollektive und verschiedene Versuche, wenigstens in den zur Verfügung stehenden Randzonen das Privateigentum an Produktionsmitteln einzuschränken; ebenso die heute zur „sexuellen Befreiung" überhöhte praktische Kritik an der repressiven bürgerlichen Sexualmoral, sowie schließlich die Verweigerung deutscher Primärtugenden wie Ordnung, Sauberkeit und Arbeitssamkeit. Es war möglich, die obrigkeitsstaatliche Pflichtorientierung und Gehorsamkeitsbereitschaft aufzukündigen und der strukturellen Gewalt der Herrschenden partiell eigenen Widerstand entgegenzusetzen. Außerdem gelang es, durch Schaffung einer gewissen Gegenöffentlichkeit (Flugblätter, Zeitungen, Aktionen) die Konsequenzen der kapitalistischen Industrialisierung, der patriarchalischen Strukturen, der staatlichen Repression, der imperialistischen Ambitionen und der kompensatorischen Bedürfnisstrukturen zu thematisieren. Indem die APO außerhalb der bestehenden Parteien, Verbände und anderer Institutionen agierte, machte sie deutlich, daß politische Einmischung und Selbstorganisation möglich sind.

Im Kontext der antiautoritären Bewegung entstanden

in den größeren Städten mehr oder weniger linke Milieus mit eigener Infrastruktur (Buchläden, politische Treffpunkte in Clubs und Cafés, Zeitungen, Druckereien, Kinos etc.). Als Folge sogen. Randgruppentheorien (nach denen marginalisierte Gruppen als revolutionäre Subjekte galten), entstanden Stadtteilbasisgruppen gegen lokale Sanierungspläne, Obdachlosen- und Gefangenenprojekte, PatientInnenkollektive sowie die autonome Jugendzentrumsbewegung. Auch Nicht-ML-Gruppen wie die PL/PI (Proletarische Linke/Parteiinitiative) gingen in die Betriebe, um in Weiterführung der antiautoritären Ansätze die Frage der persönlichen Emanzipation und die individuellen Bedürfnisse der ArbeiterInnen zu erkunden.

Die frühen HausbesetzerInnen

Bereits 1970 kam es, organisiert von antiautoritären, aber auch von ML-orientierten (damals war das noch nicht so klar geschieden) StudentInnen, SchülerInnen und Lehrlingen zu ersten Hausbesetzungen in Göttingen, Hamburg und im Frankfurter Westend. Zum Mittelpunkt der Aktivitäten wurden die Hausbesetzungen vor allem, nachdem sich abzeichnete, daß die betriebsinterventionistische Politik in der BRD auf andere Bedingungen stieß, als das beim italienischem Vorbild der Fall war. Die selbständige ArbeiterInnenorganisation außerhalb von SPD und DGB hatte ihren Höhepunkt beim Ford-Streik 1973 in Köln. Da sich die gewerkschaftsunabhängigen ArbeiterInnenkämpfe danach aber nicht ausbreiteten, gingen viele politische Gruppen zur Stadtteilarbeit über. Am Problem der privatkapitalistischen und behördlichen Stadtteil"sanierungs"politik, vor allem der im Zusammenhang mit Luxussanierungen von Altbauten praktizierten „Spekulation" (im Begriff „Spekulation/Spekulant" steckt immer ein antisemitischer Kern und ein Plädoyer für den „anständigen" und „normalen" Geschäftsverlauf), sollte beispielhaft die Wirkung von Grundrente & Kapital, insbesondere die Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche aufgezeigt werden. Dabei sollten Hausbesetzungen den durch Investitionen vorangetriebenen Auflösungsprozeß halbwegs lebenswerter Viertel und ihre Transformation in isolierende Wohneinheiten aufhalten. Begleitet wurden die Besetzungen deshalb stets von Kämpfen für kommunale bzw. lokale Zentren und Treffpunkte.

Im Besetzen der Häuser und in Mietstreiks wurde und wird auch heute noch „der Angelpunkt für den Kampf gegen das Kapital außerhalb der Fabriken" gesehen [Geronimo 1990: 39]. Was natürlich Unsinn ist, weil der Bau von Wohnhäusern eine Vermögensanlage, aber keine Kapitalinvestition ist. Miete und Pacht sind Besitzeinkommen, d.h. ein Teil des vom Kapital „produzierten" Mehrwertes eignen sich die Haus- und Grundbesitzer als Miete oder Grundrente an. Da aber „das Kapital" von vielen Linken ohnehin nicht als gesellschaftliches Verhältnis verstanden wird, sondern schlicht als Metapher für „das Böse", kam und kommt es ihnen auf solche feinen Unterschiede nicht weiter an. In der Hausbesetzerszene entwickelte sich zudem eine Tendenz zur Idealisierung des „eigenen Viertels" (die angeblich „unschuldige Lebenswelt", die gegen die „Kolonialisierungsversuche des System" zu verteidigen ist) und damit ein „Heimatbezug", an dem später nicht nur die Öko-Bewegung in konservativer Absicht anknüpfen konnte.

Hauptort der HausbesetzerInnenbewegung war in den frühen 70er Jahren Frankfurt. Ende der 60er Jahre hatten Großbanken ein Konzept erarbeitet, um Frankfurt zu einer Banken- und Dienstleistungsmetropole umzustrukturieren. Betroffen davon war der citynah gelegene gutbürgerliche Altbau-Stadtteil Westend. Große Grundstückskomplexe wurden aufgekauft. Unter anderem durch die sukzessive Abwanderung der bürgerlichen deutschen Mieter entstand zeitweise ein hoher Leerstand von Häusern. Bis zum endgültigen Abriß wurden die meist sehr großen und recht gut ausgestatteten Wohnungen an Gruppen von ArbeitsmigrantInnen (meist aus Italien) und studentische WGs vermietet.

Die ersten Hausbesetzungen fanden zwischen September und November 1970 in Frankfurt statt. Die BesetzerInnen waren in jeder Hinsicht bemerkenswert heterogen: StudentInnen und junge ArbeiterInnen, Leute mit BRD-Paß und linksradikale ImmigrantInnen („Lotta Continua", „Permanenter Kampf" etc.), Antiautoritäre und Mitglieder marxistisch-leninistischer Gruppen waren gleichermaßen beteiligt. Es konnten im Verlauf der nächsten Jahre auch einige Erfolge verbucht werden, sowohl in Bezug auf Hausbesetzungen („Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen.") als auch in Bezug auf Mietstreiks (eine – wenig überzeugende – Losung hieß: „Nicht mehr als 10% vom Lohn!"). Diese Bewegung hatte auch mit beträchtlichen internen Schwierigkeiten zu kämpfen. Dazu gehörten Frauenfeindlichkeit, Probleme innerhalb der Häuser mit Alkohol, Handel mit illegalisierten Drogen, Herausbildung von internen Machtstrukturen und von Spezialistentum, privatistische Selbstisolierung in den einzelnen Häusern, Differenzen über den Stellenwert von Militanz und Verhandlungstaktiken. Ein erheblicher Teil der Beteiligten hatte übrigens keine explizit politischen Motive. Die relativ luxuriösen Westend-Wohnungen boten einfach auch attraktive Wohnmöglichkeiten für junge Leute ohne großes Einkommen. Bekanntlich haben einige der Frankfurter Häuserkämpfer sogar den Sprung in Landtage und Bundestag geschafft. Einer, der damals dabei war, landete immerhin in der Redaktion dieser Zeitung.

Die Spontis

Die einflußreichste Gruppe, die sich schon bald als Träger der Hausbesetzungen herauskristallisierte, waren die

sogen. Spontis. Der Begriff – „Spontaneisten" – war zunächst von den zum Leninismus strebenden Genossen geprägt worden und sollte ihre Geringschätzung gegenüber jenen ausdrücken, die einfach im antiautoritären Stil der ersten Jahre weitermachen wollten, ohne die Konsequenzen aus den Niederlagen zu ziehen. Aus dem Umstand, daß die so Bezeichneten sich schließlich selbst Spontis nannten (ein früher Fall von Rekontextualisierung), darf aber nicht geschlossen werden, daß die Spontis ein unverbindlicher Haufen sein wollten. Wie die ML-Aktivisten, gingen nun auch viele „Undogmatische" morgens um 6 Uhr zu Opel ans Band und nach Feierabend zur Gruppensitzung.

In Bezug auf Auftreten, Aktionen und Organisation erscheinen die Spontis nachträglich als die direktesten „Vorläufer" der Autonomen. Die ideologische Orientierung der Spontis war damals irgendwo zwischen Maoismus, Anarchismus und freudo-marxistischer (insbesondere der „Reichschen") Gesellschaftskritik angesiedelt und befand sich ständig im Fluß. Zu den Essentials der Sponti-Bewegung gehörten „lockere" Organisationsformen mit gelegentlichen überregionalen Treffen und Koordinierung über Szene-Zeitungen; Betonung von Basisbewegungen und Orientierung an eigenen „authentischen" subjektiven Bedürfnissen und Wünschen (deren bürgerlich-kapitalistische und patriarchalische Strukturierung kaum thematisiert wurde), die Vorstellung von der Existenz einer ursprünglich „unschuldigen" Emotionalität, Sensibilität und Spontanität, die Hoffnung auf Etablierung von Freiräumen innerhalb der dominanten bürgerlichen Welt, die Befürwortung von Militanz gegen Sachen zur Erreichung bestimmter Ziele bei gleichzeitiger Ablehnung der RAF-Strategie und vor allem die Definition des Reproduktionsbereichs (außerhalb de Lohnarbeit) als zentrales Wirkungsfeld. Ihre Aktionen bestanden – neben der disziplinierten Betriebsarbeit – aus gewollt phantasievollen, symbolischen Initiativen wie auch aus praktisch-militanten Aktionen. In den ersten Jahren der Siebziger waren sie schwerpunktmäßig an der Universität, bei Hausbesetzungen und in einigen Großbetrieben anzutreffen. Später verlagerte sich ihr Aktionsfeld in den Aufbau eines eigenen Milieus in den universitätsnahen Altbauvierteln der Großstädte und später zum Anti-AKW-Kampf. Die Spontis traten für die Selbstorganisation von sozial und kulturell Marginalisierten ein. Sie propagierten eine Orientierung der politischen Tätigkeit an den eigenen Gefühls- und Bedürfnisstrukturen („aus dem Bauch" statt „aus dem Kopf") und traten mit dieser Begründung für (geplante) „spontane" Aktionen ein. Ihre politische Tätigkeit beruhte auf Basisgruppen und fand in diversen Publikationen ihren Ausdruck (z.B. „Info Berliner Undogmatischer Gruppen", „Wir wollen alles!"). Nachdem aus dem Göttinger Spontimilieu unter dem Pseudonym Mescalero [vgl. Kursbuch 58, 12/1979] ein Buback-Nachruf erschienen war, der auch eine Kritik an der RAF-Politik enthielt, lief im Rahmen des sog. „Deutschen Herbstes" 1977 auch gegen die Sponti-Linke eine Repressionswelle an, die diese entlang der Gewaltfrage spaltete. Während ein Teil der Szene seinen Frieden mit dem Staat machte (Leute wie Fischer & Co.), wurde der militante Rest mehr und mehr isoliert.

Dennoch gelang im Januar 1978 auf dem TUNIX-Treffen in West-Berlin, an dem 6.000 Menschen teilnahmen, eine partielle Reorganisation. Das Treffen wurde trotz der massiven Repression zu einem Bekenntnis zur linksradikalen „Politik". Es wurde der Ausstieg aus dem Modell Deutschland propagiert und die Unzufriedenheit mit der eigenen Politik artikuliert. 5.000 Menschen veranstalteten die bis dahin militanteste Demonstration in Berlin: die Polizei wurde massiv angegriffen, die Abscheu vor dem BRD-Modell artikuliert und die Freilassung von Berliner Gefangenen wie z.B. den AGIT-Druckern gefordert. Dennoch war der TUNIX-Kongreß das Ende der heterogenen Sponti-Bewegung. Teile gründeten Alternativprojekte (dies entsprach der Integrationslinie der SPD), andere Teile gingen zu den Grünen oder der Friedensbewegung und aus einem weiteren Teil bildeten sich „die" AUTONOMEN.

Die italienische „Connection"

Die Arbeitskämpfe, Sozialrevolten und Hausbesetzungen in Italien wurden von der damaligen BRD-Linken interessiert beobachtet. Die Arbeitskämpfe 1968/69 von hauptsächlich ungelernten MassenarbeiterInnen in den Fabriken des Nordwestens (etwa bei FIAT), die sich in Abgrenzung zur Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften organisierten, hatten auch eine Ausstrahlung in die BRD. Mit diesen Arbeitskämpfen suchten sich viele Linke, die an den neuen Massenuniversitäten studierten, zu verbinden. Die „Autonomia Operaia" („Arbeiterautonomie") kritisierte die bürgerliche und zunehmend offen reaktionäre, systemstützende Politik der KPI und setzte dagegen auf Selbstkonstituierung. Streiks, Demonstrationen und Sabotage waren die neuen offensiven Taktiken. Rätekommunistische, maoistische, leninistische und anarcho-syndikalistische Gedanken flossen in den Ansatz der Autonomia Operaia ein, und damit hatte sie überraschend große Erfolge [vgl. Schwarzer Faden 2/1983].

Neben der Autonomia Operaia als einer im Bereich der kapitalistischen Produktion angesiedelten politischen Organisation, existierte noch die „Autonomi" („autonome Bewegung"), die im Nichtlohnarbeitsbereich aktiv war. Sie wirkte u.a. unter gesellschaftlichen Randgruppen, vor allem unter Obdachlosen und Lohnarbeitslosen. Im Laufe der 70er Jahre wurde der Einfluß der Autonomia Operaia durch massive staatliche Repression

zurückgedrängt. Fast alle erkämpften Positionen (man erkämpfte keine „Rechte", sondern Positionen. „Rechte" werden von Mächtigen gewährt) gingen durch staatlichen Verfolgungsdruck (3000 Menschen wurden wegen angeblicher Verwicklung in bewaffnete Aktionen verhaftet) und privatkapitalistische Repression (Massenentlassungen, Diversifikation der Produktion) verloren. Die Verschärfung der sozialen Konflikte durch die Restrukturierung der Wirtschaft mit massenhaft lohnarbeitslosen Jugendlichen und entgarantierten JobberInnen, führte durch den linken Einfluß zu einer ungewöhnlichen Radikalität in der politischen Auseinandersetzung. Bewaffnete Demonstrationen waren keine Seltenheit. Die Roten Brigaden griffen durch die Entführung von Fabrikdirektoren in die Arbeitskämpfe ein. Neue bewaffnete Gruppen wie „Primea Linea" („Vorderste Front") entstanden. Diese Auseinandersetzungen wurden von vielen Linken in der BRD verfolgt und sie führten hier zu Diskussionen über neue Konzepte des bewaffneten Kampfes im Zusammenhang mit sozialen Bewegungen. Im bescheidenen Rahmen (nämlich dem der eigenen Szene) kopieren ließ sich angesichts der völlig anderen BRD-Verhältnisse (insbesondere angesichts einer Arbeiterklasse, die mehrheitlich den Nationalsozialismus unterstützt hatte) lediglich der JobberInnenansatz. Letztlich blieben nur die aus Italien importierten Slogans: „Wir wollen alles" und „Nehmen wir uns die Stadt" (vgl. hierzu Autonomie NF9/1982 + 12/1983 sowie Schwarzer Faden 2/1983).

„Gefühl und Härte"

„Was sind das für Zeiten, wo ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist, weil es ein Schweigen über so viele Untaten mit einschließt?" (Berthold Brecht)

„Was sind das für Zeiten, wo ein Gespräch beinahe ein Verbrechen ist, weil es soviel Gesagtes mit einschließt?" (Paul Celan)

Nach Auschwitz kann die Rede über die „menschliche Natur", die immer schon ein (philosophischer) Fehler war, keine Argumentationsgrundlage mehr sein. Das „Menschliche" hat sich als nicht naturgegeben, sondern als Diskurs herausgestellt. Wenn definiert wird, was der „Mensch" ist, wird gleichzeitig (per Moral, der sich alle zu unterwerfen haben) definiert, wie man sein muß, „um Mensch zu sein". Diese Tatsachen zwingen dazu, den bürgerlichen (und imperialistischen) Humanismus & Universalismus in Frage zu stellen. In dem Streit, ob man nun jegliche universalistische Kategorie ablehnen, oder ob man innerhalb des universalistischen Feldes wirken soll, um eine Veränderung dessen zu erreichen, was „Universalismus" heißen kann, wäre folgende Position zu diskutieren: „Es ist lächerlich zu meinen, den Rassismus im Namen des allgemeinen Universalismus bekämpfen zu können; der Rassismus ist in ihm schon enthalten. Der Kampf also findet in seinem Inneren statt, um gerade das zu verändern, was wir unter Universalismus selbst verstehen" (Balibar „Der Rassismus: auch noch ein Universalismus", in: Bielefeld (Hg.) „Das Eigene und das Fremde", Hamburg 1992). Die Kritik an den Subjektkonzepten der Aufklärung und der Soziologie ist auf jeden Fall mehr als berechtigt. Ob die vor diesem Hintergrund entstandene poststrukturalistische Infragestellung dieser Konzepte schon die zutreffende Antwort ist, werden wir an anderer Stelle erörtern.

Die autonome Revolte war als Revolte von zwar gemeinsam handelnden, aber gleichwohl bereits „atomisierten" Subjekten immer auch ein leidenschaftliches Aufbegehren gegen die negativen Seiten der kapitalistisch produzierten und daher in bornierten Formen gefangenen Individualisierung. Die Zurichtung durch Familie, Provinz, Staat oder Kapital wurde entschieden abgelehnt und zugleich war diese Flucht vor den repressiven und regulierten Verhältnissen von der Suche nach Alternativen geprägt. Der drohenden „Kolonisierung der Lebenswelt" („die Lebenswelt" erscheint hier als Naturzustand) glaubte man schon durch etwas „Spontanität, Individualität, Kreativität und Phantasie" entgehen zu können, durch „selbstbefreiende" Eigenschaften und Haltungen also, die heute nicht zufällig als Voraussetzungen einer erfolgreichen Bewerbung zum Büroangestellten gelten. Daß die Praxis der „Befreiung von der Entfremdung" eine ewige Essenz, eine menschliche Konstante unterstellt – das wahre, „eigentliche" Selbst, mit dem auch die andere Seite argumentiert – wurde nicht berücksichtigt. Indem man ein Selbst konstruierte, dem die Machtbeziehungen ÄUSSERLICH sind, schien es nur darum zu gehen – gestützt auf die anthropologische, kulturübergreifende Konstante „Drang nach Freiheit" –, diese äußeren Machtbarrieren zu durchbrechen und so das „eigentliche" Selbst wieder freizulegen.

„Direkte" Aktion und aufrüttelnde Informationen galten in der Bewegung der Autonomen viel, Theorie hingegen wenig. Die Parolen waren männlich-hart („Feuer und Flamme für diesen Staat!") und die Analyse schwach (keine Theorie des bürgerlichen Staates). Gegen eine ungewisse Zukunft, den Arbeitszwang, die verlogenen bürgerlichen Werte und Lebensformen, die alltägliche Unterwerfung und die Isolation, setzte man auf „richtige" Werte und somit auf Moral. Wärme & Sinnlichkeit und „Vertrauen in den eigenen Körper" standen hoch im Kurs. Die Idealisierung von Kollektivität im Freizeitbereich oder in der selbstverwaltenden Nische basierte auf einem hochentwickelten Individualismus: „Der Mensch" sollte wieder das Wichtigste sein. Dieser Blick auf „den Menschen" wurde erst durch den Kapitalismus möglich: Die Setzung des Individuums als eines in der Nichtlohnarbeitssphäre politisch aktiven Staatsbürgers, ist das Resultat seiner unmittelbaren Trennung vom gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionspro-

zeß. Erst in seiner abstrakten und „atomisierten" Gestalt konnte das bürgerliche Individuum mit „Menschen- und Grundrechten" ausgestattet werden und „das Wichtigste" werden. Erst die pure, blanke Individualität ermöglicht historisch den Gedanken an „Autonomie". Die strukturellen gesellschaftlichen Voraussetzungen, die es den Einzelnen erst möglich machen, sich als Einzelne zu fühlen und aufzuführen, wurden kaum diskutiert. Ohne es zu wissen, inszenierte man sich als de-zentriertes Subjekt, und ohne es zu ahnen, entnahm man das Ideal vom autonomen Subjekt jenen Verhältnissen, die man zu bekämpfen glaubte. Das „autonome Individuum" ist bereits Resultat der aufgelösten Gesellschaft. Ihm erscheint die Gesellschaft als äußerlicher Rahmen und Beschränkung einer erdachten ursprünglichen Selbständigkeit.

Die „Stimmung" der autonomen Revolte bestand aus einer Mixtur aus no-future-Parolen, Kritik an Beton, Kriegsgefahr (die BRD wurde hier als Opfer der Großmächte gesehen) und Kernkraft. Ein Teil der Bereitschaft zum Widerstand gegen die kapitalistischen Risiken entsprang dem „Gefühl", daß die Menschheit sowieso bald „draufgeht". Akteure mit aufgemalter Zielscheibe und dem Zusatz „Schieß doch, Bulle" auf der Jacke waren Ausdruck dieses Stimmung. Für brave Unterschriftensammlungen zwecks Agitation der politischen Klasse hatte man nichts übrig. Der antireformistische Gestus fiel leicht, weil man nicht mehr davon ausging, in der BRD noch etwas bewegen zu können und weil der Kontakt zur Restgesellschaft sowieso abgerissen war: „Uns stinkt schon längst der Mief aus den Amtsstuben, den Reaktoren und Fabriken, von der Stadtautobahn. Die Maulkörbe schmecken uns nicht mehr und auch nicht die plastikverschnürte Wurst. Sie haben uns genug kommandiert, die Gedanken kontrolliert, die Ideen, die Wohnung, die Pässe, die Fresse poliert. Wir wollen neue Ideen für einen neuen Kampf entwickeln, den wir selbst bestimmen, und uns nicht von Technikern das 'Modell Deutschland' aufzwingen lassen. Wir wollen das Maximale für jeden" (Flugblatt zum Tu-nix-Kongreß).

Irgendwann hatte man aufgehört, die offizielle Politik wahrzunehmen, zu verfolgen, zu kritisieren und zu bekämpfen. Eine viertelbezogene Selbstbezüglichkeit führte schließlich dazu, daß man die „Wiedervereinigung" weder wahr- noch ernst nahm. Nicht wenige Autonome haben sie sogar begrüßt. Gab es nicht wunderbar viele leerstehende Häuser dort im Osten? „Das Maximale für jeden"? Auf welcher materiellen Grundlage? Unter welchen Produktions- und Verteilungsverhältnissen? Mit welcher Technologie?

Autonomes Individuum? Postmodernes Subjekt?

„Die Jugendrevolte am Ende der sechziger Jahre trug allen Verwundungen zum Trotz zu einer Vertiefung des demokratischen Engagements in der Gesellschaft bei." (Richard von Weizsäcker am 3. Oktober 1990)

„Das Partikuläre ist meist zu gering gegen das Allgemeine, die Individuen werden aufgeopfert und preisgegeben. Die Idee bezahlt den Tribut nicht aus sich, sondern aus den Leidenschaften der Individuen." (Hegel)

In der autonomen Bewegung hat man sich wenig mit der Frage beschäftigt, inwieweit die Freiheit des Individuums zur Autonomie wirklich real ist und inwieweit der gesellschaftliche Zusammenhang der „autonomen" Privatmenschen sich hinter ihrem Rücken herstellt. Die Ausbildung von individueller Autonomie vollzieht sich in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in bornierter Form, als Entfremdung der Einzelnen von ihrer Gesellschaftlichkeit und daher von ihrer eigenen wie auch von der äußeren Natur.

Wie autonom können Handlungen (und Sprache) überhaupt sein? „Die Menschen machen ihre Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken" sagt K.M. dazu.

Die Jobs, zwischen denen die Leute frei wählen können, sind durch die Makrostruktur der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und durch die Mikrostruktur der betrieblichen Arbeitsteilung vorgegeben. Vorgegeben ist auch die Wirkung des Geldes: Es stiftet die Einheit von individuellem Bedürfnis (Konsum) und Macht (Markt, Staat). Auch Autonome, die ihre Sozialhilfe im Supermarkt gegen Lebensmittel eintauschen, werden dadurch zu Mitgenießern des allgemeinen Reichtums und seiner ästhetischen Dimension. Auch ihr Geld tauscht sich prinzipiell gegen die ganze gegenständliche Welt und jede Eigenschaft gegen jede. Die kleine, gute und solidarisch erkämpfte Welt (Solidarität, das sollte man nicht vergessen, hat mit Not zu tun. Wir kämpfen solidarisch für Verhältnisse, in denen Solidarität überflüssig ist!), die vielleicht einmal Stützpunkt im Kampf sein sollte, wird – wenn die zu kritisierenden Gesamtverhältnisse nicht im Blick bleiben – schnell zum bereits als Reibungskoeffizient einkalkulierten und daher wenig störenden Mikrokosmos innerhalb einer großen Welt, die nicht zufällig solche Namen wie „Patriarchat", „Nation", „Volk", „Rasse/Kultur" und „Kapital" trägt. ■

Anfang der 80er Jahre schlug eine spezifische Rezeption postmoderner und poststrukturalistischer Einwände gegen Moderne, Humanismus, Subjekt und Vernunft bei jungen westdeutschen Kultur- und MedienarbeiterInnen in einen neuen Frohsinn um, der z.B. unter Titeln wie „wildes Denken" oder „radikale Subjektivität" gegen die damals gültige Geschäftsordnung rebellierte und deshalb auch einen gewissen „anarchistischen" Charme hatte. Foucaults „Vernunft ist Folter" mag dabei eine Rolle gespielt haben, zumal seine Vernunftkritik, die mit einem Gestus des Überziehens vorgetragen wurde (und Adornos Aufklärungskritik ignorierte), auch als antilinke Waffe eingesetzt werden

STIL, DER SIEGEN HILFT

„Authentizität" und „radikale Subjektivität" als „subkulturelle" Durchsetzungsstrategien. Wie ein neuer „Antijournalismus" in den achtziger Jahren die etablierte Publizistik modernisierte.

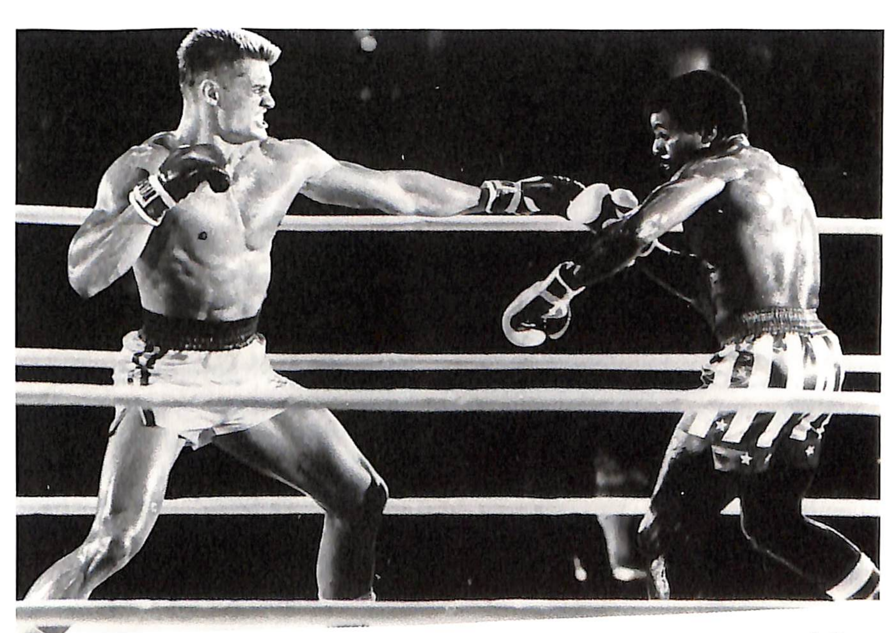


FOTO: VIP-FILMVERLEIH

konnte: Foucault war damals in der BRD AUCH beliebt, weil er Ende der 70er Jahre André Glucksmann unterstützte und weil er ebenfalls den Stalinismus als notwendige Konsequenz der Theorien von Hegel und Marx interpretierte (weshalb Foucault an seiner Vereinnahmung durch Rechtsintellektuelle und nach rechts abdriftende Linke nicht unschuldig ist). Insofern war das neue „wilde Denken", das mit einer Begeisterung für Zeichen und Bilder einherging, nicht nur gegen das Medienestablishment gerichtet, sondern auch gegen die damalige Linke.

Aber Anlaß zur Rebellion gab es allemal: In den Medien war ein „pädagogischer" Grundton vorherrschend, der insofern als „christsozialdemokratisch" bezeichnet werden kann (bei Foucault finden sich für solche Disziplinartechniken treffendere Begriffe), als er zugleich klassisch repressiv (z.B. im Deutschen Herbst) als auch repressivtolerant war (gegenüber „abweichendem Verhalten", das durch Pädagogisierung als „Problem" integriert wurde). Grund zur Rebellion gab es auch gegenüber einer Linken, die moralisierend im Betroffenheitskult schwelgte, kulturkonservative Ressentiments pflegte und heimattümelnd im „alternativen" Provinzialismus versank. Die „klügeren Leute" schien man damals daran zu erkennen, daß sie keine Strickpullover trugen.

Doch hinter der Kritik am bildungsbürgerlichen Kanon und am linken „Kulturpessimismus" (1) verbargen sich nicht nur hehre Motive, sondern auch ganz banale Durchsetzungsabsichten. Die „subkulturelle" Rebellion des Mediennachwuchses, das sollte sich bald herausstellen, war auch eine „Jungtürkenrebellion", bei der es darum ging, die etablierte „Generation" („Altjournalisten", „Altlinke" etc.) aus den Sesseln zu drängen, in denen man selber einmal sitzen wollte. Der „Widerstand" hatte zwar konkrete Gegner, war also nicht nur Simulation, aber es ging auch von vornherein darum, Einfluß auf die Bedingungen des Mitmachendürfens zu nehmen.

Im Journalismus fand diese Rebellion als Streit um den „Stil" statt. Beeinflußt vom jungen US-amerikanischen und britischen Kulturjournalismus – dort war es üblich geworden, daß die Schreiber ihre „Erlebnisse" wie literarische Figuren vortrugen – fragte man jetzt nicht mehr nach einer „objektiven" Qualität von Musik, Bildern und Filmen, sondern danach, welche Wirkung die gebotene Kunst auf das eigene „authentische" Empfinden hatte. Man wollte nicht mehr „sachlich" sein, sondern betont unmittelbar und subjektiv. Real wurde man so vor allem schneller als die etablierten Autoren, die man als zu bedächtig, abwägend, soziologisierend, konventionell und letztlich vertrottelt empfand. Der neue Schreibstil brachte einige scharfsinnige und im

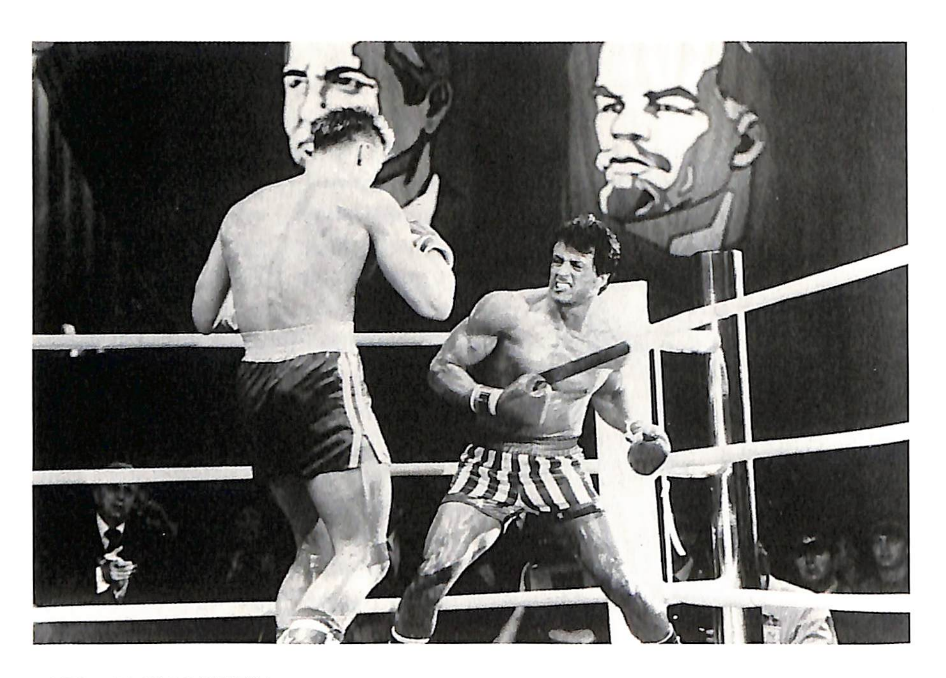


FOTO: VIP-FILMVERLEIH

guten Sinn zynische Texte hervor, zugleich aber auch ein immer schneller werdendes „hippes" und auf „Tabubruch" programmiertes Dabeiseinwollen, dem es auf Argumente immer weniger ankam. Zwischen ambitionierten Akteuren, die großspurig beanspruchten, gegen die Etablierten einen „Krieg der Zeichen" zu führen, entstand dabei ein Code-System, mit dessen Hilfe sich neue Seilschaften aufbauen ließen (heute z.B. Begriffe, die im Umfeld von Rap und Techno entstanden, poststrukturalistische Termini etc.). Die weitere Geschichte ist bekannt: Nach einer heftig-subjektiven Pop-Postmoderne in Zeitschriften wie „Sounds", etablierte sich Mitte der 80er Jahre ein neues „Jungtürkentum" in der Gestalt von „Wiener" und „Tempo". Von dort aus sickerte der neue Schreibstil zunächst in die Stadtzeitschriften und schließlich – beschleunigt durch Karrieren der Rebellen – in die Rubriken „Feuilleton" und „Modernes Leben" der etablierten Tages- und Wochenpresse. Die konsequente Radikalisierung des Konzeptes betrieben dann „Prinz" und schließlich auch – in modifizierter Form – „Focus". Am Ende war der deutsche Journalismus revolutioniert (2). Die „radikale Subjektivität" hatte in der Welt der Medien als Innovation gewirkt und dabei geholfen, den Meldungsumschlag zum „Infotainment" zu verflüssigen. Nachdem in allen großen Medien, vor allem in den Kulturressorts, Leute sitzen, die aus der „Subkultur" kommen bzw. auch weiterhin in den einschlägigen Szenen und Clubs verkehren, sind nicht nur „Wiener" und „Tempo" überflüssig oder ununterscheidbar geworden: Der sogenannte Mainstream ist inzwischen schneller geworden als die weniger finanzkräftigen Magazine mit „subkulturellem" Anspruch. Die Aufrechterhaltung einer Subkultur-Mainstream-Dichotomie ist daher zur unmittelbaren Aufgabe der Kulturindustrie geworden, denn die Idee vom immerwährenden Kampf zwischen „Underground" und „Hochkultur" ist heute so unverzichtbar wie Cowboyfilme. Der verzweigte Mythos von der subkulturellen Dissidenz ist praktisch ein Genre geworden, in das viel Geld investiert wurde. Die Rede von den „Trends, die von der Straße kommen" (und die von „Trendscouts" nach „oben" gemeldet werden) ernährt ganze Industriezweige und deshalb wird uns „die Subkultur" auch dann erhalten bleiben, wenn wir den Begriff nicht mehr hören können.

(die Red.)

DAS BEISPIEL FILMKRITIK

„Ich weiß nicht, wie das geht, eine Filmkritik schreiben. Ich habe keine Ahnung was drinstehen muß und was man verschweigen darf. Mindestens einmal im Monat starre ich stumpfsinnig meine Schreibmaschine an und bitte sie, mir doch endlich zu verraten, was das ist, eine Filmkritik, was es soll, solche Artikel zu schreiben und wen dieses Geschreibsel überhaupt interessiert. Alle Kollegen, die ich schätze haben dasselbe Problem". (Claudius Seidl, 1988)

Die Schreibblockade als Ursprung der Filmkritik. Der Gestus dieser Sätze kennzeichnet exemplarisch den filmjournalistischen Diskurs der 80er Jahre: Schreiben kennt keine Regeln und der bildungsbürgerliche Kanon wird nicht länger akzeptiert!

Norbert Grob polemisierte im Februar 1988 in „epd-Film" gegen die „Besserwisser, die ihr Schreiben über Film bloß benutzen, um die eigenen ideologischen Auffassungen zu illustrieren." Dagegen setzte er auf „literarische Kritiken – kühn gedacht, lustvoll phantasiert und fiebervoll geschrieben." Die Erneuerung der Filmkritik als literarisches Genre erfordert es nach Grob, „dem Kino offen zu begegnen, die Filme fortschreitend zu reflektieren und sie mit flexiblen, stetig wandelnden Kategorien zu erhellen versuchen." Eine „gute Filmkritik" zeichnete sich fortan durch eine postmoderne Schreibweise aus, deren „Diskurs" sich im Sinne von Roland Barthes weder durch Gesetz, noch politische oder wissenschaftliche Instanzen rechtfertigen lassen mußte. Erotisch und ästhetisch sollte die neue Filmkritik sein, und vor allem experimentell: „Nichts ist so überholt wie die soziologisierende Filmkritik, die Bedeutung filtert, statt die visuellen Eindrücke zu entdecken, die interpretiert, statt zu entziffern, die Meinungen propagiert („feiert" oder „zerreißt"), statt für den Leser den Schock des Kunstwerkes zu verlängern." (Grob)

Mit solchen Angriffen auf die etablierte Konkurrenz schuf sich in den 80er Jahren ein ambitionierter Medienarbeiternachwuchs ein eigenes Terrain. Das experimentelle und ausdrücklich subjektive Schreiben – die „literarische Filmkritik" – wurde zum Code eines aufstrebenden Jung-

türkentums: Selbstetablierung durch postmoderne (ästhetische) Rebellion: „Die Frage heißt also nicht: Gibt es ein Leben auf der Leinwand? Und schon gar nicht heißt sie: Gibt es dort auch eine Kunst? Die Frage heißt nur: Was stellen die Bilder auf der Leinwand mit unserem Leben an? Übers Kino zu schreiben, heißt folglich, übers Leben zu schreiben, und daß es hierfür keine feste Form, keine sichere Kategorie, keinen verbindlichen Maßstab gibt, das versteht sich von selbst. Anything Goes, das bezeichnet vielmehr eine unserer höchsten Hürden. Denn wenn alles geht, dann geht alles schwer." (Seidl „No Interpretation").

Die Gleichsetzung von Film und Leben und der Abschied vom „Deduktionismus" erleichterten und beschleunigten den journalistischen Zugriff. Wo die individuelle Wahrnehmung des Autors zum einzigen Kriterium wird, verwandelt sich die Schreibblockade in erhöhte Produktivität. Die filmjournalistische Praxis in Feuilleton und Zeitgeist-Magazinen prägt nun der omnipotente, `literarische' Autor mit Hang zu Alltagsblues und Lebensphilosophie. Postmodernes „Anything Goes", inklusive poststrukturalistischer Verabschiedung jeglicher Meta-Sprache fungieren nun als Kampfbegriffe, die es ermöglichen, den biederen alten Filmkritiker als zeitgeistigen „Starautoren" wieder auferstehen zu lassen. „Linguistische, psychoanalytische und ethnologische Befunde sind die Ausgangsdaten einer neuen Kombinatorik" (Kittler). Gestützt auf eklektizistische Anleihen bei Foucault und Barthes (meist ist es nur Name Dropping) feiert man die individuelle Wahrnehmung als letzte Rettung angesichts der Krise des bildungsbürgerlichen Normativismus. Die poststrukturalistischen Analysen sind hier nur Munition für die neuen Star-Autoren. Die Kritik an den Subjektkonzeptionen der Aufklärung und der Soziologie wird in Wirklichkeit von einem individualistischen Subjektidealismus getragen, was dann auf den Hochglanzseiten zu dem bekannten postmodernen Flair führen sollte.



FOTO: VIP-FILMVERLEIH

Die `neuen' Filmkritiker wehrten sich programmatisch gegen jeden Kanon, sei er soziologisch oder filmästhetisch. Der Wortzauber des neuen Kritikers folgt allein der Macht der Bilder. Diskursivität soll das `wilde Schreiben' nicht stören.

Aber dem `Alptraum Normativismus' läßt sich nicht entkommen, ohne den eigenen Diskurs zu reflektieren. Der Kritiker übersetzt im Medienwechsel Bilder in Wörter, die in Schrift verwandelt werden müssen. Die Differenz zwischen Sichtbarem, Sagbarem und Schreibbarem produziert die Problematik dieses Berufsstands:

„Wie soll die Filmkritik die unausdeutbare Bedeutungsvielfalt jedes einzelnen Bildes, wie soll sie die gegenseitige Durchdringung verschiedenster Zeichensysteme mit wechselnden Hierarchien, wie soll sie das komplexe Verweisungssystem Film, die Bedeutungskonstitution in den Bildern umfassen und erfassen?" (Prümm „Filmkritik als Medientransfer").

Diese Fragen stellen sich jeder Filmkritik. Die `Übersetzungsleistung' hat neben unterschiedlichen Zeichensystemen noch das Verhältnis zwischen Kritik und dessen Objekt zu berücksichtigen: „Die Kritik ist Diskurs über einen Diskurs. Sie ist die `sekundäre Sprache' oder `Meta-Sprache', die sich mit einer `primären Sprache' befaßt" (Roland Barthes).

Die Wörter können ein `Objekt' weder direkt bezeichnen noch ein objektives Urteil fällen. Vor den Wörtern steht der Diskurs als Archiv der Regelmäßigkeiten, deren Ansprüche den Rahmen der individuellen Aussagen bilden. Journalismus als `Vermittlungsfunktion' beruft sich auf Kriterien wie `Neutralität, Objektivität', ohne die impliziten Regeln und Gesetze des eigenen Sprechens und Schreibens zu erfassen. Dagegen fordert Barthes: „Jede Kritik muß in ihrem Diskurs einen impliziten Diskurs über sich selbst enthalten. Jede Kritik ist Kritik des Werkes und Kritik ihrer selbst".

Die Kritik soll sich gegen eigene Axiome kehren. Texte sollen Voraussetzungen, Maßstäbe und Kategorien des Diskurses reflektieren. Eine derartige Praxis steht den `neuen, wilden' Filmkritikern fern. Das eigene Schreiben gilt als normfreies Experimentieren – eine Schreibweise LEUGNET ihre Diskursivität!

Die 80er Jahren sahen den Sturm & Drang einer `neuen' Generation von Medienarbeitern auf die Feuilletons und Kulturbastionen der Altvorderen. Schon seit den 60ern beklagten die `Neuen' die Autokratie der Etablierten, deren normierter Kanon willkürlich den Diskurs bestimme. Und die `neuen Wilden'

der 80er Jahre nutzten den Zirkel der Selbstzweifel: Nicht ein eigenständiger Diskurs, die eigene Persönlichkeit hatte sich durchzusetzen.

Der Kern der `neuen' Kritik besteht in einer konstruierten Dichotomie: Die Intensität unmittelbarer Wahrnehmung triumphiert über Normativismus, dem `gesellschaftskritischen' Diktat der Vorgänger. Die `Jungen' behaupten nur die Filme zu sehen, dagegen instrumentalisierten die `Alten' das Kino zur Fußnote der Gesellschaftskritik. Im Gegensatz zu den Kritikerkarrieren der 60er Jahre verzichteten viele Newcomer allerdings auf jede Distanz zum Feuilleton. In den 80er Jahren beginnen etliche Karrieren DIREKT in Großverlagen: Der 21jährige Andreas Kilb startete 1982 bei der `Frankfurter Allgemeinen', Claudius Seidl schrieb ab 1983 mit 24 Jahren für die `Süddeutsche Zeitung'.

In den 90er Jahren schließlich, erfuhren die Kampfbegriffe der `80er-Generation' eine realitätsgerechte Erdung. Der Hochglanz der heilen BRD-Welt splitterte mit der „Wiedervereinigung". Während die Trendmagazine der 80er Jahre in die Krise gerieten, bewährte sich der neue subjektive Schreibstil als geeignete Form für die flotte Anpassung an die neue Lage.

NACHBEMERKUNG:

Die smartesten unter den neuen Schreibern konnten das „Underground"-Werkzeug der 80er Jahre direkt kulturindustriell adäquat in den Großverlagen anwenden – als egomanisches Großkritikertum (im Spiegel z.B. Seidl), als warenfetischistische Mythologen einer reaktionären Raveindustrie (Poschardt alias Paul Metall in Tempo, Spiegel, Vogue und, jetzt 28jährig, beim SZ-Magazin), als Neo-Pop-Infanten (von Utzlar in der SZ), als pseudosensibles Langweilertum (Göttler und Althen in SZ und Vogue) und als Journalistenschulenreportage-Pop (Huetlin im Spiegel und Höbel in der SZ). Andere haben es nur zu Nutznießern zweiter Ordnung gebracht (die Vogue/Frontpage/VIVA-Connection aus dem „Spex"-Umfeld). Wege, wie der von Gorris (Spex, Zeitmagazin, Stern, Premiere, Tempo, Woche) sind hier die Ausnahme (3). Für den Rest bleiben die Kunstsymposien. Einen kleinen Triumph wird diese `Geschichte einer wilden Ästhetik' nochmals im Herbst 95 feiern: Dann veröffentlicht der oben erwähnte Ulf Poschardt seine vom Medientheoriestar Prof. Kittler betreute Doktorarbeit über „DJ-Culture" bei Rogner & Bernhard (4).

Peter Keesen

*Literaturhinweise: Barthes „Was ist Kritik", in: R. Barthes „Literatur oder Geschichte", FFM 1969. * Blumenberg „Kinozeit. Aufsätze & Kritiken zum modernen Film 1976-1980", FFM 1980. * Grob „Pamphlet für den ästhetischen Diskurs", in: epd Film 2/88. * Kilb „Abschied vom Mythos", in: Grob/Prümm (Hg.) „Die Macht der Filmkritik", Mü. 1990. * Kittler „Austreibung des Geistes aus den Geisteswissenschaften", Mü. 1980. * Prümm „Filmkritik als Medientransfer. Grundprobleme des Schreibens über Filme". * Seidl, Claudius „Müssen Kritiker kritisch sein?", in: Grob/Prümm (s.o.). * Seidl „No Interpretation", in: epd Film, 2/88.*

Anmerkungen: (1) Mit dem Schlagwort „Kulturpessimismus" wurden rechte (Spengler, Heidegger, Syberberg) und linke (Adorno, Horkheimer) Kritiken der Aufklärung und – unter Hinweis auf Adornos Vorbehalte gegen Hollywood – der Kulturindustrie, unterschiedslos belegt. Die notwendige Kritik an „linken" Ausfällen gegen „die amerikanische Plastikkultur" (die gibt es immer noch) schlägt besonderes in „subkulturellen" Szenen schnell in eine antilinke Affirmation des allgemeinen Mitmachzwangs um: „Gute Laune ist progressiver als Kulturpessimismus" („Spex"). (2) Einige Blätter, etwa die „FAZ", verteidigen den bürgerlichen Journalismus alten Typs vehement gegen den Einbruch des radikalen Subjektivismus, den sie nicht wirklich kritisieren können. Wer diese Entwicklung in den 80er Jahren ignoriert hat, wird sie im Nachhinein auch nicht mehr rekonstruieren und verstehen können. Was dann bleibt, ist das konservative Ressentiment gegen die „neue Beliebigkeit". So geht es auch nicht wenigen Linken, die Blätter wie „Tempo", „Max" oder „Prinz" (bei der „Woche" sind sie sich nicht ganz sicher) nur mit biederen bzw. „hochkulturellen" Argumenten kritisieren können, weil sie nicht mitgekriegt haben, worin deren Pointe liegt. Solche Linken bevorzugen die „FAZ", weil sie mit dieser Zeitung die Ablehnung des neuen Stils teilen. Jenseits politischer Gegnerschaften existieren oft überraschende kulturelle Gemeinsamkeiten. Wer diesen kulturellen Konsens kritisieren möchte, kann sich nicht auf das Feld beschränken, das üblicherweise als „Politik" bezeichnet wird. (3) Der beschleunigte Umschlag des Medienkapitals, an dem der „neue Journalismus" beteiligt war und ist, hat nicht nur die „Underground-Mainstream"-Dichotomie gekippt, sondern bedroht nun auch die Karrieren etlicher „Rebellen". Cordt Schnibbens Klage über „Mac-Journalismus" (McDonald's = Feind deutscher Kultur!) als „verlegerisches Sparmodell" in Heft 1/95 von „Spiegel Special" (Thema: „Die Journalisten") ist auch bei vielen radikalen Subjektivisten gut angekommen. Seine dem Sozialkundebuch entnommene Journalistenethik ist gleichwohl lächerlich: „Die Produktion von Information ist nicht zu rationalisieren wie die Produktion von Toilettenpapier." Als wäre die alte Lüge über die Trennung von „Meldung und Kommentar" eine Alternative zur „postmodernen" Komposition und Neukontextualisierung von „Fakten". Beides sind Formen des bürgerlichen „ideologiefreien" Sachdenkens, das ja „Wirklichkeit" nicht umlügt, sondern zu „Tatsachen" entmischt. Die meisten Meldungen in „Focus" (das Blatt hat Schnibben im Juli wegen dem „Mac-Journalismus"-Vorwurf verklagt) sind, wie die vom „Spiegel" auch, keiner Lüge überführbar. Die „Wahrheit" einer Meldung ist eine Machtfrage. (4) Die „Rebellen"-Bündnisse aus den Achtzigern funktionieren auch in den Neunzigern: Die Fotos in dem Buch sind von „Spex"-Fotograf Tillmans. Als externer Gutachter der Doktorarbeit war Diederichsen bestellt. Über dessen Buch „Freiheit macht arm" hatte Poschardt im „Spiegel" 49/93 drei lobende Seiten geschrieben.

(die Red.)

FROM SUB-STREAM TO MAIN-CULTURE

Das endgültige Ende des Subversionsmodells Pop-Subkultur™

1. Es gibt heute keine KULTURELLE Opposition zur Kulturindustrie mehr, die nicht selbst bereits Teil der Kulturindustrie wäre. Das Subversionsmodell „Pop" ist in das impliziert, dem es sich dem Anspruch nach widersetzt: „Kulturelle/Künstlerische Opposition" kann nicht mehr als Transzendenz der Kulturindustrie gedacht werden und Ziel einer Kritik kann nicht die Erringung kultureller Hegemonie sein (was weder möglich, noch erstrebenswert ist). Wer die Kulturindustrie kritisiert, muß deshalb an ihr zugleich teilhaben und nicht teilhaben. Der Selbstbewegung des Objekts vermag nur zu folgen, wer es kennt, ihm aber nicht vollkommen angehört. Solange die dissentierende kulturelle „Subversion" darauf verzichtet, die Verhältnisse wirklich anzugreifen, ist sie – auch gegen gutgemeinte Intentionen – eine Form des Sich-Einrichtens in den Strukturen. Selbstbeschränkung auf kulturelle Kritik ist eine Handlung, die auf Machtpartizipation hinausläuft, auf



Ein halbes Jahrhundert vor den Antiautoritären proklamierten und praktizierten Grosz und Heartfield die Umleitung der Fantasie aus der Kunst in die Politik

Macht IN der Kulturindustrie und damit auch auf die fortbestehende Trennung geistiger und körperlicher Arbeit (nach Adorno die verleugnete „Erbsünde der Kunst").

2. Die „Machtfrage" wiegt schwerer, als daß sie durch (symbolische) „Subversion" zu lösen wäre. Mit der Entwicklung der jeweiligen Reproduktionsformen des Lebens (und nicht nur der herrschenden Machtstrukturen) wird die Potentialität von Macht mitentwickelt. Dagegen muß mehr aufgefahren werden als „Gegendiskurse" und „Subversion". Solche Konzeptionen, die zunächst als Reaktion auf die „politischen" Beschränktheiten traditioneller linker Organisationen entstanden (wie etwa bei Foucault), verkamen letztlich zur Geste und wurden damit selbst zur großen Verhinderung einer Kritik des Politischen. Der Beschränkung der einen auf die „kulturelle" Kritik entspricht die Beschränkung der anderen auf die „politische" Kritik. Beide Varianten ignorieren den ZUSAMMENHANG von Kultur & Imperialismus, wie ihn z.B. Said beschrieben hat und dem, weil er keiner von Basis und Überbau ist, weder mit „kulturalisierter Poli-

Subkultur is a registered trademark of VIVA & PopKomm

tik", noch mit „politisierter Kunst" beizukommen ist.

3. Von Frank Zappa bis Jeff Koons haben schon viele gezeigt, daß auf dem Boden von Kunst & Pop keine Rebellion zu gewinnen ist. Aber noch diese Feststellung selbst (die als abweichende Meinung abermals verkäuflich ist) nährt einen Diskurs, der von der allseits beliebten Unterstellung lebt, die reale Anpassung sei nur verhinderte (vereinnahmte, reterritorialisierte) Rebellion. Der bewußt ahistorisch gehaltene Reterritorialisierungs-Diskurs (der nie von politischer und militärischer Unterdrückung spricht) ist ein Blanko-Zertifikat, das pauschal und unspezifisch allen, die daran interessiert sind, ein rebellisches Interesse bescheinigt. Das Thema können die Besitzer dieses Zertifikats selbst eintragen. Eine Unterscheidung zwischen wirklich riskanten Rebellionen (und den konkreten Gründen ihres Scheiterns bzw. ihrer Unterdrückung), Rebellionen die jederzeit abgebrochen werden können und elitären Rebellionen, bei denen die Stilisierung zum Außenseiter dazu dient, die dominierenden Eliten zu verdrängen, ist in diesem Konzept ausgeschlossen. Durch die Abstraktheit des Konstrukts erübrigt sich zudem die Betrachtung des KONKRETEN Falls (Wie genau kam es denn – z.B. bei Techno – zu einem „Vereinahmungsproblem"? Wer hat wann wie konkret gehandelt?)

4. Wer an das Subversionsmodell „Pop" immer noch ernsthaft glaubt, muß sich in einer Welt aus Verrätern wähnen: Portraits von linken Musikern in Springer-Zeitungen, Nachtsendungen mit Helden der Subkultur bei VOX, Vorstellung von Dancefloor-Jazz-Clubs in Sportswear-Magazinen, trendsetzende Clubmacher mit ihren Videos auf VH-1, MTV-Werbung im Zentralorgan der Gegenkultur, „Street Sound Systems" bei VIVA, Kooperationen zwischen Kleinstlabeln und Majors, Alternative Rock bei WEA, Subversionstheoretiker im Spiegel und die Insidertips als 'Platte des Monats' in Prinz.

Das kulturelle Subversionsmodell (Wir sprechen hier nicht von real Marginalisierten, sondern von freiwilligen Outsidern: „Music for you and me, not for the industry"/Biohazard) ist so angelegt, daß der Prozeß des Zu-sich-selber-Kommens des Pop als Verfallsprozeß erscheinen muß. Die damit einhergehende Entrüstung über „zunehmenden Verrat" und sich „ausbreitende Käuflichkeit" befördert wiederum die Suche nach Unmittelbarkeit, unverfälschter Authentizität und glaubwürdigen Idolen. Auch Zyniker, die die PR-Bündnisse und Karrierestrategien von „Künstlern" und „Kulturkritikern" selbst wieder zum gut bezahlten Kunstthema machen, pushen letztlich nur den Glauben an eine verborgene und daher freizulegende Wahrheit der Kunst. Jede „Entlarvung des Verrats" bleibt in der Logik der Sache stecken. Die Kritiker und Ideologen des „Vereinnahmungsproblems" (auch Trendscouting ist keine Vereinnahmung!) outen sich am Ende als die letzten romantischen oder abgebrühten (ihre Interessen schützenden) Verteidiger des Subversionsmodells. Auch unser Ärger über Leute, die ihre „Dissidenz" an MTV verkaufen, droht immer vom heiligen Glauben an den guten Ursprung eingeholt zu werden.

5. Das Subversionsmodell „Pop" ist heute dort angelangt, wo die Kunst in den 60er Jahren mit Pop-Art angelangt war: Am Ende der Fahnenstange. Damals hatte sich die künstlerisch-kulturelle Moderne endgültig erschöpft. Die Pop-Art der 60er Jahre legitimierte erstmals Inhalte von Populärkultur und Massenmedien und veränderte dadurch, daß sie den Massengeschmack nicht mehr läutern wollte, nicht nur den high-culture-Status der bildenden Künste, sondern demontierte auch die traditionell gewordenen Avantgardekunstproduktion (vgl. Heft 10, S.88). Mit dem Übergang von Pop-Art zu Art-Pop ging die Stafette an die sich herausbildende youth culture über, die den Kunst-Diskurs noch einmal im Schnelldurchgang (aber bereits innerhalb der Kulturindustrie) nachspielte und die, nachdem sie selbst einen Kanon und schichtenspezifische Rezeptionsniveaus (spätestens seit „Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band"/1967) produziert hat, reif für die Uni („Kulturwissenschaften") und das Bündnis mit dem Kunstbetrieb ist, dem der Gegensatz „avantgardistisch" versus „traditionell" bzw. „epigonal" längst als überholt gilt.

6. Pop-Subkultur als Subversionsmodell ist strukturell nicht mehr möglich, das wissen die Ideologen oft besser als das Publikum. Ein Gegensatz zwischen kulturellem „Underground" und (angeblich homogenem) kulturellem „Mainstream" existiert schon lange nicht mehr. Mit dem beruflichen Aufstieg der 80er-Jahre-Rebellen ist das Thema Subkultur konkret abgeschlossen. Aber das bedeutet nicht, daß avantgardistisch-subkulturelle Gesten keine materielle Basis mehr hätten. Die theoretische Erkenntnis ist nicht das gleiche wie die soziale Wirklichkeit. Die massenkulturellen Praktiken absorbieren angesichts des sozialen Abgrenzungs- und Unterscheidungszwanges die alten hochkulturellen Praktiken (vgl. Heft 10, S. 75) und reproduzieren deren hierarchische Differenzierung. Wir haben es mit einem soziokulturell-ökonomischen System zu tun, das immer vielfältigere Muster hervorbringt, das diese Mannigfaltigkeiten gegeneinandersetzt, hierarchisiert und sich in den Konkurrenzen zwischen ihnen aufrechterhält. Es gibt daher heute hohe, mittlere und niedrigwertige Pop-Kultur und somit auch im Pop Raum für hochkulturelles Künstlerverhalten und Avantgarde-Praktiken. Nur ist das heute deutlicher als Klassenkampf-Prinzip erkennbar. Der „Underground" wird uns überdies auch deshalb erhalten bleiben, weil die Kulturindustrie viel Geld in diesen Mythos investiert hat. „Pop-Subkultur" ist heute ein Industrieprojekt. Die Underground-Mainstream-Dichotomie wird von der Kulturindustrie als unverzichtbares Identifikationsangebot gesponsort. Wer daher Pop als Subversionsmodell konservieren will, bejaht auch den Erhalt seiner kapitalistischen Voraussetzungen. Wer es ablehnt, muß jedoch, soll diese Ablehnung nicht reaktionär ausfallen, zugleich eine andere Gesellschaft wollen.

(die Red.)

Nachdem Techno ein Medienphänomen und ein lukrativer Markt ist, fühlen sich viele berufen, etwas dazu zu sagen. Und manche, etwa die irgendwann zu reden anfängt." Unter den rund 30 AutorInnen sind einige, die beruflich oder als Fans mit Dance-Pop, House oder Techno-

My Life With The Techno Kult

zu: „Techno" (Herausgegeben von Ph. Anz und P. Walder. Zürich 1995, 280 S./59–65 DM).

Freunde der PolitKunst-Opposition, würden sich gerne ein Stück vom Techno-Image ausborgen. Die meisten Zugriffsversuche scheitern jedoch am heute üblichen „Authentizitätstest": Glaubwürdig sprechen kann nur, wer nicht von außen kommt. Indem sich die Herausgeber dieses Bandes diesem Erfahrungsterrorismus unterwerfen – „Wir berichten nicht von außen... sondern mitten aus dem Gewühl heraus" – outen sie sich schon auf den ersten Seiten als anbiederische Poser. „Von Fans für Fans" ist nur die zeitgemäße Variante des alten Betriebszeitungsuntertitels „Von Kollegen für Kollegen" (Patrick Walder ist WOZ-Redakteur). Anbiederisch ist auch das Bekenntnis zum Spaßzwang, mit dem das erwartete antiintellektuelle Ressentiment unterlaufen werden soll: „Zu denken gegeben hat uns, daß wir neben dem Feiern auch denken können – und wollen." Eine billige Masche von Leuten, die vom Schreiben leben und ihren Spaß brav auf den Feierabend verlegen. „Techno", das sei hier schon gesagt, ist ein leichenfledderisches Werk, das – NACHDEM via Mayday, Love Parade, Kirmestechno-Charts, Mode-Linien, Magazine und tausende Illustriertenberichte wirklich ALLE ihr Bild von „dem" Techno haben –, so tut, als würde Techno nun erstmals persönlich zu uns sprechen: „Es mußte ja kommen, daß Techno Varianten zu tun haben und deshalb von sich sagen, daß sie diese Musik „leben". Für viele von ihnen bildet der Plattenrand den Horizont, was, wenn es konsequent durchgehalten wird, ganz angenehm sein kann, weil „ideologisch" nicht viel falsch macht, wer lediglich viele Maxis sammelt und sie nach BPM, speziellen Geräuschen oder Label-Namen katalogisiert. Die entsprechenden Artikel in Dance-Magazinen bestehen dann vor allem aus Plattenauflistungen. Neben Portraits von DJ-Idolen wie Juan Atkins, Richie Hawtin, Jeff Mills und Miss Djax, die, obgleich im Widerspruch zur ebenfalls kolportierten „Utopie" vom Verschwinden des „Autors", wegen ihrer Harmlosigkeit kaum kritisiert werden können, gibt es auch einige solcher nur an Platten orientierten Subgenre-Beschreibungen in diesem Buch. Während manche Autoren sich erfolgreich an den Maxis entlanghangeln (Detroit, Acid, Gabber), werden andere jedoch Opfer eines plötzlich erwachten „Anspruchs": „Bei Naturvölkern und Stämmen von Eingeborenen finden wir heute noch viele solcher Riten, bei denen Tanz und Rhythmus meist zentrale Rollen spielen." (über Trance). Viele der Autoren (es gibt vier Autorinnen) „aus der Szene", haben zudem jenes seltsame pädagogisierende und soziologisierende Verhältnis zu ihrem eigenen Tun, das schon in den 70er Jahren Sozialarbeiter und Richter zur Verzweifelung brachte („Daran, daß ich straffällig wurde, ist meine unglückliche Kindheit schuld"). Hier reden Leute über ihre Tanzaktivitäten, als wären sie in einem Selbstbeobachtungs-Workshop. Zu jeder Beschreibung wird das gesamte Spektrum möglicher Kritik immer schon mitgeliefert. Und der esoterische Ton ist allgegenwärtig: „Körper korrespondieren im Tanz... Arme antworten... Worte und Werte der anderen Welt verlieren an Bedeutung... Gedanken formen sich zu Bildern... ein kollektiver Schrei." Oder: „Ich habe darunter gelitten, daß ich nicht integriert war", „ich bin körperbewußter, sensibler und herzlicher geworden", „erkenne dich selbst", „antworte mit deinem Körper auf sämtliche Fragen". Und Patrick Walder, der hier als teilnehmender Beobachter auftritt, verfällt in einen essentialistischen Sex-Diskurs: „Techno findet quasi in einer gesellschaftlich unkontrollierten Zone des – kurz gesagt – Triebhaften (!) statt." Und so enden dann seine Betrachtungen über die „jungen Körper, die sich mit Lust der treibenden Beatmaschine ergeben und scheinbar nie ermüden", ebenfalls bei esoterischen Sprüchen: „In vielen Berührungen zwischen den tanzenden Körpern verliert sich die Haut als Grenze".

Heimlicher Held dieses Buches ist ein neuer Jungunternehmertyp (hier heißt er „Underground-Label"), der nicht nur innovativ & dynamisch im Sinn der herkömmlichen BWL ist, sondern auch sein kulturelles Kapital einsetzt (Verbindung zur Posse halten, auf ein streetwise-Image achten, eventuell selbst Platten auflegen), der also reales & kulturelles Kapital auf NEUE Weise zusammenfügt. „Die wenigsten haben es geschafft ohne diesen grundlegenden Respekt des Undergrounds weiterzukommen." Als Motiv des neuen Unternehmers erscheint hier nicht der Profit, sondern die Möglichkeit „mit eigener Kreativität in einer auswegslosen Gesellschaft zu überleben." Der Feind sind die „unbeweglichen" Monopole, deren Kolonisierungsversuche heroisch abge-

schmettert werden – „damit die Musik überlebt".

Besonders nervend ist das Kapitel „Die Geschichte des Techno". Hier, wo man nicht nur einzelne Subgenres umreißen will, illustriert die Reihung von Plattenoutputs lediglich ein aufsteigendes Fortschrittsmodell. Wie in den schlechtesten Geschichtsbüchern werden „Daten" deterministisch zu Ereignisketten verdinglicht. Mit unerbittlicher Gesetzmäßigkeit läuft alles, was „vorher" war, auf das bekannte Resultat hinaus. Im Abschnitt „Die deutsche Avantgarde" wird eine deutsch-avantgardistische „Vorgänger"-Linie von Krautrock über Kraftwerk („Wir sind die Kinder von Werner von Braun und Fritz Lang") zu Techno gezogen, wodurch Tangerine Dream als unmittelbare Erben von Schönberg, Stockhausen und Steve Reich erscheinen (das bekannte Klasseninteresse am Imagetransfer muß die anerkannten „alten Avantgarden" auf Pop beziehen). Diese Konstruktion reduziert z.B. die Londoner Polytechnikstudenten Pink Floyd, deren Electro-Pop seit 1965 (zehn Jahre vor Kraftwerks „Autobahn") sehr einflußreich war, auf ein Randphänomen. Aber Pink Floyd hatte nicht nur elektronische Musik in den POP eingeführt, sondern auch die Sciene-Fiction-Thematik dazu geliefert (der in Kalifornien lebende Computerspezialist Kai Krause berichtete kürzlich in der ZEIT, wie er die US-amerikanischen Synthesizer-"Wunderwerke" ARP 2600 und Farfisa Ende der 60er Jahre erstmals auf dem Cover des Pink Floyd-Albums „Ummagumma" entdeckte). Auch der Einfluß der Residents („teutonische" Elektro-Klänge und gegen die „Künstleridentität" gerichtete Auftritte mit Masken: „Meet The Residents"/1974, „The Third Reich'n' Roll"/1976), die hier nur im Rahmen eines lapidaren Name-Droppings vorkommen, wird vollkommen unterschätzt. Ebenso fehlen, neben einem Kapitel über Dub, Hinweise auf den frühen „Techno-Reggae" von On-U sowie auf Industrial HipHop und Freestyle-Dancefloor. Wie wenig Techno von den Autoren als Diskurs begriffen wird, zeigt besonders deutlich die Bemerkung: „Das Magazin Frontpage widmete sich EBM und Industrial, ehe die Zeitschrift nach und nach auf Techno umschwenkte". In Wirklichkeit wurde damals versucht, durch eine anmaßende Subsummierung heterogener Stile (von Mark Stewart bis EBM) unter das Label „Techno", eine technikfetischistische Sicht diskursiv durchzusetzen (vgl. die frühen Ausgaben von „Frontpage", die ab 1990 der Zeitschrift „Network Press" – seit 6/89 mit eigener Techno-Rubrik – beigelegt waren. Zur Kritik der Unterwerfung aller Electro-Sounds unter einen von der blitzenden Maschine faszinierten Techno-Begriff, vgl. Jacob „Agit-Pop", S.171).

Die antike „We are the future"-Pathetik und die billigen „Reise in die Galaxis"-Glücksutopien, die in diesem Buch ausgebreitet werden, sind lächerlich, weil der „futuristische" Techno angesichts von interaktiver CD-ROM, Datenhighways, digitalen Datenbanken etc. technologisch veraltet ist. Nicht minder antik wirken die gehandelten ex-avantgardistischen „der Musiker als Maschinist"-Konzepte. Durchaus aktuell sind hingegen die totalitären und sozialtechnologischen Macht- und Machbarkeits-Phantasien („ungeahnte technische Möglichkeiten", „riesige Schritte in der Evolution" und ähnliche reaktionäre Fetischismen), die hier im Zusammenhang mit neuen Avantgarde- und Elite-Entwürfen („digital bohemian style") vorgetragen werden.

Interessant ist, daß „Techno" allen „problematischen" Themen aus dem Weg geht: Es gibt keine Beiträge zum deutschen Kirmes-Techno, zum Marschmusik-Techno von Projekten wie U96, zur „spielerischen" Gewöhnung an „Tribe" und „Nation" (das Logo als Hoheitszeichen!), zur Raving-Society-These (Spaßfunktionär Jürgen Laarmann kommt kommentarlos zu Wort), zu den technologischen, wirtschaftlichen und „ideologischen" Ursachen der deutschen Marktführerschaft in diesem Genre oder zum Technik-Mythos. Affirmiert wird hingegen die Hauptstadteuphorie der deutschen Szene: „In Deutschland erfolgte der Durchbruch 1991. Die Zentren waren Frankfurt und Berlin, eine Stadt im Umbruch, wo nach dem Mauerfall paradiesische Zustände punkto abgefahrener Party-Locations herrschten." Die ravenden Wiedervereinigungsgewinner.

Wegen all dieser dem Durschnittsbewußtsein entsprechenden Positionen funktioniert „Techno" als modernes Gutmenschen-Kursbuch. Mit diesem Buch können Pädagogen, Psychologen, Jugendzentrumsleiter, Eltern, Marketing-Strategen, Modernes-Leben-Redakteure etc. gleichermaßen zufrieden sein. Manche werden es ihren Neffen zur Konfirmation schenken; einige linke Magazine werden es als Abo-Prämie ausloben. Es ist umfassend (man hat alles im Griff), ausgewogen (Pro & Contra), radikaldemokratisch-verantwortungsbewußt (Warnungen vor Fehlentwicklungen & Übertreibungen, ausloten von Hoffnungs- und Enttäuschungspotentialen) und designerästhetisch-optimistisch (der Zukunft zugewandt, wie schon am tollen holographischen Einband zu sehen ist). Mit den gängigen Medienberichten über „die Techno-Jugend" hat der Band die Fragestellung gemeinsam: Muß man sich um die Jugend sorgen? Die Antwort lautet: Nein, sie ist höchstens zu brav, was ja auch nicht gut ist, weil ein bißchen Protest und Auslotung der Grenzen zur Staatsbürgerschulung gehört. Dieses Buch hat keine Feinde. Es tut niemandem weh und kritisiert niemanden wirklich. Es redet wie der „Stern" („Hier tanzt die Gentech-Generation", „Wie keine andere Kultur hat Techno die Nacht als Raum erobert" etc.) und ist so nett wie ein Techno-Rave. Die gelungene Mischung aus Nachschlag/Standardwerk und Consumer's Guide könnte auch von Philip Morris oder Sony gesponsort oder als Sonderdruck von „Spiegel-Special" erschienen sein.

G.J.

Der Streit um Identität

zu: Judith Butler „Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts" (Berlin 1995)

Das letzte Buch von Judith Butler, das im Original „Bodies that matter. On the discursive limits of 'sex'" heißt (vgl. dazu Heft 10, S.84), liegt seit Mai in deutschsprachiger Übersetzung unter dem fragwürdigen Titel „Körper mit Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts" vor. Butler hat 1990 mit „Gender trouble" (dt.: „Das Unbehagen der Geschlechter", 1991) deshalb Aufsehen erregt, weil sie die in der differenzfeministischen Theoriebildung fundamentale Unterscheidung zwischen sex und gender radikal in Frage stellt. Was besagt diese Differenzierung? Die Trennung von sex und gender – im Deutschen wird die Gegenüberstellung zumeist mit den Begriffspaaren „biologisches" versus „soziales Geschlecht" oder „Geschlecht" versus „Geschlechtsidentität" gefaßt – geht implizit auf Simone de Beauvoir zurück, die in ihrem Hauptwerk „Le deuxième sexe" (dt.: „Das andere Geschlecht") den Satz geprägt hat: „Frau wird nicht als Frau geboren: sie wird es." Damit wurde erstmals eine Entkoppelung von „Identität" und „biologischem Geschlecht" formuliert.

Butler stellt diese Kategorien in Frage. So wie Foucault in seinem ersten Band der „Histoire de la sexualité" die Repressionshypothese der Sexualität dekonstruiert (vgl. dazu die Beiträge „Let's talk about sex" und „No satisfaction" in diesem Heft), will Butler „sex" als politische Verschleierungsstrategie entlarven. Der Begriff „sex" impliziert, so Butler, daß es so etwas wie eine vor- bzw. außerdiskursive Natur gäbe, daß „Natur" unvermittelt erfahrbar wäre. Tatsächlich ist aber unsere Vorstellung von der Existenz eines naturgegebenen „biologischen Geschlechts" durch sozial machtvoll gewordene gesellschaftliche Sprechweisen und Definitionen vermittelt. Die Gegenüberstellung von „biologischer Essenz" (Anatomie) und „Erziehung zum Mann/zur Frau" macht keinen Sinn, weil die Vorstellungen/Reden von den „biologischen Geschlechtern" (Mann & Frau) bereits die „Geschlechtsidentitäten" enthalten bzw. unterstellen, die durch die alltäglichen Bezeichnungs- und Handlungspraxen (spezifische Aufteilung von „Berufen", „typischen Eigenschaften", Kleidung, Mimik etc.) repräsentiert werden. Butler „dekonstruiert" deshalb diese Kategorien: „Tatsächlich wird sich zeigen, daß das Geschlecht (sex) definitionsgemäß immer schon Geschlechtsidentität (gender) gewesen ist." Und: „Hinter dem Ausdruck von Gender-Identität liegt keine geschlechtlich bestimmte Identität." (1991).

Butlers Buch hat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Im englischsprachigen Raum fand eine solche Konfrontation unter anderem zwischen Butler, Seyla Benhabib, Nancy Fraser und Drucilla Cornell statt. Diese Debatte ist hier durch den Sammelband „Der Streit um Differenz" (Fischer-ZeitSchriften, 1993) bekannt geworden. Benhabib, die sich auf die Kritische Theorie bezieht, befürchtet, daß die Dekonstruktion des feministischen WIR's die Unmöglichkeit gemeinsamer Gegenwehr zur Folge hat: „Mit der Auflösung des Subjekts in eine bloße 'weitere Position in der Sprache' verschwinden selbstverständlich auch Konzepte wie Intentionalität, Verantwortlichkeit, Selbstreflexivität und Autonomie." Damit werden ihrer Meinung nach implizit alle emanzipatorischen Bestrebungen aufgegeben: „Diese starke Version der These vom 'Tod des Subjekts' ist mit den Zielsetzungen des Feminismus nicht vereinbar." Nancy Fraser, die eine Position zwischen Butler und Benhabib einnimmt, wirft Butlers Sprache vor, daß „sie zutiefst antihumanistisch" ist. Der zweite Vorwurf an Butler ist jener, daß ihr poststrukturalistischer Theorierahmen „strukturell nicht in der Lage (ist), befriedigende Antworten auf die normativen Fragen zu geben, die er unweigerlich aufwirft." (Zur Kritik von Humanismus und moralischer Norm vgl. den Artikel „Die Autonomen" in diesem Heft). In einer ihrer Entgegnungen erläutert Butler den Begriff der Performativität und bezieht sich dabei auf die Sprechakttheorie Austins, auf Derrida und Paul de Man. (Austin, dessen Texte in der Redaktion niemand gelesen hat, kennt Butler aus Derridas „Signatur, Ereignis, Kontext" – zu finden in „Randgänge der Philosophie", Wien 1988. Zu Paul de Man und Derrida vgl. Heft 8, S.68.)

Ähnlich wie in den USA ist auch die deutschsprachige Diskussion um Butler verlaufen. Ein Teil der Debatte über „Gender trouble" wurde im Frühjahr 1993 über die Frankfurter Rundschau popularisiert. In einer Replik auf die vorangegangenen Beiträge weist Butler u.a. darauf hin, daß ihre Hinterfragung der Geschlechterbinarität feministische Handlungsfähigkeit nicht untergraben soll, daß jedes Emanzipationsmodell allerdings die Klärung der Frage notwendig macht, was Handlungsfähigkeit innerhalb der komplexen Beziehung von Macht, Diskurs und Praxis bedeuten kann. Sie kritisiere eine Repräsentationspolitik, die „weibliche Identität" festzuschreiben und zu monopolisieren versuche: „Ich meine, der Feminismus braucht die Kategorie 'Frauen', und es wäre tragisch, wenn er diese Kategorie verlieren würde; der Feminismus würde aber auch darunter leiden, wenn die Kategorie als etwas Fundierendes und unveränderlich Feststehendes aufgefaßt würde."

In ihrem jüngsten Buch erläutert Butler ihr Vorhaben gleich im Vorwort: „Dieser Text ist zum Teil als ein nochmaliges Überdenken einiger Partien aus 'Das Unbehagen der Geschlechter' angelegt, die Verwirrung gestiftet haben..." „Bodies that matter" läßt sich als Butlers Versuch verstehen, ihre Dekonstruktion von binären Geschlechterkonstruktionen und heterosexuellen Imperativen genauer zu fassen. Um Mißverständnisse möglichst auszuschließen, geht Butler von Anfang an auf zentrale Begriffe ihrer Analyse ein: Performativität, Subjekt, Identifikation, Konstruktion. Hier liegt die Qualität dieses Textes. Indem sie die Unterscheidung zwischen Performanz und Performativität einführt, arbeitet sie heraus, was unter „Performativität von Geschlechtsi-

dentitäten" zu verstehen ist. Dabei kommt der Sprache als Bezeichnungspraxis eine konstitutive Bedeutung zu: „Das Benennen setzt zugleich eine Grenze und wiederholt einschärfend eine Norm" (S.29).

Wenn Butler von der sozialen Konstruktion von „sex" redet, wird ihr immer wieder der unsinnige Vorwurf gemacht, sie wolle die Existenz von Frauen oder des „generativen Verhaltens" in Frage stellen oder sie glaube, daß Diskurse Körper in ihrer Materialität erst hervorbringen. Hat der/die Leser/in erst einmal dieses seltsame Mißverständnis hinsichtlich des Anliegens der Dekonstruktion durchschaut (also die dahinterstehende „Metaphysik der Substanz"), so bietet das Buch nicht viel Neues. Ein zusätzlicher Gesichtspunkt kommt jedoch dadurch hinzu, daß Butler nicht nur der analytischen Kategorie „gender" nachgeht, sondern auch die Kategorie „race" einbezieht. Anhand von Nella Larsons Roman „Passing" (1929) zeigt Butler, daß „race" und „sex" nicht in einem additiven Verhältnis zu sehen sind, sondern daß die Individuen qua „Sexualität" einem Modell von Subjektivität unterworfen werden, das sie in die Zwänge der herrschenden Normierungsmacht verstrickt, die auch der Rassismus voraussetzt.

Im letzten Kapitel geht Butler auf das ein, was in den USA als „queer" bezeichnet wird. Als Schimpfwort zur Ausgrenzung von Nicht-Heterosexuellen aufgekommen, gelang eine „subversive Rekontextualisierung" des Begriffs, die aber ebenfalls nicht unproblematisch ist: Jedes Beharren auf „Identität" führt irgendwann zur „korrekten" Überwachung dieser Identität und zu neuen Ausschlüssen. In diesem Kapitel zeigt Butler, daß es ihr darum geht, das Verhältnis von Sprache und Macht in den Blick zu bekommen. Indem wir uns für den einen oder anderen Begriff entscheiden, rufen wir gesellschaftliche Konventionen (kollektive Praktiken und Machtbeziehungen, denen sich diese Begriffe verdanken) auf. Macht haben die Begriffe aber nicht, weil sie Absicht und Einfluß einzelner Personen widerspiegeln, sondern weil sie sich aus machtvollen Konventionen herleiten und diese wieder in Szene setzen. Mit Begriffen wie „Mann", „Frau", „Schwuler", „Körper", „Drückeberger" etc. rufen wir die Diskurspraxis von Jahrhunderten auf, für die diese Begriffe stehen. Wir können diese Sprache, über die sich uns die Welt erschließt, nicht beliebig verlassen, aber wir können ihr auch nicht vertrauen, da sie Ausgrenzungen, Einschließungen, Aufwertungen und Aburteilungen in Szene setzt. Butlers Anliegen ist es, dies am Beispiel von Geschlecht und Geschlechtsidentität deutlich zu machen. Wie die aktuelle Veröffentlichungswelle zum Thema „Gender Studies" zeigt, können auch die, die Butlers Kategorien ablehnen, ihren Einwänden nicht ausweichen. Sie hat die Diskussion wesentlich erweitert. Von der Unsitte, jede Unterhaltung als „Diskurs" zu bezeichnen, obwohl es sich um einen Begriff der Machtanalyse handelt (z.B: „Wer/welche Gruppe hat wann mit welcher Intention, Praxis und Macht dem Wort „Mann" welchen Sinn gegeben?") hat sie sich übrigens ausdrücklich distanziert.

W.S.+ die Red.

Impressum

Die 17°C erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb.
Der Einzelverkaufspreis beträgt 7,50 DM.
Ein Abonnement kostet DM 30,– inklusive Versandkosten und beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern. Es verlängert sich nicht automatisch.
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom Juni 1994.
V.i.S.d.P.: V. Schmidt

Kontaktadresse:
Redaktion 17°C
c/o Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55
20357 Hamburg

Bankverbindung:
V. Schmidt
Sonderkonto
Konto-Nr. 713990-200
Postgiroamt Hamburg
BLZ 200 100 20

Bezahlung von Abos, Anzeigen und Einzelbestellungen bitte per Scheck, in bar, Briefmarken oder per Überweisung.

Redaktionsschluß für Nr.12: 20. 10. 1995
Anzeigenschluß: 10. 11. 1995
Erscheinungstermin: 11. 12. 1995

Manuskripte, die an uns geschickt werden, machen viel Arbeit bis sie druckreif verarbeitet sind. Wir bitten bei der Zusendung von Artikeln folgendes zu beachten: Bei Schreibmaschinentexten bitte maximal 2/3 der Papierbreite ausnutzen und eineinhalb Zeilen Zeilenabstand einhalten. Wer einen Computer benutzt, schickt bitte – unter Angabe des Textverarbeitungsprogramms – eine 3,5-Zoll-Diskette und legt einen Druckerauszug bei, auf dem Zwischentitel, Zitate u. ä. gekennzeichnet sind.

vielen Dank, die Red.

Titelfoto: Janni Chavakis
Rückseite: 17°C

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen oder dem/der Insassen/Insassin persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Theory-Zapping makes the World go 'round

zu: Mark Terkessidis „Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte" (Köln 1995)

VORBEMERKUNG:

In den 80er Jahren vertraten deutsche „subkulturelle" Szenen unter anderem: (1) BRD-Bürger seien, obgleich sie vom „Weltausbeutungszusammenhang" profitierten, durch ihre postmoderne Konsumpraxis zum „durch und durch unfanatischen Volk" geworden"; (2) in den USA finde ein „Krieg der Rassen" statt und Black Music sei daher als ethnisch determinierte Kultur zu betrachten; (3) sozial Marginalisierte & Popszenen bildeten gemeinsam ein „Patchwork der Minderheiten" und Lyotard (der das differenzierter sah) habe dazu die passende Theorie geliefert, (4) Kulturrelativismus sei grundsätzlich als „dissidente Position" zu beurteilen. Dieser Essentialismus ist seit 1993 in den Hintergrund getreten und durch einen „strategischen" Essentialismus ersetzt worden. Die Suche nach dem eigenen und anderen Selbst ist damit nicht verschwunden. Allerdings mußten sich die ex-westdeutschen popkulturelle Szenen neu positionieren, nachdem ihr „multikultureller" Differenzbegriff in das Kräftefeld eines reaktionären Kulturbegriffes geraten war. Es galt nun im Kulturbetrieb der vergrößerten BRD nach einem Ort jenseits dieses Kräftefeldes, aber auch „jenseits der linken Konventionen", zu suchen.

Für diese Suche, die 1992/93 einsetzte und die vom Interesse an einer Historisierung der in den 80er Jahren vertretenen Positionen geprägt ist, fand man mit dem Terminus „Repolitisierung" (auch der Pop-Multikulturalismus der 80er Jahre war eine „politische" Position) ein Schlagwort, das sich auch als vorteilhaft erwies, weil es den Zugang zu einer Kunstszene eröffnete, die gerade dabei war, die in den USA boomende „politisch korrekte Minderheitenkunst" für eigene Profilierungszwecke zu adaptieren. Kurze Zeit nach einer „Wohlfahrtsausschußtour" genannten Antifa-Aktion in Rostock, Leipzig und Dresden, die in erster Linie von Linksradikalen, Autonomen und Antifa-Aktivisten aus Hamburg und anderen Städten getragen wurde, an der aber auch Leute teilnahmen, die gerne ihre Standeszugehörigkeit in den Vordergrund stellen („Ich bin Künstler von Beruf"), begann die letztgenannte Teilnehmergruppe mit der Vermarktung der Aktion. Da „politisch zu sein" in den 90er Jahren im Kulturbetrieb Reputation einbringt, sorgte man dafür, daß die Kunde vom eigenen Engagement von den Medien nicht übersehen wurde. Während die damals beteiligten Autonomen & Antifas ihre unspektakuläre Tätigkeit fortsetzten (nur wenige zog es zum Bündnis mit der Berufsgruppe „künstlerische Opposition"), widmeten sich viele der mitgereisten KulturarbeiterInnen der Umsetzung ihrer „Repolitisierung" (auch der neuen Kontakte zu Kollegen aus anderen Branchen & Städten) in soziales Kapital. Die postulierte „Überwindung" der Trennung von Pop & Leben fand einmal mehr auf dem Boden von Pop & Kunst statt, was die Kunstkritik und Politikkritik gleichermaßen behinderte. In den wenigen Fällen aber, in denen die sogen. Kulturlinke sich explizit „politisch" äußerte, geriet ihr das Engagement zum politikberaterischen „Kulturkampf".

KULTURKAMPF I:

In diesem Zusammenhang interessiert der Band „Kulturkampf" von Mark Terkessidis. Eine Auseinandersetzung mit diesem Text ist nicht einfach. Das Problem liegt (angesehen von vielen Ungereimtheiten) darin, daß die Perspektive des Buches eine andere ist, als der Titel zunächst vermuten läßt: T. hat viel Mühe darauf verwendet, (1) die oben erwähnten „subkulturellen" Positionen der 80er Jahre zu historisieren oder ganz verschwinden zu lassen, insbesondere die Rückführung von Kultur auf „Ethnie", die Praxis des Genießens „ethnischer" Differenz als Würze „weißer Mittelklassensubkultur" und die popkulturelle Teilnahme an der Vermarktung des Andersseins, (2) den Einfluß der in den letzten Jahren (nicht zuletzt in dieser Zeitschrift) geäußerten Kritik unsichtbar zu machen, damit die aktuelle Position als notwendiges Resultat eines ungebrochenen „Avantgardismus" erscheint, (3) die Bedeutung des nach wie vor relevanten, biologistisch „argumentierenden" Straßen- und Parlamentsrassismus zu verkleinern und ihn als Auseinandersetzungsfeld einer „traditionalistischen" Antifa-Arbeit erscheinen zu lassen, (4) die eigene Pop- und Kunstszene als WICHTIGE Gruppe darzustellen, der schon berufsbedingt (!) die gesellschaftlich wertvolle „radikaldemokratische" Aufgabe zufällt, mit den neurechten „Kulturkämpfern" um die öffentliche Meinung zu konkurrieren.

Gleich auf den ersten Seiten stellt sich T. als Mann aus dem „Underground" und Mitglied des Berufsverbandes „WA" („Journalisten, Musiker und Künstler") dar. Seine Aufgabe sieht er in der „Arbeit des Zusammenfassens dessen, was seit den Ereignissen von Rostock in neuen Zusammenhängen zwischen unabhängiger Pop-Linker, Kunst-Linker und Polit-Linker gedacht wurde." (Welche „Berufe" übt die Polit-Linke aus?). Für diese Interessensgruppe schneidert T. nun ein ganz exklusives Aufgabenfeld zurecht. Er fragt nicht, nach welchen Regeln der „politische Mainstream" neurechten „Denkern" (die sogen. Neue Rechte der BRD hat keinen einzigen herausragenden Theoretiker!) das Wort erteilt, sondern er akzeptiert die Behauptung rechtsintellektueller Szenen, die Rechtswende deutscher Politik sei z.T. Resultat ihres „strategischen" Kampfes um „kulturelle Hegemonie" (an deren Möglichkeit T. glaubt). Und damit tut er den „radikaldemokratischen" Medienarbeitern einen schönen Gefallen: Die erscheinen nun als Kraft, die qua gesellschaftlicher Stellung als Kulturkampfarbeiter dazu berufen ist, deutsche Demokratie gegen die neurechte Herausforderung zu verteidigen. Die „Alte Rechte", soweit überhaupt noch relevant („Klassische Rassismus- oder auch Antisemitismuskonzepte, wie sie von den NPD-Opas noch gerne vertreten werden, sind nämlich innerhalb des rechten Diskurses längst out." So faßt J.Salm T.'s Buch in der „Kölner Stadtrevue" zusammen.) überläßt T. gerne der handfesteren Autonomen Antifa. Beim „Kulturkampf" hingegen gilt: Kultur gegen Kultur. Auch hier „vergißt" der Autor, daß es gerade der Kultur- und Differenzbegriff der „Kulturlinken" war, der durch die aus Frankreich importierten neurechten Begriffe unter Druck kam.

Wenn man T. glauben darf, dann hat man in „der Subkultur" beim Plattenhören unentwegt heroische „Kämpfe auf kulturell-symbolischen Gebiet" ausgefochten. Die Szene, die er da beschreibt, wird von entschlossenen jungen FeldHERREN angeführt, die sich täglich komplexe „Strategien" über „Subversion" und „Rave-O-Lution" (10/90) ausdenken. Nur selten unterliefen ihnen dabei Fehler, etwa in den 80er Jahren, als sie ihren Rekruten eine „politische Entleerung" durchgehen ließen und sich nicht ausreichend gegen „Taktiken" stemmten, die „nicht mehr auf die politische Struktur bezogen" waren. Doch angesichts „einer Politik, die immer deutlicher unter dem Druck von Marktgesetzlichkeiten handelt" (Politik geriet unter den Einfluß des Kapitalismus?), beschloß man, daß es nun „auf theoretischer Ebene darum ging, zu einer Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse ZURÜCKZUKEHREN." Was kein Problem war: „Die theoretischen Mittel für solche Analysen waren in den musikalischen Subkulturen immer gut aufbewahrt." Diese Mischung aus männlicher Machtphantasie und Falschdarstellung läuft darauf hinaus, einer Szene, die gerade grandios gescheitert ist, erneut die Rolle einer Avantgarde zuzuschreiben: Wo bliebe die Republik ohne ihren eloquenten Mediennachwuchs, der sich mit dem „Kulturkampf" so gut auskennt und ihn sogar beruflich praktiziert? Der zudem „wohlüberlegte und diskussionswürdige" (R. Christoph) Lösungsvorschläge anzubieten hat – etwa in Bezug auf die doppelte Staatsbürgerschaft (vgl. Spex 7/93). Die Anerkennung dieses demokratischen Anliegens setzt allerdings eine Abgrenzung von linksradikalen Übertreibungen voraus, denn die endeten bisher in „Anti-Widervereinigungskampagnen mit dem Titel „Nie wieder Deutschland" oder „Halt's Maul, Deutschland", die eben in ihrem „antideutschen" Impetus völlig unpolitisch das nur immer wieder bestätigen, was sie doch abzulehnen vorgeben."

Wie bereits in Heft 8 dieser Zeitschrift (S.79) nachzulesen war, hat T. diese Position unter Berufung auf Wolfgang Kowalsky entwickelt. In Spex 9/92 hatte er dessen im rechten Lager beliebtes Buch „Rechtsaußen und die verfehlten Strategien der deutschen Linken" als „empfehlenswert" eingeschätzt: „Kowalsky kritisiert die Haltung der antifaschistischen Linken, jedes Aufflammen rechter Haltungen sogleich in den Kontext von Kontinuität und

direkt übertragenem Nationalsozialismus zu sperren." T. warnte in dieser Besprechung davor, daß sich „rechte und linke Schlägertrupps (!) demnächst auf den Straßen bekämpfen", polemisierte gegen „die Antifa-Idee einer rechten Speerspitze, die zu brechen wäre" und riet davon ab, „gegen rechte Veranstaltungen zu demonstrieren und ihnen damit eine Wichtigkeit zu geben". Stattdessen empfahl er, dafür zu demonstrieren, daß „der Rechtsstaat sowohl in seinem vollen Gesetzestext intakt bleibt als auch der Erfüllung seiner Exekutivfunktion nachkommt." In „Kulturkampf" (S. 249) distanziert sich T. lediglich von Kowalskys Verbindung zu Zitelmann. Seine Buchempfehlung und seine mit Kowalsky übereinstimmende staatstragende Kritik an antinationalen Linken erwähnt er mit keinem Wort. *(die Red.)*

KULTURKAMPF II:

„Wir befinden uns im Kulturkampf" – klärte Jürgen Habermas seine Zuhörer über seinen keineswegs herrschaftsfreien Diskurs auf, als es galt, einen Lehrauftrag des neurechten Armin Mohler an der Frankfurter Uni zu verhindern. Im Kulturkampf sieht sich seit Jahren auch Thomas Assheuer, liberaler Kenner der Neuen Rechten und Feuilleton-Redakteur der Frankfurter Rundschau. Am Kulturkampf beteiligen sich alternative Forschungseinrichtungen wie das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, die Reste des linksliberalen Feuilletons und nun auch die „repolitisierte Subkultur", die zu Recht fürchtet, daß ihr Anspruch auf Dissidenz in der nationalen Formierung untergeht. „Kulturkampf" nun also auch von Terkessidis.

T. arbeitet bei seiner Beschreibung der ideologischen Kontinuitäten & Brüche der Neuen Rechten und ihres Verhältnisses zum staatstragenden Mainstream mit einer Mischung von (post-) strukturalistischer Diskurstheorie und den Rassismus- und Nationalismustheorien von Miles, Wallerstein, Hall und insbesondere Balibar. Diese werden in ihren sich teils widersprechenden Analysen und Theorien nach dem Baukastenprinzip zusammengefügt: Wallerstein ist für die Weltmarktvergesellschaftung zuständig, Balibar für den Nationalismus, Miles für den Rassismus und die soziale Reartikulation von Unterschieden, Hall für die „kulturellen und ethnischen Identitäten".

Die Neue Rechte unterscheidet T. nach vorwiegend aus dem parteipolitischen Spektrum stammenden Intellektualisierern mit ihrer Artikulation als ethnopluralistische Kulturalisten (Zeitschriften wie Nation + Europa, Criticón, Mut) und den dem „universitären Umfeld" zugehörenden nationalistischen Etatisten wie Willms, Maschke und Sander („Staatsbriefe"). Darüberhinaus nach Vordenkern wie Kaltenbrunner („Rekonstruktion des Konservatismus") und eine „post-Nolte-Schule" um Zitelmann und Weißmann, die allesamt in den letzten Jahren ein „breites Umfeld" um sich sammeln konnten, das sich am besten an den „Ehrenerklärungen" für Zitelmann und die diversen Aufrufe „Gegen das Vergessen", dem „Berliner Appell" etc. erkennen läßt. Dieses Feld wird durch eine „strategische Ideologisierung" zusammengehalten, deren Inhalt die Kulturalisierung von Verschiedenheit ist. Über diese Kulturalisierung bestehen dann „strategische Allianzen" zwischen Multikulturalisten und Neuen Rechten. T. gelingt es nicht – da er ständig das neue „politisch-kulturalistische Kontinuum" vor Augen hat, die Unterschiede der verschiedenen Optionen herauszuarbeiten. Eine „Normalisierung" der Neuen Rechten ähnlich dem Wechsel der „Jungen Freiheit" von der Propagierung der „konservativen Revolution" zu einer „nationalliberalen" Haltung wird implizit vorausgesetzt, da sich – strukturell betrachtet – dieselben Elemente in den Diskursen aufzeigen lassen. Hier rächt sich der rein kategoriale, auf die Artikulation der Ideologen und die Hegemonieform orientierte Ansatz von T. Immer schon befinden sich alle, von Vollmer über Cohn-Bendit bis Schäuble und sogar die Antinationalen (!) „exakt" in diesem neuen Kontinuum. Daß es hier auch um Kämpfe verschiedener Lager mit unterschiedlichen politischen Optionen geht, nivelliert sich bei T. bis ins Unkenntliche. Seine auf Ähnlichkeiten programmierte Sicht setzt diskursive Identitäten, wo (noch) keine sind. Es interessiert nur, was aus der Diskursmaschine rauskommt. Dies gilt auch für den Umgang mit Theorien: scheinbar widerspruchsfrei fügen sich Miles, Wallerstein, Balibar und andere ineinander, bis feststeht, „daß ethnische Differenzen schon Teil des sozialen Problems sind." (131) Die Differenzen in den Ansätzen dieser und weiterer Autoren werden nicht weiter beachtet.

Ähnlich steht es mit der „Mitte": sie formiert sich auf einer nationalistischen Ebene neu, scheint aber doch irgendwie das alte Projekt BRD weiter zu verfolgen – nur eben jetzt als „Großmacht" mit einer entsprechenden Legitimationsstrategie, die das wesentliche zu sein scheint. Die konkreten Projekte des Neuen Deutschland in Osteuropa oder Ex-Jugoslawien dagegen fließen in die Betrachtung des neuen nationalen Konsens nicht ein. Das „Politische" (und seine Bestimmung durch Carl Schmitt), besteht ja nicht alleine in der Behinderung frei flottierender Identitäten, die in ihrer Entfaltung durch reaktionäre Diskurse gehemmt werden, sondern ist die abgetrennte Grundlage jedes bürgerlichen Staates und jeder demokratischen Herrschaft mit ihrem Repräsentationssystem. T. dagegen meint immer, eine bessere gegen eine schlechtere Version demokratischer Herrschaft setzen zu müssen. Er wendet das vom Kapitalismus aus sich selbst herausgesetzte Ideal der Demokratie gegen seine schlechte Wirklichkeit. Das führt ihn u.a. zu der Annahme, daß die Schmittsche Behauptung, nur der Staat habe die Souveränität inne, letztlich nur verschleiere, daß die (neurechte?) Elite das Subjekt des Staates sei und sie mit ihm ihre „Interessen" durchsetzen könne. Der Staat bei den Rechten sei konzipiert nach dem Freudschen Vorbild des Urvaters, der alle dazu zwingt, zu seinen Gunsten auf den Genuß zu verzichten: „Der 'blinde Fleck' im Denken der Rechten ist die nicht weiter hinterfragte Feststellung, daß dieser Staat, verkörpert von der Elite, seinerseits erneut zugunsten des Allgemeinwohls auf den Genuß verzichten muß." (208)

Es wundert nicht, daß T. sowohl die Kritik am Antisemitismus der Friedensbewegung zu Zeiten des Golfkriegs II, als auch die Kritik an der nationalen Formierung nach dem Anschluß der DDR („Kein Frieden mit Deutschland") als „nationalistisch überdeterminiert" meint kritisieren zu müssen. Der „moralische Antifaschismus" der Antinationalen restituiere das, was er zu bekämpfen vorgebe und behindere eine wirksame, notwendig innerhalb der „Nation-Form" stattfindende inter-nationalistische Politik, meint T. und ruft damit nach einem Staat, den er endlich gut und richtig finden kann, auf daß er auf den „Konsumismus" als persönlichem Kapital nicht mehr verzichten muß. Denn „Konsumismus" ist wie die „Nation" auch nur eine Form, die mit diskursivem Inhalt nach Belieben gefüllt werden kann: „Zu denken aber wären auf der einen Seite Identitäten und solidarische Verhaltensweisen, auf der anderen Seite Machtverhältnisse, und zwar quer zu den zersplitterten Linien von Klasse, Geschlecht, 'Rasse' und Sexualität". So wird zustimmend Maxim Silvermans zitiert und mit der Ergänzung versehen, der „Kulturpessimismus" der Frankfurter Schule habe es bisher in Deutschland verhindert, daß man solche „interessanten Selbstkonstruktionen und Artefakte" als positive Wirkungen von „Konsumismus" sah. Staat und Kapital sind nun neutrale Tableaus, die mit der schizophrenen Identität des bürgerlichen Individuums nichts zu tun haben sollen und T. kann sich an einer linken „Politik der Verfassung" -radikaldemokratisch natürlich – beteiligen. Denn die „gefährlichen Restbestände" des deutschen Sonderwegs („zumal die Staatsgrenzen als geklärt gelten"!) wären mit der Abschaffung des ius sanguinis beseitigt und die Linke könnte sich endlich wieder mit erfreulicheren Dingen beschäftigen, „als sich auf das deutsche als Kategorie" zu beziehen – deutscher Idealismus im materialistischen Gewand. Daß der Zusammenhang von „Identität", „Nation" und Staat kein Ticket zur Selbstbestimmung, sondern ein Herrschaftsverhältnis ist, weiß anscheinend ein konservativer Apologet der Nation besser als ein popkultureller Politiker: Denn, so Schäuble, „Nationale Identität ist übrigens eine relativ wichtige Identität, weil sie die Schnittstelle ist, wo sich Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem Gewaltmonopol des Staates verbindet." (SZ-Interview vom 28.12.94)

Jochen Baumann

Literatur:

* *Berthold Brunner „Etwas Besseres als die Nation – eine Rezension", in: „Bahamas" 16/95.*
* *Jochen Baumann/Andreas Benn „Die 'Neue Rechte' und ihre Kritiker", in: „Bahamas" 17/95 (Bezug: 040-438 846).*

Fußnoten

Über die Rolle der Fußnoten in Wissenschaft und Literatur ist noch nicht viel geschrieben worden. Fest steht jedoch, daß sie ein Reservat sind, in dem sich die Subjektivität ungestraft austoben darf. Hochdisziplinierte AutorInnen, die sich sonst streng an ihren roten Faden und andere Reglements halten, verschaffen sich in Fußnoten etwas Luft und geben uns dort Einblick in ihre wahren Schreibmotive. In Fußnoten werden die Emotionen und Ressentiments untergebracht. Sie sind oft ein System geheimer Verweise und informieren uns so über Vorlieben und Abneigungen, die angeblich nicht zur Sache gehören. In Fußnoten verraten uns die AutorInnen auch, welchen Bezug ihr Text zum aktuellen Geschehen haben soll. Es hat sich gezeigt, daß beim ersten Durchblättern dieser Zeitschrift zunächst diese Rubrik gelesen wird. Deshalb an dieser Stelle: Fußnoten zu Artikeln, die noch geschrieben werden müssen.

(1) Seit mehr als 30 Jahren setzt der französische Imperialismus alles daran, sich neben den USA als eigenständige europäische Atommacht zu behaupten. Jeden amerikanischen und russischen Waffenfortschritt haben französische Politiker, ob „Gaullisten" oder „Sozialisten", als Herausforderung verstanden, der sie sich entschieden gestellt haben. Und Frankreichs atomare Anstrengungen bildeten schon vor 1989 einen Teil auch der deutschen „Sicherheits"-Strategie. Heute möchte die BRD nicht nur an der französischen Atompolitik partizipieren (via deutsch-französische Brigade und WEU), sie ist auch diesbezüglich in Pakistan engagiert und forciert zudem die deutsch-russische atomare Zusammenarbeit (angestrebt wird die Verarbeitung von russischem Waffenplutonium). Daß Frankreich auch weiterhin 17.000 km von Paris und nur 1200 km von Tahiti (seit 1842 Kolonie) entfernt Atombomben zünden wird (bisher: 187), dafür garantiert der Westen. Auch Australiens Proteste sind nicht ernst gemeint: Dieser Staat ist am Atomgeschäft und in der Region an jeder Aufstandsbekämpfung beteiligt (zuletzt Bougainville). Die erste französische Bombe wurde übrigens am 13.2.1960 in Algerien (!) gezündet. Mit dem Sieg der FLN war es damit vorbei.

(2) Der Hedonist als Imperialist: Kneipenwirte und Konsumenten, die sich mit deutschen Waffenexporten und deutschem Atomenergieprogramm gut arrangieren können, wollen französische Waren boykottieren. Nach dem Shell-Boykott noch im Machtrausch, wollen sie nun auch „den Franzosen" zeigen, daß deutsche Kauf- und Produktivkraft (BRD-Import aus Frankreich 1994: 68 Mrd. DM, Export: 82 Mrd.DM) eine Waffe ist. Der heldenhafte Verzicht auf Schampus, Cremes und Croissants soll den (militärisch überlegenen und ökonomisch schwächeren: 3 Billionen FF Staatsverschuldung!) Konkurrenten zwingen, „von der barbarischen Zerstörung von Lebensraum Abstand zu nehmen" (Kölner Aufruf). Woher dieser „Mut" und woher die Assoziation „Lebensraum"? Die Antwort formulierte ganz offen die „Taz": „Der Russ' ist weg, was also sollen die atomaren Explosionen?" Womit gesagt ist, daß es um die Menschen in Polynesien nicht geht. Die tödlichen Tests waren ganz okay, solange es gegen „den Russen" ging. Heute hingegen, so glauben die Hobbystrategen, nützt die Sache eher „dem Franzosen" statt „uns". So sehen es Betriebsräte & Unternehmer, Tierschutzvereine & ADAC-Mitglieder, Grüne & Schwarze. Die Mächtigen, denen man „nicht länger ausgeliefert sein will", sitzen immer jenseits deutscher Grenzen.

Die Idee, Konsumverweigerung als außenpolitische Waffe einzusetzen, setzt den Imperialismus bereits voraus: Bürgern, denen die eigene Gesellschaft im Medium der Zirkulation als äußerliche Welt erscheint, die ihre individuelle Freiheit willkürlich begrenzt, ist immerhin bewußt, daß sie über die Währung einer auf dem Weltmarkt erfolgreichen „Nation" verfügen. Sie kriegen mit, daß sich die kaufkräftige Nachfrage aller „kleinen Leute" zu Milliardenbeträgen addiert, deren konkrete Verwendung im Inland über Investitionen entscheidet und von der auch im Ausland einiges abhängt. Wenn die BRD-Volkswirtschaft jährlich für 700 Milliarden DM Waren importiert, von denen rund die Hälfte konsumiert werden, dann entsteht bei Leuten, die sich beim Einkauf ohnehin als hedonistische Tyrannen aufführen („König Kunde"), der Eindruck, Soldaten einer schlagkräftigen (Nachfrage-)Armee zu sein. Das Phänomen radikalisierter und repolitisierter Verbrauchermassen, die ihre nationale Kaufkraft als politisches Erpressungsmittel einsetzen wollen, kommt eben nicht überall vor. Ein Boykottaufruf vietnamesischer Bürger, die pro Kopf und Jahr über 224 $ verfügen, würde niemand schrecken.

*(3) Halt stand, Underground! „Tried to hold me to a phoney contract/I said I didn't agree/Had to get out of the clutches/Had to go UNDERGROUND you see/Now I'm living in another country/But I know exactly just where I've been/Stay away from bigtime operators/Baby, on the music business scene" (Van Morrison „Too Long In Exile", Polydor/Sektion Underground). UNDERGROUND-Hits (von Sony, WEA, MCA, etc.) die die Arbeit an diesem Heft erleichterten: * Full Force „Sugar On The Top" (R&B, Soul, Rap), * Montell Jordan „This Is How We Do It" (R&B, Swingbeat), * Xscape „Off The Hook", * IV Xample „For Example", * Rebirth Of Cool/Phive „Subterranean Abstract Blues", * Soul II Soul „Believe", * Gwen McCrae „Girlfriend Boyfriend (Soul, House), * The Twinz „Conversation", * Bushwick Bill „Phantom Of The Rapra", * Bloodhound GANG „Use Your Fingers" (Punky HipHop), * 311 „311", * Jasper & The Prodigal Suns „Everything Is Everything", * Frankie Knuckles feat. Adeva „Welcome To The Real World" * Various Artists „The Show" (10 Years DefJam-Soundtrack zu Russell Simmons HipHop-WOODSTOCK-Movie: „Cameras followed the stars from hotel rooms to limousines"), * Michael Jackson „HIStory", * Diana King „Tougher Than Love" (Soul, Ragga), * Buju Banton „Til Shiloh" (laut Guardian jetzt P.C.: „He is out of the doghouse"), * Prophets Of Da City „Universal Souljaz" (ANC-HipHop. LP: 28.8), * Goldie/Metalheads „Timeless", * Various DJ-Artists „LondonFunk Vol.1", * Bone Thugs-N-Harmony „E.1919 Eternal", * Questionmark Asylum „The Album" (Slow Rap), * Various Artists „Straight From The STREET", * Della Reese „Cha Cha Cha" (BMG 1960).*

Beim Korrektur-Lesen trugen wir: Serious Clubwear im Stil von Jazz- und Soul-Musikern der 60er Jahre. Aus PROTEST gegen den Love Parade-Optimismus bevorzugen wir zurückhaltende Farben oder klassische Golf-Karos (vgl. Heft 10). Besonders: Netzshirts aus Rippenstrick (Stüssy), Polo-Shirts aus Polyester (Vision STREETwear), Miniröcke aus Baby-Cord (Greed Girl) oder dezent karierte Baumwollhosen (World TRIBE Production).

(4) City Guide Special: Reisende LeserInnen & AutorInnen, die Hamburg besuchen und dort nach Trends suchen, sollten einen Abstecher in Bezirke abseits vom Mainstream (vgl. „UNSER VIERTEL" in Heft 10) machen: Neben Schanzenviertel („Konkret" konnte den Trend zum UNDERGROUND leider nicht bezahlen und mußte wegziehen) und Reeperbahn-NEBENSTRASSEN ist das Karoviertel ein Muß auf der Shopping-Liste. Die Mischung aus Clubwear- und SECOND HAND-Shops, exotischen Türken-Läden und jungunternehmerischen INDEPENDENT-Stores bietet Seriöses & Extremes. ***Wir kaufen*** *(aus Protest gegen Chiemsee-Windsurfer und Global Eyewear-Brillenträger) bei: Lucky Lucy (Schuhe), Ground Zero (Shirts mit RIOT-Drucken, Spoc (geschnitzte Totenköpfe), Mojo-Schanzenstraße (Bording Girl-Fashion), Save The Rave (7 Tage bis 22 Uhr: KAMPF dem Normalarbeitstag!), Da Source (LIMITED Edition-Shirts von internationalen Sprayern!), Planet (GHETTO Wear, Gruß an Boris), Yukon/Soulution (TRIBAL Gear) und Doubleeight/Soulution/Motor (ein Türsteher sorgt für ungestörte UNDERGROUND-Atmosphäre).* ***Essen & Trinken:*** *Nil (Neue Deutsche Küche) und R&B (New Orleans-Dekor, AUTHENTISCH).* ***Tanzen:*** *Purgatory, EDK und Unit (aus Protest gegen nicht-authentische 'Morgenpost'-Hipster in der Roten Flora und Tanzwettbewerbe zwischen 'Prinz' & 'Szene'-LeserInnen im Pudels Club).*

(5) Nach Ankara hat Deutschland eine zweite Front gegen den sozialen Widerstand der in der Türkei mit nationalistischen Begründungen als „Kurden" ausgegrenzten und verfolgten Menschen eröffnet. Seit 1993 sind ERNK und PKK auf Wunsch des NATO-Partners Türkei in Deutschland verboten. Der Europasprecher der ERNK wird von England an die BRD ausgeliefert und soll hier als „Rädelsführer einer terroristischen Vereinigung" verurteilt werden. In den letzten drei Jahrzehnten hat Bonn mit rund 8 Milliarden DM Rüstungshilfe zur türkischen Agressionspolitik beigetragen. Seit 1992 läuft ein Sonderprogramm von 2 Mrd. DM zur Finanzierung des türkischen Ankaufs von NVA-Waffen. Verbunden mit einer aggressiven Ausweisungspolitik werden derzeit alle Proteste gegen die deutsch-türkische Kooperation massiv unterdrückt: Die Mahnwachen und Hungerstreikaktionen in Frankfurt und Berlin wurden von brutalisierten Sonderkommandos abgeräumt. Für den Tod von Gülnaz Baghistani ist die deutsche Polizei verantwortlich, die die körperlich schon geschwächten Hungerstreikenden gewaltsam vom Berliner Breitscheidplatz vertrieben hatte.

(6) „Kunst & Kultur" als Katalysatoren sozialer und politischer Prozesse: Soziale Aus- und Eingrenzungsstrategien werden mehr denn je via „kulturelle Identität" organisiert. Neben Sprache, Religion und Wissenschaft wird zur „Kultur" (ein deutscher Kampfbegriff gegen „Zivilisation") auch „die Kunst" gezählt. Seit einigen Jahren läßt sich beobachten, wie in der BRD das, was als Kunst gedeutet wird (nach dem Hegemonieverlust der „Hochkultur" durchaus auch die „Popkultur"), massiv vom Machtpol angezogen bzw. kontrolliert wird. Museen, vor allem in der ehemaligen DDR, werden unter politischer Aufsicht umgestaltet, die Debatten über Gedenkstätten & Denkmäler lösten die bislang breiteste öffentliche Erörterung über Politik & Kunst aus. Fragen nach der angemessenen ästhetischen Selbstdarstellung der Macht werden nicht mehr nur im Feuilleton, sondern auch auf den TITELSEITEN der Medien behandelt. Debatten über Architektur orientieren sich (bis hin zur „Kulturlinken") an den Vorgaben der „Hauptstadtbebauung". Techno wird vom Goethe-Institut in den USA als „deutsches Kulturgut" präsentiert. Pop wird häufiger zum Medium nationalistisch codierter „Identitäten". Durch Christos Reichstagsverhüllung wurden Macht & Staatlichkeit wieder mit dem Erhabenen in Verbindung gebracht (im Sinn von Lyotard: „Es ist etwas Erhabenes in der kapitalistischen Ökonomie"), wobei das Erhabene von dem gegen die Kunsttheorie gleichgültigen Massenrezipienten als Schönes definiert wurde. Millionen Kunstexperten (darunter auch die berufsmäßigen) fiel zu Christo nur ein Begriff ein: SCHÖN! Damit ist eine reaktionäre Kategorie zum neuen Dogma erhoben. Sie ist nun nicht mehr

relativ, sondern totalitärer Ausdruck des Wahren, Guten & Mächtigen. Die allgemeine Begeisterung ist von Wissen um die Umbewertung des Verhüllten (dem neuen „gesamtdeutschen" Parlamentssitz) nicht zu trennen. Das „historisch belastete" Gebäude ist jetzt symbolisch „gereinigt", das Einverständnis mit Deutschland wieder ein Stück voran gekommen. Daß an dieser Entwicklung uralte „avantgardistische" Konzeptionen („anti-totalitäre" Politisierung der Ästhetik) führend beteiligt sind, ist eine besondere Ironie. Der politische Bedarf an zeitgemäßen Massenritualen (wozu auch das redselige kalte „Erinnern" vor dem 8. Mai zu zählen ist) wurde angesichts der besoffen herumgröhlenden Massen während der 1990er „Vereinigungsfeiern" ebenso deutlich, wie während des Fackelzugs der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor 1994, auf den das „Volk" laut „FAZ" unangemessen mit rhythmischen Klatschen reagiert hatte. Jetzt hat man auf experimentellem (!) Weg herausgefunden, was damals fehlte: Die Verknüpfung der Politik mit dem „Kunstschönen" (Christo benutzte nicht zufällig keine Kartoffelsäcke) zu einer erhabenen Aura der Macht. Eingeübt wurde diesmal: Das spontane Zusammenströmen wegen einer „Erscheinung" und das Gebanntsein von „schöner Macht". Das ist nicht wenig. (Literaturhinweis: Dröge/Müller „Die Macht der Schönheit. Avantgarde und Faschismus oder: Die Geburt der Massenkultur", Hamburg 1995. Leider nicht ganz auf dem Stand der Dinge.)

(7) Jugend forscht: Cultural Studies sind nicht nur ein Hit im Selbstverwirklichungsmilieu, sondern auch bei „ganz normalen Studies". Wie nicht anders zu erwarten, nimmt die Begeisterung für „Kulturstudien" im „vereinten" Deutschland besondere Gestalten an. Ein wachsendes Interesse gilt derzeit den „Jewish Studies". In dem Land, in dem aus bekannten Gründen nur noch sehr wenige jüdische Bürger leben, nehmen sich immer mehr Unis (zur Zeit sind es sechs Hochschulen) die akademische Freiheit, „jüdische Kultur" zu erforschen. So kann man z.B. an der wegen ihrem Cultural Studies-Angebot allseits empfohlenen Uni Oldenburg den interdisziplinären Magisterstudiengang „jüdische Studien" belegen. Von der Zeitung „Das Sonntagsblatt" (30.6.) nach ihren Motiven befragt, erklärten StudentInnen ihr Interesse am „jüdischen Leben" zum Beispiel so: „Natürlich gibt es immer die Verbindung zum Holocaust, aber das ist so abgekaut. Ich möchte wissen, was den Antisemitismus von seiten der Juden ausgelöst hat." Nachdem die Verfolgung und Ermordung von Millionen Juden das Bild von der jüdischen „Ethnie" als Zwangskategorie „wahr" gemacht hat - „die Juden" erscheinen mehr denn je als „homogene Gruppe", erfaßt das steigende Interesse an „Cultural Studies" (die nach dem Import in eine „Wissenschaft zur Erforschung anderer Ethnien" transformiert werden), nun auch - als ginge es um die Versöhnung zweier verfeindeter Volksstämme, „die jüdische Kultur". Essentialisierend und unterschiedslos werden dazu Bauhaus-Architekten, Freuds Psychoanalyse, Woody Allens Komödien, Mendelsohns Symphonien, Talmudexegesen, jiddische Kochrezepte, osteuropäisch-jüdische Folklore und die aus dem Jazz (!) hervorgegangene Klezmer-Musik gerechnet. Nachdem „kulturelle Identität" zum Schlager der Saison wurde, können die Freunde fremder Kulturen - weil sie SICH als „Deutsche" definieren wollen - weder säkularisierte Juden noch assimilierte Einwanderer ertragen. Wer sich nicht als Teil eines „ethnischen" Schicksalsverbandes zu erkennen gibt, ist verdächtig. Die von den Cultural Studies-Fans zwecks „Sichtbarmachung von Minderheiteninteressen" geforderten Studienplätze für das popkulturelle Publikum („Wo geht es hier zum Institut?") werden gerade in Deutschland Spezialisten hervorbringen, die den Prozeß der Ethnisierung des Sozialen legitimieren und an der Sichtbarmachung von Nichtzugehörigen „diskursiv" mitwirken werden.

(8) Mama, I'm coming home (bayrisch + nordisch by nature).
Sprüche & Widersprüche: 1. Spex über Dobler: „Die Initiatoren des bayrisch-gemütlichen gesamtdeutschen Samplers `Wo ist zu Hause Mama' distanzieren sich in den Linernotes erwartungsgemäß von nationalistischen Tendenzen, faseln aber dennoch unausgesetzt krypto-nationalistisches Zeug" (K. Grether über „eigenständige" deutsche Musik in Spex 3/95, S. 78). „Bei Dobler komme `Heimat' als etwas Erdiges, Whiskeytrunkenes daher (Grether)" (Süddeutsche Zeitung 15. Mai, über eine Münchner Diskussion zu `CD-Compilations seit 1989 und der Begriff der Nation.') 2. Spex über Spex: „Für das Big Cat Label hat Gurk eine Compilation mit deutschen Gitarrenbands zusammengestellt. Große Release-Party. Hingehen!" (K. Grether in Spex 4/95). „Ist der CD-Titel `Sturm & Twang' gefährlich, weil er zuwenig ironisch gebrochen ist (Grether)?" (SZ, 15.5. Der Sampler findet sich nicht mehr im Spex-Mailorder-Angebot). 3. Dobler über Spex: „Keine der Bands hat damit (mit `authentischem Deutschrock', Red.) etwas zu tun, der Sampler trieft, ebenso wie der von Gurk herausgegebene `Sturm & Twang' übrigens, von amerikanischem beeinflußtem Pop" (Leserbrief an Konkret 8/95). „Grether macht dem Leser vor, `Wo ist zu Hause Mama' würde Heimat thematisieren" (Leserbrief an Spex, nicht abgeschickt). 4. Andere über Dobler: „Ein Volk ohne Geschichte sei ein Volk ohne Zukunft, sagt man uns. Ein Volk ohne Sprache ebenfalls, kann man dem getrost hinzufügen. Die Erkenntnis scheint sich durchzusetzen. Die Zeiten, in denen, was in unserer Muttersprache gesagt ward, automatisch scheiße war, sind vorbei: wir sind wieder wer! Wo ist zu Hause Mama ist Graswurzelpolitik im allerbesten Sinn" (Zitty/Berlin 4/95). „Dobler auch nur eine nationalgesinnte Zeile nachzuweisen, dürfte ebenso schwer fallen, wie das Verschweigen der Tatsache, daß sämtliche Bands stets durch ihre deutlich antinationale Gesinnung aufgefallen sind." (Stuckrad-Barre über 17°C und Bahamas, Taz 9. Juni. Angestrengtes Vorbeilesen als intellektuelle Abwehrstrategie). „Halbironischer Lokalpatriotismus und volltrunkenes Frauenheldentum, und zu allem Überfluß müssen wir am Ende Wiglaf Droste dabei zuhören, wie er Sting-Gesang auf Sinngestank reimt" (`Auseinander 2/95 zu `Wo ist zu Hause Mama'. „Provokation", die einen ZEIT-Artikel für die Meinungsfreiheit einbringt, zahlt sich aus: Droste durfte Ditfurth im Spiegel 33/95 dissen). „Eine Versammlung jüngerer deutscher Popmusik mit Texten in EIGENER Sprache" (2001-Ankündigung zu `Wo ist zu Hause Mama'). „Neu: The Alp. Musik aus Tirol und der Steiermark. Authentische Klangbilder." (2001: Ethno-Katalog). 5. Damals: „Hat die Bezeichnung Patriot bei Dir seine Richtigkeit? HH: Ja, ich würde mich insofern als Patriot bezeichnen, als ich meine Heimatsprache sehr liebe (...) Ich glaube, daß einfach jeder in Deutschland Heimatgefühle hat" (Holger Hiller, Ex-Palais Schaumburg in: Guten Morgen/Seiten für Kunst & Zuversicht, 1984). 6. Bald: Nach zwei Diskussions-Sendungen von Radio-FSK (Broken German, Orientalismus, Folk & Pop etc.) und anderen interessanten Debatten (Popkomm + VIVA = Deutschpop) demnächst mehr zum Thema Pop + Politik = Kulturstandort Deutschland.

(9) „Gettoda agitpop: Türk rap' inde patlama" (Hürriyet). Kurz nach unserer Karakan-Kritik (Heft 10) erschien mit „Cartel" das erste „Oriental HipHop"-Album. Der Medientenor: „Endlich bekennen sich die Gastarbeiterkinder zu ihrer Kultur". So auch die BRD- und Türkei-Ausgaben der großosmanischen Medien: „Die türkische Jugend in Deutschland erkennt ihre Roots. Die neuen Pop-Stars - von Tarkan bis Karakan - stärken den Nationalstolz." Über 100.000 Cartel-Alben/Tapes verkaufte PolyGram-Türkei in diesem Sommer und im August fand die Türkei-Tournee statt: Endlich junge Leute, die keinen politischen Ärger machen und die gerade in einer Zeit stolz auf „ihr Land" sind, da es von allen Seiten bedrängt wird. Auch die BRD-Ausgabe von Hürriyet, die den Überfall auf den Nordirak beklatschte, hat an Cartel mehr Freude als an dem Grünen Özdemir, der eine griechische Freundin haben und kaum türkische Musik hören soll. Mag sein, daß die Cartel-Leute nicht alle Gründe ihres Höhenfluges durchschauen, aber sie werden wissen was sie tun, wenn sie rappen: „Entfremde dich nicht deiner Kultur". Viele reagierten auf unseren Artikel. Medienleute wurden vor linksradikalen Kritikern gewarnt, Türkeireisende berichteten von der Cartel-Rezeption, der Jazzgitarrist Tunae Meyvali schrieb einen Text (für Heft 12). Taz, Spex und Konkret bezogen sich auf das Interview. Spex („schneller als der Mainstream") hatte den Trend zum Orientalismus glatt übersehen; ein überforderter Lars Freiberg überschrieb seinen Artikel (6/95) mit „Keine Diskussion!" und dichtete Cartel eine popsubversive Intention an: „Die härteste Waffe gegen sozialdemokratische (?) Integrationsprogramme." Nach Annette Weber stehen „die ohnehin Randständigen offenbar schneller auf dem Index als die gängigen Herrschaftssounds" (Taz v.27.6). Noch nie von der Vermarktung des Andersseins gehört? Den zu Randständigen GEMACHTEN wird doch zu jedem Fortschritt beim „Authentisch-Werden" herzlich gratuliert! Wir sprechen daher vom DEUTSCHEN Orientalismus! „Am Schlamassel der `Identity Politics' hat allein der dominante Ethnizismus schuld." (C. Fox in „Social Text" 41/94). Die Hypostasierung „kultureller Merk-Male" geht von der dominanten Mehrheit aus, was in diesem Fall vom türkischen Staat genutzt wird. „Rappen auf türkisch ist ein junges Phänomen" sagt A. Weber. Rappen auf deutsch auch! Der erste türkischsprachige Rap tauchte übrigens 6 Monate nach dem 3. Oktober 1990 auf dem gegen die „Wiedervereinigung" agitierenden (aber keineswegs antinationalen) Album „The Word Is Subversion" von King Size Terror auf (22.4.91). Es geht darum, den vom Staat ausgehenden Diskurs über „Kultur & Nation" sichtbar zu machen und auch die ernst zu nehmen, die sich darauf, obwohl in einer marginalisierten Position, positiv einlassen. Die Anwälte des „Rechts auf KULTURELLE Differenz" ignorieren, wer hier die Identitätstickets verteilt, und da sie the other auch dann nicht ernst nehmen, wenn er als Nationalist auftritt, wissen sie angeblich genau, was der „eigentlich" (!) sagen wollte. Representing the other, representing oneself.

EINGEGANGENE GESCHENKE:

„Wir kennen das Gewicht des bedruckten Papiers" (Majakowskij)

Verlage, Gruppen und Personen schicken uns gelegentlich Bücher, Zeitschriften, Platten/CDs, Veranstaltungsankündigungen, Kommentare und manchmal auch unerwartete Überraschungen. Mit einigen Zeitschriften haben wir Austausch-Abos vereinbart. Die meisten dieser Materialien enthalten wichtige Anregungen für die Redaktion. Da wir nicht in der Lage sind, auf alle relevanten Zusendungen zu antworten oder die Texte zu rezensieren, erwähnen wir die Eingänge an dieser Stelle und kommentieren sie auch gelegentlich. Guaranteed to be hype-free! (choke). All tracks written, produced, conceived and remixed by Redaktion.

(1) Heiner Busch „Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa" (Münster 1995, 420 S./44 DM, Bezug: 0251-6086080). Die inter-nationale Polizeikooperation im Zuge des Abbaus der EU-Binnengrenzen geht mit einer rassifizierenden Rede über wachsende „Ausländerkriminaliät" und „illegale Einwanderung" einher (nachdem seit

der „Drittstaatenregelung“ legale Einreisen kaum noch möglich sind, weswegen z.B. im Juni 18 Tamilen in einem LKW-Anhänger erstickten). Busch beschreibt und belegt mit detaillierten Tabellen die Verpolizeilichung der „Ausländer- und Asylpolitik“ und die Formen und Methoden polizeilicher Zusammenarbeit in der EU.

(2) BUKO (Hg.) „Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte“ *(Hamburg 1995, 240 S./24 DM, Bezug: 040-4393666). Illegalisierte WanderarbeiterInnen. Prostitution, Frauenhandel, Heiratsmigration. Peripherisierung Osteuropas. Das Dilemma der „klassischen ArbeitsmigrantInnen“ in der sozialen Hierarchie (Beispiele gegen die Wahrnehmung von Migranten als einheitliche „Opfergruppe“. Abgrenzung von „Asylanten“ und andere Versuche, sich auf die Machtseite zu schlagen). Zur rechtlichen Hierarchisierung von Migranten (Gesetze, Zahlen). Die brutale Abschiebung der DDR-Vertragsarbeiter aus Vietnam. Verschwiegene Todesfälle an der Ost-West-Grenze. Vom Modell Deutschland zur Ethnisierung des Sozialen (wichtige Thesen). Diskussion über Legalisierung und soziale Mindeststandards. Einwanderungspolitik in den USA (von Michael Hahn). Beiträge von 18 AutorInnen und Initiativen, 20 Fotos (u.a. Marily Stroux) und Debattenteil. Wichtiges Buch ohne jede hippe „cultural studies“-Begeisterung für zwangsausgegrenzte „Kulturen“.*

(3) Gert Eisenbürger (Hg.) „Lebenswege. 15 Biographien zwischen Europa und Lateinamerika“ *(Hamburg 1995, 250 S./24 DM, Bezug: 040-4393666). Biographien von antifaschistischen EmigrantInnen, die in den 30er Jahren nach Lateinamerika flüchteten und von politisch Verfolgten, die in den 70er Jahren die umgekehrte Fluchtroute einschlugen und in der DDR oder der BRD Zuflucht suchten.*

(4) Mumia Abu-Jamal „Aus der Todeszelle. Live From Death Row. Essays“ *(298 S./28 DM. 41 Texte. Bezug: Agipa-Press, Tel. 0421-354029, Fax: 353918). Am 17. August sollte der politische Gefangene Abu-Jamal durch die staatliche Giftspritze umgebracht werden. Mit der Entscheidung des Richter Sapo vom 7. August ist der Mordbeschluß nicht aufgehoben, sondern aufgeschoben. Das US-amerikanische Knastsystem mitsamt seinen 3000 Gefangenen in den Todestrakten sowie die Repression gegen diejenigen, die sich gegen ihre Rassifizierung wehren, beschreibt Abu-Jamal in diesem Buch. In der Kampagne „Freedom Now“, die bisher wesentlich im Namen von juristischer „Gerechtigkeit“ und bürgerlicher „Menschlichkeit“ geführt wurde, kamen Abu-Jamals politische Ziele meistens nur als (verkürzte) Nacherzählung seiner Biographie vor. Mit diesem Band besteht nun die Gelegenheit zur kritischen Beschäftigung mit Abu-Jamals Positionen. Und darauf hat er einen Anspruch. Kampagneninformationen: 0421-354029.*

(5) Acheron - antifaschistische Zeitschrift aus Sachsen und Thüringen *(Nr.1, April 95, 60 S./3,50 DM, Bezug: Infoladen Plauen, 03741-35130). Themen: Deutsche Täter sind keine Opfer, KZ Buchenwald (Schwerpunkt), Repression gegen AntifaschistInnen (Prozesse in Plauen + Karl-Marx-Stadt), Totalverweigerung, „Deutschstämmige“ in Chile.*

(6) Landplage *(Nr.10/95, 10 S./A3, kostenlos, Bezug: K. Schikora, Anzengruberstr.12, 84416 Taufkirchen). Heftthema: „Der Balkankrieg“. „Politik“ erscheint hier als Gestalterin aller Verhältnisse und Aufklärung („Argumente/Standpunkte gegen...“) als Handlungsfähigkeit. Die Redaktion arbeitet sich an FAZ- und Spiegel-Zitaten ab, die wahlweise als authentische Infos über „deutsche Interessen“ oder als deren „ideologische“ Verbrämung „widerlegt“ werden. Seltsam auch der Glaube an die reale Existenz von Völkern & Ethnien.*

(7) BLAU *(BerLiner FrAUenzeitung, Heft 12/95, 54 S./6 DM, Bezug: c/o RuT, Schillerpromenade 1, 12049 Hauptstadt). "Nicht einschlafen lassen die Blitze der Trauer" - Bücher über Frauen in den Konzentrationslagern Groß-Rosen, Bergen-Belsen, Ravensbrück, Rieucros. „Damentennis“ (Martina Navratilova). Hole & Courtney Love (das bislang kritischste Interview). Analyse des Diskurses über „Eßstörungen“. Softporno-Groschenromane u.v.m. Alles sehr interessant, aber es fehlt eine Reflexion über die Strukturen des Wahrgenommenwerdens. Es bleibt unklar, aus welchen Erfahrungen und Abgrenzungsnotwendigkeiten heraus das hier nachdrücklich demonstrierte „Nicht von Vorgestern sein wollen“ entstanden ist. Das Interessant-Sein wird da problematisch. Slogans wie: „Geistesblitze, Tabubruch, Quergedachtes statt feministischem Kanon“ könnten in Verbindung mit einem auf die „Medienöffentlichkeit“ schielendem glamourös-aktionistischen Gestus (Lesbian Avengers-Style) von der Gegenseite instrumentalisiert werden („Postfeminismus“).*

(8) Iceberg Slim „Todesfluch“ *(Berlin 1995, Maas-Verlag, 240 S./25 DM, ISBN 3-929010-23-2. Mit einem Nachwort von Gunter Blank). Nachdem dieser Roman in einem Popblatt zwar besprochen, dann aber, weil nur Seilschaftszugehörigkeit & Strictly Business zählen, nur die eigene Importware angeboten wurde, soll das Buch hier wenigstens erwähnt werden. Kommentieren werden wir es demnächst in einem anderen Zusammenhang. Hier nur dies: Robert Becks „Death Wish“ bietet weder „authentische schwarze Ghettoerfahrung“, noch ist es das Buch zum Film „Home Invasion“.*

(9) Akin *(Bewegung für Sozialismus/Wien, Nr.18/95, 16 S./10 öS, Bezug: 0043-1-535620). Zu Haider, Ebergassing und „Politik & Öffentlichkeit“: Sind die Linken die Letzten, die die historisch transitorische „bürgerliche Öffentlichkeit“ ernst nehmen? Wie kommt es, daß sich auch linke Publikationen den „öffentlichen“ Erfolgskriterien, also dem Markterfolg unterwerfen? („Unser Anliegen gut verkaufen“).*

(10) Antifaschistische Nachrichten Saar *(Nr.23, Juni 95, 46 S./3 DM, Bezug: 0681-3908863). Buchenwald. Café Morgenland-Text aus ZAG/Off Limits. Der Aufstand in Sobibor. New African Peoples Organisation (zur Kritik des NAPO-Nationalismus vgl. 17°C, Heft 7, S.50+60). Interview mit Özlem Beydilli über die brutalen Schikanen gegen eine Menschenrechtsdelegation, die die Unterdrückung der kurdischen Newroz-Feiern beobachten wollten. Bericht vom Prozeß gegen Birgit Hogefeld in Frankfurt. Verfolgung linker Opposition in den 60er und 70er Jahren.*

(11) Wired *(001-415-9040660/E-mail:info a wired.com.), das „Zentralorgan des Cyberspace“ (ZEIT) aus San Francisco soll demnächst in Berlin als deutschsprachige Ausgabe erscheinen. Für Netsurfer, die Internet durch die Brille von Brechts (falscher) Radiotheorie betrachten, sicher ein revolutionäres Ereignis mehr, denn „diese Revolution unterscheidet sich von der vorherigen Revolution nur (?) dadurch, daß es keine Schießereien auf der Straße gibt“ (Louis Rosseto). Wer noch einen Job sucht: Vanity Fair, Future Sex und Mondo 2000 sind noch zu haben. Oder die demokratische WOZ aus der Schweiz, die demnächst ev. auch in Austria die Restlinke seriös werden lassen wird.*

(12) Toleranzgrenze *(Heft 3, Juni 95, 60 S./DM 4, Bezug: Pf.69, A-1163 Wien): Gedanken über Knäste, Vernichtungshaft am Beispiel BRD, Black Panthers, Anarchy in the U.K., Erich Mühsam, Kritik an LUPUS, Wider den Anti-Nationalismus. Die Analysen dieses Lifestyle-Blattes sind so einfach wie genial: Zuschlagen („Solidarität ist eine Waffe!“), wegputzen („Tod dem Faschismus heißt Kampf dem Kapital“), abfackeln („Burn this fucking system down“), Punk+Bioladen-Hardcore hören und das „Volk“ verehren („Alle Kräfte des Volkes vereinen gegen das System“). „Was der/die österreichische AntifaschistIn mit dem (!) türkischen Gang-Mitglied gemeinsam haben, ist der Hass auf die Polizei und damit (?) auf den Staat.“ Venceremos! Wer das „Volk“ vereinen will (das „seit der Antike“ von den Herrschenden immerzu gespalten wird), muß vorher die „praxislosen Hirnwichser der Frankfurter Schule“ und „die Anti-Nationalen“ abräumen: Lupus, Bahamas, Konkret und 17°C „orientieren sich nicht an den werktätigen Frauen und Männern.“ Sondern an Bomber Harris. Als dessen Fans entlarvt, wird es schlimm mit uns enden: „Dieser Gruppe (17°C) bleibt nur zu wünschen, daß die von ihnen herbei gesehnten Bomben sie selber treffen mögen.“ Die Toleranzgrenze verläuft hier exakt zwischen Volk und Volksfeinden. Entschuldigt, weil verführt, ist auch das rechte Volk: „Hinter dem Faschismus steht das Kapital“. Man muß A. Fanizadeh („Beute“), der in dieser Umgebung sein Bündniskonzept einer „begrenzten Bürgerrechtsarbeit“ vorstellt („weil es keine sozialdemokratische Linke gibt“), zugute halten, daß er, inquisatorisch befragt nach seinen Verbindungen zu „den“ Hamburger Antinationalen, sich auf die politische Distanzierung beschränkt.*

(13) Marius Babias (Hg.) „Kunstvermittlung und Vermittlungskunst in den 90er Jahren“ *(Dresden/Basel 1995, 350 S./20 DM, Bezug: 030-4413177). Wegen der Eindeutigkeit, mit der hier zum Einstieg in den Kunstmarkt fest entschlossene „Subkulturelle“ ihre „Re-Politisierung“ vermarkten und dabei ihre Seilschaftsbande immer enger knüpfen, ist dieser (gegen den „Abstieg der Kunst in die Unterhaltungsbranche“ gerichtete!) Sammelband sehr zu empfehlen. Treuherzige Linksradikale, denen der Kunstbetrieb fremd ist, ahnen nicht, welche Karrieren sie durch ihre Teilnahme an der WA-Tour 1992 befördert haben. In diesem Buch kommen sie als bäuerliche Kulisse vor, vor der sich die „künstlerische Opposition“ als weltläufige Avantgarde abhebt. Aber wahrscheinlich würde das die ahnungslosen Linken nicht einmal stören. Ihr Respekt vor allem, was sie nicht verstehen und ihre Sehnsucht nach Anerkennung würde wohl die Illusion bei ihnen nähren, „sogar in der Kunst“ über einflußreiche Bündnispartner zu verfügen. (Die „Beute“ wiederum, die an diesem Deal beteiligt ist und ihr „politisches“ Image - damals an der Startbahn West! - erfolgreich in kulturelles Kapital transformiert, wird sich hüten, ihr autonomes Restpublikum über diese Zusammenhänge aufzuklären. Nachdem sich die linken Infrastrukturen auflösten, so S. Grimm in diesem Band, kam der „Anschluß an die linke Boheme“ gerade recht). Ausgerechnet Jörg Heiser (Ex-Heaven Sent - er gilt in seiner Szene als besonders „unpolitisch“) schreibt sich nun mit dem Aufsatz „Die Wohlfahrtsausschüsse“ (Interviews mit Gurk/Spex, Grimm/Beute, Ian Distelmeyer/TzK, u.a.) in den Kunstbetrieb rein. In seiner Konstruktion vom „Bündnis zwischen Autonomen und Boheme“ wird die „Antifa-Szene“ als exotischer Hintergrund für die „Boheme“ entworfen. Diese Instrumentalisierung ist ihm durchaus bewußt, sie „wurde vereinzelt als problematisch empfunden.“ Interessant ist nicht zuletzt, daß Heiser die „Boheme“ als „radikaldemokratische Kräfte“ charakterisiert. Radikaldemokraten wollen das, was Christ- und Sozialdemokraten auch wollen - nur heftiger. Sie spielen das demokratische Ideal gegen seine schlechte Wirklichkeit aus, wollen „den idealen Ausdruck selbst wieder realisieren“ (Marx „Grundrisse“ S.160). Für sie ist die Politik das wahre Zentrum der Gesellschaft und sie glauben, das der Politikform „Demokratie“ zugrundeliegende gesellschaftliche (Wert-)Verhältnis könne noch radikalisiert werden. Gegen die „schlechte Politik“ soll die „gute Politik“ helfen. Der hehre Demokratismus bekundet so sein grundsätzliches Einverständnis.*

(14) Dokumentation: Beiträge zum antinationalen und antideutschen Aktionswochenende am 6./7. Mai 95. 50 S./6 DM, Bezug: 040-438846). Redebeiträge während der Demonstration und auf der Abschlußkundgebung, Referate der Auftaktveranstaltung (Außenpolitik und nationaler Konsens), Diskussionsbeiträge zur Konferenz (Nationalsozialismus und bürgerliche Demokratie, Politik und Antipolitik), Flugblätter, Kostenübersicht und Spendenaufruf.

(15) Bahamas - Zirkular der Gruppe K (17/95, 60 S./6 DM, Fax 040-438846). H. Möller „Nie wieder Nachkriegszeit", K. Nele „Autonome Probleme mit den 'Antideutschen'", G. Becker „Nolte für Deutschland", M. Müntzel „Deutsche Tschechien-Politik", J. Elsässer „Zur neuen deutschen Sonderrolle", G. Jacob „Krauts With Attitude: German Pop", Kirsche/Berg „Trottas Heimatfilm", B. Ortmeyer „Bechers Nationalismus", J. Starck „Konrad Adam", Baumann/Benl „Die 'Neue Rechte' und ihre Kritiker". Beiträge zur Kritik einer selbstbewußten „Nation".

(16) Red Flex (Asta Uni Bremen, 6/95, 34 S./kostenlos, Bezug: 0421-2283314). Ziemlich gute Zeitung: 7 Seiten Kritik des Veganismus! (s. a. „ÖkolinX" 20/95 über „Animal Peace"), Gedanken zum 9. Mai. Nachbetrachtung zur Demonstration in Ochtendung am 7. Mai mit kritischen Anmerkungen zu exportabhängigen Lichterketten und Antifa-Gruppen, die das ganz normale Deutschtum aus den Augen verlieren. Hochsicherheitsknäste in Chile. Deutsche Jugoslawienpolitik. Das Massaker in Istanbul im März 95.

(17) Mittelweg 36 (Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Juli 95, 96 S./18 DM, Bezug: 0611-307011). Themen: Schwierigkeiten soziologischer Gewaltanalyse (es geht hier u.a. um Situationen, in denen Menschen Opfer und Täter zugleich sind. Vgl. hierzu auch unsere Nachbemerkung zu dem Text von A. Magiros); Zur deutschen Militärsoziologie; Projektionsfläche Bosnien: ein deutsch-französischer Intellektuellenstreit (Artikel der „Kommune"-Autorin (!) Ulrike Ackermann. Beschreibt zustimmend den gewendeten „Antitotalitarismus" ehemaliger Linker wie Cohn-Bendit, Leggewie, Peter Schneider, Glucksmann etc.); Die Tücken der Zivilisation (Kritik von Clemens Knobloch an der im „Mittelweg" gängigen Entgegensetzung von „Zivilisation" und „Barbarei" = „Unzivilisation"); Schwarze Pest (Peter Martin über die Diffamierung „schwarzer" Angehöriger der französischen Armee Soldaten in Deutschland nach 1919). In theoretischer Hinsicht ist der „Mittelweg" erstaunlich anspruchslos, in politischer Hinsicht sucht er über den Totalitarismusbegriff bürgerliche Anerkennung zu erlangen.

(18) Projekt Kritische AIDS-Diskussion (Hg.) „AIDS, Afrika, Bevölkerungspolitik" (Nr.3/Juli 95, 200 S./10 DM Selbstkostenpreis, auch als Diskette für 2 DM, Bezug: 030-7815343). Aids und Bio-Politik, Medienkonstruktionen, Stigmatisierung eines Kontinents, Inszenierung des „Ebola-Virus", Kritik der Virus-Theorie und der AIDS-Tests, Weltbevölkerungskonferenz 1994.

(19) Springer - Hefte für Gegenwartskunst (Juni 1995, 170 S./28 DM, Bezug: Wien 0043-1-4313302415). Eine Mischung aus „Texte zur Kunst", „Wiener" und „Österreichischer Staatsanzeiger". Der autoritäre Gestus dieser Klassenkampf-Zeitschrift ist nicht etwa Resultat kaum verständlicher Theorie-Manifeste & Essays, sondern einer dreisten, „aufwendigen" Aufmachung, die anzeigt: Hier ist das Geld, hier sind die Connections auf die alle angewiesen sein werden. Das inhaltliche Niveau von „Springer" ist (auch im Vergleich zu TzK) bescheiden: Hipness for beginners, z.B. Notizen zur „Aktualität von McLuhan" („Aus McLuhans These vom Primat der Botschaft über den Inhalt läßt sich ableiten, daß Ideologie keine Frage des Bewußtseins ist") oder trendiges Simulations-Blabla über „virtuelle Geschlechter" auf Designer-Niveau („In der Modebranche gelten Transvestiten wie RuPaul als die besten Models für weibliche Kleidung"). Aus solchen dünnen Texten extrahiert die Redaktion dann noch die „Highlights" und gestaltet damit ganze Seiten: Verschwommenes Foto plus Foucault-Zitat: „Offenbar müssen wir nicht so sehr daran arbeiten, unser Begehren zu befreien, als daran, unendlich genußfähig zu werden." Da fehlt nur noch das Philip Morris-Logo. Bei „Springer" treffen sich der unsägliche Marius Babias und der unsägliche Christian Höller („Hegel und Hendrix - dieses Doppel könnte die Arbeit Paul Gilroys betiteln") zur Shopping Tour. Leute, die nie Teil einer Rebellion waren, die nie durch riskantes Sprechen aufgefallen sind, imaginieren sich als „Dissidenten", indem sie z.B. folgende Einkaufstips geben: „Älteste und weiterhin glamouröse Boutique. Gudrun Enslin kaufte hier gerne beim Klassenfeind" (so brutal kann das Imagetransfer-Konzept „Repolitisierung" ausfallen!). Interessant, daß die bisher als apologetische HipHop-Autorin bekannte Katharina Weingartner („These artists are surrounded by apologists". Lisa Jones in „Bulletproof Diva") hier zu erkennen gibt, daß ihr der gierige Zugriff von Kunst & Cultural Studies-Akademie auf Rap mißfällt (das Interesse gilt seit 1992/93 jeder - zuvor aus dem Kontext gelösten - „Minderheitenkunst": Kunst von „ethnischen Minorities", Homeless-People, HIV-Positiven etc.). Im „Springer", vom Staat mit 3 Mio. Schilling gesponsort, werden auf Dauer alle veröffentlichen, die irgendwie mit dem Kunstbetrieb und den für ihn attraktiven Theorien zu tun haben. „Springer" bindet ein und läßt die Galerie (die am „Bedeutungsvoll"-Werden von „Kultur" mitstrickt) durch Zufuhr von „Politik" wieder „authentischer" werden. Nachdem das Magazin durch Interessenskoalitionen mit Standard- und Falter-Leuten gegen Kritik gut geschützt ist (W. M. Faust: „Das bleibt aber unter uns"), ist zu hoffen, daß einige Linke übrig bleiben, um dieses Integrationsorgan zu demontieren. Enteignet Springer!

(20) Off Limits (Nr.10/95, 48 S./5 DM, Bezug: 040-4304490). Schwerpunkt „Menschenrechte", Universalismus & Differenz. Die für jede antirassistische Arbeit zentrale Thematik wird leider in ein relativierendes Pro & Contra aufgelöst. Dem Konsensprinzip fiel auch die notwendige Definition von „Identität" zum Opfer. Jan Allers verteidigt das von uns im letzten Heft kritisierte „New Ethnicity"-Konzept von Stuart Hall und favorisiert die „Identität als Stützpunkt"-These. Doch die von Hall geforderten reflexiven „dynamischen Identitäten" gibt es längst - als Folge von Individualisierungs-Prozessen und der Zunahme symbolischer Transaktionen (vgl. 17°C 6, S.50). Halls Plädoyer für IdentitätsPOLITIK läßt sich mit Foucault als selbstunterwerfende „Suche nach der Wahrheit des Selbst" charakterisieren. Marginalisierten fehlt es ja nicht an Identität. Sie wird ihnen aufgezwungen und geradezu gesetzlich garantiert. Zudem: Auch „oppositionelle Identität" (die ja niemand „in sich" haben kann!), muß von der dominanten Seite als „adäquat" (dem unterstellten Anderssein entsprechend) ANERKANNT werden. Es kann keine „emanzipatorische Identität" geben, die nicht selbst Teil des machtvollen Identitätssystems ist; auch „subversive Identität" kann niemals die Transzendenz der Macht an sich sein. Die Artikulation „oppositioneller Identitäten" führt vielmehr notwendig zu einer Politik der Überwachung von „Identitäten", also zu den gleichen ausschließenden Schritten, die die Hinwendung zu spezifischen „Identitäten" ausgelöst hatten. Jene, die stellvertretend (!) für die „Opfer", deren „Recht auf Identität" verteidigen, müssen sich nach ihrem eigenen Interesse befragen lassen. Warum wird nicht erwähnt, daß die Kinder von Immigranten bisher mehrheitlich nur davon sprechen, was sie NICHT sind? Die dominante Mehrheit bekämpft nicht die Differenz (die immer nur als kulturelle behandelt wird), sondern - universalismuskritisch! - das Verschwinden von Differenz. Mit dem „Stolz" der Ausgegrenzten können sie mehr anfangen als mit deren Anspruch auf Teilhabe. Besonders in der Massenkultur geht es um das Bejahen & Genießen von Differenz. Linke verteidigen mit der „Identität der Anderen" meistens ihre eigene: Läßt sich ohne ein WIR kämpfen? Es geht hier nicht um einen Pathos der Nicht-Identität, aber auch das linke WIR (oder das von Frauen, Schwulen, „Schwarzen") muß immer wieder aufgelöst werden, weil man sonst der anderen Seite ähnlich wird. Der bornierte „Stolz, ein Arbeiter zu sein" führte bekanntlich zur Gründung von „Arbeiterstaaten", die vom Lob der Arbeit nicht mehr lassen wollten. (Vgl. hierzu in diesem Heft: Nachbemerkung zu dem Magiros-Text, Butler-Besprechung).

(21) Johannes Ullmaier „Pop Shoot Pop. Über Historisierung und Kanonbildung in der Popmusik" (Rüsselsheim 1995, 104 S./14 DM, Bezug: 06142-62687). Der Drang zur Akademisierung der Pop-Rezeption ist unaufhaltbar, aber bis zur Einrichtung vieler Poplehrstühle wird es in der BRD noch etwas dauern. Die Zahl der potentiellen Anwärter (99% männlich) steigt, weil im praktischen Leben (nicht zuletzt im erotischen) mit Mozart und Schönberg für großstädtische Akademiker keine Punkte mehr zu machen sind. Die Kanonbildung ist längst im Gang („die 100 besten Platten"), Shusterman ist der Held der Stunde und „Pop-Theoretiker" der neue Traumberuf. No more wasted years.

(22) Jahresbericht der Bundesregierung 1994 (928 S./kostenlos, Juli 1995). Rechenschaftsberichte des ZK der BRD, des Auswärtigen Amtes und aller 13 zentralen Ministerien: „1994 ist die erste Legislaturperiode im wiedervereinigten Deutschland zu Ende gegangen. In den Jahren seit 1990 waren gewaltige Herausforderungen zu meistern. Unsere Anstrengungen haben sich gelohnt" (Vorwort). Mit Register zu den ganz normalen Problemen einer ambitionierten Großmacht, von A (wie Afghanistan, Allgemeine Wehrpflicht, Angola, Ausländerzentralregister etc.) bis Z (wie Zaire, Zivilschutz, Zollfahndungsämter. Legal und kostenlos zu erwerben über Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstr. 11, 53113 Bonn, (Postkarte oder Tel. 0228-208-0). Ebenfalls dort zu haben: „Dokumentation mit Reden Roman Herzogs zum 8. Mai" und „Zum 50. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges. Staatsakt zum 8. Mai in Berlin."

(23) McKanther (Hg.) „Verfassungsschutzbericht 1994" (Kronzeugen-Verlag 1995, kostenlos wie die Strafjustiz). Die Konferenz „Links ist da, wo keine Heimat ist" (12.11.95 in Dresden. Vgl. Heft 9, S.23+80) wird von McKanthers „Behörde gegen undeutsche Untriebe" aufs schärfste mißbilligt: „Die Organisatoren verfolgen offensichtlich das Konzept, mit solchen Aktivitäten eine antinationale Linke zu sammeln und zu fördern." Ein Fall für den VV: „Präambel des GG: Von dem Willen beseelt, seine nationale & staatliche Einheit zu wahren, hat das Deutsche Volk dieses GG beschlossen." „Art.18 GG: „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung... zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte." Der Gebrauch der eigenen Meinung steht grundsätzlich unter den Verdacht auf Mißbrauch. Meinungen darauf zu prüfen, ob es sich um bloße Verbesserungsvorschläge oder um Kritik handelt, die das mit ihr geäußerte Interesse auch durchsetzen will, ist Aufgabe dieser Behörde.

(24) ID-Archiv-Amsterdam (Hg.) „Wir haben mehr Fragen als Antworten. RAF-Diskussionen 1992-1994" (Berlin 1995, 400 S./36 DM). Der etwas modische Titel (Antworten zu haben ist out) und die Ankündigung des Buches

als Historikermaterial („zur Aufarbeitung der Geschichte") reflektieren den staatlichen Verfolgungsdruck, der bestimmte linke Debatten als „Unterstützung von terroristischen Vereinigungen" unterbinden soll. Rund 50 Texte & Erklärungen von RAF, politischen Gefangenen und ehemaligen Gefangenen, plus Bibliographie und Chronologie von 1968-1993. Dieses Buch ist immerhin gegen das „Vereinnahmungsproblem" gefeit! Im Unterschied zu Hakim Beys „T.A.Z" wird es nicht in der trendy Jugendbeilage „Jetzt" der „SZ" (80er-Stil) als Anarcho-Dandy-Handbuch („Poetischer Terrorismus", „Datenguerillero" etc.) gefeiert werden.

(25) Infogruppe Hamburg (Hg.) „Dokumentation zu den bundesweiten Durchsuchungen und Festnahmen am 13. Juni 95" (7/95, 35 S./4 DM, Bezug: c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH).
Deutschland geht weiter scharf gegen Dissidenten vor. Nach der Göttinger Antifa (M) und dem Kölner Kurdistan-Büro traf es im Juni/Juli die befreiungsnationalistischen „AIZ", die Gruppe „KOMITEE", sowie die seit 1982 teilweise und nun vollständig illegalisierte Zeitschrift „radikal" (Bezug: 1. Umschlag an Van Ostadestraat 233n, NL-1073 Amsterdam. 2. Umschlag: Z.K.). Vier Regimekritiker, denen vorgeworfen wird, Redakteure dieses Blattes zu sein, sitzen in Untersuchungshaft und sind dort verschärften Haftbedingungen wie Einzelhaft und Trennscheibe bei Besuchen ausgesetzt. Am 13. Juni ließ die BAW von maskierten und bewaffneten Kampfbeamten rund 50 Wohnungen und Läden stürmen. Ein „Schlag gegen terroristische Gruppen" mit dem Knüppel § 129. Am 10. Juli wurde erneut das Haus durchsucht, in dem der Kölner Infoladen untergebracht ist. Seit Juni sind 25 Dissidenten mit Ermittlungsverfahren konfrontiert. Aussageverweigerung wird mit Geldstrafe oder Beugehaft (bis 6 Mon., wiederholbar) bestraft. Manche meinen, dieses Vorgehen habe „nichts mit Recht zu tun" (Unrast-Verlags-Erklärung). Ein folgenschwerer Irrtum, der die Kritik von Demokratie & Recht nur erneut verhindert. Die Verfolgung von Regimekritikern ist durch Recht & Gesetz absolut legitimiert. Man sollte Anwaltsargumente und linke Kritik nicht verwechseln.

(26) Jutta Koether „Kairos. Texte zu Musik & Kunst in den 80er Jahren" (ID-Archiv, Herbst 95, 160 S./18 DM). Die Existenz von KünstlerInnen als fixierte Sozialfiguren, die „berufs"mäßig eine Kunst „schaffen", deren „Authentizität" durch die unverwechselbare „Persönlichkeit" der KünstlerIn verbürgt sein soll, ist an eine historische gesellschaftliche Arbeitsteilung gebunden, die sich als Hierarchie der „Berufe" darstellt und autoritäre Vorstellungen von angeborenem Genie und spontaner Erleuchtung reproduziert. Dieser Gesichtspunkt, den zu betonen für Linke selbstverständlich sein sollte, wird immer dort unterschlagen, wo sich Linke bündnispolitisch der Autorität von Kunst bedienen wollen. Sie fallen damit hinter das Reflexionsniveau des Kunstbetriebes selbst zurück. Dort weiß man heute zudem, daß die gesellschaftliche Anerkennung als KünstlerIN nicht von der „Qualität" des „Werkes" abhängt, sondern vom „sozialen Auftrag", d.h. von aktuellen Trends und den Verbindungen zu den relevanten Leuten (vgl. etwa die Serie „Warum hat die es geschafft? - Anerkennungsprozesse bei Künstlerinnen" von Isabelle Graw in „Artis"). In der Ankündigung zu diesem Buch, die die Stationen der Anerkennung nur auflistet, erscheint der Rekurs auf die KünstlerInnen-Biographie leider als unproblematisch. Koether selbst, so ist einem in „Texte zur Kunst" (15/94) abgedruckten Interview zu entnehmen, bekennt sich als „Künstlerin", und damit zu einer Kategorie, die die Vorstellung von individueller Souveränität und von Verfügung über eine instrumentell anwendbare „Strategie" transportiert. Das Buch enthält überarbeitete Artikel über Kunst (Gespräche mit Kippenberger, Oehlen, Büttner u.a.) und „Pop-Underground".

(27) Perspektiven - Internationale Studentenzeitung (Nr. 24/95, 32 S./A3, kostenlos. Bezug: 069-7077044): Kritik an „der" antinationalen Bewegung, Tschetschenien, Zerfall Jugoslawiens, Islam & Fundamentalismus, Briefe aus Ruanda, Adorno über Antisemitismus. Diese Zeitschrift zeichnete sich immer schon durch eine eigenartige Mixtur aus: Während im „Polit-Teil" die härtesten befreiungsnationalistischen Texte abgedruckt werden (hier und da mit ultra-zaghaften Distanzierungen), darf im „Philosophie-Teil" Adorno zu Wort kommen. So auch hier: Erkenntnisse von Adorno, Horkheimer und Marcuse werden wie Hausaufgaben referiert, während im „Schwerpunktteil" ein Ostberliner „Reformer" (W. Rüddenklau vom „Telegraph") „DIE antinationale, antideutsche Bewegung" (darunter auch 17°C) niedermachen darf: „Sie sind auch insofern antideutsch, als sie gegen die deutsche Bevölkerung sind." „Weit schwieriger ist es dagegen, sich den Realitäten... zu stellen." Wieso glaubt Rüddenklau, der den Nationalsozialismus mit der verständlichen Verbitterung der Deutschen über die „Demütigung" des Versailler Vertrags erklärt, wir wollten ihn vom kritischen Mitmachen abhalten?

(28) Beute (2/95, 142 S./14 DM. Bezug: 069-293147). Gegen falsche Kritik werden wir die Beute immer verteidigen: In einer Rezension der Zeitschrift „ÖkolinX" (20/95) wird die Beute als „postmodern, metropolitan, junglink" und sogar als „Part der Antinationalen" kritisiert. Nichts davon ist wahr. Die Beute-Redaktion besteht aus seriösen Linken, die ihre Hipness-Themen arbeitsteilig bei kulturindustriellen Profis in Auftrag geben. Interessant hingegen, daß der Autor der Besprechung - offensichtlich ein gewiefter Bündnispolitiker - die Idee einer „Mischung (!) aus Kultur und Politik" (die derzeit weltweit und nicht zuletzt seit 1990 in Deutschland erfolgreich betrieben wird) zwar von der Beute für falsch umgesetzt, aber prinzipiell für clever hält. Da bleibt uns nur eine Empfehlung: „Wer jetzt die Beute abonniert, erhält die CD Sturm & Drang" (S.143).

(29) Antinationale Wochen in Detmold. Nach fünf Jahren „Wiedervereinigung" sind fast alle „Deutschen" (vom Stammtischrassisten bis zum grünalternativen Bosnien-Retter) mehr oder weniger bekennende Nationalisten. Für alle, die den grassierenden Nationalismus verstehen wollen, um zu wissen, wann es Zeit ist zu gehen, führt das Antinationale Plenum Detmold eine Veranstaltungsreihe durch. „Gegen das nationale Deppertsein" (29.9. F. Huisken), „Die Identitätsfalle" (anschließend R&B-Party. 6.10. G. Jacob), „Links ist da, wo keine Heimat ist" (9.10. Th. Ebermann vs. A. Brié), „Über den Schluchten des Balkan" (11.10. K. Held + J. Wertmüller), „Der Staat und ich" (13.10. Blumfeld-Konzert). T. 05231-32396.

(30) Veranstaltungen zur Militär- und Außenpolitik der BRD in Hamburg in Zusammenarbeit mit GWA St.Pauli-Süd und 17°C (Köllibri, Hein-Köllisch-Platz, 19.30 Uhr). Am 4. Sept: **Wolfgang Michal** (Autor von „Deutschland und der nächste Krieg"): „Welche Interessen hat die BRD im ehemaligen Jugoslawien?" Erstmals seit dem II. Weltkrieg ist Deutschland an einem Kriegseinsatz mit eigenen Truppen beteiligt. Damit ist eine neue Qualität der Außen- und Militärpolitik erreicht. W. Michal über wilhelminische Politik, „Vereinigungspolitik", Geopolitik und die deutsche Vormachtstellung in Europa. Am 14. Sept: **Matthias Küntzel** (Autor von „Bonn und die Bombe"): „Deutschland und die Atomwaffen". Zum Interesse der BRD am Zugriff auf Atomwaffen gehört auch die Suche nach Mitsprache & Kontrolle über den Bestand verbündeter Mächte. Vom aktuellen (Konsumenten-)Protest gegen die Atomversuche Frankreichs wird dieser Aspekt verschwiegen.

ZEITSCHRIFT FÜR DEN REST

(1) Die Zahl der kritischen Kommentare zu einzelnen Artikeln aus 17°C ist seit Heft 10 erheblich gestiegen. Unser Wunsch, sie an dieser Stelle (mit Bezugsadresse) zu erwähnen und kurz zu kommentieren (bzw. auf längere Kommentare im Heft hinzuweisen), mußte etwas modifiziert werden: Einige Kommentare wurden in der Rubrik „Eingegangene Geschenke" (Toleranzgrenze, Off Limits, Landplage, Perspektiven, VV) aufgegriffen, andere in den längeren „Fußnoten" (z.B. Taz, FSK-Radio) und etliche auch in den Textbeiträgen. Alle anderen Kommentare, die in dieser Zeitschrift geäußerte Überlegungen aufgriffen oder verwarfen, sind hier erwähnt: * **Junge Welt** (Bezug:030-68834-337). Die linke Tageszeitung `junge Welt' stellte in Nr. 82/95 unsere zehnte Ausgabe vor; in Nr. 85/95 ging es u.a. um unsere Absage an bestimmte autonome Debatten zum 8. Mai; in 87/95 und 96/95 wurden unsere Pop-Kritiken zur Diskussion gestellt („Musik für den Rest", „Deutscher Orientalismus"). Ebenso in 115/95: „Um den Zusammenhang zwischen Subkultur und allgemeiner Kultur deutlich zu machen, untersucht die Zeitschrift 17°C den Zugriff der Kulturindustrie auf die Outlaws der Kultur." Das stimmt nicht ganz: Wir beschäftigen uns eher mit dem Zugriff der „Subkultur" auf die Kulturindustrie. Anders gesagt: Mit den Gründen, weshalb Karrieren ohne den Gestus der Unbestechlichkeit nicht gelingen. * **Sonic Press** (46 S./kostenlos. Bezug: 040-3172350): „17°C setzt sich gegen den eng geführten Begriff des Politischen anderer linker Publikationen ab, der die Linken immer wieder zu billigen oder oberflächlichen Bündnissen aus Kunst, Pop und Politik führt. Über Kunst und Pop wiederum wird in 17°C anders als in den jeweiligen Fachblättern geredet - gegen deren Autoritätsdiskurs". * **Konkret** (neue Tel.-Nr: 040-8512531): Die etwas nachlässige Ankündigung der Veranstaltung des Münchner Kultur-ArbeiterInnen-Verlages bzw. des Münchner Kunstvereins zum 8. Mai in Nr. 5/95 erweckte den Eindruck, als sei dies eine Versammlung der „Boheme" gewesen. Die VeranstalterInnen haben jedoch einen „bohemistischen" Zugriff auf den 8. Mai vermieden. Neben Diskussionen über Nationalismus und „Neue Rechte" fand auch unter dem Titel „Halt's Maul Deutschland - CD-Compilations seit 1989 und der Begriff der Nation" eine Auseinandersetzung mit der Konstruktion einer „neuen deutsche Singbewegung" statt. Nachdem in Konkret 7+8/95 dazu Positionen veröffentlicht wurden, wäre es interessant, die Münchner Diskussion (Dobler, K. Grether, Ale Dumbsky) zugänglich zu machen. * **folxstimme** (Wien, Bezug: 0043-1-52166-214). Leider wird der recht gute „Feuilleton"-Teil dieser Zeitung zum 1. Oktober eingestellt. Aufgegriffen wurden dort: Unsere Kritik am „neuen Wimp" (VS 15/95), an Karakan (18/95) und an der ethnischen Segmentierung des Pop (19+20/95). * **Taz** (25.5.): „Das Konzept Bleiwüste als Oppositionsgeste". Ein Gespräch mit Jan-Christoph Wolter über das kulturindustrielle Konstrukt „Subkultur versus Mainstream" (vgl. auch die Kommentare in der „Taz" zu unseren Kritiken an Cartel und Dobler). * **Hamburger Morgenpost** (24. Mai): „17°C ist die (!) Zeitschrift, oder, besser, der rote Teppich in Sachen Pop-Diskurs und antinationaler Gesinnung." Man würde uns glatt die Chance einräumen, via „glaubwürdige politische Korrektheit" einen Beitrag zur Aufwertung des ramponierten „Underground"-Mythos zu leisten. Wer den Zusammenhang von Kultur & Imperialismus deutlich machen will, muß jedoch auch den „Underground" dekonstruieren. * **Spezial** (101/95, 40 S./6 DM, Bezug: Andere Seiten GmbH, Slicherstr.2, 30163 Hannover): u.a. Fortsetzung der Diskussion über „Kapitalismus und Lebenswelt"/R. Schlosser und S. Hall. * **Szene Hamburg**

(5/95): „Richtig interessant wird das Phänomen Boys II Men aber dadurch, daß - auf den ersten Blick vielleicht irritierend - beispielsweise die linksradikale Theoriezeitschrift 17°C die Gruppe in ihrer Playerlist führt - wie auch andere Swingbeat-Künstler". Forget fashionable faiths like the 5 Percenters, the NOI or even Buddhismus - you gotta be down with Jesus to be cool these days. Wenn Michael Jordan, wochenlang No.1 in vier verschiedenen US-Charts und „the hottest swingbeat thing right now", seine Konzerte mit einem christlichen Gebet eröffnet, dann zeigt das, wie sehr Religion, Familie und Patriotismus seit dem Ende der Black Panthers den Widerstand in Konformismus verwandelt haben. Während der NOI-Einfluß stagniert, führen die Born-again-Christen die Charts an: Boys To Men, Craig Mack, Kut Klose, Run DMC, Kurtis Blow, Teddy Pendergrass, R. Kelly, etc. Da die Kritik der Religion jedoch am Anfang aller Kritik steht, wird der wunderbare DooWop-Soul-Gesang von Boys II Men uns von ihrem religiösen Gerede kaum überzeugen können. * Im selben Heft heißt es u.a.: „Die große Stärke der Gruppe, in der abgewichste alte Hasen und Nachwuchsdenker ziemlich solide harmonieren, sind die antinationalen und besonders antideutschen Hardcore-Raps. Das notorische Spex-Bashing hingegen, ermüdet inzwischen sogar hartgesottene Fans." Das Spex-Publikum wird sich daran gewöhnen, daß die Zeiten vorbei sind, in denen der „Pop-Underground" die Noten verteilte. Vieles von dem, was an der Zeitschrift für „Musik zur Zeit" einmal gut war (Texte über Pop, die zu lesen manchen „hochkulturell" orientierten Linken gut getan hätte), hat sich auf einen Gestus reduziert, der heute Türen einrennt, die längst sperrangelweit offen stehen. Das Magazin profitierte zudem immer schon davon, daß die als „kulturpessimistisch" gebashten „Altlinken" sich mit dem jeweiligen popkulturellen Hype tatsächlich nicht auskannten (dafür aber mit anderen und keineswegs unwichtigeren Phänomenen: sie haben zwar nicht die Strickpullover der Grünen kritisiert, dafür aber deren Programm) und deshalb die ihnen empfohlenen Stil- und Theoriegesten nicht auf ihre Konsistenz prüfen konnten. Sie hätten da manche Ungereimtheit entdecken können. Aber davon abgesehen, daß es diese „Altlinken" als homogene Gruppe nie gab, hat sich die Situation längst radikal verändert. In der restlichen „linksradikalen Szene" hört man seit Jahren Dancefloor Jazz, Rap, House, Jungle oder Techno, und die dazu gehörenden Theoriesamples sind auch allgemein bekannt. Die Diskursmacht von Spex ist aus ganz vielfältigen Gründen, die wir an dieser Stelle nicht auflisten können, am Schwinden. Eine Rolle spielte z.B. die Nichtübertragbarkeit popkultureller Dissidenz-Kategorien auf HipHop. Auch zur Techno-Diskussion konnte Spex kaum etwas beitragen (jede Subszene hat längst ihre eigenen Ideologen und Spaßfunktionäre, in Städten wie Berlin, wo es drei Stadtzeitschriften gibt, haben einzelne Popschreiber keine Durchsetzungsmacht mehr - und das ist gut so). Heute erscheint die Zeitschrift als letzte Bastion einer Apologie des Subversionsmodells „Pop" („Dopebeats als Mindestkommunikation gegen die segregationistische Tendenz der Weltwirtschaft", „Weiße HipHop-Fans sind vielleicht die erste Jugendkultur, die sich damit identifiziert, sich nicht zu identifizieren", etc.), das niemand mehr richtig überzeugen kann. Für die etablierten Medien ist Spex hingegen DIE zitierfähige (und dringend benötigte) „Underground-Adresse". Die Aufregung darüber, daß es ein paar Linksradikale gibt, die das Betriebsgeheimnis des Subversionsmodells verraten, die sich auf Pop nicht bündnispolitisch-instrumentalisierend beziehen, die sich über die Welt des Pop nicht in Spex informieren und ihre Musikartikel nicht arbeitsteilig dort schreiben lassen müssen, die ihre (von konservativen Linken nicht vereinnahmbaren) Pop-kritischen Kategorien vielmehr AUCH in Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Zentralorgan entwickeln (was ja nur geht, weil dort noch argumentiert wird), wird sich legen. Alle spüren, daß die alten „Subkultur"-Gewissheiten dahin sind. * **Spex** (90 S./6 DM, Bezug: 0221-515015). Die Kommentare der „bedeutendsten Zeitschrift für den bundesdeutschen Pop-Underground" (ID-Herbstkatalog) zu verschiedenen in dieser Zeitschrift entwickelten Überlegungen schwanken leider zwischen der Sorge, unerwünschte Einwände durch eine Entgegnung „aufzuwerten" - „Diskurs" ist eine Kategorie der Macht! - und der Befürchtung, unterbliebene Einwände könnten zum Verlust von Definitionsmacht führen. Beides entspringt einem überkommenen, autoritäre Loyalitätsansprüche stellendem Avantgarde-Anspruch, der nur noch Machtanspruch ist, Meister/Schüler-Verhältnisse produziert und deshalb vor allem von jüngeren Pop-Fans verachtet wird. Als Verharren im Bezugssystem der 80er erscheinen auch Versuche, antinationale Linke als „spaßverderberisch" (5+6/95) darzustellen. Angesichts der aktuellen Weltereignisse und angesichts des Ernstes, mit dem der „Underground" um einen Platz an der Sonne kämpft, hat das wenig Überzeugungskraft. Nostalgisch wirkt auch der Wunsch, Kritiker „ausbooten" (7+8/95) zu können. Niemand interessiert sich heute für eine Personalisierung inhaltlicher Differenzen. Die für Oktober angekündigte Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache trägt den Titel „15 Jahre Underground". Nach den Deals mit MTV (Popkomm-Veranstaltung „MTV & Spex. Alternative Nation", Heft 6/95: „MTV & Spex präsentieren Big Cat" - in Hamburg war noch die Springer-Zeitung Hamburger Abendblatt dabei - und 7/95: Vermietung der Titelseite an MTV. So weit ging nicht mal die Disco-Zeitung Network Press), kann das nur selbstironisch gemeint sein. * **Geronimo**, Autor von „Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen", bemängelt in der überarbeiteten Neuauflage seines Buches (Berlin 1995) den Rückgriff auf „makrosoziologische Großtheorien" in unserer Serie „Die Autonomen". Mehr noch als den Inhalt stört ihn die Verpackung, denn die Serie „findet sich in mehreren Teilen in der ökologisch fragwürdigen Hamburger Hochglanzzeitschrift 17°C." Wenn Geronimo Fotos zum Entwicklungsdienst bringt, so wurde uns erzählt, kreuzt er immer das Kästchen „matt" an. * **Silsila.** Unsere Anmerkung in Heft 10 hat die Redaktion der Zeitschrift in einem längeren 'Offenen Brief' beantwortet, in dem sie u.a. fragt: „Ist auch 'Race & Class' des völkischen Rassismus verdächtig?" (Bei einem von uns hinterfragten Zitat handelt es sich um eine Übersetzung aus diesem Magazin). Wir fragen zurück: Wird die Suche „der Völker" nach den „Wurzeln ihrer ursprünglichen Kultur" besser dadurch, daß sie als Antwort auf Kolonialismus verstanden wird? Vgl. dazu die Texte „Vom Antikolonialismus zum Befreiungsnationalismus" in den Heften 9+10. Der Brief ist zu beziehen über c/o Buchladen, Gneisenaustr.2a, 10961 Hauptstadt. * **Super-Poster zum Mega-Rumms:** Bei dem Faltblatt, das dem letzten Heft beilag, handelt es sich um den 1:1-Nachdruck eines Flugblattes, das die RAF nach der Bombardierung von Hamburg über der Stadt abgeworfen hatte. * **Wir bedanken uns** für die finanzielle Unterstützung durch LeserInnen aus Wien, Tübingen, München, Hamburg. Ebenso bei den vielen Bands, DJs & AutorInnen, die am 26. Mai für eine Selbstkosten-Gage während der 17°C-Party „From Substream To Mainculture" in der Hamburger Markthalle auftraten. Unsere Idee einer Zeitreise durch verschiedene Musikgenres, die einmal als „dissident" galten (von verbotenen Opern über Swing, Soul, Rock'n'Roll bis HipHop und Techno), ist sicher nicht ganz durchgedrungen. Manche empfanden den organisierten Clash als Zumutung, anderen gefiel er. * **Im Zentrum der Peripherie:** „Auf eine Antifa-Demo zu gehen und sich dabei eine Bratwurst reinziehen, das paßt irgendwie überhaupt nicht zusammen." („Peace Of Mind", HC-Band aus Göttingen). **(2)** „Zwischen 2 Ausgaben einer Vierteljahreszeitschrift", so schrieben wir im letzten Heft nicht zuletzt mit Blick nach Ex-Jugoslawien, „kann sich heute viel ereignen. Kann sein, daß es schon zwischen diesem und dem nächsten Heft passiert sein wird." Inzwischen flogen die ersten deutschen Kampfbomber über Bosnien und Kroatien wurde mit deutscher Rückendeckung „serbenfrei" geschossen (das kroatische TV blendete in seine Frontberichte Bilder deutscher Wehrmachtssoldaten ein!). Die kroatische „Wiedervereinigung" (auch eine Suche nach der „ursprünglichen Kultur") ist realisiert und die Opposition gegen Tudjmans Kriegskurs mundtot gemacht. Die mit dem Adjektiv „selbsternannt" bedachte (weil u.a. von Deutschland NICHT anerkannte) Republik Krajina, in der ein Teil der 580.000 von der kroatischen Verfassung als „Serben" Ausgegrenzten lebte, ist verschwunden. Die Massaker an den rund 150.000 Flüchtlingen wurden in den deutschen Medien als zwar bedauerlich, aber weitgehend unvermeidlich dargestellt. **(3)** Vom Underground ins Souterrain: Was wir bisher vermieden haben, wird jetzt unvermeidlich: Nachdem wir das letzte Heft in Spenderlaune trotz des auf 100 Seiten erweiterten Umfangs zum ruinösen Preis von 6 Mark verkauften, nachdem wir uns ein halbes Büro leisteten und uns vorgenommen haben, möglichst bei 100 Seiten zu bleiben (mehr Aufwand an Zeit, Telefonaten, Porto, Druckkosten etc.) und nachdem wir uns dazu entschlossen haben, eine rasche Auflagensteigerung, nur weil sie sich günstig auf die Stückkosten auswirken würde, nicht als selbständiges Ziel anzustreben (weil es unter den gegebenen Bedingungen nur durch ein Smarter-Werden zu erreichen wäre, also durch eine Zeitschrift, die ihrem Publikum ein Gefühl des Dabei-Seins vermittelt und es trotzdem „in Ruhe läßt"), ist es finanziell etwas eng geworden, zumal wir einen Teil unserer Anfangsverschuldung mitschleppen und unsere Außenstände nicht immer so pünktlich zurückfließen, wie es sein sollte. Kurz und gut: **Um diese Zeitschrift zu sichern, brauchen wir rund 7000 DM**. Wir bitten deshalb nicht die Ärmsten, sondern die MillionärInnen unter unseren LeserInnen (die muß es geben!) um einen einmaligen größeren (z.B. 500-1000 DM) Zuschuß. Um Unterstützung (einmalig oder dauerhaft monatlich z.B. 50-100 DM) bitten wir alle, die sich über diese Zeitschrift freuen, selbst aber zur Mitarbeit nicht in der Lage sind, weil sie derzeit als ErbInnen, UnternehmensberaterInnen, ÄrztInnen, AnwältInnen, StudienrätInnen, HochschullehrerInnen, AgenturbesitzerInnen, LabelbesitzerInnen, Modernes-Leben-RedakteurInnen, RundfunkmoderatorInnen, BesitzerInnen ehemaliger Parteidruckereien etc. tätig sind. Der Weg der Revolution ist voller Windungen. Jeder und jede kämpft auf seinem/ihren Platz. Die individuellen Schwerpunkte ändern sich. Auch wir haben unser Schicksal nicht mit diesem Blatt verknüpft. Die momentane Arbeitsteilung - die einen verdienen das Geld und leiden unter der Entfremdung, während die anderen unter zwar ruinösen, aber sonst erfreulichen Bedingungen Zeitschriften machen - kann sich schon morgen umkehren. Dann werden WIR spenden! Sehr willkommen ist uns auch jede inhaltliche Unterstützung durch die, die bisher in dieser Zeitschrift Anregungen für ihre Kampfgruppen, Arbeitskreise, Referate, Radiosendungen etc. gefunden haben. **Unser Konto** (es ist wirklich nötig): V. Schmidt, Sonderkonto, Nr. 71 39 90-200, Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20. Danke.

Fragmente zur Geschichte

– Studi-, Betriebs- und Stadtteilarbeit – vom Sponti zum KPD-Kader – Geschichte die nicht vergehen will – Beschreibung der wichtigsten K-Gruppen – „was aber wären wir für Menschen“: eine Auseinandersetzung –

Broschüre A5, 68 Seiten, DM 3.-

Bestellungen über:
„Fragmente“
c/o Infoladen Köln
Ludolf-Camphausen-Str. 36
50672 Köln

Bei Einzelexemplaren bitte einen frankierten und beschrifteten B5-Umschlag, sowie DM 3.- in Briefmarken beilegen. Für WiederverkäuferInnen kosten die *„Fragmente“* DM 2.- plus Porto. Geld in Scheinen oder Briefmarken beilegen. -

'68 und '70er Jahre
AG Zivilisation und Barbarei

ak Zeitung für Linke

Das Forum für linke Debatte und Praxis

Jenseits von Dogmatismus und Anpassung an den Zeitgeist. Erscheint seit 1971

Kostenloses Probeexemplar bestellen bei Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58 B, 20357 Hamburg Tel.: 040/ 43 53 20, Fax.: 040/ 439 42 65 oder per e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

ak erscheint vierwöchentlich und ist in allen linken Buchläden und Zeitungskiosken erhältlich. Jahresabo DM 90,-; Einzelpreis DM 7,50. 36 Seiten.

Seit 1974 unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende linke Schutzorganisation. Sie hilft AntifaschistInnen, Total-

FREIHEIT FÜR MUMIA ABU-JAMAL!

verweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert und verfolgt werden. Mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird für die Unterstützung der Betroffenen bei Anwalts- und Prozeßkosten gesorgt. Zudem organisiert die Rote Hilfe praktische Solidarität, wie Veranstaltungen, Flugblätter, Solidaritätsparties und Demos.



ROTE HILFE e.V
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel. + Fax (0431) 75141

ARRANCA!

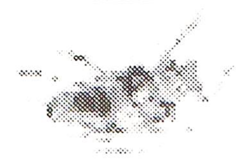


linke zeitschrift

NR. 7
ERSCHEINT IM AUGUST

SCHWERPUNKT: OSTEN II

zu bestellen
für 6DM + Porto bei:
***ARRANCA!* c/o LAZ**
Crellestr. 22
10827 Berlin
KNTNR. 184087900
BLZ 100 200 00 (BERLINER BANK)



BAHAMAS Nr.17

Zirkular der Gruppe K, erscheint alle 3 Monate
Antinational, antikapitalistisch, marxistisch

Statt Befreiung von Deutschland:
Deutsche Befreiung

Deutsch und antideutsch: Autonome Probleme mit “Antideutsch” * Deutscher Sonderweg * Tschechien-Politik - *Deutsche Künstler:* Neuer “German Pop” * Trottas Heimatfilm * Johannes R. Bechers Nationalismus - *Außerdem:* Die Neue Rechte * Kohls Lieblingsmaid: Claudia Nolte * Italien: Selbstabschaffung der Linken * FAZ-Autor gegen “Parteienstaat”

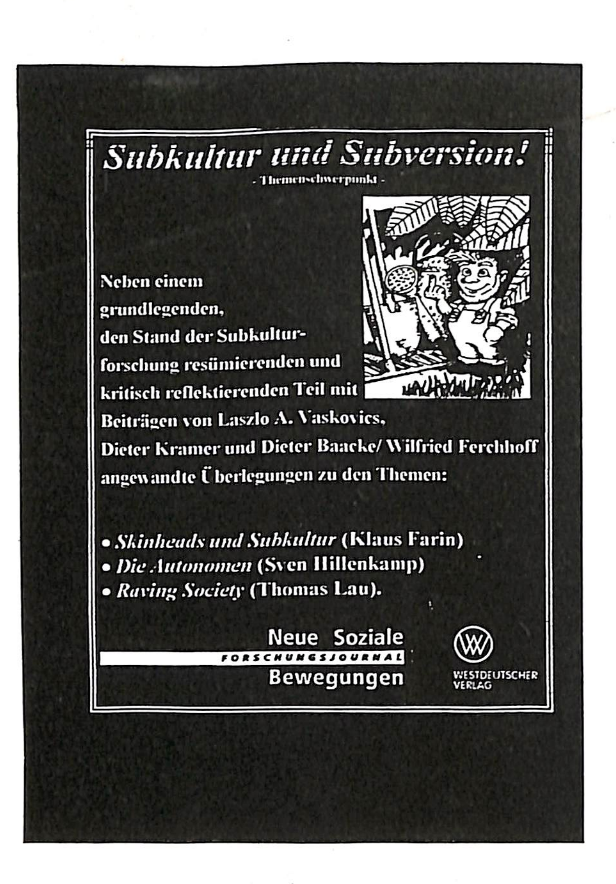
Abonnement DM 18 für drei Ausgaben; Einzelpreis DM 6 (nur Vorauskasse/Briefmarken)

Büro k, Postfach 306 237; 20328 Hamburg. Fon/Fax: 040-43 88 46. Konto: Roisch/Dreyer, HaSpa BLZ 200 505 50, Kto.Nr. 1228/122 386



RADIO VON UNTEN

Das alternative Medienmagazin
jeden Monat neu
Probeheft (für DM 3,- in Briefmarken) beim
Verlag Rainer Pinkau
Weender Str. 30, 37073 Göttingen



DER RECHTE RAND

liefert zweimonatlich Informationen von und für AntifaschistInnen. Er bündelt die Informationen, die vielerorts über Aktivitäten der Rechten in unserem Land gesammelt werden. Er richtet seinen Blick auf die terroristischen und Anti-Antifa-Aktionen der Neonazi-Gruppen wie auf die Versuche, sich parlamentarisch zu etablieren. Er meldet, wie organisierter Revanchismus mit Steuergeldern floriert und was in Richtung auf schwarz-braune Koalitionen angeschoben wird. Er ist ein Forum für antifaschistische Diskussion und Aktion, er arbeitet strömungsübergreifend.

Für 20,- DM bzw. 25,-DM im Ausland (6 Ausgaben, incl. Porto) kann DER RECHTE RAND abonniert werden: Postfach 1324, 30013 Hannover.

Leseprobe (3 ältere Hefte) für 5,- DM (bar oder in Briefmarken).

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

DER RECHTE RAND

Wo andere Däumchen drehen, schlagen wir zu!

Faust berichtet aus den Katakomben des Elfenbeinturms und erklimmt die eisigen Gipfel der theoretischen Debatten.
Faust schreibt über Quotierung, Burschenschaften und politische Gefangene, über die Vereinnahmung der Forschung durch die Industrie, linke Debatten und andere Ungeheuerlichkeiten.
Faust erscheint vierteljährlich im Gretchenverlag:

Kontakte und Probeexemplar:
FAUST
Marchstraße 6
10587 Berlin
030/4614330



COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (HG.)

IG FARBEN: VON ANILIN BIS ZWANGSARBEIT

ZUR GESCHICHTE VON BASF, BAYER, HOECHST UND ANDEREN DEUTSCHEN CHEMIE-KONZERNEN, CA. 260 S., VIELE BILDER

NUR DM 24,80

IG FARBEN
Von Anilin bis Zwangsarbeit
ZUR GESCHICHTE VON BASF, BAYER UND HOECHST
Coordination gegen BAYER-Gefahren (Hg.)
Schmetterling Verlag

AN: CBG, PF 150418, 40081 DÜSSELDORF
BITTE VERRECHNUNGSSCHECK (ZZGL. 5,-- FÜR PORTO/VERPACK.) BEILEGEN.

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser-Farbkopien
Telefax-Service
Schreibwaren
Nacht-und Wochenend-Notdienst (nach Absprache)

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00



Ich lege Wert auf an sich verwerfliche Berichterstattung!

- O Ich will das TATblatt kennenlernen! Schickt mir ein Gratis-Probeexemplar
- O Ich will ein 10-Nummern-Abo um 140 Öschis (außerhalb Ös: 200,-)
- O Ich will Euch finanziell unter die Arme greifen. Euch was spenden, vererben, einen Dauerauftrag einrichten, etc.) Kontaktiert mich!
- O Schaut's, daß weidakommts! Geht's amoi wos orbeiten!

Name, Adresse:

Maul aufreißen zubeißen TATblatt

Alle 14 Tage gegen Rassismus, Sexismus, Imperialismus, Kapitalismus, Militarismus, Umweltzerstörung und überhaupt!

Gutschein ausschnipseln und mit richtiger Briefmarke einsenden an: TATblatt, A-1060 Wien, Gumpendorferstr. 157/11

BUCHHANDLUNG

IM SCHANZENVIERTEL

c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 59
20357 HAMBURG	20357 HAMBURG
TEL. 040 / 430 08 08	TEL. 040 / 430 08 88
FAX 040 / 430 16 37	**SPIELE** 040 / 439 68 32
	FAX 040 / 43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

JEKH ČHIB

Materialien zur Situation der Roma in der BRD

Jekh Čhib Nr. 4 erscheint im April 1995!

»Das Vergangene ist nicht vergangen«

Romnia, Sintezze: Verfolgung – Widerstand – Überlebensstrategien

Themen der Jekh Čhib Nr. 4 sind u.a: Das Stück »Hexen« des Roma-Theater Pralipe; Zwangssterilisationen im NS-Staat; Zwangsprostitution im NS; Ruth Kellermann – eine Täterinnenbiografie; Die Kinder von Mulfingen; Interviews mit Melanie Spitta, Ceija Stojka etc.

Jekh Čhib Nr. 5 mit Berichten über Romnia als Migrantinnen, über die Selbstorganisation von Romnia, Sintezze, Gitanas erscheint im Juni 1995

Außerdem noch erhältlich:

Jekh Čhib Nr. 1: Die Konstruktion der Roma – Presse und Rassismus

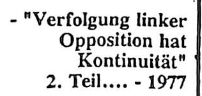
Jekh Čhib Nr. 2: Leben in der Illegalität

Jekh Čhib Nr. 3: Opre Rom – Von der Randgruppe zum europäischen Volk

Rom e.V., Bobstr. 6-8, 50676 Köln,
Tel: 0221-24 25 36, Fax: 0221-240 17 15

ANtifaschistische NAchrichten Saar

Neue Ausgabe
Mai/Juni 95
Nr.23 - 3,- DM



- "Verfolgung linker Opposition hat Kontinuität" 2. Teil.... - 1977
- 50 Jahre Selbstbefreiung aus dem KZ Buchenwald
- Über die Verfolgung von Roma und Sinti
- Newroz 1995 - Einmarsch der türkischen Armee im Irak
- Rundreise von MLN(M) und NAPO in der BRD

Weitere Artikel zu:

- Internationalismus
- Politische Gefangene
- Antirassismus/Antifaschismus

ANtifaschistische NAchrichten Saar ☆ Landwehrplatz 2 ☆ 66111 Saarbrücken ☆ 0681/390 88 63 ☆ Einzelheft: 3,- DM plus Porto ☆ Jahresabo: 27,- DM incl.

„Mit dieser Untersuchung des Frey-Imperiums – auch seiner Verästelungen im Ausland, u.a. zu Schirinowski in Rußland – ist den AutorInnen der selbstgestellte Auftrag gelungen, nachzuweisen, daß der Ausgang der Bundestagswahlen 1994 keinen Anlaß zur Beruhigung bietet und ‚Biedermann' Frey ein geistiger Brandstifter ist." aus: antifa

Annette Linke
Der Multimillionär Frey und die DVU
Daten, Fakten, Hintergründe
224 Seiten, zahlr. Abb., broschiert, 16,80 DM
ISBN 3-88474-207-8



Dickmannstraße 2-4 – 45143 Essen
Tel. 0201 / 86206-31/32 – Fax 86206-22

Inhalt:

SKY PILOT, S. 7: Die Bundeswehrmacht in Ex-Jugoslawien **DRÜCKEBERGER, S. 14:** Zur Diskursgeschichte eines Reizwortes **TRANS SLOWENIEN EXPRESS, S. 24:** Über Subversion, Identität und pluralistischen Totalitarismus **DAYS LIKE THIS, S. 33:** Der unpolitische Mensch ist der natürliche Mensch **NEW YORK, NEW YORK, S. 44:** Fragmente einer Sprache der Plattenbauweise **„CAGEMAN" IN HONGKONG, S. 52:** Fotoseiten **LET'S TALK ABOUT SEX, S. 58:** Verdrängungs- und Projektionsthesen bei Reich und Foucault **NO SATISFACTION, S. 67:** „Musikbolschewismus" – Die Sexualisierung politischer Bedrohungsphantasien in den 20er und 30er Jahren **DIE AUTONOMEN, S. 72:** Ursprünge und Entwicklung der autonomen Bewegung, Teil IV **FROM SUBSTREAM TO MAINCULTURE, S. 83:** Das endgültige Ende des Subversionsmodells Pop-Subkultur und vieles mehr...



Männer, die sich im Haushalt betätigen, sind noch immer eine Minderheit.